NEUES ROTES FORUM

2/72

Mai 1972
3. Jahrgang
Preis DM 2,–

Kampf dem Zirkelwesen! Für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei

Erklärung zu den Landtagswahlen

Ostverträge und BRD-Imperialismus

Kommunistische Politik an der Hochschule

Zur Außenpolitik der VR China

Solidarität mit der nationalen Einheitsfront des palästinensischen Volkes! Unterstützt die FPDLP!

Inhalt:

Editorial..... S.2

Kampf dem Zirkelwesen! Für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei..... S.4

Gemeinsame Erklärung des Bundes Kommunistischer Arbeiter Freiburg und der Kommunistischen Gruppe (NRF) Mannheim /Heidelberg zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg..... S.19

Ostverträge und BRD-Imperialismus..... S.24
Alter Wein in neuen Schläuchen..... S.26

Kommunistische Politik an der Hochschule
Vorbemerkung..... S.30
Einige Erläuterungen und Korrekturen zum Hoschulteil der Programmatischen Erklärung der Kommunistischen Gruppe (NRF)..... S.33
Für eine proletarische Linie an der Hochschule....S.36
Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes..... S.47

Zur Außenpolitik der VR China
Vorbemerkung.....S.52
Die Politik der VR China gegenüber Pakistan.....S.53
China und Bangla Desh - Aus der Sicht Kalkuttas.....S.58
Nixon und China.....S.61

Solidarität mit der nationalen Einheitsfront des palästinensischen Volkes! Unterstützt die FPDLP!.....S.65
Brief von Nayef Hawatmeh..... S.67

IMPRESSUM:

Das Neue Rote Forum erscheint 6 mal im Jahr. Es umfasst jeweils mindestens 52 Seiten. Auflage 10.000

Erscheint im Verlag Neues Rotes Forum, Heidelberg, Verleger Jürgen Sendler

Redaktion: Hans G. Schmierer (verantwortlich), Dietrich Hildebrandt

Anschrift: Verlag Neues Rotes Forum, 69 Heidelberg Bahnhofstr. 17

Anzeigenverwaltung: Frank Pohlers, 69 Heidelberg Hans Thoma Platz 38 Tel: 40812

Druck: Caro-Druck Heidelberg, Lutherstr. 44a

Das Neue Rote Forum ist in allen VLB-Läden erhältlich.
Im Abonnement 2.00 DM plus Porto.
Bestellungen an: D. Hildebrandt, Heidelberg, Postfach 834

Nachdruck von Artikeln nur nach Rücksprache mit der Redaktion erlaubt.

NEUES ROTES FORUM 2/72

Die Polemik des KB (Nord) in seiner Zeitung "Arbeiterkampf" gegen den Artikel von Peter Lagarde "Bemerkungen zur Faschismusdiskussion" in NRF 6/71 veranlaßt uns zu einigen Bemerkungen über unsere Publikationspraxis. Der KB (Nord) versucht anhand des Artikels von Peter Lagarde eine Generalabrechnung mit dem NRF vorzunehmen.

Unter der erbärmlichen Überschrift: "Sind die Arbeiter am Faschismus schuld?" wird versucht, den Artikel von Peter Lagarde zu zerreißen und anhand dieses namentlich gezeichneten und von der Redaktion ausdrücklich als Diskussionsbeitrag gekennzeichneten Artikel dem NRF "schwere Schläge" zu versetzen.
Das Ganze geht so: der Artikel wird bis zur Unkenntlichkeit verballhornt und zur Meinung des NRF erklärt. Das Ganze läuft dann ungefähr darauf hinaus: "Heidelberger Studentenzeitung diffamiert deutsche Arbeiterklasse".
Warum haben wir den Artikel von Peter Lagarde abgedruckt? Nach Meinung der Redaktion stellt dieser Artikel wenigstens die Fragen richtig, wenn er den Faschismus aus den Verwertungsbedingungen des Kapitals und aus den Bewegungen aller Klassen der bürgerlichen Gesellschaft erklären will. Daß diese richtige Fragestellung diejenigen schon auf die Palme treibt, die einfach mit dem Schreckenswort Faschismus Politik machen wollen, erstaunt uns nicht. Das zeigt, daß die Veröffentlichung des Artikels sinnvoll war, obgleich die Mitglieder der Redaktion keineswegs mit allen Meinungen des Verfassers übereinstimmen und sich die Kommunistische Gruppe (NRF) Mannheim/Heidelberg und ihre Massenorganisationen noch keineswegs eine einheitliche Meinung in der Faschismusfrage gebildet haben. Die Methode, einen solchen Artikel, wenn man ihn für fehlerhaft hält, einfach der Redaktion und der sie tragenden Organisation anzurechnen, läuft letztlich darauf hinaus, den offenen Meinungskampf im "Neuen Roten Forum" verhindern zu wollen. Wir aber halten das NRF nicht nur für eine Tribüne des Meinungskampfes der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland, sondern auch unserer eigenen Organisation und ihrer Massenorganisationen. Deshalb werden alle Artikel grundsätzlich namentlich oder mit

Pseudonymen gekennzeichnet, es sei denn, es handelt sich um eine Stellungnahme der Redaktion oder um Stellungnahmen eines Organs unserer Gruppe oder ihrer Massenorganisationen, die dann ebenfalls entsprechend gekennzeichnet werden. Es ist eine gute alte Sitte kommunistischer Zeitungen und Zeitschriften, so zu verfahren, und nicht jedem Artikel eines Genossen den Charakter eines "offiziösen" Dokumentes zu geben, indem über seinen Entstehungsprozeß als individueller Beitrag hinweggetäuscht wird. Individuelle Beiträge in den Auseinandersetzungen von Kommunisten sind schließlich nichts Schlechtes. Nur sollten sie auch als solche behandelt werden. Leider ist in der westdeutschen und westberliner kommunistischen Bewegung die Unsitte eingerissen, Artikel grundsätzlich ungezeichnet erscheinen zu lassen und so zu tun als stünde hinter jedem geschriebenen Wort die ganze betreffende Organisation. Das erschwert natürlich sowohl die Auseinandersetzung zwischen den Organisationen als auch in den Organisationen. Wir machen diese Unsitte nicht mit. Da wir das aus gutem Grund schon immer so gehalten haben, ist es eine schlichte Unverschämtheit und ein schwerer Verstoß gegen die Formen der Auseinandersetzung unter Genossen, wenn der Arbeiterkampf den Artikel von Peter Lagarde einfach immer als Artikel des NRF attackiert. Diese Feststellung bedeutet keine Distanzierung von dem Artikel Peter Lagardes, sondern einfach die Abwehr des Versuchs, uns den offenen Meinungskampf in unserer Zeitschrift unmöglich zu machen. Über die als Diffamierung gedachte Kennzeichnung unserer Zeitschrift als "Heidelberger Studentenzeitung" gehen wir besser mit Nachsicht hinweg, denn sonst müßten wir einige Unfreundlichkeiten an die Adresse der KB-Genossen loslassen.

Nun zu den inhaltlichen Fragen, die der Artikel von Peter Lagarde behandelt und zu der weiteren Behandlung dieser Fragen in dieser Zeitschrift. Niemand, der die Stellungnahmen und Artikel der verschiedenen Organisationen zum Faschismus durchliest, wird deren äußerste Dürftigkeit verleugnen können. Diese Dürftigkeit hat der Lagarde-Artikel offengelegt; mehr hat er auch nicht beansprucht. Nun ist es offensichtlich, daß diese Frage für die kommunistische Politik in der gegenwärtigen Etappe von größter Bedeutung ist. Deshalb werden wir die Faschismusfrage in den nächsten Wochen ins Zentrum der theoretischen Arbeit unserer Gruppe und ihrer Massenorganisationen stellen und den Meinungskampf über diese Frage in unserer Gruppe breit entfalten. Diese Auseinandersetzung hat aufgrund des Lagardeartikels auch schon begonnen. In diese Auseinandersetzung werden selbstverständlich die Positionen der anderen Organisationen miteinbezogen. Wir würden es begrüßen, wenn andere Organisationen oder einzelne Genossen ihre Auffassungen zur Faschismusfrage formulieren und uns zusenden würden. Die nächste Nummer des NRF wird also der Faschismusfrage gewidmet sein. Auf Grundlage dieser Nummer des NRF wird die KG dann eine offizielle Stellungnahme dieser brennenden Frage des Klassenkampfes erstellen. Zweifellos bedarf sie einer gründlicheren Stellungnahme als die des KB-Nord, zumal diese den KB in der Haltung gegenüber den bürgerlichen Parteien inzwischen dazu geführt hat, prinzipienlos, schematisch und opportunistisch die Einschätzung der SPD als "kleineres Übel" zu akzeptieren (Maiartikel in "Arbeiterkampf Nr17)

Red.

ROTE ROBE

Die ROTE ROBE bringt Beiträge zur
materialistischen Kritik des bürgerlichen Rechts
Analysen zur Entwicklung des staatlichen Herrschaftsapparats
Berichte zu politischen Prozessen

Erscheinungsweise zweimonatlich -
Umfang ca.40 - 50 Seiten
Auflage 5.000

Preis für das Einzelheft DM 1.50
im Abonnement DM 8.- plus Porto

Heft 2/72 enthält u.a. Beiträge zur Konzertierten Aktion, zum Hochschulrahmengesetz, zum bayrischen Rundfunkgesetz

Noch lieferbare Hefte älterer Jahrgänge: 2/70, 2/71, 3/71, 4/71, 5/71, 6/71 , 1/72

Themen früherer Hefte waren u.a.:

Rechtsstaat und sozialer Wandel (2/71)
Wettbewerb - Theorie und Wirklichkeit
Richter als Sexualerzieher (3/71)
Chemie-Lohnkampf, Urabstimmung und Streikrecht
Forsthoff - Apologet des Kapitalismus (4/71)
Reinerhaltung des Staatsapparates
Lehrlingsstreik ist rechtmäßig-Urteil des ArbG Solingen (5/71)
Antikommunismus und KPD-Verbot
Zur Neufassung des BetrVG (6/71)
Ministerpräsidenten beschließen Säuberung
Aussperrung und Arbeitskampf
Zum KPD-Verbot (II) (1/72)

Probeheft und Bestellungen beim Verlag

ROTE ROBE -Verlag
6900 Heidelberg · Werrgasse 7 Telefon: 06221/43863
Bank für Gemeinwirtschaft Heidelberg 1075 8078

ROTE ROBE

KAMPF DEM ZIRKELWESEN!

Für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei

In den letzten Monaten haben sich neue Entwicklungen in der kommunistischen Bewegung gezeigt, die seit längerer Zeit voraussehbar waren. Die KPD/ML (Gruppe Roter Morgen) hat sich in ihre Bestandteile aufgelöst. Zwischen den Überresten der Gruppe "Roter Morgen", die sich das Zentralorgan erhalten hat, und der KPD/ML (Gruppe "Rote Fahne") finden Austauschbewegungen unzufriedener Mitglieder statt. Teile der Leitung der Jugendorganisation der Gruppe "Rote Fahne"/Bochum, des KJVD, haben sich den Resten der Gruppe "Roter Morgen" angeschlossen, Teile der ehemaligen Gruppe "Roter Morgen" bewegen sich zielstrebig in Richtung auf die Gruppe "Rote Fahne". Gleichzeitig propagieren beide Gruppen in ihren Zeitungen den Kampf gegen das Liquidatorentum und die Einheit aller Marxisten-Leninisten in der KPD/ML. Aus der 1968 gegründeten KPD/ML sind zwei "führende Zentren" hervorgegangen, deren Anhänger in entgegengesetzter Richtung und mit gegensätzlichem Ziel davonlaufen. In diesem Erosionsprozeß entstehen gleichzeitig lokale und regionale Gruppen und Grüppchen, meist aus gemeinsamen Arbeits- und Diskussionszusammenhängen hervorgehend, die sich irgendwie zurechtzufinden versuchen, teils unter altem Namen fortleben (LV Süd-West der KPD/ML etc.) oder sich neue Namen zulegen ("October" etc.). Betroffen wurde von dieser Entwicklung bis jetzt zwar vor allem die Gruppe "Roter Morgen", doch zeigte sie sich auch in der Gruppe "Rote Fahne" immer deutlicher. Diese versucht, sie durch einen bloß taktisch verstandenen Prozeß von Kritik und Selbstkritik abzufangen.

In dieser Selbstkritik werden zwar wesentliche Fehler beim Parteiaufbau und in der praktischen Arbeit eingestanden (z.B Vernachlässigung des ideologischen Aufbaus der Partei), aber diese Fehler werden niemals auf ihre Ursache zurückgeführt: auf die Tatsache, daß die ganze Zeit "Partei des Proletariats" gespielt wird, und dieses Spiel für die Realität selbst gehalten wird. Der Aufbau der Partei in der Realität wird so durch den Glauben an die eingebildete Partei ersetzt.

Gegenüber diesen Auflösungserscheinungen der KPD/ML, in denen sich auch die ganze Prinzipienlosigkeit der früheren Spaltungen zeigt, scheint die KPD/AO sich kontinuierlich und zielstrebig auszudehnen. Diese Ausdehnung dokumentierte sie vor kurzem durch die Verlegung ihrer Zentrale aus Westberlin nach Dortmund. Die auf der Ebene der Erscheinungen so unterschiedliche Entwicklung dieser Organisation läßt sich aus ihrer unterschiedlichen Entstehung und ihrem starken Rückhalt in der westberliner revolutionären Intelligenz erklären. Diese Gruppe zeigt bis jetzt eine den wichtigsten lokalen Zirkeln vergleichbare Stabilität, weil sie ihrem Wesen nach, trotz aller Aufgeblasenheit, selbst bloß ein lokaler Zirkel ist, -ein aufgeblasener eben.

Neben den Entwicklungen der drei wichtigsten Organisationen mit Parteianspruch, müssen wir die Entwicklung der großen lokalen und regionalen Zirkel berücksichtigen, wenn wir uns einen ersten Überblick über den Stand der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland verschaffen wollen. Im allgemeinen läßt sich hier feststellen, daß sich die lokale und regionale Arbeit dieser Organisationen stabilisiert und beträchtlich ausgedehnt hat. In Norddeutschland haben sich der KAB/Hamburg und das SALZ/Hamburg mit einigen kleineren Gruppen umliegender Städte zu einem Kommunistischen Bund zusammengeschlossen, der eine relativ weitreichende publizistische Tätigkeit entfaltet. Seine politische Zeitung "Arbeiterkampf" und sein theoretisches Organ "Unser Weg" werden auch außerhalb dieser Region gelesen.

In Bremen hat der KB/Bremen (organisatorisch nicht verbunden mit dem Kommunistischen Bund/Nord) seine lokale Arbeit stabilisiert und versucht sich in seiner politischen Zeitung "Die Wahrheit" ein Instrument der nationalen politischen Auseinandersetzung und Vereinheitlichung zu schaffen. Mit dem Kommunistischen Bund/Bremen arbeitet der Kommunistische Bund/Göttingen eng zusammen. Der Kommunistische Bund/Göttingen will in Zukunft auch direkt an der "Wahrheit" mitarbeiten, um die Erfüllung ihrer politischen Aufgaben zu unterstützen. An diesen beiden Gruppen orientieren sich einige kleinere Gruppen dieser Region, so auch der Kommunistische Bund/Osnabrück.

In Süddeutschland haben der Kommunistische Arbeiterbund/Marxisten-Leninisten und die Arbeiterbasisgruppen/München viele kleinere örtliche Organisationen um sich gesammelt, die sich mehr oder weniger an ihnen orientieren. Diese beiden Organisationen arbeiten wohl auch eng zusammen und haben in verschiedenen Fragen (Arbeit in den Gewerkschaften, antifaschistischer Kampf) ähnliche Positionen.

Die Kommunistische Gruppe(Neues Rotes Forum) Mannheim/Heidelberg hat ihre Arbeit ebenfalls stabilisiert. Sie konzentriert ihre Arbeit auf Mannheim. Sie arbeitet relativ eng mit dem Bund Kommunistischer Arbeiter/Freiburg zusammen, der seit längerer Zeit in Freiburg eine kontinuierliche Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit betreibt und in dieser Stadt die revolutionäre Bewegung anleitet. Beide Organisationen halten Kontakt mit dem KB Bremen und dem KB Göttingen, mit denen sie zu verschiedenen Fragen (Metalltarifrunde, Zeitungsfrage) Diskussionen durchgeführt haben.

Dieser oberflächliche Überblick über die verschiedenen Gruppen, in denen sich wichtige Teile der kommunistischen Bewegung Westdeutschlands organisiert haben, zeigt zweierlei:

1. Auflösungserscheinungen bei den Organisationen mit nationalem Parteianspruch, mit Ausnahme der KPD/AO, die ihrem Wesen nach immer noch ein westberliner Zirkel ist, der jetzt mit den alten Träumen der Westberliner Studentenbewegung ernst machen will und gegenwärtig eine verbesserte Neuauflage der Ruhrkampagne durchführt.

2. Ausdehnung und Stabilisierung der Arbeit der wichtigsten lokalen und regionalen Zirkel, ohne daß sich daraus bis jetzt ernste Ansätze eines führenden Zentrums herausgebildet hätten. Quantitativ und auch qualitativ dürften die in und durch diese lokalen und regionalen Zirkel organisierten Kräfte wesentlich stärker sein als die Kräfte aller drei Parteien zusammengenommen.

Diese Erscheinungen zeigen ganz klar die gegenwärtige organisatorische Schwäche und den insgesamt nach wie vor höchst handwerklerischen Charakter der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland. Wenn wir diese Schwäche erkennen und ihre Ursache untersuchen, dann mit dem Ziel, diese Schwäche zu überwinden und unseren Teil dazu beizutragen, daß sie möglichst schnell überwunden werden kann. Voraussetzung dafür ist die Hebung des theoretischen Bewußtseins und die Schärfung der politischen Zielklarheit in der kommunistischen Bewegung, das heißt, der theoretische und politische Kampf (und nicht etwa der bürgerliche Hahnenkampf) in den verschiedenen Organisationen und zwischen den verschiedenen Organisationen muß verschärft werden. Dies ist kein willkürlicher Appell. Vielmehr beginnt sich dieser Kampf endlich zu entfalten, die Erosionserscheinungen der Parteien sind sein Ausdruck. Die vorwiegend lokalen und regionalen Organisationen werden mit der Nase auf die Beschränktheit ihrer Arbeit gestoßen und werden gezwungen, mit den Fragen des Parteiaufbaus ernst zu machen. Die ganze kommunistische Bewegung, ob dies die einzelnen Organisationen nun wollen oder nicht, wird in den theoretischen und politischen Kampf um die richtige Linie und die anstehenden nächsten Schritte des Parteiaufbaus hineingezogen. Die Polemik wird schon allenthalben geführt, und keine Organisation wird sich ihr mit den bisherigen Tricks entziehen können, wenn sie nicht endgültig zu einem verknöcherten sektiererischen Häufchen verkommen will. Diese Polemik muß zugespitzt werden auf die Programmfrage, wenn sie "nicht unfruchtbar bleiben soll, wenn sie nicht zu persönlicher Rivalität ausarten, nicht zu einer Verworrenheit der Ansichten, zur Verwechslung von Freund und Feind führen soll": "Die Polemik wird nur dann Nutzen bringen, wenn sie klarstellt, worin eigentlich die Meinungsverschiedenheiten bestehen, wie tief sie gehen, ob es sich um Meinungsverschiedenheiten über das Wesen der Sache oder um Meinungsverschiedenheiten in Teilfragen handelt, ob diese Meinungsverschiedenheiten ein Hindernis für die gemeinsame Arbeit in den Reihen ein und derselben Partei sind oder nicht. Nur die Einbeziehung der Programmfrage in die Polemik, nur eine bestimmte Erklärung beider polemisierender Seiten über ihre programmatischen Anschauungen kann Antwort geben auf alle diese Fragen, die dringend Antwort verlangen." (Lenin, Werke Bd. 4, S. 225)

ENTWICKLUNG DES BRD-IMPERIALISMUS, DER ARBEITERBEWEGUNG UND DER KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG

Die Geschichte der BRD ist innerhalb des imperialistischen Systems durch zwei wichtige Etappen gekennzeichnet: die Wiedereingliederung in das imperialistische System und die Neuaufnahme des bewußten Kampfes der westdeutschen Monopolbourgeoisie um eine Vorrangstellung innerhalb des imperialistischen Systems, mit dem Ziel, einen eigenen imperialistischen Staatentrupp um sich zu sammeln und den Kampf um die Weltmacht zu führen. Diese Geschich-

TRIKONT

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 11

TRAGT DEN KLASSENKAMPF IN DIE ARMEE

Beiträge der Gauche Proletarienne und Lotta Continua zum antimilitaristischen Kampf

Obwohl Heer aus dem Volk/kein Heer des Volkes/sondern Heer gegen das Volk

Neuerscheinung 100 Seiten DM 5,80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 27

KONZEPTION DER PROLETARISCHEN PARTEI BEI LENIN

Avanguardia Operaia

Geschichte und Entwicklung der leninschen Parteikonzeption in ihrer ständigen Konfrontation mit der konkreten Klassenkampfpraxis. Die notwendige Verbindung von organisierter theoretischer und praktischer Arbeit.

Neuerscheinung 120 Seiten DM 5,80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 26

USA: FARBIGE REVOLUTION UND KLASSENKAMPF

Herausgeber: D. Peters

Die Organisierung des farbigen Fabrik- und Lumpenproletariats im Verhältnis zur weißen Arbeiterbewegung/Ghetto, Gangs und politische Organisierung/Programmatik der League

Neuerscheinung ca. 100 Seiten ca. DM 5,80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 28

SIND WIR PROLETARIER?

Zur Verbindung der Kämpfe im Produktions- und Distributionsbereich.
Die Kämpfe der Kaufhausangestellten in Frankreich

Arbeiter in der Handelsbranche - vollberechtigte Mitglieder der Arbeiterklasse/"Massenkonsum" - ein gesellschaftlicher Fortschritt?/Bedingungen für eine revolutionäre Aktion/Angriff auf das System ideologischer Unterdrückung/Vereinigung von Arbeitern und Angestellten/Vertretung durch die Gewerkschaften oder Autonomie?/Die Gründe der Unzufriedenheit in den Warenhäusern des Pariser Großraums/Arbeitsbedingungen, Lohn und Kampfmaßnahmen/"Kunden, Verkäufer, alle gemeinsam gegen die Unternehmerdiebe und ihre Bullen"/All das ist nur ein Anfang!

60 Seiten (im Abonnement 15% billiger) DM 4,00

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 29

NEHMEN WIR UNS DIE STADT

Klassenanalyse, Organisationspapier und Kampfprogramm von Lotta Continua.
Beiträge von Lotta Continua zur Totalisierung der Kämpfe

Über unsere politische Situation/Die Kämpfe von 1962 und die Konjunktur/Der Heiße Herbst/Warum es schwierig ist, eine Klassenanalyse zu machen/Die Haltung zur Revolution/Die Arbeitsteilung und ihre Folgen/Die Politik der Bündnisse, materielle Grundlage des Revisionismus/Die revolutionäre Alternative/Der französische Mai/"Volk" und "Proletariat"/Produktive und unproduktive Arbeit/Was ist Arbeiterautonomie?/Die Ablehnung der Arbeitsteilung/Die Arbeiterklasse und die Ablehnung der Lohnarbeit/Der Kampf gegen die kapitalistische Schule ist ein Kampf gegen die Arbeitsteilung

140 Seiten (im Abonnement 15% billiger) DM 7,80

TRIKONT-VERLAG · 8 München 80, Josefsburgstr. 16

te, obwohl selbst nicht durch kriegerische und bewaffnete Auseinandersetzungen gekennzeichnet, ist doch von vornherein verbunden mit imperialistischen Kriegen, dem Korea-Krieg und dem Vietnam-Krieg. Diese beiden Kriege des US-Imperialismus schufen jeweils die äußeren Voraussetzungen dafür, daß sich das westdeutsche Monopolkapital gemäß seinen inneren Entwicklungstendenzen entfalten konnte, ohne sofort auf äußere Schranken zu stoßen (vgl. dazu die Programmatische Erklärung der Gruppe Neues Rotes Forum in Neues Rotes Forum 3/71, Abschnitt "Die Entwicklung des Kapitalismus in Westdeutschland", pp 18 - 21, und "Die objektiven Grundlagen der zweiten Verfolgungswelle", in Neues Rotes Forum 1/72, pp 64 - 66). Die neue Etappe des BRD-Imperialismus, die seit 1966/67 von der Monopolbourgeoisie ihrem Handeln bewußt zugrunde gelegt wird, ist gekennzeichnet durch vehemente Zunahme des Kapital-Exports und findet ihren außenpolitischen Ausdruck in einer Beschleunigung der politischen Integrationsbestrebungen der EWG, einer selbständigen neokolonialistischen Ausbeutungspolitik, einer selbständigen Wirtschaftspolitik gegenüber den USA und in der "Neuen Ostpolitik", ihren innenpolitischen Ausdruck in der Verschärfung der ideologischen und militärischen Diktatur der Bourgeoisie. In der ersten Etappe des BRD-Imperialismus hatte die westdeutsche Monopolbourgeoisie die durch den Faschismus angeschlagene Avantgardeorganisation der Arbeiterklasse vollends zerschlagen und größere Teile der Arbeiterklasse ideologisch an sich binden können, indem sie, gestützt auf eine kontinuierliche Reallohnsteigerung und die ökonomische Unterlegenheit der DDR, mit Hilfe der CDU einen aggressiven Antikommunismus propagierte, den sie durch SPD und Gewerkschaften in die Arbeiterklasse hineintragen ließ. Mit Hilfe des Staates, der bürgerlichen Parteien und der Gewerkschaften gelang es der westdeutschen Monopolbourgeoisie, nach Zerschlagung der KPD das Bewußtsein der Arbeiterklasse mit sozialpartnerschaftlichen Illusionen zu vergiften, so daß die Kampfbereitschaft und die Kampffähigkeit der Arbeiter selbst für ihre unmittelbaren Interessen zurückging. Ihre Grundlage hatte diese Entwicklung in der mehr oder weniger reibungslosen Integration des westdeutschen Monopolkapitals in das imperialistische System (dies ist der entscheidende Unterschied zur Zeit nach dem Ersten Weltkrieg). Die Rezession von 1966/67 führte nicht nur zu einer bewußten Neuaufnahme des Kampfes um eine selbständige imperialistische Politik bei der westdeutschen Bourgeoisie, sondern gleichzeitig zu einem Erwachen des ökonomischen Kampfwillens der Arbeiterklasse, der sich 1969 in wilden Streiks niederschlug. In dem politischen Desinteresse, das 1969 diese Streiks kennzeichnete, schlug sich nicht nur die fortbestehende ideologische und politische Bindung der Arbeiterklasse an die Bourgeoisie nieder, sondern auch der Unwille einer alten und erfahrenen Arbeiterklasse sich für irgendwelche von ihnen nicht kontrollierbaren Zwecke einspannen zu lassen. Doch die spontanen Kämpfe des Proletariats, die in dieser oder jener Form seither nicht abgebrochen sind und selbst die Gewerkschaftsführung zu Zugeständnissen an den Kampfwillen der Arbeiter zwangen (Tarifkämpfe 1971 im Metallbereich und 1972 im Chemie- und Metallbereich), bieten der jungen kommunistischen Bewegung die Möglichkeit, den Marxismus-Leninismus in die Arbeiterklasse hineinzutragen und den spontanen Klasseninstinkt durch eine allseitige und umfassende Agitation und Propaganda auf die Ebene des politischen Klassenbewußtseins zu heben.

Voraussetzung dafür ist aber, daß es der kommunistischen Bewegung gelingt, den fortgeschrittenen Arbeitern zu zeigen, daß der Marxismus-Leninismus nichts ihrer Klasse Fremdes, sondern die revolutionäre Wissenschaft ihrer Klasse selber ist, daß kommunistische Politik nichts der Arbeiterklasse Äußerliches, sondern gerade die Zuspitzung der wesentlichen Klasseninteressen ist. Die Fähigkeit der Kommunisten, diese Voraussetzung zu erfüllen, ist noch sehr ungenügend entwickelt, wie die kommunistische Bewegung überhaupt erst anfängt, sich mit der Arbeiterbewegung zu verbinden.

Die Kommunistische Partei ist die "Vereinigung von Arbeiterbewegung und Sozialismus" (Lenin, Werke Bd. 4, p 367), d. h., sie ist der organisatorische Ausdruck der Aneignung des Marxismus-Leninismus durch die fortgeschrittenen Teile der Arbeiterklasse, der diese befähigt, die Klasse im revolutionären Kampf um sich zu sammeln und die Führung der Arbeiterklasse in den Kämpfen des Volkes zu gewährleisten. Inwieweit es gelingt, die Partei des Proletariats aufzubauen oder den revolutionären Charakter einer existierenden Partei aufrechtzuerhalten, hängt weder einfach vom Stand der kommunistischen Bewegung, noch einfach vom Stand der Arbeiterbewegung, sondern vor allem von deren wechselseitiger Verbundenheit ab.(1)Der Parteiaufbau darf deshalb von den Kommunisten, weder vor noch nach Gründung der Partei, losgelöst von den Bewegungen der Klasse begriffen und geplant werden, vielmehr muß er als der bewußte Ausdruck der Bewegung der Klasse, der Parteibildung des Proletariats begriffen werden(vgl. dazu Kritik an Manifesto in NRF 5/71). Wenn die Kommunisten den Parteiaufbau vom Parteibildungsprozeß des Proletariats loslösen, landen sie im Sektierertum, und ihre "Partei" verkommt zur Sekte oder zu einer revisionistischen leeren Hülle. Wenn der Parteibildungsprozeß des Proletariats

---

(1)Manche Genossen tun so, als wäre der revolutionäre Charakter der Partei vom Stand der Arbeiterbewegung unabhängig und könnte durch die Reinheit der Linie ein für alle Mal gesichert werden. Deshalb kritisieren sie (z.B. Rote Garde Kiel) die Passagen des Parteiabschnitts in unserer programmatischen Erklärung, in der die revisionistische Versumpfung der KPD aus der Versumpfung des Klassenkampfes in der BRD erklärt wird.
Lenin schreibt in seiner Polemik gegen das "Credo" der Ökonomisten :
Die Behauptung, daß der russische Arbeiter in seiner Masse noch nicht zum politischen Kampf reif sei, "ist völlig unwahr, zum Glück (wir sagen zum Glück, denn wenn sie wahr wäre, müßte sie die russischen Marxisten und Sozialdemokraten unweigerlich in jenen Sumpf trade-unionistischer und bürgerlich-liberaler Verflachung führen, in den sie die Autoren des `Credo`, der Rabotschaja Mysl und ihre zahlreichen Handlanger in unserer legalen Literatur zu stürzen suchen)." (Aus Anlaß der"profession de foi", W 4, S. 283)
Die richtige Linie, ihre Durchsetzung und ihre Aufrechterhaltung in den kommunistischen Organisationen und in der Kommunistischen Partei ist nicht unabhängig vom Stand der Arbeiterbewegung und ihrer Kämpfe. Die proletarische Linie kann nur siegen, wenn ihr Tendenzen in der Arbeiterklasse entgegenkommen, wenn wichtige Teile der Arbeiterklasse in ihren Kämpfen nach der richtigen revolutionären Linie für diese Kämpfe zu suchen beginnen. Eine solche Situation entwickelt sich heute in der BRD ; ohne diese Entwicklung wären all unsere Auseinandersetzungen für die BRD ziemlich irrelevant und würden trotz unserer besten Absichten völlig für die Katz sein.

nicht durch die ideologische, politische und organisatorische Arbeit der Kommunisten zum bewußten Parteiaufbau zugespitzt wird, dann verlaufen alle spontanen Regungen und Bewegungen im Proletariat, in denen sich der Parteibildungsprozeß ausdrückt, letzten Endes im Sande. Das Instrument, um den Parteiaufbau und die Parteibildung des Proletariats immer enger miteinander zu verbinden, ist der demokratische Zentralismus, der nicht nur Organisationsprinzip der kommunistischen Avantgarde, sondern der Klasse selbst ist und allein die Führung des Proletariats in seiner Revolution sicherstellen kann, die gerade auch in den hochentwickelten imperialistischen Staaten eine breite Volksrevolution sein wird. Nur mit Hilfe seiner marxistisch-leninistischen Partei, die demokratisch-zentralistisch aus den Volksmassen schöpft und in die Volksmassen hineinträgt, wird sich das Proletariat mit den breiten Volksmassen verbinden, die politische Macht erobern, den kapitalistischen Staatsapparat zerschlagen und durch den konsequenten Aufbau des Sozialismus die Herrschaft des Kapitals beseitigen können. (2)

Die junge kommunistische Bewegung in der BRD ist im wesentlichen nicht aus der Arbeiterklasse und aus ihren Kämpfen hervorgegangen, sondern aus der Studentenbewegung und aus der von ihr ausgelösten allgemeinen Jugendbewegung. Die Studentenbewegung und ihre Führer hatten ein instrumentelles Verhältnis zur Arbeiterklasse und zu den Volksmassen. Es wurde etwa gesagt: "Unsere Ziele können wir nicht allein durchsetzen ; nur wenn die Massen, und d.h. vor allem die Arbeiterklasse uns unterstützen, können wir siegen." Das war die sog. Hinwendung zur Arbeiterklasse. Dieses instrumentelle Verhältnis zur Arbeiterklasse hat sich auch in der jungen kommunistischen Bewegung, d.h. in den Teilen der Studenten- und Jugendbewegung gehalten, die ideologisch, politisch und organisatorisch die Position der Arbeiterklasse beziehen wollten. Es prägte und prägt die Vorstellungen vom Parteiaufbau. Die Verbindung der Partei mit der Klasse ist hier etwas, was zu der Partei hinzukommen muß und nicht das Wesen der Partei selbst. Verschiedene Gruppen ernannten sich zur Partei und suchten sich dann erst ihren proletarischen Anhang. Die auf dieser Basis überhaupt ansprechbaren Arbeiter wurden dann zum Kampfobjekt zwischen den Parteien, zu deren Legitimation sie letzten Endes dienen sollten. Gleichzeitig mußten sich diese selbsternannten Parteien natürlich immer als die Partei der Arbeiterklasse anpreisen und zu verkaufen versuchen. Das behinderte nicht nur die solidarische Auseinandersetzung zwischen verschiedenen kommunistischen Gruppen, sondern verstärkte die Skepsis in der Arbeiterklasse gegenüber jeder "Partei".

Der Grundfehler dieser Organisationen liegt darin, daß sie mit dem Begriff der leninistischen Partei als Verschmelzung von Arbeiterbewegung und Sozialismus (und zwar auf überregionaler, nationaler Ebene) niemals ernst gemacht haben, sondern die Arbeiterbewegung als notwendige Ergänzung ihrer Parteien begriffen haben und weiterhin noch begreifen. Das schlug sich dann nieder in dem Konzept des Parteiaufbaus "von oben", wo schließlich als einzige Grundlage für den Begriff der Partei die Existenz eines selbsternannten führenden Zentrums behauptet werden mußte, das sich in der Folge bloß noch Fleisch anlegen sollte. Am lächerlichsten schlug sich dieses Konzept beim ZB nieder, das einerseits erklärte, die theoretischen Hauptfragen der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland seien gelöst und andererseits die Wählbarkeit der Parteiorgane für unabsehbare Zeit ablehnte und den Mitgliedern das Recht absprach, "ihren Ansichten durch organisatorische Maßnahmen (z.B. wählen oder abwählen) Geltung zu verschaffen". (Parteiarbeiter 3/1970, S. 4f)). Hier wird der Parteiaufbau begriffen als Unterwerfung und Anpassung der fortschrittlichen Arbeiter unter eine seit eh und je praeexistente Führung, die sich erst dann in Frage stellen lassen will, wenn sie die Mitglieder in willfährige Werkzeuge verwandelt hat. Mit marxistisch-leninistischer Führung hat das natürlich ebenso wenig zu tun wie die calvinistische Gnadenwahl und mit demokratischem Zentralismus nicht mehr als der Jesuitenorden. Solange dieses durch und durch falsche Aufbaukonzept nicht verworfen wird, bleibt alle Kritik und Selbstkritik innerhalb der Gruppe Rote Fahne geschenkt und bleiben alle Eingeständnisse, den ideologischen Aufbau der Partei vernachlässigt zu haben, leeres Gerede. Solange die Selbstkritik vor dem Hauptfehler, dem Parteiaufbau"plan" halt macht, bestimmt dieser Hauptfehler das Wesen der Organisation und nicht eine in Einzelheiten veränderte politische Arbeit mit teilweise richtigen Inhalten. Der Kampf gegen das Liquidatorentum kann nicht als Ausrede gelten für die fehlende Selbstkritik in der entscheidenden Frage, denn das gegenwärtige Liquidatorentum ist nichts als die bürgerliche Kritik dieses Hauptfehlers. Das Liquidatorentum jener Intellektuellen und kleinbürgerlichen Elemente, die aus einem Fehler in den anderen fallen und ohne jeden festen Standpunkt wie Irrlichter den Gang der kommunistischen Bewegung begleiten und immer ihre gerade vorherrschenden Fehler als Allheilmittel verkaufen wollen, kann nur bekämpft werden, wenn der Sektencharakter der Bewegung überwunden wird und die diversen Parteiklüngel zerschlagen werden. Die Liquidatoren sind nicht deshalb Liquidatoren, weil sie offen heraus sagen, wie es um diese Parteiklüngel steht, sondern weil sie den Kampf für den Aufbau der Partei aufgeben und mit ihrem ganzen wirren Ökonomismusgeschrei die Verbindung von Marxismus-Leninismus und Arbeiterbewegung auf den Sankt-Nimmerleinstag verschieben wollen.

Das ZB kann den Kampf gegen das Liquidatorentum schon deshalb nicht führen, weil es nur eine andere Erscheinung des noch vorherrschenden bürgerlichen Subjektivismus in der kommunistischen Bewegung ist. Der Kampf gegen das Liquidatorentum durch das ZB setzte die Liquidation des Parteianspruchs des ZB voraus.

---

(2) In der Polemik gegen unser Verständnis des Verhältnisses von Parteiaufbau und Parteibildung des Proletariats tun manche Genossen so, als meinten wir, die ganze Klasse müsse bewußt für den Sozialismus Partei nehmen, ehe die Partei geschaffen oder gar die sozialistische Revolution gemacht werden könne. Das ist natürlich eine abwegige Unterstellung, weil durch dieses Verhältnis ja gerade die Beziehung und die Differenz zwischen Partei und Klasse, zwischen Kommunisten und Arbeitermassen gefaßt sind. Die reale Ursache für diese Unterstellungen ist deshalb nicht etwa eine theoretische oder politische Unklarheit oder gar eine ökonomistische Verirrung auf unserer Seite, sondern das mangelnde Verständnis mancher Genossen dafür, daß die Kommunistische Partei in einem ganz realen Sinn Klassenpartei ist, d.h. Bewegungen in der Klasse gegen die Diktatur der Bourgeoisie und hin zum Sozialismus genauso voraussetzt, wie sie Bedingung dafür ist, daß diese Bewegungen nicht der bürgerlichen Ideologie verhaftet und ziellos bleiben.

Auch die KPD/AO ist wesentlich ein Produkt des Subjektivismus und des instrumentellen Verständnisses der Arbeiterbewegung durch die revolutionäre Intelligenz. Sie hat bei ihrer Umbenennung in "KPD" ausdrücklich erklärt, die Selbsternennung zum führenden Zentrum konstituiere den Begriff der Partei und ihr Fehler sei gewesen, sich nicht von vornherein zur Partei der Arbeiterklasse erklärt zu haben. Wenn man sich erinnert, wie die KPD/AO zustande gekommen ist und welch dürftige Geburtsurkunde sie sich selbst ausgestellt hatte, kann man sich über diese Aussage nur wundern. Die "KPD" behauptet schon als "Aufbauorganisation" "vom Tage ihrer Gründung an ihre revolutionäre Verpflichtung gegenüber der Arbeiterklasse und den anderen werktätigen Schichten des Volkes wahrgenommen" zu haben. "Der Wahl eines falschen Namens entsprachen also in keinem Augenblick ihrer politischen Tätigkeit falsche Vorstellungen über die Etappen des Parteiaufbaus" (PE in RF 21). Hier ist der Subjektivismus auf die Spitze getrieben: es gibt keinerlei Voraussetzung mehr für die Gründung der Partei, als daß irgend jemand sich dem schönen Glauben hingibt, seiner revolutionären Verpflichtung von Anfang an entsprochen zu haben. Mit dieser Begründung auf Grundlage des schönen Glaubens könnte allerdings jeder kommen und sich den Namen der KPD unter den Nagel reißen. Auch bei der "KPD" läuft so die Selbsternennung zur Partei auf nichts anderes hinaus, als sich um den realen Parteiaufbau herumzudrücken und mit dem schönen Schein die wirklichen Probleme zu verdecken. Wir wollen den Genossen gar nicht abstreiten, daß sie ehrlich glauben, ihrer revolutionären Verpflichtung nachgekommen zu sein und sich bloß den falschen Taufschein ausgestellt zu haben. Bloß meinen wir: die Partei ist keine Glaubenssache und ihre lebendige Existenz hängt weniger davon ab, daß irgendjemand glaubt, seine revolutionären Verpflichtungen wahrzunehmen, sondern eher davon, daß sich Arbeiterbewegung und Marxismus-Leninismus tatsächlich in der kommunistischen Partei verschmelzen, d.h. von der richtigen Linie der Kommunisten und ihrer Anerkennung durch die Fortgeschrittenen des Proletariats, die sich auf dieser Linie als Partei organisieren. Und zwar nicht irgendwo, sondern in den wichtigsten Zentren unseres Landes. Diese Verschmelzung von Marxismus-Leninismus und Arbeiterbewegung, der Kampf um die richtige Linie und für ihre Anerkennung durch die Fortgeschrittenen des Proletariats auf Grund eigener Einsicht und Erfahrung ist heute im nationalen Maßstab schon zu weit fortgeschritten, als daß ihr die aufgeblasene Hülle einer Sekte als organisatorischer Rahmen noch genügen könnte (zur weiteren Kritik vgl. TUP 11). Auch die "KPD" wird ihren Beitrag zum nationalen Parteiaufbau nur leisten können, wenn sie sich endlich als Teil (und keineswegs den unbedingt fortgeschrittensten) der marxistische-leninistischen Bewegung begreift, statt wie Swinegel ständig zu schreien: ich bin schon da. Der Parteiaufbau ist nämlich kein Wettlauf zwischen Swinegel und Hase. Bei ihm muß jeder notwendige Schritt wirklich vollzogen werden und kann nicht durch Geschrei ersetzt werden.

Diese Binsenwahrheit hat gerade erst wieder die tragikomische Geschichte der Gruppe Roter Morgen allgemein vor Augen geführt, die ja nicht an der Handvoll Liquidatoren zugrunde gegangen ist, sondern an der lebendigen Bewegung, die sie nicht anleiten, sondern bloß teilweise und vorübergehend hinters Licht führen konnte.

Die genannten Fehler der Pseudoparteien sind keineswegs harmlos, sondern Ausdruck der Negation der bolschewistischen Linie des Parteiaufbaus.

Teilweise werden diese Fehler durch den Hinweis auf die 1. Gründung der SDAPR im Jahre 1898 legitimiert. Dabei ist zweierlei zu bemerken: 1898 ist bestimmt keine Partei gegründet worden, an der sich ein ernsthafter Kommunist ein Beispiel nehmen kann. Aber immerhin hatte diese Gründung das Verdienst, in der jungen russischen Arbeiterbewegung die Idee der sozialdemokratischen Partei zum erstenmal zu proklamieren. Diese Proklamation der Partei gegenüber der westdeutschen Arbeiterklasse wiederholen zu wollen, zeugt immerhin von einer erstaunlichen Naivität und geht an dem Bewußtsein der Arbeiterklasse, das Produkt einer jahrhundertalten Geschichte ist, völlig vorbei. Der Proklamation der Partei kommt in Westdeutschland kein historisches Verdienst zu, was sich schon daran zeigt, daß sie beliebig wiederholbar ist. Aber selbst wenn die Genossen aus den Parteien auf diesem Verdienst der Proklamation der Idee der Partei beharren wollten, dann müßten sie doch eingestehen, daß die bolschewistische Partei gerade nicht aus der 1898 proklamierten Partei hervorgegangen, sondern aus der praktischen Kritik an deren bloß proklamatorischen Charakter, aus der ideologischen, politischen und organisatorischen Auseinandersetzung in der ganzen sozialdemokratischen Bewegung, die sich nach 1898 auf einer breiten Grundlage lokaler Zirkel entwickelt und sich mit der Arbeiterbewegung lokal verbunden hatte. Die leninsche Tätigkeit bestand vor 1902 gerade darin, ausgehend von diesen lokalen sozialdemokratischen Aktivitäten im Kampf um die richtige Linie die Notwendigkeit und Möglichkeit der Zentralisierung dieser lokalen Aktivitäten in einer einheitlichen nationalen Partei zu propagieren und in Angriff zu nehmen, wobei er weder die politische Zeitung, die Iskra, das wichtigste Instrument dieser Zentralisierung auf lokaler Ebene ansiedelte, noch die Gründung dieser Zeitung mit der Gründung der Partei verwechselte. Aber selbst nach jahrelanger Tätigkeit der national organisierten Iskragruppe, ernannten sich die Iskristen nicht einfach zur Partei, sondern luden die relevanten sozialdemokratischen Gruppen ein, Delegierte zu einem Gründungskongreß zu senden. Der Parteiaufbau bestand also für Lenin gerade darin, mit Hilfe der Zeitung die lokal entfaltete, aber in jeder Hinsicht zersplitterte sozialdemokratische Bewegung auf einen Kongreß der Partei vorzubereiten, der durch Verabschiedung eines Programms und eines Statuts die Grundlage schuf, auf auf der der Kampf der Iskra auf höherer Ebene und in neuem Rahmen fortgesetzt werden konnte. Nur durch dieses Vorgehen konnte in den folgenden Kämpfen gegen die Opportunisten, der Begriff der Partei als scharfe Waffe verwandt werden und statt einer pompös ausstaffierten Sekte, die national organisierte bolschewistische Partei aufgebaut und gefestigt werden. Meinen die Genossen in den Parteien im Ernst, sie könnten uns als "Zirkeltheoretiker" diffamieren, weil wir ihre diversen Parteien als monströse Produkte einer durch und durch falschen Linie des Parteiaufbaus bezeichnen und von vorne herein bezeichnet haben? Sehen sie nicht, daß ihre Parteien keineswegs zur nationalen Vereinheitlichung der Marxisten-Leninisten beigetragen haben, sondern im Gegenteil die Zersplitterung selbst noch in einzelnen Städten und Regionen bis zur Perversität forciert haben, ohne den ideologischen und politischen Klärungsprozeß entscheidend vorwärts gebracht zu haben? Soviel Linien kann es gar nicht geben, wie es in Westdeutschland allein schon kommunistische Parteien gibt. U.E. gibt es nur zwei Linien, die bürgerliche und die proletarische, und wir hoffen, daß die Genossen mit uns darin übereinstimmen: der Kampf dieser beiden Linien wird auch im Schoß einer kommunistischen Partei niemals aufhören, solange diese exi-

stieren. Wir meinen: in einer bestimmten Etappe des Parteiaufbaus ist es weder möglich noch wünschenswert, daß die kommunistische Bewegung als nationale Partei organisiert ist, weil diese Partei keine marxistisch-leninistische und keine demokratisch-zentralistische Partei sein könnte, sondern nur eine revisionistische, bürokratisch-zentralistische. Solange nicht auf Grundlage eines Programms und Statuts die wenigstens in einigen Zentren lokal entfaltete kommunistische Bewegung, die die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse ergriffen hat, organisatorisch zusammengefaßt werden kann, sondern unausgewiesen sich Teile der Bewegung ohne Programm und ohne Verbindung mit den fortgeschrittensten Teilen des Proletariats selber als höchste Organisationsform des Proletariats stilisieren müssen, wenn sie den Parteianspruch erheben wollen - solange bleiben die lokalen und regionalen Zirkel eine fortschrittliche Erscheinung. Sie sind dann überhaupt die Bedingung dafür, daß der ideologische Kampf entfaltet wird, daß die kommunistische Bewegung in organisierter Form eigene Erfahrungen machen kann und daß sie in organisierter Form für die Verbindung des Kommunismus mit der Arbeiterbewegung kämpft.

Wir meinen, diese historische Existenzberechtigung der Zirkel ist nicht länger gegeben und der ideologische, politische und organisatorische Kampf gegen das Zirkelwesen muß entschiedener aufgenommen werden als bisher. In diesen Kampf müssen die verschiedenen Parteien miteinbezogen werden. Wichtigste Voraussetzung für diesen Kampf ist, daß heute nur noch ganz wenige Grüppchen das Zirkelwesen verteidigen, die sich zudem in die Studierstuben und Buchläden zurückziehen. (3) Das Haupthindernis für die Überwindung des Zirkelwesens sind die Organisationen, die teilweise ohne Programm und Statut behaupten, sie hätten das Zirkelwesen überwunden. Sie diffamieren ausgerechnet jene als "Zirkeltheoretiker", die auf Grund von in die Augen springenden Erscheinungen behaupten, der Hauptkampf gegen das Zirkelwesen stehe erst noch bevor, obwohl sie selbst in ihrem ganzen sektiererischen Anspruch geradezu die Inkarnation des Zirkelwesens sind. Was soll man z.B. von einer "Partei" halten, deren theoretisches Organ mit dem Organ ihres Studentenverbandes identisch ist? (4)

Alle drei Parteien, in jüngster Zeit aber vor allem die "KPD" gehen an die ideologische Auseinandersetzung mit anderen Organisationen so heran, als hätten sie die entscheidenden Fragen schon gelöst und als gelte es nur noch, ihre Linie durchzusetzen. Die "KPD" steigt in den Ring als Superchampion, der die "Führer" der anderen beiden Parteien nur noch niederschlagen muß, um deren Mitgliedschaften aufzusaugen. Wie Cassius Clay in seinen besten Zeiten sagt sie den Gegnern den sicheren Niederschlag voraus und beschimpft sie vorweg als Feiglinge, die vor den gefürchteten Schlägen der "KPD" die Flucht ergreifen. (6) Als einzige Bedingung für die ideologische Auseinandersetzung fordert sie, daß die Mitglieder der anderen Organisationen nachträglich zu Zeugen der ideologischen Niederschläge werden sollen. Ohne das macht sie's nicht, ohne das verweigert sie einfach die ideologische Auseinandersetzung. Wäre es da nicht besser, dieselbe von vorneherein öffentlich und gründlich zu führen, statt die gespannten Zuschauer auf ein mageres Kommuniqué zu vertrösten? Zumal in solchen Kommuniqués, wie wir fürchten, nicht mehr drin stehen wird als in den Kommuniqués der "KPD" zu ihren internen Veranstaltungen. Auch uns hat die "KPD" eine ideologische Auseinandersetzung "vorgeschlagen". Das ehrt uns. Wir meinen freilich, daß wir schon genügend Material vorgelegt haben, mit Hilfe dessen die "KPD" die Auseinandersetzung schon längst hätte aufnehmen können. Wir erinnern uns an solche Versuche der "KPD" keineswegs. Als wir seinerzeit ihre Geburtsurkunde kritisierten und ihre Linie im Parteiaufbau öffentlich und fundiert angegriffen haben, hat die AO uns lediglich mit dem "schlimmen Wort" organisationsfeindlich bedacht. Genossen unserer Heidelberger Hochschulorganisation wurde jüngst von KSV-Mitgliedern mitgeteilt: "Mit Euch ist es auch bald aus." (7)

---

(3) Hierbei beziehen wir uns auf Teile der "Octobergruppe", die plötzlich in Heidelberg auftauchten, um einen Buchladen zu gründen. Mit diesem Buchladen wollten sie ihre "Untersuchungstätigkeit", d.h. wahrscheinlich ihr Studium, finanzieren. Die Begründung für die Eröffnung des Buchladens war: außerhalb Heidelbergs sei die marxistisch-leninistische Bewegung bankrott. Ein solcher Unsinn mag für die Wahl des Standorts eines Buchladens ausschlaggebend sein, aber kaum für den Ortswechsel von Kommunisten. Das ganze liquidatorische Geschwätz über den angeblichen Zustand der kommunistischen Bewegung versuchten diese Leute mit Hilfe eines Flugblatts unter die Studenten zu tragen. Zum Glück haben diese Bankrotteure aus der KPD/ML inzwischen auch als Buchhändler bankrott gemacht.

(4) Nicht umsonst hat die "KPD" ihre Stellungnahme zu der Metalltarifrunde, wie auch andere grundsätzlichere Artikel ausschließlich in der RPK veröffentlicht.

(5) entfällt

(6) Wir beziehen uns im folgenden vor allem auf den Artikel "Voraussetzungen der Aktionseinheit" in der Roten Fahne (AO), Nr. 39, S. 8; hier auf das großsprecherische Verhalten gegenüber der KPD/ML (Roter Morgen).

(7) Diese lächerliche Angeberei gegenüber Genossen unserer Hochschulorganisation enthüllt trotz ihrer Lächerlichkeit den ganzen Parteiaufbau"plan" der "KPD" entlang den Hochschulen. Zwar werden KSV-Gruppen erst offen ins Leben gerufen, wenn die Regionalkomitees"stehen". Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Regionalkomitees gerade aus versprengten kommunistischen Studenten und Intellektuellen aufgebaut werden, die die "KPD" dort aufsammelt, wo keine Anleitung der kommunistischen Studenten durch eine lokale oder regionale Organisation vorhanden ist. Eine solche Situation macht Studenten und Intellektuelle natürlich empfänglich für die Lockungen der AO, die angeblich allein den Kampf gegen den Revisionismus führen kann. Die KPD-AO spricht in der RF 39 von einer "beständigen Kapitulation" der Zirkel vor den Revisionisten der DKP/SEW. Die AO sollte ihren beschränkten Berliner Horizont etwas erweitern. Tatsache ist, daß sich die DKP gerade dort am schwersten tut, wo sie mit starken marxistisch-leninistischen Zirkeln konfrontiert ist. Weder ist es ein Zufall, daß z.B. die ABG in München immer schärfer von DKP- und DGB-Funktionären angegriffen werden, noch ist es ein Zufall, daß die DKP in Mannheim gerade in der Kommunistischen Gruppe (NRF) ihren Hauptfeind erkannt hat. Einer der wenigen Änderungsanträge gegen die These 41 kam gerade von der DKP Heidelberg, die in der Begründung ihres Änderungsantrages ganz offen die Schwäche der Revisionisten und ihre Unfähigkeit, die marxistisch-leninistische Bewegung zu spalten, eingestehen mußte.

Die sonstigen Angriffe auf die großen kommunistischen Gruppen sind einfach der übliche Unsinn aus der Küche des Berliner Gerüchtewesens. Z.B. behauptet die Rote Fahne frech, "im Lager der Zirkel wächst die Stimmung, sich ins Seminar zurückzuziehen." Das ist schon deshalb unsinnig, weil viele Mitglieder der großen kommunistischen Gruppen niemals aus den Seminaren hervorgegangen sind, sondern in den Fabriken und Büros arbeiten. Das kann sich die KPD-AO offensichtlich nicht vorstellen. →

Ähnlich großspurig tritt die "Partei" selbst in ihrem Zentralorgan auf. Dort schreibt sie: "Dem Zerfallsprozeß der KPD/ML entspricht eine kurze Scheinblüte des Zirkelwesens, aber die intellektuellen Zentren der Zirkeltheorie lösen sich auf. Der KB/ML ist verschwunden, ohne auch nur eine Selbstkritik zu hinterlassen. Bleibt die Gruppe Neues Rotes Forum Heidelberg, die mit den Gesten der Bescheidenheit und dem Anspruch, ein interessanter Diskussionspartner zu sein, noch Einfluß auf eine Reihe fortschrittlicher Intellektueller hat. Um den noch vorhandenen Anhängern der Ideen von der Vereinigung der Zirkel die Ausweglosigkeit ihres Konzepts darzustellen, werden wir der Gruppe Neues Rotes Forum eine ideologische Auseinandersetzung vorschlagen." (RF Berlin, Nr. 39)
Was hat die Rote Fahne bloß für Vorstellungen von ideologischer Auseinandersetzung? Statt sie öffentlich aufzunehmen und zu führen, begründet sie einen völlig inhaltsleeren "Vorschlag" der Auseinandersetzung mit einer Anzahl Dummheiten, die sie uns unterstellt. (8) Wenn jeder ein "Zirkeltheoretiker" wäre, der feststellt, daß die kommunistische Bewegung zu einem gegebenen Zeitpunkt zersplittert, handwerklerisch ist, weil sie sich bis zu diesem Zeitpunkt nur in mehr oder weniger entwickelten Zirkeln organisiert hat, dann wäre Lenin vor 1903 ein Oberzirkeltheoretiker gewesen. Wenn "Zirkeltheoretiker" solche Leute sind, die den Marxismus-Leninismus auf die Realität anwenden und ihre Augen vor der Realität der kommunistischen Bewegung nicht verschließen, dann sind wir allerdings "Zirkeltheoretiker". Wir sind nämlich nicht gewillt, uns durch das Geschrei der "Roten Fahne", darüber hinwegtäuschen zu lassen, daß die Gründung der "KPD" die Situation der kommunistischen Bewegung keineswegs grundsätzlich verändert hat, und diese Gründung bloß Ausdruck dieser Situation ist. Was wir vom Zirkelwesen als Organisationsform der kommunistischen Bewegung halten, haben wir allerdings schon in einer früheren Kritik an der "KPD", damals noch "AO", festgehalten: "Das bestehende Zirkelwesen hätte wenigstens dann eine progressive Funktion, wenn es den theoretischen Kampf vorwärtstreiben würde, und jeder Zirkel, der in diesem Kampf keine Position bezöge, sich diskreditieren würde. Stattdessen nimmt das Einerlei von Organisationsvorschlägen zu, ohne daß auch nur der Schatten von inhaltlichen Richtungskämpfen sich zeigen würde. Dies zeigt, daß die Zirkel Zirkel bleiben wollen, gerade auch dann, wenn sie ständig vom Parteiaufbau reden: denn sie wollen das Pferd vom Schwanz aufzäumen, weil sie gar nicht daran denken, das Pferd auch besteigen zu wollen." Schon damals wurde von uns auf diese Notwendigkeit des ideologischen Aufbaus der Partei und offener Auseinandersetzung in der kommunistischen Bewegung hingewiesen: "Bloß so kann das Gerede und der Klatsch um Windeier (der typische Ausdruck des Zirkelwesens, Red.) durch Auseinandersetzung und theoretischen Kampf abgelöst werden. Das Zirkelwesen wird nicht durch Namensänderung überwunden." (RF, 2/70, S. 5) Wir stellten also von vornherein fest, was wir von der Blüte des Zirkelwesens hielten. Umso weniger kann uns die von der "KPD" befürchtete Scheinblüte des Zirkelwesens in unserem Kampf gegen das Zirkelwesen beirren. Wir wären also niemals ein "intellektuelles Zentrum des Zirkelwesens", sondern haben jeweils versucht, unsere Praxis trotz des herrschenden Zirkelwesens demokratisch-zentralistisch zu organisieren und im offenen ideologischen Kampf die inhaltlichen Grundlagen für eine nationale demokratisch-zentralistische Organisation zu schaffen. Das hat uns allerdings zu einem der Zentren der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland gemacht, aber keineswegs zu einem "intellektuellen Zentrum der Zirkeltheorie". Dementsprechend

---

→(7)
Die dumme Behauptung, die kommunistischen Gruppen würden die Verwirklichung des demokratischen Zentralismus auf den St. Nimmerleinstag verschieben, ist einfach falsch. Die Auseinandersetzung in den Gruppen, ging immer darum, wie der demokratische Zentralismus real und konkret entfaltet werden könnte, wobei die inhaltlichen Voraussetzungen, die Linie und das Programm klar erkannt wurden, im Gegensatz zu den Parteien, die die Prinzipien des demokratischen Zentralismus wie Formelkram handhaben. Im übrigen gibt es bekanntlich schwerwiegende inhaltliche und organisatorische Differenzen zwischen den verschiedenen kommunistischen Hauptgruppen, die die KPD-AO vergeblich unter den Tisch zu wischen versucht.
(8) Inzwischen ist dieser "Vorschlag" auch in Briefform bei der KG (NRF) MA-HD eingetroffen. Diese Genossen, die soviel Wert darauf legen, daß man ihren Namen ernst nimmt und nicht durch Zusätze oder Anführungsstriche verunstaltet, schreiben der Kommunistischen Gruppe (NRF) MA-HD (die nebenbei bemerkt auch einen Zentralausschuß und ein Politisches Büro hat) folgenden Brief:

"Neues Rotes Forum
Werte Genossen!

In der ROTEN FAHNE Nr. 39 schrieben wir, daß es unsere Absicht ist, mit Euch in eine ideologische Diskussion über die Grundlagen der revolutionären Strategie einzutreten, die öffentlich geführt werden soll.
Wir schlagen vor, daß Ihr einen Vertreter benennt, der bevollmächtigt ist, über Ort, Zeit und Form solcher Gespräche mit unserer Partei zu verhandeln. Bitte teilt uns gleichzeitig mit, wo wir mit Eurem Vertreter zusammentreffen können, um die genannten Vereinbarungen zu treffen. Wir sind gerne bereit, dies auch in Heidelberg zu tun.

Mit freundlichen Grüßen

Ständiger Ausschuß des
Zentralkomitees der
Kommunistischen Partei Deutschlands

i. A. Unterschrift

Dortmund, 6.4.1972"

Den Zweck dieser "Gespräche" verschweigt die "KPD". Genossen, was soll das Getue? Wir sind wie Ihr davon überzeugt, daß die ideologische Auseinandersetzung zwischen unseren beiden Organisationen für die kommunistische Bewegung von Nutzen ist. Aber was sollen "solche Gespräche" zwischen Vertretern unserer Organisationen, von denen später ein Kommuniqué veröffentlicht wird, was sollen vor allem solche Gespräche über die "Grundfragen der revolutionären Strategie", so lange die Auseinandersetzung um diese Grundfragen in den jeweiligen Organen so wenig entwickelt ist. Wir meinen, daß die Verbesserung dieser tatsächlich öffentlichen Auseinandersetzung unser Hauptziel sein sollte, und daß offizielle Gespräche zwischen Vertretern unserer Organisationen sich auf konkrete Fragen konkreter Aktionen beziehen sollten, so lange wir so grundverschiedene Auffassungen vom Charakter unserer jeweiligen Organisationen haben. Ziel solcher Gespräche wie ihr sie euch vorstellt, kann ohnehin nur der Wiederaufbau der Kommunistischen Partei Deutschlands und ihre Neugründung auf dem soliden Fundament des revolutionären Programms sein. In "solche Gespräche" müßten aber sehr viel mehr Organisationen einbezogen werden, als unsere beiden Gruppen.
Der ZA der KG (NRF) MA-HD wird euren Brief in nächster Zeit offiziell beantworten.

lösen wir uns auch keineswegs auf, sondern festigen uns, um unsere Aufgaben in der kommunistischen Bewegung besser erfüllen zu können. Die offene ideologische Auseinandersetzung braucht man uns auch nicht vorzuschlagen, weil wir sie schon führen (auch mit der "KPD"); vielmehr muß diese Auseinandersetzung von seiten der "KPD" nur aufgenommen werden (9). Nun zu unserem angeblichen organisatorischen Konzept der Vereinigung der Zirkel, dessen Ausweglosigkeit die "KPD" an uns

(9) Inzwischen hat der KSV in seinem Zentralorgan (dem heimlichen theoretischen Organ der "KPD") diese Auseinandersetzung aufgenommen, in der uns "Nachtrabpolitik gegenüber dem historischen Stand des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse" und gegenüber der Gewerkschaftsführung vorgeworfen wird. Das wird damit belegt, daß wir in der Metalltarifrunde, in der die Metallarbeiter unseres Tarifbezirks 3 Wochen streikten, den 11% der Gewerkschaften keine eigene Lohnforderung als Aktionslosung gegenübergestellt haben, nachdem die 11 % offizielle Tarifforderung geworden waren. Wir haben in NRF 6/71 zureichend erläutert, warum in diesem bestimmten Tarifkampf in unserem bestimmten Tarifbezirk keine andere Lohnforderung den 11% als Aktionslosung gegenübergestellt werden konnte, ohne im mindesten auf die Propagierung von qualitativ anderen Forderungen verzichten zu müssen. Was aber die vom KSV-Organ geforderte "Aufstellung revolutionärer Forderungen für den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse" betrifft, sind wir ein bißchen skeptisch. Das mag an unserem beschränkten Zirkelstandpunkt liegen. Allerdings hat auch Marx schon die Ansicht vertreten, daß Kämpfe der Klasse politischen Charakter haben und den engen Rahmen des wirtschaftlichen Kampfes zwischen Arbeitern und Unternehmern sprengen, und auf den Einfall, daß gleiche Forderungen in Mark und Pfennig (12o DM für alle) revolutionär seien, ist u.E. auch noch niemand gekommen. Im übrigen aber haben Genossen unserer Organisation in gewerkschaftlichen Versammlungen schon dazu beigetragen, daß solche Forderungen in diesen Versammlungen nicht nur von irgend jemand aufgestellt, sondern daß sie fast einstimmig verabschiedet wurden. Daß sie damit zur Verabschiedung revolutionärer Froderungen beigetragen haben, war ihnen allerdings nicht bewußt. Der "Zirkelstandpunkt" behindert offensichtlich die Einsicht in die revolutionäre Tragweite der eigenen Politik.

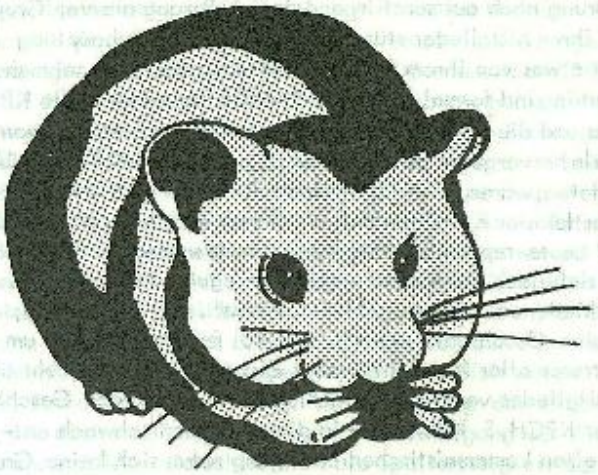
Als weiterer Beleg wird die Parole: "Für eine konsequente Klassenpolitik der Gewerkschaften" angegeben, die in Nr. 3 der Arbeiterzeitung auf Seite 1 stehen soll. Dort findet sich allerdings keine solche Parole. Gemeint ist wohl die Parole: "Für kampfstarke, klassenbewußte Gewerkschaften", die nach Ansicht der "KPD" aber sicher gleichfalls den Widerspruch zwischen Gewerkschaftsführung und Mitgliedermassen für "unwichtig" erklärt und "mit der Illusion von der Eroberung der Gewerkschaftsapparate die Arbeiterklasse an die Trabanten der Kapitalisten in der DGB-Spitze ausliefert." (RPK Nr. 163, S.3)

Dazu stellen wir fest:

1. ist der ganze Artikel gerade ein Angriff auf die "Gewerkschaftsspitze", aber nicht nur auf sie, sondern auf die SPD-Linie, die nicht nur die Gewerkschaftsspitze in die Gewerkschaften un die Arbeiterklasse hineinträgt.

2. drückt sich der Widerspruch zwischen Gewerkschaftsspitze und der von ihr vertretenen SPD-Linie auf der einen Seite und der Masse der Arbeiter in den Gewerkschaften gerade darin aus, daß die Gewerkschaftsspitze alles tut, →

Vorurteil Nr.5



Krankenkassen sind wie Hamster. Nehmen. Nehmen. Nehmen. Setzen Fettpolster an. Und nicht zu knapp...

Nicht einmal vor Studierenden machen sie halt. Auch bei denen wollen sie einhamstern. Dabei weiß jeder, wie schwer gerade die Studenten es haben. Die DAK weiß es auch. Darum hat die Vertreterversammlung der DAK mit Wirkung vom 1.1.1972 Beiträge beschlossen, die den Studenten angemessen sind.

Mit 11,– DM monatlich sind Sie dabei – Für 1,– DM mehr auch Ihre Familie.

Studenten können Mitglied der DAK werden, sobald sie eine vorübergehende Angestelltentätigkeit ausüben, z.B. als Werkstudent.

Diese Information glauben wir allen schuldig zu sein.

Das Zeichen für Vertrauen und Leistung

DAK

DEUTSCHE ANGESTELLTEN-KRANKENKASSE

demonstrieren will. Auf was stützt sich diese Behauptung, wir strebten die "Vereinigung der Zirkel" an? Bevor wir zeigen, daß sich diese Behauptung weder auf unsere Programmatische Erklärung noch auf sonst irgendeine Äußerung unserer Gruppe noch ihrer Mitglieder stützt, möchten wir der Behauptung selbst etwas von ihrem "schlimmen" Beigeschmack nehmen. Immerhin sind formal , sowohl die SDAPR, als auch die KP-China und die PAA gerade aus einem Zusammenschluß von Zirkeln hervorgegangen(10). Die 12 Leute, die 1921 die KPCh gründeten, waren schließlich auch nicht ein angeblich führender lokaler Kern, der sich zur Partei ernannte, sondern diese 12 Leute repräsentierten kleine kommunistische Gruppen, "die sich nach der Gründung der Bewegung des 4. Mai in verschiedenen Zentren gebildet hatten". (Hu Tschiau-mu, 30 Jahre Geschichte der KPCH, S.13) Es handelte sich um "Vertreter aller kommunistischer Zirkel", die etwas mehr als 50 Mitglieder vertraten (Mjau Tschu-Hwang, Kurze Geschichte der KPCH, S.18). Selbst in dieser äußerst schwach entwickelten kommunistischen Bewegung nahm sich keine Gruppe das Recht heraus, ohne Einbeziehung der ganzen kommunistischen Bewegung die Partei an dieser Bewegung vorbei einfach in die Welt zu setzen.
Wie sieht es mit der Geschichte der PAA aus? Auch hier organisierte sich die kommunistische Bewegung zunächst in zwei lokalen Hauptgruppen. Die Partei ging aus der Vereinigung der später auf drei angewachsenen Hauptgruppen hervor, nachdem unter Druck der Kämpfe und der Mitglieder zunächst eine engere Zusammenarbeit zwischen den Hauptgruppen zustande gekommen war. Verlief der Aufbau dieser Parteien gemäß einer "Zirkeltheorie"? Hat dieser Weg des Parteiaufbaus in die Sackgasse geführt? Doch wohl kaum. Der Parteiaufbau in diesen Ländern, genau so wie in Rußland, war gerade deshalb erfolgreich, weil er alle organisierten kommunistischen Kräfte in die nationale Aufbauarbeit mit einbezog und durch Ausarbeitung eines Programms und Verabschiedung eines Statuts die Instrumente schuf, um die Überreste des Zirkelwesens und des Sektierertums aus der einheitlichen nationalen Organisation hinauszusäubern und damit gleichzeitig, da die Partei überall zu Ansehen gelangt war, gründlich zu diskreditieren. Nur wenn die ganze organisierte kommunistische Bewegung in den Parteiaufbau einbezogen wird, kann sichergestellt werden, daß sich der Parteiaufbau nicht losgelöst vom Parteibildungsprozeß des Proletariats vollzieht, daß er wirklich als Verbindung von Marxismus-Leninismus und Arbeiterbewegung vorwärtsgetrieben wird und nicht als Selbstapotheose der von ihrer Reinheit am meisten überzeugten Marxisten-Leninisten. Die Genossen der AO sind dabei, ein Luftschloss aufzubauen. Das zeigt sich schon daran, daß ihre Parteigründung beliebig wiederholbar ist. Das ganze Blendwerk der "KPD" ist ja bloß deshalb erfolgreich, weil sich andere Gruppen nicht auf ähnliche Gaukeltricks einlassen. Gerade die endlich auf deutsch erschienene Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens, die alle Genossen und gerade die Mitglieder der Parteien sehr sorgfältig studieren sollten, nimmt der schlimm gemeinten Behauptung über unser angebliches organisatorisches Konzept von der Vereinigung der Zirkel viel von ihrem Schrecken. Die albanischen Genossen stellen in ihrer Geschichte z.B. fest: "Unter diesen Umständen (dem Anwachsen der antifaschistischen Ar-

→ 9

um das Klassenbewußtsein und die Kampfstärke der Arbeiter zu sabotieren und zu unterdrücken. Das weiß jeder einigermaßen fortschrittliche Kollege. Die Parole "Für kampfstarke, klassenbewußte Gewerkschaften" gibt dem Kampf zweier Linien in den Gewerkschaften ein Ziel, auf das sich alle fortschrittlichen Kollegen im Kampf gegen die SPD-Linie einigen können.
3. Wenn die Parole also die Arbeiter keineswegs an die Gewerkschaftsspitze bindet, sondern den Kampf gegen die SPD-Linie zusammenfaßt, schafft sie vielleicht doch Illusionen von der Eroberung der Gewerkschaftsapparate? Natürlich tut sie das nicht. Denn jeder fortschrittliche Kollege weiß, daß die Kampfstärke und das Klassenbewußtsein gerade vom Apparat sabotiert wird. Die Parole läßt gar keinen Zweifel an der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Apparat, weil er die Kampfstärke und das Klassenbewußtsein in der Gewerkschaft sabotiert und unterdrückt.

Die Parole schafft im übrigen auch keine Illusionen über die Revolutionierbarkeit der Gewerkschaften. Sie faßt einfach den täglichen Kampf in den Gewerkschaften in einem Ziel zusammen, das für das Proletariat selbst nach der proletarischen Revolution unabdingbar bleibt, gerade weil es wahrscheinlich überhaupt erst in und nach a proletarischen Revolution verwirklicht werden kann.
Die Angriffe des KSV auf diese Parole sind also Unsinn und lassen sich bloß daraus erklären, daß die Genossen im KSV verständlicherweise wenig Erfahrung haben. Im übrigen kann jede ,auch die richtigste Parole im Kontext einer falschen Agitation und Propaganda verfälscht werden. Das aber hätte uns der KSV erst nachweisen müssen, statt seine Vorwürfe aus einer grundsätzlich richtigen Parole abzuleiten.

Abschließend noch folgendes: Die Frage, ob in einer bestimmten Etappe des Parteiaufbaus das Zirkelwesen herrscht, ist nicht eine Frage der "Entscheidung" für oder gegen das Zirkelwesen, wie das KSV-Blatt meint, sondern eine Frage der Untersuchung. Je mehr man das bestehende Zirkelwesen in der kommunistischen Bewegung erkennt, desto mehr wird man sich für dessen Beseitigung anstrengen. Die Beseitigung und Überwindung des Zirkelwesens ist aber keine Sache des Beschlusses von einer Handvoll Kommunisten, sondern ein langer theoretischer, politischer und organisatorischer Kampf. Das wußte auch z.B. Sinowjew, obwohl er sonst viele schwerwiegende Fehler machte. Er wußte es, weil dieses Wissen Allgemeingut der Bolschewiki war. Er schrieb in seiner "Geschichte der KPdSU (Bolschewiki)" (Hamburg 1923, Neudruck: Erlangen 1972): der "lebendige dialektische Entwicklungsgang einer Partei" ist "ein sehr komplizierter, langwieriger Prozeß." (...) "Sie entsteht unter schweren Mühen, unterliegt unaufhörlichen Neubildungen, Umgruppierungen, Spaltungen und Prüfungen im Feuer des Kampfes, bevor sie endgültig die Partei des Proletariats wird, die Partei einer bestimmten Klasse. Und auch dies ist nur unter der Einschränkung gültig, die ich schon gemacht habe, daß dieser Prozeß selbst dann noch nicht abgeschlossen ist: das Ausscheiden der alten Gruppen, das Hinzukommen der anderen währt noch lange Zeit." (a.a.O. S.21). Dasgleiche läßt sich auch im "Kurzen Lehrgang" nachlesen oder eben direkt aus der Geschichte der Bolschewiki erarbeiten, wie sie sich exemplarisch in Lenins Schriften niederschlug.

(10) SDAPR = Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands; die Bolschewiki benannten sich 1917 in KPdSU um.
PAA = Partei der Arbeit Albaniens

beiterbewegung) war es dieerste Aufgabe,die kommunistische Bewegung im ganzen Lande zu verbreiten, festere Verbindungen zwischen den Organisationen herzustellen und ihre Tätigkeit zu koordinieren." (S.52) Sie verurteilten scharf, daß die Sendboten einer trotzkistischen, unabhängig von der kommunistischen Bewegung in Albanien auf griechischem Boden gegründeten "Kommunistischen Partei Albaniens" grosse Verwirrung stiftete und damit die Annäherung und Zusammenarbeit zwischen den beiden Hauptgruppen untergraben hat.(S.55) Erinnert uns diese"Kommunistische Partei Albaniens"nicht ein wenig an die "KPD"? Die albanischen Genossen meinen von der Spaltertätigkeit der "Kommunistischen Partei Albaniens",daß sie der kommunistischen Bewegung großen Schaden zufügte und damit die gesamte revolutionäre demokratische Bewegung schädigte. Die albanischen Genossen sagen: "Die ideologischen und politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Gruppen über die Anwendung des Marxismus unter den konkreten historischen Bedingungen des Landes verschärften sich. Dieser Kampf griff auch auf das organisatorische Gebiet über und nahm einen prinzipienlosen Charakter an." (S.67) Der Kampf gegen den Faschismus stellte aber die "dringende Notwendigkeit,die Gruppen zu vereinigen und eine einzige kommunistische Partei zu gründen" auf die Tagesordnung."Die Lösung dieser Aufgabe war nicht leicht. Es mußten die Meinungsverschiedenheiten und die Spaltung überwunden werden,die insbesondere von den Führern genährt wurden, obwohl die Notwendigkeit des Zusammenschlusses jetzt vom größten Teil der Kommunisten schon stark gefühlt wurde." (S.78)

Aber die'Einheit der kommunistischen Kräfte"wurde erschwert, weil wieder der alte Weg der Besprechungen zwischen den Führern eingeschlagen wurde. Deren Unfähigkeit,die Einheit herbeizuführen,ließ ihre Autorität sinken. Aufgrund der Notwendigkeiten des gemeinsamen Kampfes rückten die'politischen und ideologischen Meinungsverschiedenheiten allmählich an die zweite Stelle." Aber wegen der fortbestehenden Spaltung der beiden lokalen Hauptgruppen bildete sich zunächst noch eine Gruppe,so daß sich allmählich aus den kleinen kommunistischen Organisationen drei kommunistische Hauptgruppen bildeten,die jeweils ihre lokalen Schwerpunkte hatten und erhebliche politische Differenzen aufwiesen. Aufgrund des Drucks der Mitglieder wurde ein neuer Versuch zur Herstellung der Zusammenarbeit der beiden älteren Gruppen gemacht. Eine "Schiedskommission" wurde gebildet,"die als erster Schritt zur vollständigen Vereinigung gedacht war. Aber auch dieser Versuch zeitigte keine befriedigenden Resultate." (S.9o) Erst die gemeinsamen antifaschistischen Aktionen führten schließlich zur engeren Zusammenarbeit der drei Hauptgruppen: "Der Kampf der albanischen Kommunisten selbst schuf schließlich die günstigsten Voraussetzungen für die Gründung ihrer Partei. In den kommunistischen Gruppen war ein Kader von Berufsrevolutionären herangewachsen,der sich über die Meinungsverschiedenheiten der Gruppen zu erheben vermocht hatte,die Linie des kompromißlosen Kampfes gegen die faschistischen Okkupanten und die Landesverräter akzeptiert und auf dieser Basis für die Einheit der albanischen kommunistischen Bewegung gekämpft hatte. Dieser Kader bereitete durch seinen Kampf ideologisch und organisatorisch die Gründung der kommunistischen Partei vor. Der antifaschistische Kampf der Kommunisten der verschiedenen Gruppen hatte das Sektierertum und den Gruppengeist,die bis dahin dominiert hatten,in den Grundfesten erschüttert. Dieser Kampf und die gemeinsame Ideologie wurden der entscheidende Faktor dafür,daß zwischen den wichtigsten kommunistischen Gruppen im August 1941 ein Einvernehmen über die Organisierung einer Beratung erzielt werden konnte. An dieser sollten die Vertreter aller Gruppen teilnehmen und die Frage der Verschmelzung dieser Gruppen sowie die Frage der Gründung der kommunistischen Partei Albaniens lösen."(S.95 f.) Auf dieser Beratung der wichtigsten kommunistischen Gruppen wurde dann tatsächlich die kommunistische Partei gegründet,die "Verschmelzung der Gruppen" vollzogen und die ideologischen und organisatorischen Grundlagen festgelegt, sowie die Generallinie für die Dauer des nationalen Befreiungskampfes ausgearbeitet. Aufgrund einer gemeinsamen Vereinbarung trat kein einziges von den ehemals wichtigsten Gruppenhäuptern (der Vorsitzende und sein Stellvertreter) in die Führung ein,weil sie für den Zusammenschluß der albanischen Kommunisten in einer einzigen Partei hinderlich waren. (S.98) So kam also die PAA als Verschmelzung der Gruppen oder,wie die "KPD" sagen würde, als Vereinigung der Zirkel zustande,nachdem sie schließlich die Spaltertätigkeit der "Kommunistischen Partei Albaniens" abgewiesen und deren Vertreter ausdrücklich ausgeschlossen hatten und ihre alten gruppenbornierten Führer ins zweite Glied verbannt hatten. Mit der Parteigründung hatten sich die albanischen Kommunisten die Möglichkeit geschaffen,die Partei auf Grundlage von Programm und Statut zielstrebig weiter aufzubauen und sie von allen hemmenden Elementen radikal zu säubern,was in der Folge geschah.

Wir haben die Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens deshalb so ausführlich referiert,weil sie den Kopf frei macht gegenüber den'schlimmen' Anwürfen und Behauptungen der "KPD" . Nur in der Retorte läßt sich die Partei so gründen,wie die in der BRD existierenden Parteien sich das so ausgedacht haben. Sie gehen in ihren Konzepten gerade an wichtigen Teilen der kommunistischen Bewegung vorbei,die oft die Verbindung von Marxismus-Leninismus und Arbeiterbewegung am weitesten vorwärtsgetrieben haben,und spielen in Wirklichkeit oft eine ganz üble Spalterrolle,die in der kommunistischen Bewegung und unter den Fortgeschrittenen des Proletariats bloß Verwirrung stiften.Die "KPD" ist in dieser Beziehung zweifellos der gefährlichste Spalter. Sie ist voll der trotzkistischen "Kommunistischen Partei Albaniens" vergleichbar. Gegenüber den Konzepten der Vereinnahmung der Bewegung durch die Sekten,sind wir allerdings der Auffassung,daß der Parteiaufbau nicht an den kommunistischen Gruppen vorbeigehen kann,sondern gerade auf Grundlage der von ihnen organisierten Kräfte erfolgen muß. Allerdings nicht als schlichte Vereinigung der Zirkel,so wie sie sind. Der Prozeß der Vereinheitlichung bedeutet nicht nur Kampf zwischen den Zirkeln, sondern - wie die Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens zeigt - auch einen Kampf in den Zirkeln,der deren bisherige organisatorische Struktur und ganzen Charakter verändern muß, wenn es zu einer nationalen demokratisch-zentralistischen Parteiorganisation kommen soll. Der Zusammenschluß der organisierten kommunistischen Bewegung in einer einheitlichen Partei bedeutet die Zerschlagung des Zirkelwesens. Haben wir daran je einen Zweifel gelassen? Nein,ganz im Gegenteil. Zweifellos hat die Kommunistische Gruppe in ihrer Programmatischen Erklärung die Notwendigkeit der Vernichtung der bisherigen Organisationen und der Überwindung ihrer Organisationsformen durch die Partei des Proletariats klar zum Ausdruck gebracht.Genau deshalb sind wir auch in Gegensatz zu den Organisationen geraten,die ihren geradezu darwinistischen Überlebenswillen als Zirkel hinter dem Namen der Partei verbergen. In der PE der K G (NRF) heißt es ausdrücklich,daß wir uns nicht der Illusion hingeben,als sei unsere Organisation eine Keimform der Partei des Proletariats,aus der diese organisch "herauswachsen" würde. Im Gegenteil wird es noch wesentlicher ideologischer Korrekturen und organisatorischer

Brüche bedürfen, bevor einzelne von uns oder unsere Gruppe Teil der Partei des Proletariats werden können." (PE, S. 13) Diese Aussage bezog sich damals auf die "Gruppe Neues Rotes Forum", mit der die jetzige Kommunistische Gruppe (NRF) Mannheim/Heidelberg nicht vergleichbar ist. Die klare organisatorische Trennung von der inzwischen selbstständigen KHG (NRF) Heidelberg und KHG (NRF) Mannheim und der Neuaufbau der KG (NRF) Mannheim/Heidelberg auf der Struktur von Betriebskollektiven bedeutet zweifellos einen entscheidenden Bruch mit der Organisationsform der ehemaligen Gruppe Neues Rotes Forum (11). Dennoch bleibt der zitierte Satz aus der PE gültig, denn der nationale, demokratisch-zentralistische Zusammenschluß der Kommunisten in Westdeutschland und Westberlin kann natürlich kein Zusammenschluß der Zirkel in ihrer bisherigen Form, eine Addition der Zirkel sein. Er muß die Zirkelstrukturen zerschlagen. Aber wie können diese Zirkelstrukturen zerschlagen werden? Nur auf Grundlage eines Programms und eines Statuts, dem die wesentlichen Kräfte der kommunistischen Bewegung ausdrücklich zugestimmt haben und unter Führung eines nationalen Kerns, der sich im Kampf um Programm und Statut, im Kampf gegen das Zirkelwesen herausgebildet hat, einer Führung also, die sich Autorität erworben hat und weithin anerkannt wird und diese Autorität und Anerkennung für die Durchsetzung des Programms und des Statuts einsetzt. Wie kommen wir zu einem Programm, das die Bedingungen der Revolution in unserem Land als Teil des weltweiten Kampfes gegen den Imperialismus richtig bestimmt? Wie kommen wir zu einem Statut, das den demokratischen Zentralismus gewährleistet, und wie kommen wir zu einem führenden Kern, der auf Grundlage von Programm und Statut den weiteren Aufbau der Partei anleiten kann? All diese Probleme stellen sich den "Parteien" nicht, weil ihre jeweilige Führungsclique unabhängig von Programm und Statut diesen führenden Kern schon immer darstellt, ganz egal welche Folgen diese Großmannssucht nach sich zieht. Ihre Parteiaufbaukonzepte haben deshalb sämtlich, wie richtig sie im einzelnen sein mögen, bloßen Rechtfertigungscharakter, sind durch und durch idealistisch, subjektivistisch, also letztendlich revisionistisch. Ihr Wesen muß bekämpft werden, ohne sich von den im einzelnen manchmal richtigen Auffassungen blenden zu lassen. Die wichtigen Initiativen zum Parteiaufbau gehen von den entscheidenden Zirkeln, von den kommunistischen Hauptgruppen in der BRD aus, die Elemente des nationalen Programms ausgearbeitet und erprobt haben und in der Praxis die Verbindung von Arbeiterbewegung und Marxismus-Leninismus am weitesten vorwärtsgetrieben haben. Obwohl ihre Fehler manchmal viel deutlicher sind als die Fehler der Parteien, haben sie doch die Fähigkeit, diese Fehler zu korrigieren, weil demokratisch-zentralistische Strukturen von ihnen weiterentwickelt sind, als von den "Parteien" und der Prozeß von Kritik und Selbstkritik in ihnen viel eher gewährleistet ist.

Die ABG-München machen in einer Polemik gegen den KAB-Hamburg vor kurzem noch einmal ihre Linie im Parteiaufbau zusammenhängend formuliert. Sie bestimmen dort die "nächsten Schritte zum Wiederaufbau der kommunistischen Partei" folgendermaßen:

- "Stärkung und Ausbau der lokalen Zirkel auf der Grundlage der Ideen des Marxismus, des Leninismus und der Mao Tsetung Ideen sowie der bereits erarbeiteten Elemente des Programms der wiederaufzubauenden kommunistischen Partei.
- Wo sich in einer Region auf diesen Grundlagen ein führender Zirkel herausgebildet hat, ist es die Pflicht der weniger entwickelten und gefestigten Zirkel, durch Anlehnung und organisatorischen Zusammenschluß dieses lokale Zentrum politisch und organisatorisch zu stärken und aktiv beim Aufbau eines regionalen Zirkels zu unterstützen.
- Durch verstärkte ideologische Auseinandersetzung insbesondere zwischen den sich herausbildenden führenden Zirkeln, durch verstärkte solidarische Konsultationen sowie durch Aktionseinheiten auf nationaler Ebene in wichtigen Fragen der praktischen Bewegung müssen sich zugleich die Kräfte herausbilden und bewähren, die zu Trägern des nationalen Zentrums und des zentralen Organs werden können als Voraussetzung für den einheitlichen Wiederaufbau der Partei.

Das sind die Schritte, die heute von allen Kommunisten je nach den konkreten Bedingungen an ihrem Ort und in ihrer Region in Angriff genommen werden. Und diese Aufgaben sind heute bereits zu klar entschieden und die revolutionären Kräfte, die sich diesen Aufgaben mit all ihrer Kraft stellen, sind bereits zu stark, als daß sie noch an der erfolgreichen Bewältigung dieser Aufgaben gehindert werden könnten, von denjenigen, die wie die 'linken' Sektierer von der Gruppe Roter Morgen, der Gruppe Rote Fahne Bochum, der Gruppe Rote Fahne Westberlin u.a. die Schaffung des nationalen Zentrums und des zentralen Organs in kleinbürgerlicher Ungeduld vorwegnehmen wollen, ohne die Voraussetzungen für den Wiederaufbau geschaffen zu haben, oder aber andererseits von denjenigen trotzkistischen und anarchosyndikalistischen Cliquen, die das Zirkelwesen in Worten und Taten verherrlichen und verewigen wollen, indem sie grundlegende Bestandteile der Lehren des Marxismus, des Leninismus und der Maotsetung-ideen verleugnen oder auf den Kopf stellen, auf das Anwachsen der spontanen Arbeiterbewegung warten und sogar die Verwirklichung des demokratischen Zentralismus unter fadenscheinigen Vorwänden auf den Sankt-Nimmerleinstag verschieben." (Stellungnahme des ZK der ABG zur Gründung eines KB durch das S.A.L.Z. und den "KAB"-Hamburg, März 1972)

Diese Parteiaufbau-Konzeption legt das Missverständnis nahe, der Wiederaufbau der kommunistischen Partei müsse in einer mechanischen Aufeinanderfolge von lokaler, regionaler und nationaler Zusammenfassung der Kommunisten erfolgen. Dieses Mißverständnis herrscht in den ABG tatsächlich und zeigt sich in der Vernachlässigung der nationalen Auseinandersetzung und des theoretischen Kampfes der sich ja sofort auf die nationale Ebene erheben kann. Auch legt diese Parteiaufbau-Konzeption organisatorische Mißverständnisse nahe, als ob der Wiederaufbau der KPD mit dem Zusammenwachsen der lokalen und regionalen Zirkel identisch wäre, während in Wirklichkeit jeder Schritt im Wiederaufbau der Partei ein be-

---

(11)

Die KG (NRF) Mannheim/Heidelberg nennt ihre betrieblichen Grundeinheiten deshalb Betriebskollektive, und nicht Betriebszellen, weil sie mit dem Begriff der Betriebszelle nicht Schindluder treiben will. Die Betriebskollektive bestehen nämlich oft noch mehrheitlich aus Mitgliedern der KG (NRF) MA/HD, die an dem betreffenden Betrieb arbeiten, und nicht in ihm (oft, aber keineswegs immer). Die Sympathisanten im Umkreis der Betriebskollektive können nicht unmittelbar aufgenommen werden, weil sonst die proletarische Mehrheit leicht auf Kosten der kommunistischen Linie erreicht würde. Die Betriebskollektive sind also Zellen der Organisation, aber noch selten Zellen im Betrieb, also noch selten echte Betriebszellen der Organisation. Über diese Tatsache wollen wir uns nicht hinwegmogeln. Die Bezeichnung der Grundeinheiten unserer Organisation bedeutet also gerade nicht einen Verzicht auf den Aufbau der Partei auf Betriebszellen, sondern benennt die Differenz unserer Organisatonsform zur Organisation der Partei, um sie zielklar überwinden zu können.

wußtes Einreißen der Schranken des Zirkelwesens bedeutet. Deshalb muß auch der theoretische Kampf zwischen den Zirkeln von vornherein auch in den Zirkeln offen und öffentlich ausgetragen werden, denn gerade der theoretische Kampf trägt in den frühen Etappen des Wiederaufbaus der KP in den Prozeß der Vereinheitlichung der Kommunisten ein nationales Element hinein, wenn die Auseinandersetzung quer durch die Zirkel hindurchgeht und damit verhindert, daß sich die Zirkel als abgeschlossene Monaden gegenübertreten. Die Zirkel überlassen sich sonst der naturwüchsigen Tendenz zur Immunisierung ihrer Standpunkte. Die lokale und regionale Vereinheitlichung der Kommunisten hängt gerade auch davon ab, wieweit sie in die nationale Auseinandersetzung eingreifen und in diese einbezogen sind. Die Herausbildung eines nationalen Zentrums und eines zentralen Organs muß im übrigen schon über die lokalen und regionalen Zirkel hinausgehen, setzt grundsätzlich neue Beziehungen zwischen den in den Zirkeln organisierten kommunistischen Kräften voraus und kann nicht mehr auf den Beziehungen zwischen Zirkeln beruhen. Das sehen trotz ihrer mißverständlichen Formulierungen offensichtlich auch die ABG, wenn sie die prinzipienlose Zirkelsammlung durch den KB-Nord kritisieren. Die ABG gehen bewußt vom Wiederaufbau der KPD aus. Dies ist von grundsätzlicher Bedeutung, weil so von vornherein die historischen Erfahrungen des traditionsreichen deutschen Proletariats der Arbeit der Kommunisten zugrunde gelegt werden und damit die beliebige und willkürliche Neuproklamation der KPD ausgeschlossen ist. Dieses Geschichtsbewußtsein geht den Parteien, sie mögen noch so wild mit der Geschichte der Arbeiterbewegung herumfuhrwerken, gerade ab. Sie sind deshalb auch völlig unfähig die Partei des Proletariats aufzubauen. Die ABG haben, obwohl sie in München und Süddeutschland konsequent für die Verschmelzung von Arbeiterbewegung und Marxismus-Leninismus kämpfen, bis jetzt kaum in die nationale Auseinandersetzung eingegriffen. Das führte z.B. in der Aktionseinheit zur Metalltarifrunde dazu, daß sie kein wirksames Gegengewicht gegen die Machenschaften von S.A.L.Z. und KAB (12) organisieren konnten, um die AE vorwärts zu bringen. So hatten KAB und S.A.L.Z., die bewußt den Zirkeltendenzen innerhalb der AE entgegen kamen und bewußt auf die faktische Auflösung der AE als Aktionseinheit von kommunistischen Organisationen hinarbeiten, leichtes Spiel. So ging auch die AE eher als negative Erfahrung in die kommunistische Bewegung ein und hat den Zusammenschluß der Kommunisten nicht wesentlich vorwärts gebracht. Das ist natürlich nicht den ABG anzulasten. Sie konnten jedoch ihr Gewicht, das sie in der AE hätten haben können, nicht zur Geltung bringen, weil sie ihre Verantwortung nicht ernst genug nahmen. Diese Nachlässigkeit in Fragen der nationalen Zusammenarbeit der Kommunisten hängt sicher mit dem schematischen Wiederaufbauplan der Partei zusammen.

Eine wichtige Initiative im Kampf gegen das Zirkelwesen hat der KBB mit seiner Zeitung "Die Wahrheit" ergriffen. Die Bremer Genossen knüpften mit ihrer Zeitung bewußt und ausdrücklich an die leninsche Iskra an, ohne allerdings "Die Wahrheit" zur Iskra hochstilisieren zu wollen. Dabei geraten die Bremer Genossen in den Widerspruch als lokaler, bzw. regionaler Zirkel eine nationale Zeitung aufbauen zu wollen. Die Bremer Genossen sehen diesen Widerspruch. Sie schreiben:

"Nun könnte man uns entgegenhalten, daß wir, die wir uns bei der Herausgabe unserer Zeitung politisch und personell im wesentlichen auf die Kräfte eines Zirkels stützen, notwendigerweise eine zirkelbornierte Zeitung herausgeben müßten. Wir bestreiten keineswegs, daß diese Gefahr besteht und daß wir ständig den Kampf gegen die Tendenz zur Zirkelborniertheit werden führen müssen. Aber wir sehen es keineswegs als notwendig an, daß die "Wahrheit" dieser Gefahr erliegt. In dieser Gefahr drückt sich ein Widerspruch aus, in dem alle kommunistischen Zirkel heute stehen, welche ihre vornehmste Aufgabe im Aufbau der kommunistischen Partei sehen und doch ihre lokalen Grenzen nicht willkürlich überspringen und sich prinzipienlos mit anderen Organisationen zusammenschließen können." (Wahrheit Jg.1, Nr.1., S.2) Die Genossen vom Kommunistischen Bund Bremen stecken, um aus diesem Widerspruch herauszukommen, den Anspruch ihrer Zeitung zurück. Sie schreiben: "Dieser Schritt, den wir als lokale Organisation tun, bedeutet nicht, daß die "Wahrheit" den Anspruch stellt, einzige politische Zeitung der westdeutschen Kommunisten zu sein. Im Gegenteil, wir wollen die Idee der politischen Zeitung als einen Schritt zur nationalen politischen Zeitung propagieren und andere Zirkel auffordern, sich ebenfalls an die Erarbeitung einer solchen Zeitung zu machen." (ebda)

Eine nationale politische Zeitung setzt aber einen nationalen politischen Kern, wenn auch noch keine kommunistisch Partei, so doch eine Organisationsstruktur voraus, die mit der lokalen und regionalen Zirkelstruktur im Wesen schon gebrochen hat. Trägt die "Wahrheit" zur Herausbildung dieses nationalen Kerns bei, der sich zwar nicht unabhängig von den lokalen und regionalen Zirkeln, aber doch nur in Auseinandersetzungen quer durch die Zirkel hindurch sich herausbilden kann? Die Iskragruppe war gerade eine solche Gruppe, die sich im Kampf gegen das Zirkelwesen als nationale Gruppe gegenüber den lokalen Zirkeln konstituierte und so die Notwendigkeit des parteimäßigen Zusammenschlusses in den Zirkeln und in der Arbeiterklasse propagieren konnte. Eine politische Zeitung wie die "Wahrheit" kann nur sehr bedingt zur Herausbildung eines solchen nationalen Kerns schon unter den Bedingungen des Zirkelwesens beitragen, weil sie selbst als Organ eines lokalen Zirkels dem Zirkelwesen noch zu sehr verhaftet ist. Insofern vollzog der KB/Bremen auch wenn seine Zeitungsarbeit in der "Wahrheit" zum Teil vorbildlich ist, nur einen Schritt, der wie bei anderen Zirkeln auch, noch eher Ausdruck als schon Negation des Zirkelwesens ist. Darauf bezog sich im wesentlichen unsere Kritik an den Vorstellungen, die die Bremer Genossen mit der Umwandlung der Arbeiterkorrespondenz in die "Wahrheit" verbinden. Die Bremer Genossen sehen ganz richtig, und darin sind wir völlig einig mit ihnen, daß die Programmfrage der Springpunkt in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um den Wiederaufbau der kommunistischen Partei ist und sie stellen richtig fest, daß diese Auseinandersetzungen in der ganzen organisierten kommunistischen Bewegung und vor den Augen der Arbeiterklasse geführt werden muß. Bloß: Soweit diese Diskussion in der "Wahrheit" geführt wird, bleibt sie national natürlich ebenfalls auf die kommunistische Bewegung beschränkt und erreicht nur die bereits kommunistisch organisierten Arbeiter. Überregional hat sie also keine Vorzüge vor einem theoretischen Organ, (13) sondern

---

(12) vgl. Stellungnahme des ZK der ABG, SS.25 ff.

(13) Der folgende Abschnitt bezieht sich auf eine Diskussion in Bremen, die öffentlich bis jetzt kaum bekannt ist. In der "Wahrheit" ist eine gemeinsame Erklärung aller an der Diskussion beteiligten Gruppen abgedruckt. In der Diskussion ging es im wesentlichen nicht um Fragen der Linie des Parteiaufbaus, sondern darum, wie diese Linie national durchgesetzt werden kann. Die KG (NRF) MA/HD war

Nachteile, insofern sich diese nationale Auseinandersetzung in der kommunistischen Bewegung nicht bruchlos mit den Notwendigkeiten der Propaganda in der Bremer Arbeiterklasse verbinden läßt. Um ein Beispiel zu nennen: Für die kommunistische Bewegung ist es derzeit von großer Bedeutung sich ausführlich und gründlich mit den diversen "Parteien" auseinanderzusetzen, für die lokale und regionale kommunistische Propaganda ist dies jedoch ein höchst untergeordnetes Problem, weil die Parteien meist keine große Rolle spielen und selbst die fortgeschrittensten, nicht kommunistisch organisierten Arbeiter diese Auseinandersetzung nicht für sehr wichtig halten und ihnen die Existenz der "Parteien" ziemlich gleichgültig ist. In der lokalen und regionalen Propaganda muß der Schwerpunkt auf den Kampf gegen die offen revisionistische DKP gelegt werden, von der große Gefahr für die Arbeiterklasse ausgeht. Der Kampf gegen die versteckten revisionistischen Ansätze in der kommunistischen Bewegung selber, der von großer Bedeutung für den Wiederaufbau der KPD ist, ist zwar für die kommunistische Bewegung von großer unmittelbarer Bedeutung, für die fortschrittlichen Teile der Arbeiterklasse, die für den Kommunismus erst gewonnen werden müssen, jedoch nur mittelbar wichtig, insofern dieser Kampf von großer Bedeutung für die Linie der lokalen Zirkel ist. Den Kampf gegen die "KPD" z.B. können wir in einer Zeitung, die gerade die Aufgabe hat, die fortschrittlichen Teile der Arbeiterklasse im Bereich unserer unmittelbaren Praxis für den Kommunismus zu gewinnen, nur höchst vermittelt führen. Wir müssen diesem Popanz im Kampf in der kommunistischen Bewegung die Luft ablassen, statt in der Arbeiterklasse durch eine ausführliche Polemik gegen diese Sekte den Popanz erst aufblasen zu wollen. Warum also schlugen wir den Genossen anderer Zirkel vor, die Möglichkeit eines gemeinsamen theoretischen Organs zu prüfen? Nicht weil es eine Alternative zur politischen Zeitung wäre, sondern weil wir meinten, durch die gemeinsame Arbeit an einem theoretischen Organ, die Auseinandersetzung quer durch die Zirkel und die kommunistische Bewegung hindurch vorwärts treiben zu können und damit die Herausbildung eines nationalen politischen Kerns zu beschleunigen. Dieser nationale Kern wird erst die nationale politische Zeitung schaffen können. Nun kann unser Vorschlag den Verdacht naheliegen, wir verstünden unter einem nationalen Kern ein Sammelsurium der eifrigsten "Theoretiker" in den Zirkeln. Wir selbst haben diese "Theoretiker" nicht und waren auch in keiner Zeit unserer Entwicklung ein Zirkel von Theoretikern. Diese "Theoretiker", die sich z.B. in den Problemen des Klassenkampfs ausbreiten, sind zwar für die Analyse wichtiger Fragen, die der Erstellung eines Programms zugrundeliegen, hilfreich, aber ein führender kommunistischer Kern kann aus solchen Theoretikern niemals hervorgehen. Weder verstehen wir unter einem theoretischen Organ ein Organ von Theoretikern, noch meinen wir, die Mitarbeiter an einem solchen Organ könnten diesen Kern bilden. Wir meinen aber, daß die Zusammenfassung des theoretischen Kampfes in einem zentralen Organ zur Herausbildung klarer Linien beiträgt und den Kampf zweier Linien in der kommunistischen Bewegung intensiviert und damit die Klärung der nationalen Fronten vorwärts treibt. Das Verhältnis eines solchen theoretischen Organs zu den Zeitungen der Gruppen, kann natürlich nicht das von Vollmilch und Magermilch sein. Solange das Zirkelwesen fortwuchert, müßte das theoretische Organ den theoretischen Kampf zwischen und in den Zirkeln in den Vordergrund stellen, was gerade aufgrund des lokalen und regionalen Charakters in den Propagandaorganen der Gruppen nicht möglich ist, ohne noch weitere Verwirrung in die Arbeiterklasse tragen zu wollen. Nur eine theoretische Zeitung könnte derzeit eine nationale Funktion in der kommunistischen Bewegung erfüllen, während die politischen Zeitungen, die die kommunistische Propaganda in die Arbeiterklasse tragen, notwendig mit den Organisationen direkt verbunden bleiben müssen, die in der entsprechenden Stadt oder Region unmittelbar die Praxis anleiten. Während das theoretische Organ das wichtigste Instrument der Auseinandersetzung in der kommunistischen Bewegung wäre, blieben die politischen Zeitungen die entscheidenden Hebel der Verschmelzung der vorläufig in Zirkeln organisierten kommunistischen Bewegung mit den fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterklasse. Dieses Verhältnis von theoretischem Organ und politischer Zeitung ist in seiner bestimmten Form bedingt durch die organisatorische Situation der kommunistischen Bewegung, soweit es jedoch das theoretische Organ als Hebel der Auseinandersetzung in der kommunistischen Bewegung bestimmt und die Zeitung als Instrument der Verschmelzung von Kommunisten und Arbeiterbewegung, ist es allgemein gültig. Aufgrund der Organisation in lokalen und regionalen Zirkeln mit oft schwerwiegenden politischen Differenzen, wäre es gegenwärtig für ein theoretisches Organ eher möglich, sich der "Sympathie und des Versprechens allseitiger und dauernder Unterstützung" von mehreren kommunistischen Organisationen und einzelnen in verschiedenen Städten tätigen Gruppen von Kommunisten zu versichern. (Vgl. Lenin, Werke 4, S. 326) Dies hielt Lenin seinerzeit sowohl für die Herausgabe der "Sarja" als auch der "Iskra" für unerläßlich. Ein solches theoretisches Organ, das den theoretischen Kampf in der kommunistischen Bewegung zusammenfaßt, konzentriert und zuspitzt, wäre auf die revolutionäre Intelligenz nur insoweit beschränkt, als die kommunistische Bewegung selbst auf die Intelligenz beschränkt ist. Dies ist aber schon nicht mehr der Fall. Es hat wenig Sinn, gegen den Vorschlag eines gemeinsamen theoretischen Organs, dessen Linie für die Publikationsarbeit natürlich genau festgelegt sein müßte, einzuwenden, die Auseinandersetzung finde hier nicht vor der Arbeiterklasse statt. Gegenwärtig findet die Auseinandersetzung so statt, daß selbst unter den Kommunisten nur Spezialisten einen Überblick haben und daß selbst die Kommunisten, die sich ganz auf die politische Tätigkeit konzentrieren können, keineswegs einen wirklichen Überblick über die gegenwärtigen Auseinandersetzungen gewinnen können. Die Konzentration der gegenwärtigen Auseinandersetzungen in einem gemeinsamen theoretischen Organ, dessen Redaktion den Kern dieser Auseinandersetzungen herausarbeitet, wäre überhaupt eine Voraussetzung dafür, daß wenigstens die fortgeschrittensten Arbeiter in ganz Westdeutschland und

---

↪

der Auffassung, daß ein gemeinsames theoretisches Organ (im Sinne der "Internationale", nicht von "Unter dem Banner des Marxismus") besser geeignet wäre als eine Zeitung, die notwendig eng mit der Praxis des sie herausgebenden Zirkels verbunden sein muß, solange sie nicht von einem national organisierten Zentrum herausgegeben wird. Die taktischen Differenzen in dieser Frage des Parteiaufbaus können natürlich die prinzipielle Bereitschaft zur Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Organisationen nicht in Frage stellen.

Westberlin sich eine selbständige Auffassung vom Charakter der bestehenden Meinungsverschiedenheiten machen könnten. Wir führen den theoretischen Kampf auch in unserem politischen Zentralorgan, der "Arbeiterzeitung", aber es ist klar, daß wir in diesem Organ die Auseinandersetzung mit anderen Organisationen und Gruppen nur begrenzt führen können, wenn die Auffassungen dieser Gruppen den Lesern in den Fabriken nicht bekannt sind. Weder können wir die Zeitungen anderer Gruppen unter den Arbeitern verbreiten, noch können wir unsere Zeitung zur Plattform dieser teilweise völlig verfahrenen Auseinandersetzung machen. Der Vorschlag diese Auseinandersetzungen in einem gemeinsamen theoretischen Organ zu sichten und auf ihren Kern zu untersuchen, statt sie wahllos in die Arbeiterklasse hineinzutragen, ist eine richtige Antwort auf die derzeitige Verfahrenheit der Auseinandersetzung. Denn nur in dieser Überprüfung der Standpunkte im nationalen Rahmen kann die Spreu vom Weizen geschieden werden und kann sich quer durch die Zirkel und Gruppen hindurch ein nationaler Kern herausbilden. Daß diese Überprüfung gegenwärtig nicht sorgfältig stattfindet, ist eine der Ursachen dafür, daß sich die verschiedenen Organisationen, Gruppen und Grüppchen trotz ihrer ganzen Beschränktheit dennoch als abgeschlossene Monaden gegenübertreten und damit zur Verfestigung des Zirkelwesens beitragen.

Welche Chancen auf Realisierung hat unser Vorschlag gegenwärtig? Ein gemeinsames theoretisches Organ verschiedener Gruppen ist offensichtlich derzeit genauso wenig möglich, wie eine gemeinsame politische Zeitung. Wir können deshalb die vielen Gruppen und einzelnen Kommunisten, die in der ganzen BRD und in Westberlin mit unserer Zeitschrift sympathisieren nur ernsthaft auffordern fester mit uns zusammenzuarbeiten, Artikel und längere Stellungnahmen uns zuzuschicken und uns in jeder Weise dabei zu unterstützen, die Auseinandersetzung in der kommunistischen Bewegung zusammenzufassen, auf ihr Wesen zu untersuchen , die bürgerliche Linie von der proletarischen Linie zu unterscheiden und damit zur Überwindung der bestehenden Zersplitterung und Prinzipienlosigkeit beizutragen. Eine Polemik zwischen Genossen lehnen wir in unserer Zeitschrift nicht nur nicht ab, sondern wir sind im Gegenteil bereit, ihr sehr viel Platz einzuräumen, um aus unserer Zeitschrift ein Organ der Diskussion aller Fragen zu machen, an der alle westdeutschen und westberliner Kommunisten mit Anschauungen verschiedenster Schattierungen teilnehmen. Wir werden entweder als Redaktion oder als Organisation in diesen Auseinandersetzungen einen festen Standpunkt beziehen oder als Einzelne dazu beitragen ungeklärte Fragen so zuzuspitzen, daß ein fester Standpunkt von unserer Organsiation und von allen Kommunisten bezogen werden kann. Wir meinen, daß wir als Organisation in Theorie und Praxis einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau der Partei des Proletariats leisten können und tatsächlich leisten. Der Beitrag unserer Zeitschrift wird darin bestehen, daß wir sie zur Tribüne der Auseinandersetzungen in der kommunistischen Bewegung machen, und daß wir in diese Auseinandersetzung im Sinne der Erstellung des Programms der Kommunistischen Partei eingreifen.

Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß gerade auch in lokalen und regionalen Zirkeln noch oft die Auffassung des Wiederaufbaus der Partei durch die Ausdehnung der eigenen Organisation vorherrscht. Hier sind wir prinzipiell anderer Auffassung, weil gerade dadurch der prinzipienfeste ideologische Aufbau der Partei erschwert wird und lediglich ein Rattenschwanz von Zirkelstreitigkeiten entsteht. Die zunehmende Illegalisierung der Kommunisten wird schnell die Spreu vom Weizen scheiden. Schon die Berufsverbote werden von manchen mit privaten Rückzugsmanövern beantwortet. Wahrscheinlich wird die kommunistische Bewegung in Westdeutschland und Westberlin erst unter der beginnenden Verfolgungswelle die Notwendigkeit des Zusammenschlusses voll erkennen. Das Verlangen nach Einheit ist da. Aber noch wird es durch sektiererische Ansprüche einerseits und durch die Furcht vor organisatorischen Schritten andererseits gehemmt. Die Autonomie der eigenen Organisation wird oft noch höher gestellt, als die selbständige Klassenpolitik unter Führung der einheitlichen Partei. Wir gehen davon aus, daß viele der bestehenden Differenzen auch zwischen uns und den Parteien im Rahmen einer einheitlichen Organisation entfaltet und gelöst werden können. Die Voraussetzung dafür ist ein Programm, das die entscheidenden Fragen klärt. Oft wird so getan, als wäre die Erstellung eines Programms eine fast unlösbare Aufgabe. Das ist nicht richtig.

Bloß weil programmatische Fragen oft mit taktischen Fragen vermengt werden, erscheint die Programmdiskussion so schwierig. Die programmatischen Fragen können geklärt und in den wichtigsten Fragen kann ein klare Linie festgelegt werden. Oft werden die grundsätzlichen Differenzen übertrieben, weil man offensichtliche Fehler gegenseitig aufbauscht. Gegenwärtig gibt es ganz wenige Gruppen, deren programmatische Auffassungen ökonomistisch sind. Die versteckten ökonomistischen Tendenzen, die sich immer wieder in Fehlern niederschlagen, können auf Grundlage eines kommunistischen Programms und einer nationalen Organisation viel leichter bekämpft werden, als unter den gegenwärtigen Bedingungen des Zirkelwesens. Sicher wird in dieser nationalen Organisation anfangs Fraktions- und Cliquenwesen auftreten. Das läßt sich niemals vermeiden. Wichtig ist, daß der Zusammenschluß der Kommunisten auf nationaler Ebene tatsächlich alle Kommunisten einbezieht und auf klarer programmatischer Basis vollzogen wird. Wenn sich das eine oder andere bürgerliche Element einschleicht, so werden diese Elemente leichter aus der Kommunistischen Partei hinausgesäubert werden können, als gegenwärtig aus der kommunistischen Bewegung, wo jeder "Parteifeind" in einer anderen "Partei" Aufnahme findet. Voraussetzung dafür ist freilich nicht nur ein gemeinsames Programm, sondern vor allem die fortschreitende Vereinigung der Kommunisten mit der Arbeiterbewegung. Gegenwärtig nähert sich aber schon der Zeitpunkt, wo diese Vereinigung durch das Zirkelwesen und das Parteienunwesen erschwert wird, Der Zusammenschluß der westdeutschen und westberliner Kommunisten in einer einheitlichen Partei steht auf der Tagesordnung. Das Prinzip "Erst Klarheit, dann Einheit" muß diesen Zusammenschluß der Kommunisten in einer einheitlichen Partei bestimmen. Aber nur der Wille zur Einheit schafft die wirkliche Klarheit.

Wir haben die Parteigründungen oft als falschen Ansatz zur Überwindung des Zirkelwesens kritisiert. Heute konzentriert sich unsere Kritik nicht mehr darauf, daß die Parteien abstrakt das Zirkelwesen negieren, sondern darauf, daß sie ein Hindernis für die reale Überwindung des Zirkelwesens, für die Schaffung der KPD, geworden sind.

Von unserem festen Willen zur Einheit ausgehend werden wir in Zukunft ausdrücklicher und entschiedener als bisher zur Auseinandersetzung um das Programm der wieder-

aufzubauenden Partei beitragen. Dies kann offensichtlich nur so geschehen, daß wir mit der Formulierung dieses Programms beginnen. Es muß endlich eine zentrale Auseinandersetzung um das Programm der kommunistischen Partei eingeleitet werden, wenn wir nicht am Ende ein Dutzend und mehr Programme verschiedner kommunistischer Gruppen und Organisationen haben wollen und keine Auseinandersetzung um das Programm der Partei. Das NRF als eines der ganz wenigen Organe mit Verbreitung in der ganzen kommunistischen Bewegung in der BRD wird diese Auseinandersetzung in Zukunft bewußter aufnehmen. Es führt diese Auseinandersetzung mit dem Ziel des Wiederaufbaus und der Neugründung der KPD.

Rotbücher

Ulrike M. Meinhof:
Bambule
Fürsorge – Sorge für wen? Nachwort Klaus Wagenbach. „Schließlich gibt es das Rotbuch 24, lesenswert, aufschlußreich – als Film immer noch nicht gesendet..." H. Böll.
ROTBUCH 24. 108 S., DM 4,50 (3,50)

P. L. Lavrov
Die Pariser Kommune vom 18. März 1871
Vorwort Klaus Meschkat. Zum 100. Jahrestag der Kommune: Der noch nie übersetzte Bericht eines Teilnehmers; knt. Grundlage für Lenin.
ROTBUCH 25. 192 S., DM 6,50

Alex Schubert:
Stadtguerilla. Tupamaros in Uruguay – RAF in der Bundesrepublik.
Berichte der revolutionären Praxis in Lateinamerika und aus der BRD das politische Manifest der untergetauchten RAF
ROTBUCH 26. 132 S., DM 4.50 (3,50)

Der erzwungene Kapitalismus
Klassenkämpfe in den Westzonen 1945–48. Von Ute Schmidt/Tilman Fichter. Die Geschichte der erzwungenen „Entpolitisierung" der ersten 3 Nachkriegsjahre und der verhinderten Klassenkämpfe. Zahlreiche Dokumente.
ROTBUCH 27. 180 S., DM 6,50 (5,50)

Arbeiter und Apparate
Bericht des Kollektivs Hispano-Suiza, französische Arbeiter, über ihre Praxis 1945–70. Tonbandprotokolle und Berichte aus einem Betrieb.
ROTBUCH 30. 160 S., DM 6,50 (5.50)



BETRIEBSFIBEL
Vorschläge zur politischen Arbeit in der Produktion von Berni Kelb. Mit einem Anhang von Jörg Huffschmid über Bilanzanalyse. In der Form eines Briefs berichtet Kelb über Möglichkeiten eines Einzelkämpfers, Organisierung von Betriebsgruppen, Agitation in der Freizeit, Flugblätter, Verhältnis zu den Gewerkschaften.
ROTBUCH 31. 72 S., DM 3,50 (2,50)

Jährlich etwa 8 **neue** ROTBÜCHER. Jedes ROTBUCH im Abonnement 1 Mark billiger. Abonnieren Sie in Ihrer Buchhandlung oder direkt: Verlag Klaus Wagenbach, 1 Berlin 31, Jenaer Str. 9. Falls Sie unsere Bücher in einer Buchhandlung nicht erhalten, schreiben Sie uns, wir nennen Ihnen eine andere.

WAGENBACH

Programm von Mai und Juni:

di 2. Mai rasha group
di 9. Mai blues congress
di 16. Mai seldom bleed
di 23. Mai dixie party
(old metropolitan jazzband-krakau (altbier vom fass)
di 30. Mai brassy brew
di 6. Juni jan huydts trio (Amsterdam)
di 13. Juni alfred harth quartett
di 20. Juni frederik rabold crew
di 27. Juni alexander von schlippenbach trio (mit evan parker + paul lovens)

Konzertbeginn jeweils 20.30

CAVE 54

Verein zur Pflege studentischer Geselligkeit e.V. HD, Krämergasse 2, Tel. 27840

Gemeinsame Erklärung des Bundes Kommunistischer Arbeiter Freiburg und der Kommunistischen Gruppe (NRF) Mannheim/Heidelberg zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg

Der Bund Kommunistischer Arbeiter, Freiburg, (BKA) und die Kommunistische Gruppe (Neues Rotes Forum) Mannheim/Heidelberg haben sich auf eine gemeinsame Stellungnahme zu den Landtagswahlen geeinigt. Die beiden Organisationen vertreten in ihrem jeweiligen regionalen Arbeitsbereich in vielen Fragen eine gemeinsame kommunistische Politik. In verschiedenen Fragen haben sich die beiden Organisationen auch schon früher verständigt und eine gemeinsame Linie vertreten, z.B. in der Metalltarifrunde 1971. Die gemeinsame Stellungsnahme zu den Landtagswahlen ist als ein Schritt der Vereinheitlichung der kommunistischen Bewegung in der Bundesrepublik zu begreifen, zu der beide Organisationen entsprechend ihren Kräften beitragen wollen. Die Vereinheitlichung der kommunistischen Bewegung setzt ernste Auseinandersetzungen voraus. Sie wird durch die praktischen Kämpfe und die politischen Aufgaben erzwungen. Die beiden Organisationenwerden sich auch in Zukunft gemeinsam um eine richtige Linie und Politik bemühen und sich für den Wiederaufbau der Partei der Arbeiterklasse, der KPD, einsetzen.
Die gemeinsame Stellungnahme zu den Landtagswahlen erscheint in Freiburg als Extrablatt des KLASSENKAMPF, der Zeitung des Bundes Kommunistischer Arbeiter (BKA). In Mannheim und in Heidelberg erscheint sie als Extrablatt der ARBEITERZEITUNG, dem politischen Organ der Kommunistischen Gruppe (NRF) Mannheim/Heidelberg.

Die bürgerlichen Parteien CDU/CSU, SPD und FDP und die gesamte bürgerliche Presse messen den kommenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg eine außerordentliche Bedeutung zu. Folgt man ihren Argumenten, dann geht es bei dieser Wahl um die Schicksalsfragen der Nation, steht mit unserer Entscheidung für die eine oder andere Partei das Wohl und Wehe des ganzen Volkes auf dem Spiel.
Mit einem Riesenaufwand an Material und Geld, und der Ausnutzung aller Instrumente der Meinungsmache versucht man, uns über den Klassencharakter der Politik der bürgerlichen Parteien hinwegzutäuschen und uns ihre Politik als in unserem Interesse liegend zu verkaufen. Doch in Wirklichkeit besorgen alle bürgerlichen Parteien notwendigerweise das Geschäft des Monopolkapitals. Die Parteien dagegen versuchen uns weiszumachen, wir könnten durch unsere Stimmabgabe über die Regierungspolitik in Baden-Württemberg und damit indirekt in Bonn entscheiden. Wir sollen an die Macht des Stimmzettels glauben, um uns an der Entfaltung unserer tatsächlichen Macht als Produzenten des gesamten gesellschaftlichen Reichtums zu hindern.

Die CDU versucht mit allen Mitteln, die gerechtfertigte Verbitterung der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen über die Verschlechterung ihrer Lebenssituation im Kapitalismus auf ihre Parteimühle zu lenken. Sie will uns weismachen, daß es mit einer CDU/CSU-Regierung keinen Lohnabbau und keine Preistreiberei gebe, damit wir ihr unser 'Vertrauen' schenken. Dafür bietet sie ihre 'Tatkraft' zum Tausch, verweist auf ihre Erfahrungen, auf "ihre Schritt für Schritt vollzogene Aufbauarbeit", warnt vor "schleichender Sozialisierung" und "kommunistischer Unterwanderung". Gerade die CDU besitzt die Unver-

schämtheit, sich als Garant von Freiheit und Recht aufzubauen, wo sie doch schon längst alle Inhalte der NPD-Politik zu ihrem Programm gemacht hat und deshalb auch folgerichtig die volle Unterstützung der NPD und anderer faschistischer Gruppen zu ihrer Wahl erhält.

Die SPD, und in ihrem Schlepptau die FDP möchte die Landtagswahl zu einer Volksabstimmung über Willy Brandts 'Friedenspolitik' machen. Sie nutzt den Friedenswillen breiter Volksmassen dazu aus, um davon abzulenken, daß ihre Politik im Innern wie nach Außen von den Interessen des westdeutschen Monopolkapitals diktiert ist und mit einer Verschlechterung der Lebenssituation für die breiten Volksmassen einhergeht. Doch darüber schweigen sich die Wahlkämpfer aus. Steuer- und Preiserhöhungen für öffentliche Verkehrsmittel, Gas, Post und andere öffentliche Dienste sorgen dafür, daß ein immer größerer Teil unseres Lohnes auf dem Weg über den Staat in die Taschen der Kapitalisten fließt.

Von den bei Regierungsantritt angekündigten "Inneren Reformen" ist so gut wie nichts übrig geblieben. Das Scheitern der 'Steuerreform' setzte nur den Schlußstrich. Übrig geblieben ist ein Betriebsverfassungsgesetz, das trotz aller Waschmittelreklame der SPD - und DGB-Führung eine weitere Einschränkung der Kampfrechte der Belegschaft bedeutet. Es ist eine Verschlechterung selbst gegenüber dem alten Adenauer-Betriebsverfassungsgesetz von 1952, wenn nun die Arbeit des Betriebsrats den Produktionsablauf nicht einmal mehr 'beeinträchtigen' darf. Eine schöne 'Friedenspflicht', eine saubere 'vertrauensvolle Zusammenarbeit', wo die eine Seite unter Androhung von Gefängnisstrafen stillhalten soll, damit die andere maximal ausbeuten und Profit scheffeln kann!

Von dem ist im Wahlkampf nichts zu hören. Stattdessen Phrasen über Phrasen von Friede, Freiheit und Fortschritt. Hinter dem Vorhang der Gemeinplätze geht es den bürgerlichen Parteien darum, welche von ihnen den Interessen des Kapitals am besten dient und die Durchsetzung dieser Interessen gegen die breiten Volksmassen garantieren kann. Die SPD/FDP versucht mit ihrem "Frieden" - und "Fortschritts"rummel darüber hinwegzutäuschen. In Wirklichkeit geht es allen bürgerlichen Parteien darum, wer derzeit am wirkungsvollsten die Interessen des BRD-Imperialismus vertritt und wer gleichzeitig den Massen vorgaukeln kann, dieser Staat sei ein Instrument des ganzen Volkes und diene seinen Interessen. Dem jeweiligen Sieger winkt der bessere Platz an der Futterkrippe des Staates und der Preis, der erste Diener des Monopolkapitals sein zu dürfen.

Ob CDU/CSU - oder SPD/FDP-Regierung: sie ist allemal der geschäftsführende Ausschuß des westdeutschen Monopolkapitals mit dem Ziel, die Herrschaft und Ausbildung des westdeutschen Imperialismus zu sichern und ständig voranzutreiben. Gerade die 'neue' Ostpolitik, die schon unter der CDU-Regierung Erhard/Schröder in Angriff genommen wurde, dient diesem Ziel, und keineswegs den nach zwei imperialistischen Weltkriegen allgemeinen Friedensbedürfniss der Volksmassen.

"FRIEDENSPOLITIK" - AGRESSIVE EXPANSION DES BRD-IMPERIALISMUS

Nach der Niederlage des Hitlerfaschismus wurde Westdeutschland vom US-Imperialismus als antikommunistisches Bollwerk aufgebaut. Das von den West-Alliierten gegen den Willen der Werktätigen im Sattel gehaltene Monopolkapital entwickelte sich auf dem Rücken der Arbeiterklasse zur führenden imperialistischen Macht in Westeuropa. Die Ausdehnungsbestrebung des Kapitals ist grenzenlos. Heute gipfeln die Großmachtpläne des BRD-Imperialismus in folgendem Ziel: Gestützt auf die Vormachtstellung in einem politisch und ökonomisch starken Europa, will er zum Vorreiter der imperialistischen Ausdehnung nach Osten werden. Wenn uns dieses Ziel heute als 'Friedenspolitik' angeboten werden kann, so sind dafür vor allem zwei Gründe maßgebend.

Zum einen ist das französische und englische Kapital für die Durchsetzung ihrer eigenen Ziele auf die Zusammenarbeit mit dem BRD-Kapital angewiesen, weshalb für das BRD-Kapital die Stärkung der EWG durch den Beitritt Großbrittaniens momentan eine Stärkung der eigenen Position bedeutet.

Zum anderen ist die Ausdehnung nach Osten derzeit mit friedlichen Mitteln möglich, weil die Herrschenden in der Sowjetunion an einer Zusammenarbeit mit dem Imperialismus und speziell dem BRD-Imperialismus brennend interessiert und deshalb bereit sind, große Zugeständnisse zu machen.

In der Sowjetunion selbst haben sich Partei und Staat zunehmend in Instrumente gegen die Interessen der sowjetischen Arbeiterklasse verwandelt. Seit die planmäßige Entwicklung der sowjetischen Volkswirtschaft unter Führung der werktätigen Massen abgebrochen ist, die Orientierung auf das Profitprinzip zunehmend die Anarchie der Warenproduktion wieder hergestellt hat, sind die herrschenden Kräfte in der SU gezwungen, bei den Imperialisten anzuklopfen, um Entwicklungsprojekte auf hoher technologischer Stufe überhaupt noch in Angriff nehmen zu können. Sie öffnen dem westdeutschen Imperialismus immer weiter die Tore zu den Völkern Osteuropas, übernehmen "schlüsselfertige" Industriekomplexe, langfristige Kredite von westdeutschen Banken, ordnen die Bedürfnisse der sowjetischen Werktätigen der kapitalistischen Technik und ihren modernsten Ausbeutungsmethoden unter. Die SU-Revisionisten geben vor, daß sich nach 'Normalisierung' der Beziehungen die wirtschaftliche Überlegenheit des '-Sozialismus'

in der SU zeigen werde. Doch in Wirklichkeit tragen diese Beziehungen zwischen herrschenden Kräften in der SU und dem BRD-Imperialismus lediglich dazu bei, die Rückentwicklung der Verhältnisse in der SU zu kapitalistischen Verhältnissen voranzutreiben. Die Wurzel dafür liegt in der Errichtung einer neuen Ausbeuterordnung in der SU selbst .

Der Wunsch der herrschenden Kräfte in der SU an einer 'Normalisierung' mit dem BRD-Imperialismus hat neben der Stagnation in einigen Bereichen der Wirtschaft noch einen zweiten unmittelbaren Grund. Diese Kräfte sehen im sozialistischen China eine unmittelbare Bedrohung, hetzen deshalb pausenlos gegen den Aufbau des Sozialismus in China, massieren ihre Truppen an der sowjetisch- chinesischen Grenze, organisieren immer wieder Grenzverletzungen. Die 'Normalisierung' der Beziehungen zu den imperialistischen Ländern erlaubt den herrschenden Kräften in der SU sich voll auf ihre Agressionsabsichten gegen die Volksrepublik China einzustellen.

Das sind also die Gründe dafür, daß sich die Ausdehnung des BRD-Imperialismus derzeit ohne offene Agression vollziehen kann. Mit 'Friedenspolitik' hat das ebensoviel zu tun, wie z.B. die Niederschlagung des antifaschistischen Kampfes in Griechenland und der Türkei durch die NATO mit westdeutschen Waffen und westdeutschen Geldern. Das "friedliche" Gesicht des BRD-Imperialismus,das uns die SPD präsentieren möchte, ist also nur Ausdruck der gegenwärtigen Bedingungen unter denen sich die Ausdehnung des westdeutschen Monopolkapitals vollziehen kann.

Wir dürfen uns vom Gerede der Friedfertigkeit und der Völkerversöhnung nicht einlullen lassen. Dahinter stecken die Ausdehnungspläne des westdeutschen Kapitals, die ihrer Natur nach agressiv sind und hinter deren 'Verträge schon heute die stärkste Armee Westeuropas steht. Die 'Friedenspolitik' ist schon jetztmit ständig wachsenden Rüstungsausgaben verbunden,und Helmut Schmidt sagt auch ganz offen: Die weitere Aufrüstung ist die Voraussetzung der Fortsetzung der 'Friedenspolitik'. Da kann es mit Die Methoden der Expansion wechseln also miteinander ab, sie sind auch teilweise miteinander verschlungen, das Ziel aber bleibt dasselbe und bleibt - unabhängig von der jeweiligen Methode - unvereinbar mit den Interessen der Arbeiterklasse. Auf wessen Rücken erobert sich das BRD-Kapital seine Vorrangstellung in der EWG? Auf wessen Rücken baut es denn seine Ausgangspositionen für seine Expansion nach Osten aus? Ausschließlich auf dem Rücken der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes. Die Zeiten der außenpolitischen Manöver der SPD/FDP-Regierung und ihrer "Friedenspolitik", die Zeiten des Machtzuwachses des BRD-Imperialismus sind gleichzeitig Zeiten der Lohndrückerei, der Lohnleitlinien, der Preistreibereien und des Mietwuchers, Zeiten des konsequenten Angriffs auf das Lebensniveau der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen. Die Arbeiterklasse soll sich mit der angeblichen Friedenspolitik abspeisen lassen und mit angeblichen "sozialen Reformen", von denen viel zu hören, aber nichts zu merken ist. Die SPD/FDP-Regierung ist gerade die Richtige für solche Betrügereien. Gerade viele Arbeiter nehmen noch immer eher ihr als einer CDU/CSU-Regierung die schönen Worte, das Friedensgesäusel und das Reformgerede ab, trotz gleichzeitiger Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen.

WARUM ABER BEKÄMPFT DIE CDU/CSU SO ERBITTERT DIE REGIERUNGSPOLITIK?

Auch die CDU/CSU will dem westdeutschen Imperialismus den Weg nach Osten ebnen, sie will dies derzeit mit Verträgen und nicht mit kriegerischen Handlungen erreichen. Die CDU/CSU hat in den Bundestagsdebatten klargemacht, daß sie im Prinzip hinter den Ostverträgen steht und ähnliche Verträge ebenfalls abschließen würde. Die Gegnerschaft der CDU/CSU hat folgende Gründe: zu einen schätzt sie die selbstständige Kraft des BRD-Imperialismus für höher ein als die SPD und würde deshalb eine offenere imperialistische Politik anstreben. Die CDU/CSU glaubt, daß die Stärke des BRD-Imperialismus in der Lage wäre, den herrschenden KLassen in der Sowjetunion noch mehr Zugeständnisse abzutrotzen, als dies bisher in den Verträgen durch faktische Einverleibung Westberlins in die BRD gelang.

Die CDU/CSU fürchtet zum anderen, die "neue" Ostpolitik könne das ideologische Gehäuse des BRD-Imperialismus in die Brüche gehen lassen, könne die bewährte Waffe des Antikommunismus für den Kampf gegen die erstarkende Arbeiterbewegung stumpf werden lassen.

Die abenteuerlichen Reden der CDU/CSU-Führer lassen die angebliche Frieenspolitik der SPD/FDP-Regierung für viele fortschrittliche Arbeiter und Angestellte und viele fortschrittliche Kräfte im Volk umso glaubhafter erscheinen. Deshalb ist es verständlich, daß viele, auch wenn sie von der SPD enttäuscht sind, sagen: "Die SPD ist eben das kleinere Übel, deshalb wählen wir SPD". Wir meinen: solange die Arbeiter und die breiten Volksmassen nach dem vermeintlich kleineren Übel suchen, werden immer wieder die größten Übel über uns hereinbrechen: Krise, Krieg und Faschismus. Ob diese Übel immer wieder über uns hereinbrechen, liegt nicht daran, welche der bürgerlichen Parteien die Geschäfte des westdeutschen Monopolkapitals ausführt, sondern liegt an unserer Stärke, an der Kampfkraft der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten fortschrittlichen Kräfte im Volk.

Es ist auch gefährlich und falsch zu glauben, daß eine SPD/FDP-Regierung günstigere Bedingungen für die Entfaltung der Stärke der Arbeiterklasse bieten würde. Gerade seit 1966/67, seit die SPD Einfluß auf die Regierung hat oder sie führt, sind neue Gesetze erlassen und alte verschärft worden, die sich gegen die Arbeiterklasse richten. Mit den Notstandsgesetzen sind legale Bundeswehreinsätze gegen streikende Arbeiter möglich; durch das neue Bundesgrenzschutzgesetz kann der Grenzschutz im Innern zur Zerschlagung von Streiks und zur Räumung von besetzten Fabriken eingesetzt werden - was diese Anti-Streik-Truppe schon seit Jahren übt. Der Ausbau des Geheimdienstapparates, die Stärkung des Spitzelwesens wurde von Innenminister Genscher und Minister Ehmke, der Ausbau und die Zentralisierung des Polizeiapparates von Genscher und den SPD-Innenministern wie Krause in Baden-Württemberg vorangetrieben. Der staatliche Gewaltapparat wurde gerade von der SPD/FDP-Regierung auf Vordermann gebracht, um gegen die Arbeiter eingesetzt werden zu können. Die SPD hat damit geschichtliche Erfahrung. In der Weimarer Republik waren es sehr oft SPD-Minister und Polizeipräsidenten, die den blutigen Terror gegen die Arbeiterbewegung organisierten.
Die Politik des bürgerlichen Staates ergibt sich aus den Bedingungen und Erfordernissen der Kapitalbewegung, und jede bürgerliche Regierung versucht, ihnen maximal zu entsprechen. Wenn sich, wie in der gegenwärtigen Phase, die Angriffe der Kapitalistenklasse auf die Arbeiterklasse verschärfen, und deshalb Unruhe und Widerstand in der Arbeiterklasse entsteht, dann versucht der bürgerliche Staat mit allen Mitteln zu verhindern, daß diese spontane Bewegung zu einer politischen Bewegung gegen das ganze imperialistische System wird. Jede bürgerliche Regierung prüft in dieser Situation, welches die notwendigen und gleichzeitigen Maßnahmen sind, um die Sicherheit des gesamten imperialistischen Systems zu garantieren. Das gegenwärtige Ergebnis dieser Überlegungen unter einer SPD/FDP-Regierung sind:
Verschärfte Überwachung aller fortschrittlichen Kräfte und Organisationen, Notstandsübungen von Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr, Polizei- und Justizterror gegen politisch Verfolgte, Berufsverbot für alle demokratischen und sozialistischen Lehrer. Das alles sind nicht "günstigere" Bedingungen für eine Arbeiterbewegung, sondern Gewalt und Terror vom ersten Moment an. Selbstverständlich würde dies unter einer CDU/CSU-Regierung keinesfalls besser aussehen, aber darüber macht sich ja auch niemand Illusionen!
Im Kampf für unsere Interessen, im Kampf gegen den Kapitalismus, im Kampf für die Befreiung des Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung, im Kampf für den Sozialismus, gibt es für uns deshalb keine andere Wahl, als dem imperialistischen System auf allen Ebenen eine klare Absage zu erteilen und für die politische Selbstständigkeit der Arbeiterklasse und ihrer Politik zu kämpfen.

FÜR DIE POLITISCHE SELBSTSTÄNDIGKEIT DER ARBEITERKLASSE!

In den letzten Jahren hat das gewerkschaftliche und politische Bewußtsein der Arbeiterklasse einen starken Aufschwung genommen. Seitdem im Herbst 1969 und 1970 Hunderttausende spontan in den Streik getreten sind, riß die Kette betrieblicher, lokaler und regionaler Kämpfe der Arbeiterklasse nicht ab, sondern nahm an Stärke und Geschlossenheit zu. Diese anwachsenden Kämpfe der Arbeiterklasse sind die notwendige Antwort auf die zunehmende Verschärfung der Ausbeutung und die Verschlechterung der Lebensbedingungen.
In diesen Kämpfen hat sich gezeigt, daß die Arbeiter den Kampf für ihre Interessen nur dann erfolgreich führen können, wenn sie sich von den Fesseln der bürgerlichen Ideologie und des Klassenversöhnlertums lösen und eine eigenständige Klassenpolitik betreiben. Diese selbstständige Klassenpolitik muß die Tageskämpfe mit dem revolutionären Ziel verbinden. Dazu braucht die Arbeiterklasse ihre kommunistische Partei, die sie zur politischen Selbstständigkeit und zum Sturz der Ausbeuterordnung führen kann. Nur wenn wir diesen Weg einschlagen, können wir die falsche Politik des "kleineren Übels" vermeiden und den Kampf gegen das Grundübel, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, erfolgreich führen.

Die Kapitalistenklasse und ihr Staat haben dies deutlich erkannt. Sie treffen alle Vorkehrungen, um schon die Ansätze einer selbstständigen Klassenpolitik im Keim zu ersticken. Das KPD-Verbot von 1956, mit dem die erste Welle der Ausschaltung einer selbstständigen Klassenpolitik der Arbeiter abgeschlossen wurde, schwebt nach wie vor als ständige Drohung über der Tätigkeit aller fortschrittlichen Kräfte. In den Gewerkschaften beginnt wieder die Hetze der Klassenversöhnler gegen alle bewußten Arbeiter, die DGB-Führung macht gar mit Barzel gemeinsame Sache, um während der Betriebsratswahlen klassenbewußte Kollegen aus den Betriebsräten zu halten.
In dieser Situation ist es von entscheidender Bedeutung, daß sich die fortschrittlichen Kollegen zusammentun, die Lage gemeinsam diskutieren und mit den kommunistischen Organisationen Kontakt aufnehmen. In mehreren Städten, in vielen Betrieben beginnen sich Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge zusammenzuschließen und beginnt sich die junge kommunistische Bewegung zu organisieren. Das allein ist die Perspektive, eine falsche Lammgeduld dagegen wird immer gefährlicher: immer wieder auf das "kleinere Übel" zu hoffen, statt gemeinsam den Kampf gegen das Grundübel, gegen Kapitalismus und Imperialismus aufzunehmen, bringt uns nicht weiter, sondern hält uns immer mehr in Abhängigkeit und Unterdrückung.

DIE DKP IST KEINE ALTERNATIVE!

Auch werden Kampf aufnehmen will, ist vor Fallstricken der Bourgeoisie nicht sicher. Nicht jeder, der sich Kommunist nennt, handelt wie ein Kommunist und nicht jede Organisation, die in ihrem Namen das Wort kommunistisch trägt, handelt wie eine kommunistische Organisation. Gerade in diesem Wahlkampf erleben wir die völlige Selbstentlarvung der DKP, die sich gern und oft als die einzige wahre kommunistische Organisation bezeichnet. Die DKP ist inzwischen vollends dazu übergegangen, ungebetene Lakaiendienste für die SPD verrichten zu wollen. Während der kapitalistische Staat dabei ist, jede fortschrittliche Bewegung zu verfolgen und zu unterdrücken, versucht die DKP verzweifelt, sich bei der SPD-Regierung liebkind zu machen.

Sie fordert zur Unterstützung der SPD-Ostpolitik auf und stellt immer deutlicher die Interessen der Arbeiterklasse und ihre Forderungen hinter die Ratifizierung der Verträge zurück. Um diese Politik zu rechtfertigen, welche die westdeutsche Arbeiterklasse in totaler Unselbstständigkeit halten will, ist ihr keine Illusionsmacherei zu billig: die Verträge "sichern" den Frieden, "sichern" die Arbeitsplätze, "sichern" den sozialen Fortschritt, "sichern" eine "freiheitliche Entwicklung" in der BRD. Nach Auffassung der DKP scheint die Ratifizierung der Verträge den Kapitalismus und seine Krisen abzuschaffen.

Die DKP geht schließlich so weit, die SPD/FDP-Regierung aufzufordern, die Betriebe für die Ratifizierung der Verträge zu mobilisieren. Die ganze Politik dieser Partei läuft auf den Versuch hinaus, die fortschrittlichen Arbeiter und Kräfte des Volkes wieder an die SPD-Politik und die Bundesregierung zu binden und die Einsicht in die Notwendigkeit der revolutionären Alternative und der selbstständigen Politik der Arbeiterklasse zu hintertreiben. Damit ist die DKP, und das hat sich in der Metalltarifrunde für viele Kollegen schon klar gezeigt, nichts anderes als ein Wasserträger der westdeutschen Bourgeoisie.

So liegt es in der Konsequenz dieser Wasserträgerpolitik, daß die DKP im tiefsten Innern ihres Herzens hoffen muß, daß sie durch ihre eigene Wahlpropaganda niemanden von den Wahl der SPD abhält.

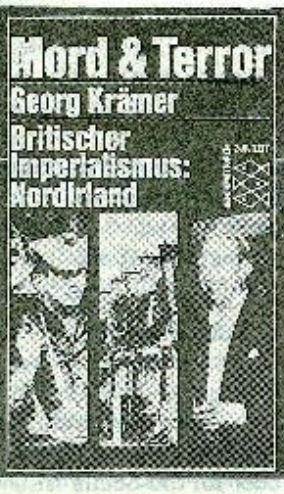
FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Dieser Landtagswahlkampf zeigt einmal mehr, daß die Arbeiterklasse keine andere Wahl hat, als ihre eigene Politik zu machen und ihre eigene Partei aufzubauen. In den Betrieben und in den Gewerkschaften fangen immer mehr Arbeiter an, eine eigene Politik der Arbeiterklasse zu entwickeln und die Interessen der Arbeiterklasse zur Grundlinie ihres Handelns zu machen. Die Interessen der Arbeiterklasse gehen nicht im Alltagskampf gegen die Unternehmer und die Maßnahmen ihres Staates auf, sondern spitzen sich im Grundinteresse der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen zu: den Kapitalismus zu beseitigen und den Sozialismus aufzubauen. Dazu ist die Zerschlagung des kapitalistischen Staates, die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse die Voraussetzung. Das aber kann nicht von heute auf morgen geschehen, sondern durch die Vereinheitlichung der Arbeiterklasse in ihren langandauernden Kämpfen gegen zunehmende Unterdrückung und Ausbeutung. Doch die Vereinheitlichung der Arbeiterklasse gegen das imperialistische System hat zur Voraussetzung, daß sich die Arbeiter und alle übrigen Werktätigen, die sich keine Illusionen machen über die bürgerliche Demokratie und die bürgerlichen Parteien, fest zusammenschließen. Diesen Zusammenschluß, die Schaffung einer festen Kommunistischen Partei der Arbeiterklasse, wollen wir mit all unseren Kräften vorantreiben.

VERLIEREN WIR KEINE ZEIT DURCH ILLUSIONEN !

FÜR EINE SELBSTÄNDIGE KLASSENPOLITIK DES PROLETARIATS !

GEHEN WIR AN DEN WIEDERAUFBAU DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI !



Informationen zur Zeit

Die Wahrheit über Nordirland

Georg Krämer
Mord & Terror
Britischer Imperialismus: Nordirland
Originalausgabe. 1300/6,80

»Ich war gern in Vietnam«
Leutnant Calley berichtet
Aufgez. v. John Sack. Nachw. v. Klaus Horn
Dt. Erstausgabe. 988/3,80

Ulf Homann: Das Haschischverbot
Gesellschaftliche Funktion und Wirkung
Originalausgabe. 1268/3,80

Fischer Taschenbuch Verlag

Frank R. Scheck (Hg.): Chinas sozialistischer Weg
Berichte und Analysen d. Peking Rundschau
Originalausgabe. 1267/3,80

Heinz Rudolf Sonntag: Revolution in Chile
Der schwierige Weg zum Sozialismus
Originalausgabe. 1266/3,80

Gerhard Vinnai (Hg.)
Sport in der Klassengesellschaft
Originalausgabe. 1243/3,80

Lutz von Werder: Von der antiautoritären zur proletarischen Erziehung
Ein Bericht aus d. Praxis. Originalausg. 1265/3,80

OSTVERTRÄGE UND BRD-IMPERIALISMUS

Nachfolgend drucken wir einen Artikel aus der Kommunistischen Hochschulzeitung, Nr. 14, dem Organ der KHG/NRF HD und der KHG/NRF MA, ab. Der Artikel geht von der Feststellung aus, daß eine kommunistische Politik sich an keine der bestehenden Positionen der bürgerlichen Parteien anhängen darf. Diese Feststellung müßte eigentlich eine Binsenwahrheit sein. Daß die Verfasser des Artikels diese Feststellung an den Anfang ihres Artikels stellen, erklärt sich aus ihrem Versuch, die Verwirrung zu bekämpfen, die die DKP und ihre Hochschulorganisation Spartakus gerade unter den Studenten zu schaffen versuchen. Der Artikel beschränkt sich darauf, den Charakter der Verträge als Abkommen zwischen imperialistischen Staaten offenzulegen und die Ziele aufzuzeigen, die der westdeutsche Imperialismus mit diesen Verträgen verbindet. Er beschränkt sich auf die Entlarvung der Inhalte der "Neuen Ostpolitik" und zeigt, daß sie mit Friedenspolitik nichts zu tun haben. Diese Beschränkung auf die Entlarvung und der Verzicht auf eine Aktionslosung zeigt die Schwäche der kommunistischen Bewegung gegenüber den Betrugsmanövern der SPD mit Hilfe ihrer angeblichen Friedenspolitik. Zweifellos ist es der SPD mit Hilfe dieser Betrugsmanöver noch einmal gelungen, größere Teile der Arbeiterklasse vor ihren Karren zu spannen und ist es der kommunistischen Bewegung bisher nicht gelungen, größere Teile der Arbeiterklasse und des Volkes gegen diese Betrugsmanöver zu mobilisieren oder sie wenigstens wirksam vor ihnen zu warnen. Die SP D hat während der ganzen Geschichte der BRD ihre Kraft darauf konzentriert, in die Arbeiterklasse den Revanchismus und die Kalte-Kriegs-Psychose hineinzuragen. Jetzt spielt sie sich als die Partei auf, die mit dem "Kalten Krieg" und dem aggressiven Revanchismus Schluß macht. Sie hat gerade deshalb soviel Erfolg, weil die Kalte-Kriegs-Psychose und der Revanchismus in der Arbeiterklasse nie richtig Fuß gefaßt haben. Daß die Verträge nicht mit den alten Zielen des BRD-Imperialismus Schluß machen, sondern eine neue, den Entwicklungen in der SU und in Osteuropa besser angepaßte Taktik für die Durchsetzung der alten Ziele bedeuten, ist erst sehr wenigen Arbeitern klar. Seitdem die Staatsmacht in der SU und in den Ländern Osteuropas die Farbe gewechselt hat, ist es für den Imperialismus nicht mehr unmittelbar nötig, diese Staaten militärisch zu zerschlagen, um ihre Warenmärkte, Rohstofflager und Anlagesphären zu erobern. Die Beziehungen zwischen dem BRD-Imperialismus und der SU sind nicht länger Teil des internationalen Klassenkampfes, sondern Teil des innerimperialistischen Konkurrenzkampfes. Das bedeutet natürlich keineswegs, daß sie sich nicht kriegerisch zuspitzen könnten. Aber gegenwärtig gehen beide Seiten von der Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung unter Absteckung der bestehenden Herrschaftssphären aus (deshalb ist es auch falsch, die Verträge einfach als Kriegsverträge zu bezeichnen, wie das die KPD/MLs tun).

Der Kampf zwischen den bürgerlichen Parteien um den besseren Futterplatz an der Staatskrippe, der sich vorübergehend gerade als Auseinandersetzung um die Verträge zugespitzt hat, erschwert der Arbeiterklasse die Erkenntnis des Charakters der Verträge. So nahmen die Streiks der Arbeiter verschiedener Betriebe gegen die Schiebereien in Bonn und gegen die Machtübernahme durch die CDU/CSU meist die Erscheinungsform von Streiks für die SPD/FDP-Regierung und für die Verträge an. Bei der Beurteilung dieser Streiks dürfen die Kommunisten jedoch nicht an dieser Erscheinungsform kleben bleiben. Es ist bereits jetzt abzusehen, daß die bürgerlichen Parteien in den nächsten Wochen die Gemeinsamkeit ausdrücklich in den Vordergrund stellen werden und so die Entlarvung der bürgerlich-parlamentarischen Schmierenkomödie erleichtern werden. Viele Arbeiter werden erkennen, daß sie wieder einmal an der Nase herumgeführt worden sind. Das wird auch die DKP in neue Schwierigkeiten bringen. Die DKP ist nicht einmal mehr zur bürgerlich-politologischen Einschätzung der gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen CDU/CSU und SPD/FDP in der Lage und verfällt im Gegensatz zu den traditionellen bürgerlichen Parteien selber völlig den Oberflächenerscheinungen der Auseinandersetzungen. Deshalb wird sie zwar noch eine Weile Wähler in die Arme der SPD zurücktreiben können, sich aber keineswegs als eigenständige Kraft neben der SPD konstituieren können. Es zeigt sich immer deutlicher, daß eine revisionistische Massenpartei nicht durch Revisionisten aufgebaut, sondern nur aus der Degeneration einer revolutionären Partei hervorgehen kann. Die DKP wird deshalb ihre großen Vorbilder, die KPF und die KPI niemals erreichen. Gerade deshalb bleibt sie für die Bourgeoisie auch eine irrelevante Größe, über deren Sein oder Nichtsein die traditionellen bürgerlichen Parteien beliebig verfügen können.

—

Die KG(NRF) Mannheim-Heidelberg verteilte am 26.4. einen Extra-KOMMENTAR (Kommentar heißen die Zeitungen für Mannheimer und Heidelberger Betriebe) zu den Auseinandersetzungen der bürgerlichen Parteien um die Regierungsgeschäfte. Wir drucken den KOMMENTAR hier ab.

Schieberei um die Macht in Bonn

In vielen Betrieben kam es gestern zu Streiks. In Mannheim bei Benz und MWM. In diesen Streiks kommt die Empörung darüber zum Ausdruck, daß Korruption und Schieberei über einen Regierungswechsel entscheiden sollen.

Denn natürlich ist die Sache schon gelaufen. Entweder sind noch zwei oder mehr Abgeordnete der Regierungskoalition in dieser oder jener Form schon bestochen. Dann stürzt die Regierung, und Barzel wird morgen Kanzler und Strauß Regisseur der Regierungspolitik. Oder die Koalition hat Mittel und Wege gefunden, die unsicheren Leute doch noch bei der Stange zu halten. So oder so: die Sache ist gelaufen. Nur wissen wir alle noch nicht, wie sie gelaufen ist. Einen Einfluß auf diese Schiebereien haben nur die Schieber und Drahtzieher in Bonn.

Die großen Reden im Bundestag können über diese Tatsache nicht hinwegtäuschen. Sie geben der ganzen Schmierenkomödie nur den feierlichen Anstrich. Die Festredner der sog. freiheitlich-demokratischen Grundordnung fürchten um diesen feierlichen Anstrich der durch und durch korrupten "Demokratie" der oberen Zehntausend, die auf unserem Rücken ruht und aus unserer Arbeit nicht nur ihre Bestechungsgelder zieht, sondern auch bloß auf Grundlage unserer Ausbeutung und Unterdrückung ihr Dasein fristet.
Jetzt wollen alle Parteien uns weismachen, daß es bei ihren Manövern ausschließlich um das Wohl und Wehe des Volkes geht. Gerade der Arbeiterklasse soll vorgegaukelt werden, daß die Herren in Bonn bei ihren Entscheidungen ausgerechnet an sie denken. Die CDU spielt sich als Partei des "kleinen Mannes" auf. Vor allem aber versucht die SPD, die Arbeiterklasse vor ihren Karren zu spannen. Sie kann aber auch nur noch darauf bauen, daß sie gegenüber der CDU/CSU als kleineres Übel von den Arbeitern angesehen wird. Doch in den Streiks, die gestern und heute kurzfristig die Betriebe lahmlegen, geht es vielen Kollegen nicht einfach darum, ob ihnen Brandt lieber ist als Barzel, sondern letzten Endes darum: Sie wollen bei diesem Spiel nicht länger mitmachen, sie wollen nicht länger Spielball der Intrigen und Betrugsmanöver der bürgerlichen Parteien sein. Diese Empörung versucht die SPD in ihre Bahnen zu lenken. Aber wenn die Arbeiter gegen eine CDU/CSU-Regierung sind, dann heißt das noch lange nicht, daß sie sich zum Fußvolk der SPD machen lassen wollen.

Wir müssen in den derzeitigen Diskussionen im Betrieb und in den Streiks gerade überlegen: wie können wir überhaupt eine selbständige Politik machen, wie können wir für unsere eigenen Interessen kämpfen, wie können wir gegen die bürgerliche Demokratie der oberen Zehntausend unsere eigene Demokratie, die Herrschaft der Arbeiterklasse und des Volkes erkämpfen?

Denn über den Intrigen und korrupten Machenschaften der CDU/CSU können wir nicht vergessen, daß uns auch die SPD im Kampf für unsere Interessen behindert, daß uns die SPD/FDP-Regierung mit Hilfe der Lohnleitlinien unter unser bisheriges Existenzniveau gedrückt hat, daß und die SPD/FDP-Regierung die verschärfte Friedenspflicht im Betrieb und die alten Knebelparagraphen durch das neue Betriebsverfassungsgesetz aufgezwungen hat. Wenn in den Betrieben gegen eine drohende CDU/CSU-Regierung gestreikt wird, dann müssen wir uns klar machen, daß wir uns gegen die Politik einer CDU/CSU-Regierung gegen die weitere Verschärfung der Lohndrückereien, der Arbeitshetze und gegen den weiteren Abbau unserer Rechte gegen die zunehmende Militarisierung unseres Landes und den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparats nicht unter Führung der SPD wehren können. Denn auch ihr geht es nicht um unsere Interessen, sondern um die Sicherung der kapitalistischen Profitwirtschaft, wie sie es in der Regierung deutlich gezeigt hat.

Wenn Teile der Kapitalistenklasse jetzt die Zeit für einen offenen Rechtsruck, für eine offen imperialistische Abenteurerpolitik für gekommen halten, dann führen wir den Kampf nicht nur gegen sie, sondern gegen eine wirtschaftliche, soziale und politische Ordnung, die nur die Alternative von offener oder versteckter Ausbeutung, von offener oder versteckter Unterdrückung, von offener oder schleichender Entrechtung der Arbeiterklasse und des Volkes kennt.

In jedem Streik zeigt sich die Fähigkeit der Arbeiterklasse, die Macht in die eigene Hand zu nehmen. Deshalb ist jeder Streik für die Kapitalistenklasse und ihre Handlanger gefährlich. Das weiß auch die Gewerkschaftsführung und die SPD! Sie wagen es nicht, offen und nachdrücklich zum Streik gegen die drohende Machtübernahme der CDU/CSU aufzurufen. Statt dessen wiegeln sie ab. Sie fürchten die Tatsache, daß die Arbeiter in jedem Streik an Selbstbewußtsein gewinnen und in der Entwicklung ihrer selbständigen Klassenziele weiterkommen.

Wenn wir jetzt in den Betrieben diskutieren und gegen die Schieberei in Bonn protestieren, dann müssen wir unsere eigenen Forderungen und Parolen aufstellen:

Kampf dem Lohnabbau durch Lohnleitlinien und Preistreiberei!
Kampf der Arbeitshetze und der wachsenden Ausbeutung!
Kampf dem Abbau demokratischer Rechte!
Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!
Vorwärts im Kampf für den Sozialismus!

P.S. zur redaktionellen Vorbemerkung zum Artikel "Ostverträge:"Alter Wein in neuen Schläuchen" aus der KHZ Nr.14. Der Artikel stellt an einzelnen Stellen richtig den veränderten Klassencharakter der SU und der RGW-Staaten heraus, macht aber mit dieser Einschätzung nicht ernst. Das zeigt sich schon in der Überschrift, wo die "Neue Ostpolitik"des BRD-Imperialismus einfach als Fortsetzung der alten "roll-back-Politik" mit neuen Mitteln bestimmt wird. Hier wird also von den entscheidenden und wesentlichen Veränderungen in der SU gerade abgesehen. Ohne diese Veränderungen wäre aber die "Neue Ostpolitik" gar nicht möglich. Sie ist nicht mehr als Rückeroberungspolitik gegenüber dem Sozialismus zu bestimmen, auch wenn die ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb der Bourgeoisie noch von dieser Tradition gefärbt sind. In Wirklichkeit ziehen die Verträge einen Schlußstrich unter die historische Etappe, in der die Beziehungen zwischen BRD-Imperialismus und SU als Teil des internationalen Klassenkampfes zu betrachten waren. So werden die Verträge auch von beiden Seiten begriffen. Die Widersprüche innerhalb des folgenden Artikels spiegeln die Tatsache wieder, daß sich in der KG(NRF) MA/HD und in ihren Massenorganisationen eine klare Einschätzung der SU mit all ihren Konsequenzen erst langsam herausbildet. vgl. zur Entwicklung dieser Einschätzung die Programmatische Erklärung in NRF 3/71 und den Artikel zur Außenpolitik der VR China in NRF 1/72. NRF 4/72 wird der Klärung dieses Fragekomplexes (Sozialimperialismus) gewidmet sein. In einem solchen Klärungsprozeß treten notwendig Unsicherheiten auf. Diese finden auch im folgenden Artikel ihren Niederschlag.

Red.

Alter Wein in neuen Schläuchen

1. Wollte man der Propaganda der bürgerlichen Parteien glauben, so ist die BRD in zwei Lager gespalten: In Gegner und Befürworter der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau. Beide Parteien versuchen einzureden, daß es sich hierbei um eine substantielle Entscheidung, "eine Entscheidung von geschichtlicher Bedeutung für Deutschland, Europa und die Weltpolitik", so die SPD, handelt. Die Phraseologien sind bekannt. Während die Gegner der Verträge davon schwätzen, die Verträge in der jetzt vorliegenden Form bedeuteten "Verzicht auf die deutschen Interessen", seien "illusionär", und "die Teilung Deutschlands werde endgültig fixiert", stilisieren sich die Befürworter zu wirklichen "Kämpfern für den Frieden" hoch. Die Verträge brächten "Frieden und Entspannung in Europa und menschliche Erleichterungen", oder gar wie die DKP meint "sicherere Arbeitsplätze".

2. Man würde es sich in der Einschätzung und den Konsequenzen für eine kommunistische Politik gegenüber den Verträgen und dem Gerangel der bürgerlichen Parteien sehr einfach machen und ihrer Propaganda zum Opfer fallen, wenn man, vielleicht noch mit sich "links" gebärdenden Argumenten verziert, sich an irgendeine Position einfach anhängen wollte. Die Schwierigkeit in der Einschätzung der Ostverträge ergibt sich schon daraus, daß sie nicht schlicht ökonomisch erklärt werden können, jedenfalls wäre das zu kurz gegriffen, denn dann müßte man von zwei völlig konträren Kapitalfraktionen innerhalb des BRD-Kapitals ausgehen, was schon unsinnig ist, wenn man sich etwa die Struktur des Osthandels anschaut. Andererseits wäre es auch falsch, die Ostverträge und die Kontroverse um sie lediglich als "Scheingefecht" und "Betrugsmanöver" der Bourgeoisie zu bezeichnen, denn dann könnte man materiell nicht erklären, warum sie gerade jetzt diese Bedeutung haben.

3. Tatsächlich setzen die Ostverträge einen vorläufigen Schlußpunkt in der Entwicklung der Politik der imperialistischen Staaten gegenüber den Staaten des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, in dem die Staaten des Warschauer Pakts zusammengeschlossen sind). Ausgangspunkt für die Einschätzung der Verträge ist die Tatsache, daß das westliche imperialistische Bündnis augenblicklich aufgrund der Kräfteverhältnisse zwischen den imperialistischen und den RGW-Staaten nicht in der Lage ist, die "roll-back-Strategie" militärisch durchzuführen. Die Absicht zur gewaltsamen Veränderung der Machtverhältnisse in den ehemals sozialistischen Staaten, die bei dem Bau der "Berliner Mauer" mit dem Verzicht militärisch einzugreifen, zunächst fallengelassen wurde, hätte eine Änderung der imperialistischen Taktik gegenüber den RGW-Staaten zur Folge. Unter Beibehaltung des militärischen Potentials sollte die offene Konfrontation, der "Kalte Krieg", abgebaut werden, um sich damit die Möglichkeit zu verstärkten wirtschaftlichen und politischen Eingriffen in die RGW-Staaten geben zu können. Klar formuliert F.-J. Strauß diese Überlegungen in seinem Buch "Entwurf für Europa". "Das westliche Bündnis" müsse jetzt auf die "innere Evolution der kommunistischen Welt" (S. 41) setzen, die "nationalen Bewegungen" in den RGW-Staaten unterstützen (S. 62). Strauß meint: "Unser Bestreben muß darauf gerichtet sein, eine dort in ersten Ansätzen erkennbare Entwicklung (Herausbildung einer neuen unabhängigen Führungsschicht, Auflösungserscheinungen innerhalb des RGW, d.Red.) zu fördern, und zu dem Punkt zu bringen, von dem aus es keine Rückkehr zu den alten Methoden des Terrors gibt." (S. 45) Ziel dieser Politik ist dann die Isolierung der DDR. "Die Beziehungen zwischen den beiden Hälften des alten Kontinents könnten sich dann so weit entwickeln, daß Ulbrichts Satellitengebilde nur noch als Überbleibsel einer vergessenen Epoche erschiene." (S. 47, alle Zitate aus Strauß, "Entwurf für Europa"). Die "Wiedervereinigung" stände dann vor der Tür.

Es ist deutlich, daß der "neuen Ostpolitik", die so neu nicht ist, offensichtlich eine taktische Variante der imperialistischen Expansionspolitik zugrunde liegt, in einer Situation, in der das BRD-Kapital innerhalb der EWG und gegenüber dem US-Imperialismus an Stärke gewonnen hat und in der Lage ist, eine r e l a t i v selbständige Außenpolitik zu verfolgen.

4. Das Interesse der UdSSR an den Verträgen hat das CDU-Vorstandsmitglied Schröder in der Ost-Debatte im Bundestag klargelegt. "Es habe eine Bereitschaft der Sowjetunion zum Arrangement mit uns und zu mehr Zusammenarbeit mit dem Westen überhaupt gegeben, aus Gründen teils innenpolitischer Natur, teils außenpolitischer Art. Die Gründe innenpolitischer Natur werden zurückgeführt auf die Entwicklung der sowjetischen Industriegesellschaft und ihr natürliches Bedürfnis, einen höheren Lebensstandard zu erzielen und sich dafür der möglichen Hilfsquellen des Westens zu bedienen. Unter den Gründen außenpolitischer Art wird häufig das Stichwort China genannt." (Bulletin der Bundesregierung, Nr. 26, S. 365).

Die UdSSR, die, ebenso wie die BRD ein Interesse an l a n g f r i s t i g e n Handelsbeziehungen hat, setzt als Bedingung geklärte politische Verhältnisse, d.h. Anerkennung der Grenzen, wie sie durch den Ausgang des zweiten Weltkrieges und die Entwicklung in den RGW-Staaten festgelegt wurden. Wenn auch die wirtschaftlichen Beziehungen generell von der Entscheidung über die Moskauer Verträge unabhängig sind, erfordert doch ihre längerfristige Expansion einen Preis: gegenseitige Anerkennung. Wirtschaftsminister Schiller sieht das so: "Wo auf der einen Seite private Unternehmen und auf der anderen Seite Staatshandelsunternehmen die wirtschaftlichen Kontakte bestimmen, da müssen Verständigung und Entspannung den wirtschaftlichen Beziehungen das Terrain ebnen. Aus diesem Grunde braucht die deutsche Industrie eine gesicherte politische Basis für ihre längerfristigen Handelsverträge und Kooperationsabkommen mit den sowjetischen Außenhandelsunternehmen." (Handelsblatt, Sonderbeilage vom 21./22.4.72, S.1)

5. Die "neue Ostpolitik" hat Tradition. In den 50er Jahren hat sich der westdeutsche Imperialismus unter dem Schutz und in Abhängigkeit vom US-Kapital entwickelt. Entsprechend kommt der politischen und ökonomischen Strategie des westdeutschen Monopolkapitals in dieser Zeit praktisch keine Eigenständigkeit zu, sondern sie ist nur als Teil der US-Globalstrategie zu fassen. Weiterhin muß man für die imperialistische Tradition der "neuen Ostpolitik" davon ausgehen, daß die Ostpolitik nicht unmittelbar aus den Verwertungsinteressen des Kapitals, sondern aus dem Interesse an der Liquidierung der DDR abgeleitet war. Dieser Strategie war auch der Osthandel in den 50er Jahren unterworfen, der daher nicht von den unmittelbaren Profitinteressen des westdeutschen Monopolkapitals her bestimmt war, sondern unter dem Primat der Politik betrieben wurde.

In dem Maße, wie das westdeutsche Monopolkapital in dieser Zeit hoffen konnte, daß die Globalstrategie des amerikanischen Imperialismus in Form der Politik des Containments

und des roll-back zu einer Liquidierung der RGW-Staaten führen würde, wurde der Osthandel, als Teil der Ostpolitik durch die westdeutsche Teilaufgabe der US-Liquidierungs-Strategie, die "Politik der Stärke" bestimmt.
Die USA trieben die RGW-Länder in ein Wettrüsten, um das ökonomische Potential dieser Länder zu überfordern und die UdSSR durch militärische Erpressungsmanöver zu Zugeständnissen zu zwingen, wie es entsprechend die Adenauer-Clique gegenüber der DDR betrieb.
Da in dieser Akkumulationsphase des westdeutschen Kapitals, dessen Verwertungsbedingungen extrem günstig waren und sein Ziel vorrangig auf die Festigung des westdeutschen Monopolkapitals im imperialistischen System im allgemeinen und in der EWG im besonderen ausgerichtet war, geriet diese Notwendigkeit der Unterordnung des Osthandels unter die Liquidierungsstrategie auch nicht in Gegensatz zu der unmittelbaren Verwertungssituation des Kapitals.
Diese unverhüllte imperialistische Politik, die in ihrem zentralen Punkt, der Annektierung der DDR auch von der SPD unterstützt wurde, und zwar bis Ende der 50er Jahre durch eine von der CDU/CSU abweichende Taktik und dann unter offizieller Einschwenkung auf den CDU-Kurs, fand ihren aggressiven Ausdruck in der Tätigkeit der Ost-Büros der Parteien, dem Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung (dem alle Parteien außer der KPD angehörten) als dem offiziellen politischen Organ der Vorbereitung der Zerschlagung der DDR, verschiedenen Agentenorganisationen des BDI und CIA, die innerhalb der DDR subversiv arbeiteten, und dem Versuch, den innerdeutschen Handel gezielt zur Störung der DDR-Ökonomie einzusetzen.

6. Diese Strategie, die die BRD nur im Schatten des US-Imperialismus betreiben konnte, scheiterte, da das ökonomische und militärische Potential der RGW-Länder relativ schnell erstarkte, während sich in den Akkumulationsphasen der imperialistischen Länder die krisenhafte Entwicklung des Kapitals zunehmend bemerkbar machte. Gleichzeitig manifestierten sich in den RGW-Ländern die revisionistischen Tendenzen, wie sie ihren Ausdruck in der Zusammenarbeit der UdSSR mit den USA im "Geist von Camp David" fanden. Die von Kennedy propagierte "Politik des Friedens", die in ihrem Kern in der Aufforderung an die SU bestand, sich an der imperialistischen Aufteilung der Erde zu beteiligen, und in dem Angebot gegenseitiger Absprachen zur Aufteilung der Welt, führte einerseits zu Widersprüchen zwischen den imperialistischen Mächten, wie es sich in der Auseinandersetzung zwischen den USA und Frankreich ausdrückte, und andererseits dazu, daß das westdeutsche Monopolkapital seine Strategie gegenüber der DDR und den RGW-Ländern verändern mußte, da die unmittelbare Liquidierung der DDR nicht mehr auf der Tagesordnung stand. Dieser Prozeß bestimmte die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen politischen Organisationen des Kapitals und seinen Gruppierungen in der ersten Hälfte der 60er Jahre. Programmatisch fand die Neubestimmung der Strategie des westdeutschen Monopolkapitals ihren Ausdruck in den Werken von Strauß u.a., die eine vorrangige Stärkung des westdeutschen Imperialismus unter westdeutscher Führung, und eine Strategie der Kontakte und Subversion gegenüber den RGW-Ländern unter Ausschluß der DDR forderten, um diese innerhalb der RGW-Gemeinschaft zu isolieren.
Die 1963/64 eingerichteten Handelsmissionen in den Ländern des RGW waren so vorwiegend Ausdruck dieser Strategie. Demgegenüber konnte der Handel mit der DDR durch die 1961 formulierte Widerrufsklausel (die BRD behielt sich vor, bereits eingegangene Handelverpflichtungen aus politischen Gründen nicht einzulösen) weiterhin als Instrument des politischen Kampfes bestimmt. Der wiedererstarkte westdeutsche Imperialismus war aber zu dieser Zeit noch so abhängig von des USA, daß diese noch im Dezember 1962 eine Röhrenlieferung Westdeutschlands an die SU durch einen Beschluß des NATO-Rates boykottieren konnten.
7. Ausdruck dieser Strategie, die DDR einerseits von den RGW-Ländern zu isolieren und diese selbst von der SU abzutrennen, war ein steiler Anstieg des Handelsvolumens zwischen BRD einerseits und Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien andererseits, nach Einrichtung der Handelsmissionen in diesen Ländern. Ihren politischen Ausdruck fand diese Strategie, die der US-Antikommunist Brezinski schon Jahre zuvor entworfen hatte (Die Welt, 16.12.64), in der "Friedensnote" der Regierung Erhard vom 25.3.66, in der allen RGW-Ländern unter Ausschluß der DDR Gewaltverzichtsangebote unterbreitet wurden.
Dieser allzu plumpe Versuch, der Ende 1967 wieder unter der Regierung Kiesinger/Brandt aufgegriffen wurde, konnte bloß scheitern. Brandt, damals Außenminister, benannte klar den Charakter von Gewaltverzichtsabkommen: "Sinn und Zweck eines Gewaltverzichts ist es, strittige Fragen ...auf den Weg einer Lösung mit ausschließlich friedlichen Mitteln zu verweisen, nicht jedoch die strittigen Fragen zu präjudizieren." (BT-Dr. v. 2409) Im Klartext: Am unmittelbaren Ziel des westdeutschen Imperialismus, der Liquidierung der DDR und der Revision der Grenzen in Europa hatte sich nichts geändert, geändert hatten sich lediglich die Methoden.
Es ist vor diesem Hintergrund klar, daß die Differenzen zwischen der CDU/CSU und der SPD in Fragen der "neuen Ostpolitik", die erst seit 1969 existieren, während in der Zeit der Großen Koalition Einigkeit herrschte, gar nicht substantieller Art sein können, insbesondere da auch die Brandt-Regierung die DDR nicht anerkennen will und auch die Hallstein-Doktrin in Form der Scheel-Doktrin modifiziert hat.
8. Krise des Kapitalismus und Ostmärkte
Die zweite Hälfte der 60er Jahre bedeutete für das westdeutsche Kapital allgemein sich verschlechternde und krisenhafte Entwicklung seiner Verwertungsbedingungen. Diese besondere Akkumulationssituation des westdeutschen Kapitals, die gegenüber der der anderen imperialistischen Staaten relativ günstig war, in denen wie in den USA und England anhaltende Stagnation bestand, ist die materielle Basis der sich verschärfenden Krise des imperialistischen Systems, wie sie in der permanenten Weltwährungskrise und der sich verschärfenden imperialistischen Konkurrenz ihren Ausdruck findet. Der sich entfaltende Kampf um die Ostmärkte, der durch das britische Kapital durch zinsgünstige und langfristige Kredite schon relativ frühzeitig aufgenommen war, sah den westdeutschen Imperialismus als den traditionellen Handelspartner der RGW-Staaten, der seit den 50er Jahren das größte Handelsvolumen der imperialistischen Staaten mit den RGW-Ländern ausweist, in der besten Ausgangssituation.
Ist der Osthandel für die westdeutsche Kapitalistenklasse auch vor allem eine politische Waffe, so veränderte sich das Verhältnis von Politik und Kapital doch insofern, als der ökonomische Wettlauf um die Ostmärkte Ausdruck der sich relativ verschlechternden Verwertungssituation des Kapitalismus im Weltmaßstab ist.
9. Dabei muß man für die Einschätzung dieser Tendenz vom Spezifikum des Imperialismus ausgehen, das nicht einfach im Warenhandel und in der Ausbeutung über die terms of trade besteht, sondern im Export von Kapital, in der direkten Beherrschung von Rohstoffgebieten und Absatzmärkten. Hatte also der Osthandel bis in die erste Hälfte der 60er Jahre generell den Charakter von Warenaustausch, so verlagert sich das Interesse des west-

deutschen Monopolkapitals jetzt hauptsächlich auf die verschiedenen indirekten und direkten Formen des Kapitalexports. Als Vorreiter trat hier wie in der Frage der Berlinklausel Rumänien auf, dessen Chemieminister Florescu 1971 dem westdeutschen Kapital die Perspektive von westdeutschen Kapitalbeteiligungen an rumänischen Unternehmungen bis zu einer Höhe von 49% eröffnete. Entsprechendes bahnt sich im Bereich des Handels mit Polen an, "die seit Jahren zwischen deutschen und polnischen Firmen bestehenden Kooperationsabkommen sollen künftig durch eine neue Form von Gemeinschaftsunternehmen bereichert werden." Das sieht dann so aus: "Eine gemeinsame deutsch-polnische Handelsgesellschaft tritt in Polen als Auftraggeber auf. Sie bestellt die von ihr gewünschten Erzeugnisse bei polnischen Firmen, wobei Preise gewährt werden, die fast den Herstellungskosten entsprechen. Der internationale Vertrieb erfolgt dann weltweit einschließlich einer marktgerechten Handelsspanne, der Gewinn wird zwischen den Partnern geteilt." (HB 10.4.72) Der polnische Arbeiter soll also nach dem Willen dieser Herren für die westdeutschen Kapitalisten schuften. Entsprechende Gemeinschaftsunternehmen in den eigenen und in Drittländern sind von Seiten der CSSR in Zusammenarbeit mit Westdeutschland geplant. (HB 22.4.72)
Seit die RGW-Staaten durch einen Beschluß im August 64 die Politik der Kooperationsabkommen mit den kapitalistischen Ländern zur offiziellen Außenhandelspolitik deklariert haben, läßt sich die Tendenz zur zunehmenden Auflösung des Außenhandelsmonopols feststellen, wie in den jüngsten polnischen Reformplänen, und eine zunehmende Öffnung gegenüber der Durchdringung durch das westdeutsche Kapital, wie auch das der anderen imperialistischen Länder. Diese Dezentralisierung, die die Ökonomie der RGW-Länder zunehmend der Erpressung und Abhängigkeit der kapitalistischen Länder ausliefert, gestand der polnische Außenhandelsminister offen ein. "Wir beabsichtigen keine Beschränkung der Initiative der Unternehmen, die direkt an der Aufnahme und Ausweitung der Kooperation interessiert sind" (WW 15/72) Entsprechenden Charakter tragen die Angebote der UdSSR an die kapitalistische Welt zur gemeinsamen Ausbeutung der Rohstoffvorkommen in Sibirien und zum Bau von PKW- bzw LKW Fabriken. "Die amerikanischen Firmen , sagte Kossygin, erhalten für die getätigten Dienste Erzeugnisse, über deren Preis wir uns einigen werden. Danach können diese Erzeugnisse auf dem Weltmarkt zu dort billigen Preisen verkauft werden." (Radio Tirana, Sendung v. 7.12.71)
10. Während die Ostverträge für den Warenverkehr relativ unbedeutend sind, da dieser genauso gut über Handelsverträge abgewickelt werden kann, sind sie für die spezifisch imperialistische Form der Expansion des westdeutschen Kapitals eine verhältnismäßig wichtige politische und infrastrukturelle Voraussetzung. Sie stellen die "sichere und dauerhafte Basis" (Schiller) dar, auf der diese Komplizenschaft zur Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung in den betroffenen Ländern vorangetrieben werden kann. Es ist nicht verwunderlich, daß der Vorsitzende des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft seine Genugtuung darüber, "daß nunmehr ergänzend zum normalen Handelsgeschäft auch die wirtschaftliche, technische und wissenschaftliche Kooperation in den Vordergrund der Geschäftskontakte getreten ist, "nicht verhehlen kann. (HB 10.4.72) Für die Erschließung der Ostmärkte hat "die Bonner Regierung exakte Pläne in der Schublade ... wie man durch Kreditgewährung an die einzelnen Länder Osteuropas den Osthandel intensivieren könne." (HB 29.3.72) Daß es sich hierbei nur um eine neue Variante der imperialistischen Politik des westdeutschen Monopolkapitals und seiner Parteien handelt, mußte Brandt im Bundestag offen eingestehen, als ihm vorgeworfen wurde, er habe früher noch anders geredet als heute, nämlich auch von der Möglichkeit der Abschaffung der DDR (so Brandt in der 93. Sitzung des Bundestages 1958). Brandts Antwort:-"Ich habe zu einer Reihe dieser Fragen aus guten Gründen auch in meinen frühen Jahren im Deutschen Bundestag anderes gesagt als ich heute sage. Ich habe nämlich zur damaligen Zeit das gesagt, was ich für möglich, notwendig und erstrebenswert hielt." (BT 94. Sitzung 5163 f.)- läßt offen erkennen, daß das Ziel dieser neuen Ostpolitik sich nicht verändert hat. Vollends ließ sein Fraktionskollege Mattick in der gleichen Sitzung die Katze aus dem Sack: "Nur der lange Weg bietet für uns noch eine Chance, das Ziel zu erreichen. Davon müssen wir ausgehen, wenn wir heute unsere Politik bestimmen." (BT 94. S. 5140)
Diesen taktischen Wandel als Friedenspolitik zu verkaufen war nicht zuletzt die historische Mission der SPD für die deutsche Kapitalistenklasse.
11.
Wie sind vor diesem Hintergrund die Differenzen von SPD und CDU/CSU zu sehen? Prinzipiell muß man davon ausgehen, daß auch die CDU/CSU die Verträge nicht grundsätzlich ablehnt, sie will lediglich einige "Verbesserungen" (Barzel). Sieht man einmal davon ab, daß der wesentliche Kern dieses Theaterspiels durch die Auseinandersetzung um die Regierungsmacht bestimmt ist, so drücken sich darin noch bestimmte methodische Unterschiede in der Frage des Herangehens an die Liquidierung der DDR und die Erschliessung der Ostmärkte aus. Die CDU/CSU schätzt die ökonomische und politische Potenz des westdeutschen Imperialismus größer ein als die SPD. Eine Politik des Abwartens, des Weiterverhandelns, wie sie von ihr protegiert wird, läuft also auf die Absicht hinaus, den RGW-Ländern noch mehr Zugeständnisse insbesondere auf kosten der DDR abzupressen. Die CDU/CSU fürchtet weiterhin, daß durch die Ostverträge der reaktionäre Kurs der westdeutschen Kapitalistenklasse und ihres Staates als Grundtendenz der BRD in ihrem Bestehen gefährdet werden könnte. Sie fordert daher, die Neue Ostpolitik mit einer Politik der zunehmeden Unterdrückung und Reaktion im Inneren zu verbinden. Grundsätzlich ist die SPD auf diese Forderungen durch Berufsverbote und den Abbau demokratischer Rechte eingegangen. Die Auseinandersetzung geht hier nicht mehr um das "ob", sondern um das "wie" und "wieviel".
Im übrigen, man braucht sich bloß das Verhalten der Herren Kapitalisten zu betrachten, um zu wissen, daß in der Auseinandersetzung um die scheinbar neue Ostpolitik keine materiellen Differenzen in der Kapitalistenklasse stecken. Praktisch alle führenden Vertreter des westdeutschen Kapitals sind für die Ratifizierung der Verträge. Während die Parteien dem Volk einen Streit um die Neue Ostpolitik vorgaukelten, reisten die Herren Kapitalisten fast in alle Länder des RGW und brachten neue Aufträge und Kooperationsgeschäfte und einen Handelsvertrag mit der Sowjetunion nach Hause.
Es ist keine Frage: wenn , wie die DKP behaptet, die Auseinandersetzungen um die Ostverträge eine Auseinandersetzung zwischen Kapitalfraktionen wäre, dann hätte das Kapital oder die Fraktion der Vertragsgegner schon längst eine massive Kampagne gegen die SPD und die Ratifizierung der Ostverträge entfacht. Aber praktisch kein Kapitalist ist dagegen, weil die Frage der nationalen Einheit das Kapital bloß vom Standpunkt der Profite aus interessiert und von diesem Standpunkt aus sind die Verträge adäquat.

Warum entfacht dann die Kapitalistenklasse keine Kampagne für die SPD und für die Ratifizierung der Verträge? Die Kapitalisten wissen, daß diese Verträge so oder so unterschrieben werden, wenn nicht heute unter einer SPD-Regierung, dann morgen unter einer CDU/CSU-Regierung.
Da aber beide Parteien aufgrund ihrer verschiedenen materiellen Basis verschiedene Strategien des Monopolkapitals vertreten, die die Kapitalistenklasse nicht beliebig austauschen kann, sondern die von der materiellen Entwicklung der Widersprüche des Kapitals und dem Stand der Klassenkämpfe abhängig sind, muß man davon ausgehen, daß, nachdem die SPD ihre Mission für die Kapitalistenklasse erfüllt hat, und nun die Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse und die Unterdrückung der jungen kommunistischen Bewegung auf der Tagesordnung steht, sich die Bedingungen herausbilden, unter denen die CDU/CSU wieder die politischen Geschäfte der Kapitalisten zu betreiben hat. Die Kapitalistenklasse greift also die SPD unter Aussparung der Frage der Ostverträge an, um so den politischen Machtwechsel vorzubereiten, ohne die Ostverträge zu gefährden.
Man sieht jetzt, wie verkommen die Kampagne der DKP zur Ratifizierung der Verträge ist. Man muß schon alle Prinzipien des Marxismus-Leninismus über Bord werfen, um im Imperialismus eine "friedliche Kapitalfraktion" zu konstruieren, der eine Fraktion der Gegner der Ostverträge gegenübersteht: "Dahinter steht das Rüstungskapital" (UZ v. 17.3.72) Wer den Marxismus-Leninismus über Bord geworfen hat, der muß auch, um sich zu rechtfertigen, zu den Theorien der Ideologen des Kapitals greifen, um die Neue Ostpolitik der Arbeiterklasse mit dem Argument schmackhaft zu machen, "wer die Ausweitung des Handels blockiert, (durch die Ablehnung der Ostverträge, d. Verf.) der schafft neue Unsicherheit für Millionen Arbeitsplätze". (UZ, 17.3.72)

Es ist offensichtlich: dem Versuch der DKP, die fortschrittlichen Teile der Arbeiterklasse an die SPD und den Staat der Kapitalisten zu binden, um sich am Schwanz der SPD ihre Belohnung aus dem antimonopolistischen "Einheitsbrei" abzuholen, muß durch die Aufklärung darüber begegnet werden, daß die imperialistische Allianz zwischen Bonn und Moskau nicht dem Frieden, sondern der Unterdrückung und Ausbeutung der Völker dienen.

12.
Von daher stellt sich für eine sozialistische Politik die Frage nicht einfach als Ablehnung oder Befürwortung der Verträge. Da es sich in der Neuen Ostpolitik um eine veränderte Taktik gegenüber dem RGW handelt und die Kontroverse zwischen SPD und CDU um ihre Durchsetzung geht, kann es nicht unsere Aufgabe sein, uns einfach auf eine der beidne Seiten zu stellen. Das hieße Aufgabe einer kommunistischen Politik zugunsten der Verbreitung von Illusionen über den Charakter der Politik der bürgerlichen Parteien. Schon garnicht stellen die Ostverträge notwendige Kampfpositionen für die Kämpfe der Arbeiterklasse dar, wie die DKP Glauben machen will, im Gegentail, ein Nachlassen der imperialistischen Repression im Inneren ist keine notwendige Folge der Ratifizierung, sondern eher deren Verschärfung. Nicht weniger heuchlerisch ist es, als Agentur der RGW-Staaten mit dem Prinzip der friedlichen Koexistenz für die Ratifizierung hausieren zu gehen. Das Prinzip sozialistischer Außenpolitik, die friedliche Koexistenz, ist in der UDSSR von einem Kampfinstrument zum Aufbau des Sozialismus und zur Verteidigung der proletarischen Staatsmacht heute zu einem Mittel der Versöhnung und der Absprache mit dem Imperialismus verkommen. In Artikel 1 des Moskauer Vertrages heißt es: "die BRD und die UDSSR betrachten es als wichtigstes Ziel ihrer Politik, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten und die Entspannung zu erreichen." Wenn man allerdings wie die DKP nur noch Agentur der ehemals sozialistischen Staaten ist, und deren von ihren Interessen diktierte Außenpolitik zum Kernpunkt einer angeblich kommunistischen Politik macht, dann muß man wie die DKP in Baden-Württemberg gegen sich selbst den Wahlkampf führen: denn jede Stimme für die DKP ist eine weniger für die Ratifizierung.

Unsere Aufgabe muß es sein, gerade in der Offenlegung der strategischen Ziele des westdeutschen Imperialismus, die als Friedensstrategie propagierte Taktik der bürgerlichen Parteien als ein Mittel imperialistischer Politik aufzudecken.

Kommunistische Hochschulzeitung

Herausgegeben von der Kommunistischen Hochschulgruppe (NRF) Mannheim/Heidelberg

BESTELLUNGEN AN : KHZ _REDAKTION: 69 Heidelberg Grabengasse 14

KOMMUNISTISCHE POLITIK AN DER HOCHSCHULE

Vorbemerkung

Wir drucken hier zwei Referate ab, die auf der Generaldebatte der KHG(NRF) Heidelberg Ende April diskutiert wurden, und Teile eines Referates aus dem Sommer des letzten Jahres. Dieses Referat hat für die interne Diskussion in der Gruppe über die Fragen der Politik an der Hochschule eine wichtige Rolle gespielt. Es korrigiert ebenso die Ablehnung einer Massenpolitik an der Universität durch eine Theorie des Klassenverrats, wie es sich dagegen wendet unmittelbare Fachinteressen durch philanthropische Überlegungen ergänzt zum Inhalt der Massenpolitik zu machen. Wir veröffentlichen es hier, weil es uns angesichts der politischen Entwicklung in den westdeutschen politischen Studentengruppen keineswegs veraltet erscheint, aber auch, um den Gang der Diskussion selber in unserer Organisation zu dokumentieren.

Das Referat über eine proletarische Linie an der Hochschule das versucht die bisherigen Ergebnisse der Diskussion um die neue Mittelklasse für die allgemeine Bestimmung der Politik an der Hochschule zu verarbeiten, grenzt sich ebenfalls richtig von Positionen ab, die eine unmittelbare Einheit studentischer Interessen mit denen der proletarischen Revolution vortäuschen. In der richtigen Forderung aber, das Bündnis von Arbeiterklasse und studierender Jugend in dem Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie politisch herzustellen, vernachlässigt das Referat die konkrete Bestimmung der proletarischen Bündnispolitik. Die allgemein richtige Feststellung, die Arbeiterklasse vertrete in ihrem Kampf historisch das Interesse des gesamten Volkes, kann nicht ausreichen, die Bündispolitik zu bestimmen, sondern kann tendenziell das, was das Bündnis bedeuten kann, eliminieren zugunsten abstrakter Richtigkeit. Die Entwicklung einer proletarischen Bündnispolitik und der entsprechenden Anleitung kommunistischer Massenorganisationen an der Hochschule unter der Hauptparole "Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes" wird das Bündnis von Arbeiterklasse und Studenten dann herstellen können, wenn die Aufforderung, sich zum Standpunkt des Proletariats hochzuarbeiten sich gerade stützen kann auf den Kampf für ein Aktionsprogramm, das die fortschrittlichen Interessen in konkreten Teilforderungen aufnimmt.

Red.

Die gegenwärtige Situation an den westdeutschen Hochschulen ist durch eine starke Zersplitterung der kommunistischen und sozialistischen Organisationen gekennzeichnet Die Diskussion der marxistisch-lenistischen Studentengruppen verläuft dabei sprunghaft und anarchisch, sodaß immer noch manche Organisationen hinter Großmäuligkeit ihre tatsächliche fehlende progammatische Klarheit und die daraus resultierenden Schwankungen verstecken können. Andererseits bleibt dadurch die Gründung und Entwicklung neuer lokaler kommunistischer Hochschulgruppen einem sponaten durch marginale und zufällige Faktoren bestimmten Prozeß überlassen, der immer wieder zu schweren Fehlern und Rückschlägen führt.

Um diesen Zustand zu überwinden, hatte die KHG(NRF) Heidelberg und der KSB Göttingen zu einer Konferenz eingeladen auf der sich eine Aktionseinheit zur Kampagne gegen das Hochschulrahmengesetz bilden sollte. Freilich führte der Wunsch nach Einheit dazu, daß die Diskussion der tatsächlich vorhandenen gegensätzlichen Meinungen sträflich vernachlässigt wurde. Der ZA der KHG(NRF) hat dazu in seinem Rechenschaftsbericht für die Generaldebatte vom 14.-16.4. folgendes ausgeführt: Bis noch vor einem halben Jahr war die Hochschulpolitik der damaligen KG völlig lokal beschränkt. Der KSB Göttingen war bis dahin die einzige Organisation mit der unsere Gruppe in einigermaßen kontinuierlichem wenn auch lockerem Zusammenhang stand, der auch nicht die organisierte Absprache der Hochschulpolitik einschloß, sondern vor allem im gegenseitigen Besuch der Generaldebatten bestand sowie in der gegenseitigen Rezeption und stückweisen gegenseitigen Übernahme hochschulprogrammatischer Äußerungen. War vorher der KSB Göttingen von vielen Genossen mehr oder weniger unbefragt als unsere Schwesternorganisation betrachtet worden, so festigten sich im Sommer 1971 bei einigen Genossen anhand der Rezeption der Sondernummer 3 des "Roten Kurses" (Für eine Ausbildung im Interesse der werktätigen Bevölkerung- erkämpft das antikapitalistische Studium!) Zweifel an der Richtigkeit der vom KSB vertretenen Politik, die sich in Formulierungen festmachten und nicht an den praktischen Konsequenzen überprüft werden konnten.

Diese Vermutungen führten bei uns jedoch nicht zu einer klärenden Auseinandersetzung mit den Göttinger Genossen. Uns fehlte das Bewußtsein von der Notwendigkeit dieser Auseinandersetzung.

Als wir im Herbst 1971 zusammen mit dem KSB die Initiative zur Einberufung einer Konferenz ergriffen, die die Zusammenarbeit verschiedener lokaler kommunistischer Hochschulorganisationen im Kampf und in der Führung der Propaganda gegen das HRG vorbereiten sollte, geschah dies aus der Einsicht heraus, daß einer zentralen Maßnahme des bürgerlichen Staates wie dem HRG möglichst einheitlich entgegengetreten werden muß, und daß dabei gleichzeitig die Versuche der modernen Revisionisten, die Studenten in diesem Kampf irre zu führen, bekämpft werden müssen.

Auf der Konferenz, die dann am 20.-21.11.71 in Göttingen stattfand, stellte sich sehr bald heraus, daß das von uns dem KSB

anvisierte Resultat, die Einigung auf ein gemeinsames Aktionsprogramm als Grundlage für eine Aktionseinheit im Kampf gegen das HRG, unmittlbar nicht zu erreichen war, weil die politischen Differenzen zwischen den anwesenden Gruppen zu scharf waren und die Konferenz selber natürlich nicht der Ort war, um diese Differenzen zu klären und auszudiskutieren. Wir reagierten darauf so, daß wir zusammen mit dem KSB den vertretenen Organisationen einen Resolutionsvorschlag vorlegten, in dem in ziemlich abstrakter Weise die grundsätzliche Position umrissen war, von der aus die Führung des Kampfes gegen das HRG zu bestimmen war. Dieser Vorschlag-mit einigen Änderungen, die den wesentlichen Inhalt und den Charakter der Resolution nicht veränderten - fand die Zustimmung der Mehrzahl der vertretenen Organisationen auf der Konferenz selbst oder nachträglich. Damit war zunächst ein minimaler politischer Konsens festgelegt und der Wille zu weiterer Zusammenarbeit erklärt.

Diese erste Konferenz, auf der Schwierigkeiten zum Ausdruck gekommen waren, die der politischen Einheit im Wege standen, hätte uns zur Klärung der Fragen veranlassen müssen, wie angesichts der Tatsache, daß eine Einheit des Vorgehens unmittelbar zu erreichen war, die politische Vereinheitlichung der Marxisten-Leninisten an den westdeutschen Hochschulen voranzutreiben wäre, und welche Schritte wir zu diesem Ziel zu tun hätten.

Es hätte uns dort schon klar werden müssen, daß es dazu nicht ausreicht, Organisationen, bei denen man eine grundsätzliche politische Übereinstimmung mit der eigenen Politik vermutet, zusammenzuwerfen, um den kleinsten gemeinsamen Nenner zu fixieren, ohne daß daraus praktische Konsequenzen für die Überwindung des lokalen Charakters der tatsächlichen Politik folgen würden. Genau dies ist aber geschehen, und wir haben nicht dazu beigetragen es zu verhindern. Es war richtig auf der ersten Göttinger Konferenz die oben erwähnte Resolution zu beschließen, weil das Erreichen eines grundlegenden politischen Konsenses erst die Perspektive einer weiteren Kooperation und politischen Vereinheitlichung erlaubte, und weil die verabschiedete Resolution in einigen beteiligten Organisationen sicherlich auch dazu beigetragen hat, die Diskussion um die politische Linie voranzutreiben.
Aber zu glauben, daß schon dadurch die politische Vereinheitlichung der Gruppen einen Schritt vorangekommen wäre, ist eine Illusion. Um auf dieses Ziel hinzuarbeiten, hätte es eines Prozesses bedurft, in dem die Organisationen ihre Politik gegenseitig überprüfen und kritisieren. Selbst die minimale Voraussetzung dazu-die regelmäßige Verteilung der Publikationen an die anderen Organisationen-wurde jedoch von den meisten Gruppen nicht erfüllt, geschweige denn Schritte unternommen zur Einleitung eines organisierten Prozesses der Kritik und Selbstkritik. Wir haben uns in dieser Hinsicht von den übrigen Organisationen nicht positiv unterschieden. Diese Konferenz führte also in der Folge weder zu einer unmittelbaren Stärkung der marxistisch-leninistischen Studentenorganisationen (was objektiv nicht möglich war) noch zum Beginn eines Prozesses der politischen Vereinheitlichung der Organisationen.

Die Einheit der Kommunisten an der Hochschule ist abhängig von der organisierten politischen Einheit der Kommunisten überhaupt, d.h. von der Führung der proletarischen Partei, wenn die Aufgaben an der Hochschule im Rahmen einer Bündnispolitik der Arbeiterklasse überhaupt ernst genommen werden sollen. Damit kann diese Vereinheitlichung nicht voluntaristisch angestrebt werden, sondern ist abhängig von den Fortschritten im Prozeß des Parteiaufbaus, in der Erstellung eines nationalen Aktionprogramms, das den Massenorganisationen Richtschnur ist.

Der Diskussion über die Politik an der Hochschule haftete daher häufig eine schlechte Abstraktheit an. Daß dabei die "materiellen Interessen" der Studenten thematisiert werden, hat nicht selten die Tendenz, Ersatzstrategien zu entwerfen. Dies trifft auch auf das Konzept des "antikapitalistischen Studiums" zu, das der KSB Göttingen zwar als Parole fallengelassen hat, dessen Stoßrichtung aber gerade erhalten bleibt in Verbindung mit der Forderung nach einer "Ausbildung im Interesse der werktätigen Bevölkerung", die eher das Moment der fachlichen Qualifikation als des politischen Kampfes hervorzuheben geeignet ist. Während die Göttinger Genossen freilich noch versucht haben, gegen die Tendenz der Parole, die sie als Mißverständnisse rezipierten, anzukämpfen, ist diese Parole selbst ähnlich prinzipien-und konzeptlos wie die des "Sozialistischen Studiums" verbreitet worden und wuchert schon länger ziemlich unbehelligt vor sich hin, begünstigt durch eine mangelnde zentrale Diskussion dieser Fragen.

Diese Diskussion schleunigst zu überwinden mit dem Ziel, zunächst ein gemeinsames Aktionsprogramm auszuarbeiten, muß das Ziel der kommunistischen Hochschulgruppen sein.

Die Korrekturen der Fehler sollten nicht einfach dem Druck der Ereignisse überlassen bleiben, der schon die Aufgabe mancher falschen Parole erzwungen hat, sondern der bewußten organisierten Diskussion, es möchten sonst die tatsächlichen Korrekturen nur neue Fehler produzieren.
Ein Paradebeispiel dafür bietet die jüngste Entwicklung des KSV Westberlin, der kürzlich seine Parole "Erkämpft das sozialistische Studium" liquidiert hat. Zunächst ist das grundsätzlich zu begrüßen, doch die dazu veröffentlichte "Selbstkritik" zeugt von prinzipienloser Großmannssucht und Kulissenschieberei, kaum aber von der Fähigkeit zu Kritik und Selbstkritik.
Während dem KSV noch vor nicht allzu langer Zeit die Parole "Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes. Erkämpft das sozialistische Studium" "konzentrierter Ausdruck einer richtigen strategischen Linie für den Kampf der Studenten" war (RPK 139), stört ihn heute der "Wortlaut der Parole". Im Grunde haben unsere Berliner Genossen immer schon das richtige gemeint, selbst als sie noch nicht entdeckt hatten, die ganze Zeit durch die Partei angeleitet gewesen zu sein. Aber diese bloße Rechthaberei kann natürlich keine Selbstkritik zulassen. Während also der "Wortlaut der Parole" falsche Anschauungen hat fördern können, soll ausgerechnet diese Parole des "sozialistischen Studiums" geeignet gewesen sein, "eine sozialistische Perspektive in den Kampf gegen die Übergriffe (!) der Konterrevolution hine inzutragen". Inzwischen ist das dem KSV zu wenig. Die Parole ist "zu eng und begrenzt gefaßt gegenüber unserem umfassend aufgenommenen Kampf gegen die kapitalistische Ausbildung" sagt der KSV und findet selbständig die für ihn offensichtlich ganz neue Parole: "Kampf der kapitalistischen Ausbildung", die nun wahrhaftig eine wesentliche "Erweiterung des Kampfprogramms" bedeutet.

Die Parole vom "sozialistischen Studium" hat nichts anderes bedeutet als Hochstapelei, insofern wird die Kontinuität des KSV nicht unterbrochen. Ihre Scheinradikalität bestand darin, daß der Zweck kommunistischer Arbeit an der Hochschule, immer mehr Studenten für den Kampf um den Sozialismus zu gewinnen, direkt in der Aufforderung, ein solcher Sozia-

list zu sein, an die Studenten als Aktionsprogramm getragen wurde. Sie mußte also von den eigentlichen Aufgaben ablenken und einen schlechten Circulus vitiosus der Ratlosigkeit konstruieren, die nur die unübertroffene Großmäuligkeit des nationalen Studentenverbandes der Kommunistischen Partei Deutschlands verbergen konnte. Die Konkretisierung des Kampfes um eine Ausbildung im Dienste des Volkes bestand im Kampf für das "sozialistische Studium", und die Maßnahmen des bürgerlichen Staates wurden in dem Maße bekämpft, wie sie "die Stützpunkte im Kampf für das sozialistische Studium" bedrohten.
Da versucht doch jemand, sich am eigenen Zopf aus dem Sumpf zu ziehen. Kein Wunder, daß dieses Konzept an den westdeutschen Universitäten von weniger erprobten und selbstbewußten Schreihälsen übernommen schnell ein klägliches Ende nahm, und diese "Schwäche" seiner westdeutschen Sympathisanten den KSV drängte, die Parole zu korrigieren.

Zopf und Sumpf sind aber leider geblieben. Aus der mangelnden theoretischen Erarbeitung der Programmatik des KSV ergab sich schon immer eine relative Beliebigkeit der konkreten politischen Linie, was sich in der Frage des HRG zeigte, wo der KSV sich nur spät zu einer Kampagne "anläßlich" der Verabschiedung und dann später gegen die "reaktionär-bürokratische Hochschulreform" entschließen konnte. Damals freilich immer noch für das "sozialistische Studium", jetzt also gegen die "kapitalistische Ausbildung" überhaupt.
Wir meinen ja nicht, daß das eine falsche Parole ist, die KHG (NRF) (und vörher die KG) haben sie seit längerem aufgestellt.

Dem KSV dient ihre Allgemeinheit nur zur Vorbereitung neuer Schwankungen. Wurde schon die Scheinradikalität des "sozialistischen Studiums" durch realen Rechtsopportunismus ergänzt, wie inzwischen der KSV selber eingesteht, so ergänzt der KSV jetzt seine allgemeine Parole gegen die kapitalistische Ausbildung um einen Kampf für Teilziele.- Warum?:
"Alle Aktivitäten des KSV beweisen, daß ein Sprung in der Massenarbeit immer dann gelang, wenn der Kampf auf ein Teilziel konkret ausgerichtet, im Kampf um Teilziele die strategische Linie unserer Politik unter die Masse der Studenten getragen werden konnte." (RPK 160)
Irgendwelche Sorgen um den Inhalt dieser Forderungen brauchte der KSV sich nicht zu machen. Ein Teilziel ist gut, weil es ein Teilziel ist, und weil es Gelegenheit bieten kann, den KSV bekannt zu machen.
Stolz berichtet der KSV in diesem Zusammenhang von seinen neuen unerhörten Fortschritten: "Auch im antiimperialistischen Kampf haben wir mit dem Kampfprogramm gegen die reaktionär-bürokratische Hochschulreform begonnen, einzelne Teilforderungen zu entwickeln wie "Für umfassende Offenlegung aller Forschungsvorhaben und ihrer Finanzierung" ", und posaunt: "Teilforderungen im Kampf gegen die kapitalistische Ausbildung werden der Arbeit der Zellen in den Seminaren, Vorlesungen auch in den Gremien eine größere Stoßkraft verleihen." (RPK 160)

Hier wächst der KSV zu kosmischer Größe. Die offensichtlich jungen Genossen sollten doch mal z.B. einen älteren der führenden Genossen in der "KPD" fragen, ob er noch ein Exemplar der Denkschrift des SDS "Hochschule in der Demokratie" von 1961 besitzt, und dort nachlesen, wie neu das ist, was sie da entwickelt haben. Nicht die Parole selbst ist hier zu kritisieren - die KHG (NRF) vertritt sie seit langem und auch der SDS Heidelberg tat das und entsprechende Aktionen gegen die Auftragsforschung wurden unterstützt - aber wohl ihre völlige Beliebigkeit innerhalb des "Programms" des KSV.

Solange dieser KSV für den Aufbau eines wirklichen KSV nichts tut außer sich selbst anzupreisen und hinter der Kontinuität der Hochstapelei nur prinzipienlose Schwankungen verbirgt, wird er zu diesem Aufbau nichts beitragen und ihm im Wege stehen. Es wird dann Aufgabe aller marxistisch-leninistischen Studenten sein, seiner Spaltertätigkeit und Proselytenmacherei entgegenzutreten.

W.D.

Lest das Organ der Kommunistischen Gruppe(NRF)MA/HD

ARBEITER-ZEITUNG

Herausgegeben von der Redaktion des

Kommentar

der Kommunistischen Gruppe (NRF) Mannheim-Heidelberg

Bestellschein

Hiermit bestelle ich die ARBEITER-ZEITUNG ab Nr. ..... zum Abonnementspreis von jährlich DM 5.-, incl. Porto

Name: .....

Adresse: .....

Bestellungen sind zu richten an: Hans Walla, 69 Heidelberg Karlstraße 22

Einige Erläuterungen und Korrekturen zum Hochschulteil der Programmatischen Erklärung der Kommunistischen Gruppe (NRF)

RESOLUTIONSENTWURF FÜR DIE GENERALDEBATTE DER KHG (NRF)HD UND KHG(NRF) MA, APRIL 72

In der Programmatischen Erklärung der KG(NRF) wird die Analyse der Klassenlage der Intelligenz zunächst nur negativ abgegrenzt gegen die falschen Theorien ihrer"Verproletarisierung" ebenso wie gegenüber Auffassungen ihrer widerspruchfreien Zugehörigkeit zur Bourgeoisie, die nur Strategien des Klassenverrats zuließen. Daraus wird eine Politik abgeleitet, die ihr Ziel in der Herstellung des Bündnisses von Arbeiterklasse und Intelligenz unter Führung der Arbeiterklasse sieht, das auf der Grundlage des politischen Kampfes gegen den kapitalistischen Staat, gegen die Diktatur der Bourgeoisie zustandekommt. Die daraus resultierende Zurückweisung eines"gewerkschaftlichen" Konzepts und die Charakterisierung kommunistischer Hochschulpolitik als Bündnispolitik des Proletariats zieht ihre Begründung in diesem Zusammenhang aus der Phänomenologie der Studentenbewegung als einer im wesentlichen von politischen und ideologischen Widersprüchen bestimmten Bewegungals aus einer positiven Darstellung der Klassenlage der Intelligenz und deren Auswirkungen auf die Bewegungen im Ausbildungsbereich.

Die richtige Analyse der Studentenbewegung als ihrem Klassencharakter nach kleinbürgerlich-demokratisch erlaubt es dann noch, die Politik unter der Parole "Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes" im wesentlichen richtig als Bündnispolitik der Arbeiterklasse gegenüber der Intelligenz zu bestimmen, gegenüber einer Politik der "gewerkschaftlichen Orientierung" oder der "sozialistischen" oder gar "antikapitalistischen Studien" klar abzugrenzen und an einem "Primat des Politischen festzuhalten, um nicht opportunistisch im partikularen Interesse der Intelligenz selber die Widersprüche zur Arbeiterklasse zu verwischen.

Da dies aber im wesentlichen lediglich durch die negative Abgrenzung von falschen Konzepten erreicht wird, bleibt Raum für Unklarheiten, mißverständliche und irreführende Formulierungen, v.a. in der Bestimmung der objektiven Interessenlage der Studenten im Zusammenhang mit ihrer Berufsperspektive, und wie diese in einer Bündnispolitik aufzunehmen sei.

2) Wenn wir in der Frage der Bündnispolitik an der Hochschule von der Analyse der neuen Mittelklasse ausgehen, dann muß klar sein, daß die Studentenbewegung nicht unmittelbar als Bewegung innerhalb dieser Mittelklasse interpretiert werden darf. Wenn auch deutlich wird, daß die sozialistische Bewegung in der Intelligenz zunehmend Unterstützung finden kann, die Widersprüche zum Monopolkapital der einzelnen Schichten, auch der gehobenen Teile der neuen Mittelklasse , etwa der werktätigen Intelligenz, sich verschärfen, so muß doch erklärt und berücksichtigt werden,"daß schließlich Teile der bürgerlichen Intelligenz nicht in ihren jeweils verschiedenen Berufen rebellierten, sondern im Ausbildungssektor und hier zunächst in den Philosophischen Fakultäten." (Programmatische Erklärung) D.h., diese Bewegung war als politische durchaus noch von der Gesetzmäßigkeit bestimmt, die Marx und Engels schon im Kommunistischen Manifest dargestellt haben, und die der Klassenverratsthese zugrunde liegt:" In Zeiten endlich, wo der Klassenkampf sich der Entscheidung nähert, nimmt der Auflösungsprozess innerhalb der herrschenden Klasse, innerhalb der ganzen alten Gesellschaft einen so heftigen, so grellen Charakter an,daß ein kleiner Teil der herrschenden Klasse sich von ihr lossagt und sich der revolutionären Klasse anschließt, der Klasse,welche die Zukunft in ihren Händen trägt ... Namentlich ein Teil der Bourgeoisideologen,welche zum theoretischen Verständnis der ganzen geschichtlichen Bewegung sich hinaufgearbeitet haben." Die Oktoberrevolution gewann,wenn auch nur z.T. vorübergehend,beträchtliche Teile der europäischen Intelligenz für den Sozialismus. Der Sieg der chinesischen,dann der vietnamesischen und auch der kubanischen Revolution hatte einen vergleichbaren Einfluß auf die Intellektuellen. Der Kampf der revolutionären nationalen Befreiungsbewegungen gegen den Imperialismus,der vorübergehend zur Hauptlinie des Kampfes zwischen Imperialismus und Sozialismus" (Progr.Erklärung) wurde,bestimmte eine Zeitlang im wesentlichen ideologisch die sozialistische Bewegung unter den Studenten,wobei die Tatsache scheinbar und auch wirklich hinter diesem Niveau zurückfallender Klassenkämpfe in den Metropolen den widersprüchlichen mit Rückschlägen behafteten Lernprozeß notwendig machte, der heute noch andauert.

Auf der Grundlage der allgemeinen Krise der Herrschaft der Bourgeoisie vollzieht sich der ideologische Abspaltungsprozess von Teilen der Intelligenz uneinheitlich, findet er seine Vorreiter gerade unter den Studenten der Philosophischen Fakultäten, und fördert auch zu Zeiten die stürmische Entwicklung der Bewegung als Vorbereitung der nächsten Rückschläge in dem Maße, wie es der Bewegung nicht gelingt, sich mit der Arbeiterbewegung zu verbünden.

3.Die bestimmte Form des ideologischen Abspaltungsprozesses relativ großer Teile der Studenten von der Bourgeoisie verstellte den Trägern dieser Bewegung zeitweise die Einsicht in deren wirkliche Ursachen und deren Charakter. So zwang uns die Praxis des Hochschulkampfes und die notwendige Konsolidie-

rung der sozialistischen Bewegung an den Hochschulen, die zunächst konzipierte Klassenverratsstrategie zu revidieren, ohne daß diese strategische Differenz von uns bewußt formuliert wurde. Die Diskussion in der BRD insgesamt bewegt sich heute immer noch zwischen den Polen einer Klassenverratsstrategie, die allzu leicht bloßdie Legitimation für den proletarischen (KB-HH) oder einzig marxistischen (AK -München) Charakter der eigenen Gruppe liefern soll und der "Verproletarisierungsthese" , die zur klassischen Legitimation einer genuinen Mitbestimmungsstrategie bestimmter Vertreter der neuen Mittelklasse unter proletarischer Verkleidung wird.

Die Formulierung einer Bündnispolitik des Proletariats gegenüber der Intelligenz als Massenlinie setzt eine grundsätzlich gewandelte Situation dieser Intelligenz selber voraus, die "den klassischen Strategien der Kommunisten gegenüber der Intelligenz den Boden unter den Füßen entzog. Die Klassenverratstheorie war genau solange richtig, wie die Masse der Intelligenz als bloße Agenten der politischen Herrschaft der Bourgeoisie fungierte und ihre Interessen mit denen der Bourgeoisie als Klasse unmittelbar zusammenfielen." (2)

Die Position der Klassenverratsstrategie, die die Differenz der Studentenbewegung gegenüber der Arbeiterbewegung betonte, konnte deshalb, trotz ihrer Fehlerhaftigkeit über lange Zeit zur Avantgardeposition innerhalb der Studentenbewegung werden, weil sie die Notwendigkeit des politischen Kampfes gegen den bürgerlichen Staat gegenüber einer Vertretung der unmittelbaren Interessen der Studenten betonte und damit einen wesentlichen Punkt einer kommunistischen Politik vorbereiten konnte, die die tatsächlich vorhandenen Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und der neuen Mittelklasse richtig aufnimmt.

4. Grob noch einmal die Hauptthesen in Bezug auf die neue Mittelklasse. An dem Begriff der neuen Mittelklasse ist gegenüber dem der Zwischenschichten festzuhalten, weil er ausdrückt, daß eine Klassendifferenz zu den beiden Hauptklassen existiert, die freilich in der vermittelnden Zwischenstellung dieser Mittelklasse besteht.

Mit der ungeheuren Steigerung der Produktivität ist die Ausweitung der unproduktiven Mittelklasse überhaupt erst möglich geworden. Aber das Kapital hat sich nicht einfach eine Schicht wohllebender Parasiten und Agenten schaffen können, sondern hat seine Diener notwendig selber wieder zu Lohnarbeitern gemacht. Die sich verschärfende und ausbreitende Entwicklung der Widersprüche zum kapitalistischen Staat innerhalb der Mittelklasse und auch in deren oberen Schichten, der Intelligenz, beruht darauf, daß sich das Faktum der Lohnarbeit immer mehr durchsetzt gegenüber dem Flair des selbständigen Geistesarbeiters, der nach seiner Leistung honorarmäßig bezahlt wird. Der Zwang, den Wert der Arbeitskraft gegen das Monopolkapital und seinen Staat zu verteidigen, bestimmt die materielle Lage, erfordert den Abwehrkampf, bringt die neuen Mittelklasse in Gegensatz zur Monopolbourgeoisie und schafft, indem der Staat die Betroffenen durch seine Maßnahmen zum Abwehrkampf zwingt, den Vermittlungszusammenhang, von dem aus die marxistische Kritik der bürgerlichen Gesellschaft für diejenigen, die nicht unmittelbar dem kapitalistischen Produktionsprozeß unterworfen sind, überhaupt erst möglich wird. (vgl. Programmatische Erklärung)

Das heißt auch, daß der Abwehrkampf der neuen Mittelklasse seinen defensiven und richtungslosen Charakter erst in dem politischen Bündnis mit der Arbeiterklasse unter deren Führung verliert. "Die Mittelklassen stehen ebenso wie das Proletariat im ständigen Kampf der Verteidigung des Werts ihrer Arbeitskraft, aber dieser Kampf stellt sie nicht direkt dem Kapital gegenüber, sondern den Produktionsagenten überhaupt. Der Kampf um den Wert der Arbeitskraft ist also für die unproduktiven Mittelklassen nicht die Keimform des Klassenkampfes gegen das Kapital, sondern der Kampf um ihren Anteil am Produkt des kapitalistischen Produktionsprozesses, gleichgültig ob das auf Kosten der Kapitalistenklasse oder des Proletariats geht." (3)

Liegt darin die Möglichkeit des Bündnisses zwischen Proletariat und neuer Mittelklasse begründet und die Möglichkeit einer kommunistischen Massenlinie, so ergibt sich deren Notwendigkeit daraus, daß die existierenden Widersprüche zum Proletariat nicht einfach durch gleichgerichtete Interessen gegenüber dem gleichen großen Gegner Monopolkapital überwunden werden, aber auch keineswegs dadurch, daß das Faktum der Lohnarbeit die neue Mittelklasse zum Teileiner weitumspannenden "Lohnarbeiterklasse" machen würde mit objektiv antikapitalistischen Interessen, weil sie insgesamt (eben durch die Lohnarbeit) in ein antagonistisches Verhältnis zur Bourgeoisie geriete. (4) Für den Hochschulkampf läuft dies letztlich nur darauf hinaus, auf der Grundlage dieses angeblich antagonistischen Verhältnisses die notwendigen Aufgaben kommunistischer Politik an der Hochschule in der Überwindung des objektiven Gegensatzes von Arbeiterbewegung und Bewegung innerhalb der neuen Mittelklassen zu vernachlässigen zugunsten spontaner, angeblich antikapitalistischer Interessen, also statt des Kampfes gegen die kapitalistische Ausbildung die "positive" Forderung nach antikapitalistischen Studienprojekten mit Scheinvergabe, statt der Forderung "Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes", die eine Forderung des politischen Kampfes gegen die Diktatur der Bourgeoisie ist, die Ausbildung im Interesse der werktätigen Bevölkerung" , die geeignet ist, die notwendige Zuspitzung auf den politischen Machtkampf zu umgehen zugunsten platter Nutzanwendung fachlicher Qualifikation.

Richtig ist, daß die materiellen Interessen nicht einfach Aufhänger für kommunistische Agitation, nicht Anlaß für ein Umerziehungsprogramm sind. Diese Taktik würde nur ein zynisches Verhältnis zu den Massen selber zur Folge haben, deren größeres Unglück größere Aufklärungsmöglichkeiten bedeutete. Das ist keine kommunistische Politik, sondern das adäquate Vorgehen, um den Führungsanspruch wild gewordener Kleinbürger zu drapieren. Die Bewegungen der in Gegensatz zum Monopolkapital geratenen Mittelklassen werden von den Kommunisten nicht einfach interpretiert, sondern das praktische Aktionsprogramm der Arbeiterklasse selbst enthält die Forderungen und nötigen Schritte, die die materiellen Interessen auch tatsächlich aufnehmen und ihnen die fortschrittliche politische Stoßrichtung verleihen. Die Parole "Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes" setzt zwar an den Interessen großer Teile der Studenten an, ist aber nicht deren unmittelbare konsequente Fortsetzung, sie stellt nicht ein studentisches politisches Programm dar, sondern das Programm der Arbeiterklasse gegenüber der Intelligenz. Richtig sagen die Genossen vom KB Nord: "Eine Ausbildung im Dienste des Volkes ist keine Sache, die die Studenten unter sich ausmachen. Sie wird im wesentlichen durch die Arbeiterklas-

(1) entfällt

(2) Gen. R.F. 21.3.72)

(3) J.Sch. NRF 4/71

(4) vgl. Roter Kurs, Sondernummer 3 KSB Göttingen

se im Sozialismus durchgesetzt - und zwar wie die Geschichte zeigt, im wesentlichen gegen den Widerstand der Intelligenz." Die Parole ist das Programm der Arbeiterklasse für das politische Bündnis zum Sturz der Bourgeoisie, nicht das redliche Bemühen fortschrittlicher Studenten, sich nützlich oder antikapitalistisch auszubilden. Die Propagierung des wissenschaftlichen Sozialismus trägt dieses politische Programm von außen in die Bewegung der studierenden Jugend. Die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft, die nichts anderes als die Propagierung des wissenschaftlichen Sozialismus ist, knüpft zwar an die spontane Unzufriedenheit vieler Studenten an, aber sie ergibt sich nicht einfach aus dem Gegensatz zwischen den verschiedenen Vorstellungen von der "Wissenschaft" und der wissenschaftsfeindlichen Politik des kapitalistischen Staates. (Letztlich ergibt sich hieraus der notwendig widerspruchsvolle Charakter solcher Organisationsform wie der Institutsgruppen, die weder die "gewerkschaftliche" Zusammenfassung der studentischen Interessen, noch einfach direkt kommunistische Organisationen sind.)

Genossen der Mannheimer KHG haben hier unsere PE und andere Publikationen richtig kritisiert: "Der Fehler der KHG (NRF) liegt darin, daß sie zwar vorerst richtig den Wunsch vieler Studenten, in ihren späteren Berufen emanzipatorisch zu arbeiten und eine Tätigkeit auszuüben, die sie befriedigt (KHZ 10), als Illusion kennzeichnet, hinter der ansatzweise die Erkenntnis des 'volksfeindlichen Charakters der kapitalistischen Gesellschaft in Westdeutschland" steckt. Dabei wird jedoch von ihr übersehen, daß, materialistisch betrachtet, die im Zuge der Aufhebung der Arbeitsteilung geschaffenen Möglichkeiten der allseitigen und umfassenden Entwicklung des Menschen im Kommunismus mit dem Wunsch vieler Studenten nach einer emanzipatorischen Tätigkeit zunächst gar nichts mehr zu tun hat. Oft genug sind diese Vorstellungen nichts weiter als individualistische Ausbruchsversuche aus verdinglichten Denk- und Seinsgewohnheiten, die ihren kontemplativen Charakter unschwer verleugnen können. Darum ist es auch ganz einfach Humbug, den Studenten ein Interesse an einer gesellschaftlich sinnvollen Tätigkeit (KHZ 10, PE: gesellschaftlich sinnvolle Berufspraxis) unterjubeln zu wollen, oder diese sogar mit den materiellen Interessen der Studenten zu identifizieren:" Eine Ausbildung im Dienste des Volkes liegt gerade im Interesse der Masse der Studenten, die eine sinnvolle gesellschaftliche Tätigkeit ausüben wollen. Aber sie erfüllt nicht nur den Wunsch dieser Studenten, sondern sie ist auch Ausdruck der materiellen Interessen der großen Mehrheit der Studenten, weil diese Bestandteil des Volkes ist, also eine Ausbildung im eigenen Interesse und nicht im Interesse des Kapitals fordern muß." (aus: KHZ) Wird die Parole "Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes" so verstanden, dann eröffnet sie die Perspektive zu einer opportunistischen, ja zu einer "nur studentischen" Politik. Denn: ist eine 'gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeit" auch Ausdruck der materiellen Interessen der großen Mehrheit der Studenten, die Bestandteil des Volkes sind und eine Ausbildung im eigenen Interesse fordern müssen, so ist die Notwendigkeit einer Agitation und Propaganda an der Hochschule, in der der Klassenstandpunkt des Proletariats vertreten wird, nicht mehr einzusehen. Diese Auffassung der Parole würde den illusionären Glauben beinhalten, daß die Entlarvung des Klassencharakters der kapitalistischen Ausbildung schon genüge, um die Studenten für den Sozialismus zu gewinnen. Die Forderung des Bündnisses mit dem Proletariat könnte in einem solchen Fall nur dazu dienen, eine opportunistische Politik zu vertuschen, da sie von völlig falschen Voraussetzungen ausgeht."

Es ist ein idealistisches Vorgehen, einen Widerspruch zwischen dem Bedürfnis nach "sinnvoller" Ausbildung und der monopolkapitalistischen Hochschulreform in dieser Weise anzunehmen. Es ist überhaupt nicht einzusehen, wieso die Intelligenz qua Intelligenz ein Interesse an "sinnvoller" Ausbildung haben sollte; "sinnvoll" in wessen Sinn denn? Das Interesse als Mensch, als Wissenschaftler oder sonst was (z.B. eben an etwas "Sinnvollem") existiert in der Klassengesellschaft nicht einfach so, sondern als Klasseninteresse.

Materialistisch wäre davon auszugehen, daß die Frage nach dem "Sinn" ihre Ursache in der Deklassierung der Intelligenz hat und dem Maße, wie sie ideologische Antwort auf diese Entwicklung ist, wie sie das partikulare Interesse der Intelligenz als Streben nach dem gesellschaftlichen Sinn ausgeben will, natürlich leicht reaktionär werden kann. Die Formulierung unserer PE, die vom "Interesse demokratischer Studenten an einer gesellschaftlich sinnvollen Berufspraxis" spricht, kann also nur so verstanden werden, als spontane Interessenartikulation einer demokratischen Bewegung, also ein schon ideologisch bestimmtes Interesse, nicht als das Interesse der Studenten, das sie im Gegensatz zum Monopolkapital bringt. Entsprechend formuliert die Programmatische Erklärung: "Ihre (der Studenten) demokratischen und antiimperialistischen Impulse richtig aufzunehmen und sie für das Bündnis mit dem Proletariat zu gewinnen, heißt sie für den Kampf um eine wissenschaftliche Tätigkeit zu gewinnen, die nicht im Dienste des Monopolkapitals ausgeführt wird, sondern dem Volke dient, die damit die gesellschaftlichen Ursachen des Privilegs, geistig tätig zu sein, reflektiert und im Zusammenhang des politischen Kampfes auf dessen Abschaffung gerichtet ist." Das kann nun nicht so verstanden werden, wie es die Genossen vom KB-Nord und Genossen von der KHG Mannheim getan haben, daß die Intelligenz durch Reflexion der gesellschaftlichen Ursachen ihres Privilegs dies freiwillig aufgibt. Keinesfalls ist es richtig anzunehmen, die Intelligenz begebe sich aufgrund bloßer Erkenntnis auf den Standpunkt des Proletariats. Freilich tun das einzelne (und darauf scheinen KB-Nord wie auch die Münchner AK ihre Politik zu gründen), nicht aber die Masse, und schon gar nicht die Intelligenz insgesamt. Das wäre ein durch und durch idealistischer Standpunkt, mit dem die Intelligenz die Bedingungen ihrer eigenen Existenz zu den revolutionären und damit zur Grundlage der neuen Gesellschaft deklariert; unschwer zu erkennen als Bedürfnis, eine führende Stellung gegen den realen Gang der Geschichte zu erhalten.

Der Fehler der Formulierung in der Programmatischen Erklärung besteht darin, daß hier kulturrevolutionäre Elemente vermengt werden mit den Bedingungen des Kampfes gegen die kapitalistische Ausbildung, wobei das natürlich auch nichts mechanisch Getrenntes ist. Gemeint ist zunächst, daß ein wesentlicher Inhalt der Parole der chinesichen Kommunisten "Dem Volke dienen" nicht Altruismus, sondern Abschaffung der Trennung von Kopf und Hand ist. Und daß entsprechend im Zusammenhang des politischen Kampfes der Kampf um die Ausbildung im Dienste des Volkes unter Führung der Arbeiterklasse auf die Trennung von Kopf und Hand sich zu beziehen hat, und das gerade, weil es auch für die werktätige Intelligenz keine bruchlose revolutionäre Perspektive gibt. (5)

---

(5) Wir wollen nicht behaupten, daß die Interpretation dieser Stelle durch die Genossen vom KB eine böswillige Fälschung ist. Aber ist den Genossen nicht aufgefallen, daß für uns so etwas wie das "antikapitalistische" oder "sozialistische Studium" gerade nicht folgt, und geht es nicht darum in der politischen Auseinandersetzung, gerade wenn sie polemisch geführt wird, auch wirklich politische Fragen zu erörtern und nicht Formulierungen zu suchen, die man für seine Interpretation umbiegen kann?

Von daher ergibt sich schlüssig das Verhältnis von Berufsperspektive und politischem Kampf. Immer wieder ist versucht worden, mit dem idealistischen Konzept der Vorbereitung auf "politisches Verhalten im Beruf" den tatsächlichen politischen Anforderungen auf das Gebiet der kritischen Wissenschaft, der angeblich fortschrittlichen fachlichen Qualifikation auszuweichen. Die Programmatische Erklärung bleibt hier unbestimmt und mit der Formulierung "Organisation im Hinblick auf die Berufe" in der Tendenz falsch.
Die kommunistische Massenlinie an der Hochschule orientiert sich daher nicht vordergründig, d.h. syndikalistisch an der Berufsperspektive, sie nährt nicht die Illusionen, die berufliche Tätigkeit als politische oder gar revolutionäre Tätigkeit ausüben zu können und bereitet auch nicht darauf vor. Andererseits darf die Ausbildungssituation nicht verabsolutiert werden in Theoremen, die die Tätigkeit der Studenten als reine Wissenschaftler stilisiert. Die Ausbildung ist nur ein Durchgangsstadium, das für bestimmte Tätigkeiten qualifizieren soll, die durch ihre Stellung im und zum Kapitalverwertungsprozeß bestimmt sind. Eine kommunistische Massenlinie als Bündnispolitik der Arbeiterklasse muß die hier aufbrechenden Widersprüche zuspitzen im demokratischen Kampf, in der Auseinandersetzung mit den Institutionen des bürgerlichen Staates auf die Frage der politischen Macht selber. Der politische Kampf gegen die kapitalistische Staatsmacht kann überhaupt das Bündnis erst herstellen.
Bilden also die Bedingungen der Berufspraxis, wie sie vom Kapital gesetzt sind, einen wesentlichen Inhalt der kommunistischer Politik an der Hochschule, so muß deren Organisation den Formen der politischen Auseinandersetzung entsprechen.

(D.H.)

Für eine proletarische Linie an der Hochschule

Diskussionsbeitrag einer Arbeitsgruppe zur Generaldebatte der KHG(NRF)

A. Verhältnis von Theorie und Praxis an der Hochschule

I.

Die Bestimmung der proletarischen Linie an der Hochschule und der klassenmäßigen Grundlage für die Perspektive des Bündnisses von Arbeiterklasse und Teilen der studierenden Jugend stößt von Anfang an auf eine entscheidende Schwierigkeit.

Das Verhältnis von revolutionärer Theorie und Praxis an der Hoschule ist notwendig eines der Nichtidentität (die revolutionäre Theorie kann nicht von der Hochschule aus entwikkelt werden, was bloß Ausdruck dieses Verhältnisses ist). Das heißt aber für die Kommunisten, daß sie ihre Interventionsmethode und den Inhalt ihrer Politik nicht aus der unmittelbaren Untersuchung der Bewegungen an der Hochschule selbst ableiten können, sondern bloß von einem Erkenntnisstandpunkt aus, der sich auf die Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse bezieht, eben den proletarischen. Die Praxis auf die sie sich zu beziehen und aus der sie die korrekte Theorie zu entwickeln haben, ist nicht unmittelbar die eigene, sondern die der Gesamtheit der Klassenkämpfe. Die Konkretisierung der proletarischen Linie (und der Bestimmung der klassenmäßigen Grundlagen der Bündnisperspektive) unterliegt objektiven historischen Schranken, die von der Entwicklung des proletarischen Klassenkampfes selbst gesetzt und von der Hochschule aus nicht aufhebbar sind.

Lenin hat diese Frage in genau der Weise behandelt. Nachdem er die russischen Studenten in sechs (politisch bestimmte) Gruppen einteilt (reaktionäre, gleichgültige, Akademisten und Kulturreformer, Liberale, Sozialrevolutionäre, Sozialdemokraten) schreibt er: "Man könnte uns vielleicht sagen, daß die oben angeführte Teilung in sechs Gruppen nicht richtig sei, weil sie der Klassenteilung der russischen Gesellschaft nicht entspricht. Aber ein solcher Einwand wäre nicht stichhaltig. Die Klassenteilung stellt natürlich den tiefsten Untergrund der politischen Gruppierung dar, sie bestimmt natürlich letzten Endes immer dieser Gruppierung. Aber diese tiefe Untergrund enthüllt sich erst im Laufe der geschichtlichen Entwicklung und in dem Maße, wie die Bewußtheit der Teilnehmer und Schöpfer wächst. Zu diesem "letzten Endes" gelangt man erst durch den politischen Kampf - manchmal im Ergebnis eines langen hartnäckigen Jahre und Jahrzehnte währenden Kampf, der sich bald stürmisch in verschiedenen politischen Krisen äußert, bald abebbt und für einige Zeit scheinbar aufhört." (Die Aufgaben der revolutionären Jugend, zitiert nach Rotes Forum 2/7o, S.7)

II.

Die Einsicht in die Grenzen unserer theoretischen und praktischen Arbeit darf jedoch nicht dazu führen, sich zurückzuziehen und auf eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu warten oder die Schwierigkeiten der Analyse durch das Setzen von Definitionen zu umgehen. Letzteres geschieht dann, wenn nach der Behauptung, die Studenten (oder die Mehrheit der Studenten) seien ein Teil der Neuen Mittelklassen (im folgenden NMK) geglaubt wird die Frage der Bündnisfähigkeit sei damit gelöst (Die Bedeutung des Aufsatzes "Neue Mittelklassen und Proletariat" vom Genossen Schmierer, auf den sich in diesem Zusammenhang immer bezogen wird, liegt eben nicht darin, daß er die "Klassenanalyse der BRD" einschließlich der Studenten darstellt, was natürlich auch nicht sein Anspruch ist, sondern darin, daß er das begriffliche Instrumentarium entwickelt, das für die Klassenanalyse benötigt wird. Wenn das Verhältnis der Studenten zu der NMK geklärt ist, bleibt freilich noch das Problem der Bündnisfähigkeit der NMK; dazu wird im zweiten Teil in der Auseinandersetzung mit dem KSB Göttingen etwas gesagt)

Zwar ist klar, daß die Mehrheit der Studenten ihrer Herkunft und ihrer Berufsperspektive nach der NMK zuzurechnen sind, aber das Problem bleibt, zu zeigen, wie diese abstrakte Bestimmung für die in der Ausbildung stehenden modifiziert wird und welche Implikationen das für die Poli-

tik der Kommunisten hat. Der entscheidende Punkt der Bestimmung der NMK, nämlich die Bestimmung des Charakters ihrer Arbeit als unproduktiv, die für die Studenten nur mittelbar von Bedeutung sein kann, weil diese Kategorie aus der Analyse des Produktionsprozesses gewonnen ist, mit dem die Studenten nur vielfach vermittelt zu tun haben.

Lenin bezeichnet die Studentenschaft als "den am feinsten reagierenden Teil der Intelligenz; die Intelligenz heißt aber gerade deshalb Intelligenz, weil sie die Entwicklung der Klasseninteressen und der politischen Gruppierungen der Gesellschaft am bewußtesten und genauesten widerspiegelt und zum Ausdruck bringt." (Die Aufgaben ..., Rotes Forum 2/70, S.6) An der Hochschule äußern sich allerdings alle ökonomisch unmittelbaren Interessen schon immer ideologisch vermittelt, während umgekehrt die Ideologien den Schein der Losgelöstheit von unmittelbaren Interessen an sich haben.

"Daß schließlich Teile der bürgerlichen Intelligenz nicht in ihren...verschiedenen Berufen, sondern im Ausbildungssektor, und hier zunächst in den philosophischen Fakultäten, rebellierten, zeigt, wie sehr die Rebellion von ideologischen und politischen Widersprüchen bestimmt ist." (Programmatische Erklärung der Kommunistischen Gruppe Neues Rotes Forum, NRF 3/71, S.44) Gerade weil die Studenten nicht direkt den Verwertungszwängen des Kapitals unterworfen sind, ist die Klassenanalyse der Studenten besonderen Bedingungen unterworfen.

Die demokratischen und antiimperialistischen Impulse der Studentenbewegung sind weder unmittelbar aus einer Zugehörigkeit zu der NMK, noch aus ihren unmittelbaren materiellen Interessen zu erklären.

Das heißt nun nicht, daß die Studentenbewegung bei ihrer Ideologie genommen werden müßte und nicht mehr materialistisch erklärbar wäre. Die allgemeine Widerspruchslage der NMK (Widersprüche zur Monopolbourgeoisie und zum Proletariat) ist Rahmen und Bedingung für die Entwicklung der Studentenbewegung zu einer massenhaften Bewegung, deren fortgeschrittenste Teile die ihr spontan gesetzten Schranken überwinden konnten.

So ist es etwa kein Zufall, daß der Beginn der Studentenbewegung zusammenfiel mit dem Wiedereintritt der BRD in den regulären Krisenzyklus (66/67), was die Ideologie der Harmonie und Stabilität des kapitalistischen Systems als bester aller Welten empfindlich erschütterte.

Zweierlei ist bei dem Aufgreifen der unmittelbaren Interessen von Studenten durch Kommunisten entscheidend:
1. die Frage der unmittelbaren Interessen muß als Klassenfrage angegangen werden (der klassenmäßige Inhalt studentischer Forderungen muß analysiert werden.)
2. die Frage der unmittelbaren Interessenvertretung muß politisch angegangen werden.

In der Kritik des Gothaer Programms schreibt Marx zu der dort aufgestellten Forderung nach "allgemeiner Schulpflicht" und "unentgeltlichem Unterricht": "Wenn in einigen Staaten der letzteren (gemeint sind die USA) auch höhere Unterrichtsanstalten 'unentgeltlich' sind, so heißt das faktisch nur, den höheren Klassen ihre Erziehungskosten aus dem allgemeinen Steuersäckel zu bestreiten'. (MEW 19, S.31) Noch schärfer wird dieses Problem in den "Instruktionen für die Delegierten des provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen" dargestellt: "Wenn die Bourgeoisie und Aristokratie ihre Pflichten gegenüber ihren Abkömmlingen vernachlässigen, so ist es ihre eigene Schuld. Das Kind, das die Vorrechte dieser Klassen genießt, ist verurteilt, auch unter ihren Vorurteilen zu leiden." (MEW 16, S.194)
Zwei Dinge sind hier besonders wichtig:
a. die Behandlung der Finanzierungsfrage als Klassenfrage; einer Frage, die für verschiedene Klassen verschieden behandelt werden muß.
b. die Tatsache, daß Marx nicht von einer Klasse, sondern von "höheren Klassen" spricht, worunter zwar sicher vor allem Aristokratie und Bourgeoisie zu verstehen sind, wahrscheinlich aber auch die höheren Schichten der traditionellen und neuen Mittelklassen. Dieses klassenmäßige Herangehen muß auch für uns das Prinzip sein, wenn sich uns solche Fragen stellen.

Nun hat sich an der Sache einiges geändert. Gymnasium und Universität waren traditionellerweise der Ort der Ausbildung der "höheren Klassen". Mit der zunehmenden Unterwerfung der Wissenschaft unter den unmittelbaren Produktionsprozeß einerseits und dem wachsenden Bedarf an Staatsfunktionären andererseits kann sich das Kapital die Masse der wissenschaftlich Ausgebildeten nur noch als Lohnarbeiter, also in einer zu sich selbst widersprüchlichen Form, subsumieren. Hier kann die Aussage, daß das Proletariat mit dieser Ausbildung nichts zu schaffen habe keine Gültigkeit besitzen, im Gegenteil ist es für die Kommunisten gerade wichtig, schon in der Ausbildung die Perspektive des Bündnisses mit dem Proletariat aufzuzeigen.

B. Klassenanalyse und materielle Interessen

1. Die "materielle Situation", an der kommunistische Politik ansetzt, besteht in den wirklichen Lebensverhältnissen der Massen, also in den Verhältnissen, unter denen die Massen zu leben gezwungen sind, gleichgültig welches Bewußtsein dieser Verhältnisse sie besitzen. Die "materiellen" Interessen sind also die wirklichen Interessen, im Gegensatz zu bloß eingebildeten. Die wesentliche Differenz zeigt sich, wenn die Einbildung in Gegensatz zur Wirklichkeit gerät, dann blamiert sich, wie Marx sagt, die Idee.

An diesem Begriff der materiellen Interessen ist grundsätzlich gegenüber allen Verengungen festzuhalten die die materiellen Interessen bloß als die Interessen an physischer Subsistenz begreifen. Diese Verengung ignoriert die gesellschaftliche, klassenspezifische Bedingtheit des Menschen und seiner Interessen im Kapitalismus. Marx hat gezeigt, wie sich gerade durch die Entwicklung der Industrie im Kapitalismus die "notwendigen Bedürfnisse" - und um das zu begreifen, dient der Begriff der "materiellen Interessen" - erweitern. "Notwendige Bedürfnisse sind die des Individuums reduziert auf ein Natursubjekt. Die Entwicklung der Industrie hebt diese Naturnotwendigkeit auf, wie jenen Luxus - in der bürgerlichen Gesellschaft allerdings nur gegensätzlich, indem sie selbst wieder nur bestimmten gesellschaftlichen Maßstab als den notwendigen gegenüber dem Luxus setzt." (Grundrisse, S.426)

Außerdem hat die Unterscheidung von "Subsistenzinteressen" und übrigen "materiellen Interessen" nicht per se politische Relevanz. Diese Unterscheidung kann relevant werden in der politischen Einordnung der Studenten in den Kampf des Volkes (vgl. Teil D). Deshalb sind die materiellen Interessen zunächst richtig als die Interessen bestimmt, die die Massen haben, weil sie in bestimmten

klassenspezifischen gesellschaftlichen Verhältnissen leben. Natürlich macht dies eine differenzierte Bestimmung des Klassencharakters der materiellen Interessen nicht überflüssig. Aber die Aufgabe, den Klassencharakter der verschiedenen Interessen konkret zu bestimmen, stellt sich für ein Interesse an billigem Mensa-Essen und für ein Interesse an einer verwertbaren Ausbildung gleichermaßen; und ebenso für die "geistigen" Interessen, die etwa einer Volksbewegung zugrunde liegen, in der die "Theorie zur materiellen Gewalt" (Marx) geworden ist.

Die Bestimmung des Begriffs der materiellen Interessen, wie sie hier vorgenommen wird, ist schließlich deshalb wichtig, weil sie ermöglicht, den grundsätzlich verschiedenen Charakter der materiellen Interessen beim Proletariat und der NMK herauszustellen. Wir werden darauf später eingehen, weil diese Differenz im Charakter der materiellen Interessen aus der ökonomischen Formbestimmtheit der Arbeit der verschiedenen Klassen abgeleitet werden muß. "Die Weise in der die Menschen ihre Lebensmittel produzieren, hängt zunächst von der Beschaffenheit der vorgefundenen und zu reproduzierenden Lebensmittel selbst ab. Diese Weise der Produktion ist nicht bloß nach der Seite hin zu betrachten, daß sie die Reproduktion der physischen Existenz der Individuen ist. Sie ist vielmehr schon eine bestimmte Art der Tätigkeit dieser Individuen, eine bestimmte Art, ihr Leben zu äußern, eine bestimmte Lebensweise derselben. Wie die Individuen ihr Leben äußern, so sind sie. Was sie sind, fällt also zusammen mit ihrer Produktion, sowohl damit, was sie produzieren, als auch damit, wie sie produzieren. Was die Individuen also sind, das hängt ab von den materiellen Bedingungen ihrer Produktion". (MEW 3, S.21)

2. Der Klassencharakter der materiellen Interessen der Studenten (und der NMK) ist durch ihre Widerspruchslage zu den materiellen Interessen sowohl des Proletariats als auch der Kapitalistenklasse bestimmt. Die klassenanalytische Bestimmung dieser Widerspruchslage bildet daher auch die Grundlage der bisherigen Diskussion um eine kommunistische Linie an der Hochschule. Diese Diskussion bewegt sich zwischen zwei extremen Positionen. Einerseits handelt es sich um die Klassenverratstheorie, die die Möglichkeit sozialistischer Massenpolitik unter Studenten (und in den NMK) schlicht leugnet. Andererseits handelt es sich um Positionen, die den Studenten einfach antikapitalistische, nicht (oder höchstens subjektiv, äußerlich) im Widerspruch zum Proletariat stehende, materielle Interessen unterstellt, so daß dann eine sozialistische Massenpolitik unter Studenten nach dem unvermittelten Vorbild proletarischer Massenpolitik möglich sein soll. Von beiden Positionen gilt es sich abzugrenzen. Das geschieht hier in Auseinandersetzung mit dem KSB, weil dieser am ausführlichsten auf die klassenanalytischen Voraussetzungen seiner Politik an der Hochschule eingegangen ist.

Proletarier aller Länder: vereinigt Euch!

WAHRHEIT

Kommunistischer Arbeiter-Korrespondent

Die "Wahrheit" ist eine vom Kommunistischen Bund Bremen (KBB) herausgegebene politische Zeitung, die sich die Aufgabe gestellt hat, regelmäßig auf alle Fragen des Kampfes der Arbeiterklasse und auf die Kämpfe aller anderen werktätigen Klassen einzugehen und sie vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus zu beleuchten. Sie führt den Kampf gegen die lokale Borniertheit der Zirkel, indem sie versucht, vom Standpunkt der gesamten kommunistischen und Arbeiterbewegung auszugehen und die Auseinandersetzung um die entscheidenden strategischen und taktischen Fragen der westdeutschen Revolution voranzutreiben. Die "Wahrheit" erscheint monatlich und kostet im Jahresabonnement DM 8,– inkl. Porto.

Aus dem Inhalt der letzten Ausgaben:

Nr. 1/ Februar 1972

- **Unsere nächsten Aufgaben und die Rolle der Zeitung**
- **Organisatorische Fragen der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland**
- **Zur Weltwährungskrise**
- **Bewaffneter Kampf in Westeuropa heute (Kritik an der RAF)**

Nr. 2/ März 1972

- **Nixon in China**
- **Betriebsrätewahl 1972**
- **Kampf dem Berufsverbot**
- **Die DKP und der Lohnkampf der Metallarbeiter 1971**

Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt auf den Ladenpreis von DM –,50.

Bestellungen sind zu richten an: Michael Tilgner, 2800 Bremen 15, Postfach 15 01 06. Zahlungen im voraus an das Postscheckkonto Nr. 34 62 64, Postscheckamt Hamburg.

3. Die Anschauungen des KSB- Göttingen über die Massenlinie einer kommunistischen Politik unter Studenten lassen sich zurückführen auf eine klassenanalytisch falsche Bestimmung der NMK und (abgeleitet) der Studenten.

Der KSB benennt zunächst richtig die Differenz von NMK und klassischem Kleinbürgertum: "Die werktätige Intelligenz ist keine Übergangsklasse, deren historische Perspektive (im Rahmen des Kapitalismus, d.V.) als Klasse vollständig beseitigt ist, sondern sie ist als Teil der unproduktiven, lohnabhängigen Zwischenschichten - der Neuen Mittelklassen , wie Marx diese Schichten bezeichnet hat - Produkt der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse." (Roter Kurs, Sondernummer 4, S.18) Diese Differenzierung ist wichtig, denn die Bündnisfrage stellt sich den von Marx als Mittelklassen bezeichneten Teilen der Lohnabhängigen historisch in anderer Form als dem klassischen Kleinbürgertum.

Der KSB unterstreicht richtig, das dem Proletariat und den NMK gemeinsame Merkmal der Lohnabhängigkeit. Falsch wird es jedoch dann, wenn der KSB hieraus ableiten will, daß klassenmäßige Unterschiede von NMK und Proletariat nicht existieren. "Wenn (wie das der KSB tut, d.V.) der Begriff der 'Neuen Mittelschichten' als 'primär phänomenologischer' bezeichnet wird, der sich 'weniger auf eine objektive Klassensituation als vielmehr eine den neuen Mittelschichten eigene Form der Ideologie' etc. beziehe, dann ist damit ja schon so viel ausgedrückt, wie, daß dieser Begriff zum einen, die objektive Stratifikation innerhalb der wissenschaftlichen Intelligenz auszudrücken nicht in der Lage ist, zum anderen aber auch unter dem Aspekt der Klassenlage keineswegs einen präzisen Gegensatz zur Klasse der Lohnarbeiter ausdrückt; denn die neuen 'Mittelschichten' umfassen doch in der Hauptsache Lohnabhängige." (Sondernummer 3, S.2)

Bei dieser Argumentation begeht der KSB den Fehler, die "Diesselbigkeit" der "Revenuen und Revenuequellen" (MEW 23, S.893) als konstituierendes Merkmal der Klassen zu begreifen. Der Fehler liegt darin, daß die Klassen aus der Distributionssphäre abgeleitet werden. Dadurch wird das analytische (nicht phänomenologische!) Verhältnis von Produktions- und Distributionssphäre auf den Kopf gestellt. Vielmehr müssen die Klassen in der Produktionssphäre abgeleitet werden, denn es ist der kapitalistische Produktionsprozeß, in dem zugleich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, also auch die Klassen der kapitalistischen Gesellschaft produziert werden. Insbesondere konstituieren sich die Distributionsformen (Lohn, Profit sind die wichtigsten) in der Produktionssphäre, ohne jedoch die Widersprüche der Produktionssphäre unmittelbar abzubilden. Das heißt, es gibt in der Produktionssphäre Widersprüche, die in der Distributionssphäre kein Korrelat besitzen (vgl. 48.Kapitel , MEW 25 "die trinitarische Formel", insbesondere: "soweit die Arbeit wertbildend ist und sich im Wert der Waren darstellt, hat sie nichts zu tun mit der Verteilung dieses Werts unter verschiedene Kategorien. Soweit sie den spezifisch gesellschaftlichen Charakter der Lohnarbeit hat, ist sie nicht wertbildend (...) Und überhaupt, wenn wir die Arbeit als wertbildend fixieren, betrachten wir sie nicht in ihrer konkreten Gestalt als Produktionsbedingung, sondern in einer gesellschaftlichen Bestimmtheit , die von der der Lohnarbeit verschieden ist."(MEW 25,S.831)

Daher gibt es keine unmittelbare Korrespondenz von Klassen und Distributionsformen, wie der KSB unterstellt. Indem der KSB bei den Distributionsformen ansetzt, kommt er zu der folgerichtigen, aber falschen Konsequenz, daß sich immer deutlicher nur noch zwei große Klassen herausbilden: "So erweist sich die Richtigkeit der Marx'schen Prognose von der Aufspaltung der Gesellschaft in zwei große Lager: Kapitalistenklasse und Klasse der Lohnabhängigen.(Sondernummer 3, S.2)

Es lassen sich bei Marx jedoch andere Stellen finden: Malthus' "höchste Hoffnung - die er selbst als plus ou moins (mehr oder weniger) utopistisch bezeichnet - ist, daß die Masse der classe moyenne (Mittelklasse) wächst und das Proletariat (das arbeitende) einen immer verhältnismäßig kleineren Teil der Gesamtpopulation bildet (wenn es auch absolut wächst). Dies ist in der Tat der Gang der Bourgeoisgesellschaft. "(MEW 26. 3, S. 57) Aus diesem Zitat geht zugleich hervor, daß die Mittelklasse , von denen Marx hier spricht, nicht zum Proletariat gehören. Und an anderer Stelle heißt es: "Die Ausdehnung dieser Produktionsbedingungen, alias Akkumulation des Kapitals, vermehrt die Masse und den Umfang der Klassen (!) who live upon his surplus labour". (ebenda S. 345) Und schließlich heißt es in den 'Grundrissen" (S. 304 f.): "Es gehört noch nicht hierher, kann hier aber schon erinnert werden , wie dem Schaffen der surplus-Arbeit auf der einen Seite entspricht ein Schaffen von minus-Arbeit relative idleness oder nichtproduktive Arbeit im besten Fall auf der anderen. Es versteht sich dies erstens vom Kapital von selbst; dann aber auch den Klassen , mit denen es teilt, also von den vom surplus produce lebenden Paupers, Flunkies, Jenkinsons etc., kurz nach dem ganzen train von retainers; dem Teil der dienenden Klasse, der nicht von Kapital, sondern von Revenue lebt. Wesentlicher Unterschied dieser dienenden und der arbeitenden Klasse."

Die richtige klassenanalytische Methode ist, von den ökonomischen Formbestimmtheiten der Arbeit (und nicht der Distributionsformen) auszugehen. (vgl. GR S.81 ff.; hierzu und zum folgenden vgl. auch den Aufsatz von J. Schmierer in NRF 4/71). Dann bestimmt sich der Begriff des Proletariats aus dem der produktiven, kapitalproduzierenden Arbeit. Zwar erhält das Proletariat seine Revenue in der Form des Lohns, es ist aber gleichwohl nicht mit der "Klasse der Lohnabhängigen" - wie der KSB meint - identisch. Zu den Lohnabhängigen gehören neben dem Proletariat die unproduktiven Arbeiter, also gerade auch die NMK. Es genügt nicht, die ökonomische Formbestimmtheit der unproduktiven Arbeit nur negativ als nicht mehrwertproduzierende Arbeit zu benennen. Positiv genannt handelt es sich gerade um die Funktionärstätigkeit für das Kapital. Man darf das nicht als die "Gebrauchswertseite der Arbeit" als unwesentlich abtun. Vielmehr, so wie aus dem kapitalistischen Produktionsprozeß die ökonomische Formbestimmtheit der produktiven Arbeit als wert- und mehrwertbildende Arbeit (deren gebrauchswertmäßiger Inhalt ihrer Verwertung gleichgültig ist) erwächst, so erwachsen aus dem kapitalistischen Produktionsprozeß zugleich gewisse inhaltliche Funktionen seiner Aufrechterhaltung, d.h. die unproduktive Arbeit der NMK wird nach Form und Inhalt ökonomisch, also aus dem Produktionsprozeß heraus bestimmt.

Daraus, daß die neuen Mittelklassen Funktionsträger der Bourgeoisie unter der Form der Lohnarbeit sind, ergibt sich ihr Widerspruch zum Proletariat.

Diesen Widerspruch sieht auch der KSB (Sondernummer 4/18), kann ihn aber nicht als Klassengegensatz begreifen. (In Sondernummer 4/17 f. modifiziert der KSB diese Auffassung etwas; diese Modifikationen haben aber nur zum Inhalt, daß der wesentliche Unterschied von Klassendifferenz und Differenzierungen innerhalb einer Klasse in ein nicht greifbares "Einerseits-Andererseits" aufgelöst wird.)

Aus der falschen Auffassung des KSB von der durch die Form der Lohnabhängigkeit bedingten weitgehenden Gleichheit der "objektiven Situation" von Proletariat und NMK, wird in Sondernummer 3/8 gefolgert: "Wenn die Schichten der unproduktiven Lohnabhängigen, namentlich der lohnabhängigen Intelligenz, eine kleinbürgerlich-schwankende Haltung einnehmen, dann deshalb, weil sie das ursprünglich unvermittelte Gegenübertreten von Kapital und Lohnarbeit im Gesamtproduktionsprozeß nunmehr vermitteln. Sie müssen aber nicht ihr objektives Klasseninteresse aufgeben, um einen revolutionären Standpunkt einzunehmen, sondern im Bündnis mit dem Proletariat enthüllt sich ihnen hinter ihren unmittelbaren, aus ihren Vermittlungsfunktionen resultierenden kleinbürgerlichen Interessen und Ideologien das Interesse des Proletariats als ihr eigenes historisches Interesse als Lohnabhängige."

Hier zeigt sich in aller Deutlichkeit die politische Gefährlichkeit der Implikationen der falschen Klassenanalyse des KSB. Indem der KSB den Klassengegensatz von Proletariat und NMK bloß noch als subjektiven, ideologischen begreift (und daher kein echtes Bündnis mit allen seinen strategischen und organisatorischen Konsequenzen mehr anzustreben braucht), gerät er objektiv in die Nähe des modernen Revisionismus.

4. Welche Konsequenzen zieht der KSB für die Politik an der Hochschule? - Das Bindeglied zwischen seiner Analyse der NMK und der Politik an der Hochschule findet der KSB darin, daß er die Studenten ziemlich unvermittelt von ihrer Berufsperspektive her bestimmt. Insofern kann der KSB sagen, daß die "Klassenteilung der bürgerlichen Gesellschaft - zumal wenn man die Studentenschaft von ihren späteren Berufsfunktionen und nicht von ihrer vorübergehenden Ausbildungssituation her betrachtet - quer durch die Studentenschaft hindurch" geht. (Sondernummer 3/12) Und in der Auseinandersetzung mit dem KSV heißt es: "Zwar ist es richtig, daß die Studenten noch nicht ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Jeder Student aber weiß, daß er mit äußerster Wahrscheinlichkeit in wenigen Jahren dazu gezwungen sein wird." (Sondernummer 4/25) Der KSB vollzieht die Ausrichtung seiner Politik auf die Berufsperspektive der Studenten als Konsequenz seiner richtigen Kritik am Moralismus, mit dem der KSV den "Wunsch der Studenten nach einer sinnvollen und nützlichen Ausbildung" (aus: RPK 88/3) begründen möchte.

Die Alternative zum KSV sieht der KSB darin, die Studenten praktisch schon als Angehörige der NMK zu behandeln. Dieser Trick ermöglicht es dem KSB, die falschen Konsequenzen seiner Klassenanalyse der NMK auf die der Studenten zu übertragen, also das aus der Form der Lohnarbeit resultierende objektiv antikapitalistische Interesse der NMK auch den Studenten zu unterstellen. (Eingeschränkt in Sondernummer 4/13, aber der KSB behandelt den "allgemein politisch bestimmten Protest" (ebenda) der Studenten eigentlich nur als ein durch die Studentenbewegung tradiertes Faktum, demgegenüber die Kommunisten sich verhalten müssen; die klassenanalytische Begründung seiner Politik unter Studenten verläuft eindeutig und nur über die Berufsperspektive.)

Man kann die Position des KSB (s.a. 4/17, 4/20) nicht anders verstehen, als daß er die Studenten als in der Ausbildung befindliche Lohnabhängige begreift, die insofern an den antikapitalistischen Interessen "ihrer Klasse" teilhaben, wobei sich dieses Interesse aufgrund ihrer Ausbildungssituation bloß spezifisch stellt. Sie sind daher aufgrund ihrer objektiven Situation Bündnispartner der "Klasse der Lohnabhängigen". "Kommunisten werden in ihrer Politik gegenüber der Masse der Studenten einerseits anknüpfen müssen an die demokratischen Inhalte und Forderungen, die die Studentenbewegung spontan artikuliert; gleichzeitig ist es ihre Aufgabe, anhand dieser aktuell aufbrechenden Widersprüche der Masse der Studenten ihr eigenes historisches Interesse am Bündnis mit der Arbeiterklasse und der Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu vermitteln." usw.+) (Sondernummer 3/14) Q.e.d.

5. Der KSB kritisiert am KSV richtig, "daß entweder Illusionen darüber verbreitet werden, als Mediziner, Lehrer im Beruf dem Volke dienen zu können - Illusionen, die im wesentlichen auf reformistische Ideologien hinauslaufen, ferner, daß davon abgelenkt wird, daß die Bedingungen der Verwertung geistiger Arbeit im Kapitalismus grundsätzlich für alle Kopfarbeiter gleich sind; oder aber, daß die Qualifikationen, die im Studium erworben werden, nur von ihrer unmittelbaren Bedeutung für den Klassenkampf bewertet werden, und die politische Perspektive der Studenten unabhängig von ihrer tatsächlichen Lebens- und Berufsperspektive, d.h. auch unabhängig von ihrer künftigen Klassenlage gesehen wird. Dies läuft im wesentlichen auf die Ideologie vom 'freischwebenden Intellektuellen' hinaus, der nur als politisches Individuum Entscheidungen über seine politische Arbeit fällen kann." (Sondernummer 4/22 f.) Diese richtige Einsicht des KSB in die materielle Bedingtheit des politischen Verhaltens der Studenten und der NMK wird da falsch, wo der KSB hier ausschließt, "daß eine wirklich tragfähige Grundlage des Bündnisses mit der Arbeiterklasse allein das objektive Interesse der Studenten sein kann, das sich aus der Klassenanalyse der werktätigen Intelligenz bestimmt" (Sondernummer 4/21).

In der Konsequenz läuft das darauf hinaus, daß die Massenpolitik unter Studenten und in der NMK analog gesetzt wird zur proletarischen Massenpolitik. Diese Position scheint uns die falsche Zuspitzung der richtigen Einsicht zu sein, daß man keine Politik gegen die materiellen Interessen der Massen machen kann. Denn

+ Wir gehen hier nicht auf die vom KSB zeitweise vertretenen Konzeptionen von antikapitalistischem Studium ein.

diese richtige Einsicht impliziert ja nicht, daß man nur im Sinne von und nach Maßgabe der materiellen Interessen politische Agitation betreiben kann. Wenn dem so wäre, wäre eine Bündnispolitik schlechterdings unmöglich. Denn entweder hätte die Bündnisklasse dasselbe objekte Interesse wie das Proletariat- und dann wäre eine Bündnispolitik überflüssig, oder aber das ist nicht der Fall und dann müßte sich jede Bündnispolitik in einen Gegensatz, wenn auch nicht unbedingt einen antagonistischen, zum Proletariat bringen.

6. Man sieht jetzt, daß die Klassenverratstheorie, also die Leugnung der Möglichkeit einer sozialistischen Massenpolitik unter Studenten (und in den neuen Mittelschichten) nur die Kehrseite dieser beim KSB kritisierten falschen Position ist. Beide entspringen der selben falschen Vorstellung vom Wesen kommunistischer Bündnispolitik. Denn legt man diese Vorstellung zugrunde, und läßt sich etwa unter den Studenten ein objektives, antikapitalistisches Interesse nicht auffinden, dann bleibt nur die Klassenverratstheorie.
(Man könnte das am Hamburger KB verdeutlichen, der aufgrund seiner tendenziell richtigen Kritik an seinen Sympathisanten, die den Studenten ein objektives Interesse an einer Ausbildung im Dienste der werktätigen Bevölkerung unterschoben, zwischen Leugnen und Akzeptieren einer sozialistischen Massenpolitik unter Studenten hin und her geworfen wird. (Vergleiche dazu die Sondernummern "Unser Weg")

7. Fassen wir unsere Kritik zusammen : Falsch ist die Auffassung des KSB, aus der Tatsache der Lohnabhängigkeit der NMK unter Abstraktion von der ökonomischen Formbestimmtheit ihrer Arbeit ein objektives antikapitalistisches Interesse konstruieren zu wollen. Ein solches Vorgehen kann nur dazu führen, den Klassengegensatz von NMK und Proletariat zu verschleiern. Falsch ist es darüberhinaus, das angeblich antikapitalistische Interesse der NMK einfach den Studenten zu supponieren. So läßt sich die Möglichkeit einer Bündnispolitik nicht begründen.
Auf der anderen Seite ist die Klassenverratstheorie ebenso falsch, sie übersieht den historisch neuen Charakter der NMK. Sie übersieht, daß aufgrund dessen, daß das Kapital sich seine Agenten nur unter der Form der Lohnarbeit subsumieren kann, und aufgrund der umfassenden Widersprüchlichkeit des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium keine unvermittelte Interessenidentität von NMK und Kapitalistenklasse existiert.
Wir haben versucht aufzuzeigen, daß sozialistische Massenpolitik unter Studenten möglich ist, wenn man davon ausgeht, daß das richtige Verhältnis zu ihren materiellen Interessen das des politischen Aufgreifens ist.
Die systematische Ableitung der Notwendigkeit des politischen Aufgreifens der materiellen Interessen der NMK führt zurück auf die ökonomische Formbestimmtheit ihrer Arbeit. Denn aus dem grundsätzlich verschiedenen Charakter dieser Formbestimmtheit der Arbeit zu der des Proletariats ergibt sich ein grundsätzlich verschiedener Charakter der materiellen Interessen.
Beim Proletariat findet tendenzielle Abstraktion von dem konkreten Charakter seiner Arbeit statt. Diese Tendenz ist dem kapitalistischen Produktionsprozeß immanent. Daher kann sie von den Kapitalisten auch nicht aufgehoben werden. D.h., daß der Charakter des kapitalistischen Arbeitsprozesses es dem Proletariat ermöglicht - und, vermittelt durch sich immer verschärfende Ausbeutung, auch aufzwingt - , zu dem Bewußtsein zu kommen, daß es Tauschwerte produziert, denen ihr Gebrauchswertcharakter ein äußerlicher ist. Weil sich also der Arbeitsprozeß der produktiven Arbeit in der Tendenz nicht von dem inhaltlichen Charakter der Arbeit (als Gebrauchswert produzierende) her bestimmt, kann dem Proletariat aus dem konkreten Charakter seiner Arbeit auch kein materielles Interesse erwachsen. Oder anders ausgedrückt : Aufgrund der ökonomischen Formbestimmtheit seiner Arbeit ist das Proletariat nicht gezwungen, und kann von Kapitalisten auch nicht gezwungen werden, sich mit dem konkreten Charakter seiner Arbeit und dann auch den kapitalistischen Inhalten und Formen des gesellschaftlichen Reichtums zu identifizieren. Anders bei den NMK - die ökonomische Formbestimmtheit ihrer Arbeit besteht im Gegensatz zu der produktiven Arbeit, daß sie ihres Gebrauchswerts wegen für das Kapital ökonomisch notwendig ist. Die Bedingungen, unter denen diese Schichten arbeiten, sind also - gerade im Gegensatz zum Proletariat - primär durch den konkreten Charakter ihrer Arbeit bestimmt. " Was die Individuen also sind, das hängt ab von den materiellen Bedingungen ihrer Produktion." (MEW 3 /21. Daher sind die Angehörigen der NMK in erster Linie nicht, wie der KSB behauptet, Mitglieder einer Klasse (der " Klasse der Lohnabhängigen"), sondern in erster Linie bestimmte konkrete Dienste verrichtende Funktionäre des Kapitals. Das ist ihre "Klassen" - Bestimmung, die auch der Einschätzung der Bündnisfähigkeit zugrunde liegen muß. (vgl. NRF 4 / 71, S.53)

Aus dieser Klassenbestimmung der NMK resultiert der spezifische Charakter ihrer materiellen Interessen. Während es sich bei den materiellen Interessen des Proletariats um Klasseninteressen handelt, auf deren Grundlage es sich vereinheitlichen kann, sind die materiellen Interessen der Angehörigen der NMK nur negativ als Klasseninteressen bestimmt. Dagegen positiv charakterisiert handelt es sich bei ihnen um den Ausdruck ihrer materiellen Situation als z.B. Ärzte, Lehrer, Ingenieure, Juristen etc. Daher können sie nicht einfach auf der Grundlage ihrer materiellen Interessen vereinheitlicht werden. Solche Vereinheitlichung im Hinblick auf ein Bündnis mit dem Proletariat kann viel mehr nur politisch geschehen. Deshalb kann eine sozialistische Massenpolitik in der NMK auch nicht einfach dem Vorbild proletarischer Massenpolitik folgen.

Die materiellen Interessen sind daher nur materieller Ausdruck ihrer objektiven Situation als konkreter Funktionsträger des Kapitals. Sie sind daher auch verfilzt mit den Ideologien dieser Stände, so daß sich bei den NMK keine einfache Trennung von materiellen Interessen einerseits und Ideologie bzw. "bloße Einbildung" andererseits vornehmen läßt. Um den besonderen Charakter dieser materiellen Interessen zu benennen, schlagen wir den Terminus "unmittelbare Interessen" vor. - Dieser besondere Charakter impliziert weiter, "daß man die fortschrittlichen Interessen der Intelligenz nicht einfach schematisch von den reaktionären trennen kann." (KB/Hamburg in Sondernummer2 von "Unser Weg" S.30)
Es ist zwar richtig, daß das Kapital sich die NMK nur widersprüchlich unter der Form der Lohnarbeit subsumieren kann. Aber andererseits ist jede Interessenvertretung der NMK ein Kampf für ihre Existenz als Funktionäre

des Kapitals (das zeigt sich drastisch am Kampf der Studentenbewegung für eine Reform der Hochschule) und daher in unmittelbarem Gegensatz zum Interesse des Proletariats an der Revolution. Aus diesem besonderen Charakter der materiellen Interessen der NMK, weil diesen ins besondere die Widersprüche zur Kapitalistenklasse und zum Proletariat als zwei nicht voneinander trennbare Momente immanent sind, kann es sich bei einer Politik von Kommunisten in der NMK nur um politisches Aufgreifen der materiellen Interessen handeln.

C. Einige Bemerkungen zum Hochschulteil der Programmatischen Erklärung

Die Entwicklung einer Massenlinie an der Hochschule folgt in unserer Programmatik aus einer Abgrenzung sowohl gegen die Position unmittelbarer Interessenvertretung der Studenten als auch gegen Positionen, die in idealistischer Weise von der Notwendigkeit des Klassenverrats der Intelligenz in Bezug auf die Bündnisperspektive ausgehen. - In richtiger Weise wird in der Programmatik vorausgesetzt, daß sich die Frage des Verhältnisses von politischem und ökonomischem Kampf in den bündnisfähigen Schichten qualitativ anders stellt als für das Proletariat : Für die Studenten wie für die NMK überhaupt gilt, daß ihr Kampf unmittelbar der Besonderheit, Partikularität ihres Widerspruchs zum Monopolkapital verhaftet bleibt ; zwar sind die Teilwidersprüche, die sich an der Hochschule artikulieren, allemal systematisch bedingt durch den Hauptwiderspruch, der die Gesamtheit aller gesellschaftlichen Verhältnisse durchherrscht, als dessen Erscheinungsform . Und diese Beziehung ermöglicht erst die Entwicklung von Totalitätsbewußtsein aus der Verallgemeinerung der Teilwidersprüche. Dieses Verhältnis ändert jedoch nichts daran, daß der isoliert geführte Kampf der unproduktiven Schichten den Erscheinungsformen der kapitalistischen Gesellschaft verhaftet bleibt.
Ein Ignorieren der qualitativen Differenz der sich hier artikulierenden Widersprüche zu denjenigen, denen das Proletariat unterliegt, liegt besonders nahe und impliziert eine borniert Privilegienpolitik. Andererseits besteht die Gefahr linksradikaler Fehler dort, wo - gerade aus der Einsicht der qualitativen Differenz der im Bündnisbereich erfahrbaren Widersprüche - auf das richtige Aufgreifen dieser Teilwidersprüche verzichtet wird und die Notwendigkeit des Bündnisses mit der Arbeiterklasse mit der materiellen Situation der bündnisfähigen Schichten gar nicht mehr vermittelt wird.

In der Programmatischen Erklärung heißt es zu der Möglichkeit dieser Fehler :" Allerdings ist der Widerspruch zwischen der Arbeiterbewegung und der Studentenbewegung nicht unmittelbar aufhebbar. Es führt kein direkter Weg von den materiellen Interessen der Studenten zum Bündnis mit dem Proletariat. Einerseits gerät der Kampf der Studenten allzuleicht zur bloßen Verteidigung ihrer Privilegien, wird die Beschäftigung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus zum bürgerlichen Bildungserlebnis und die revolutionäre Theorie selbst zum bürgerlichen Bildungsinhalt degeneriert, andererseits bedeutet der Anspruch der direkten Teilnahme am Klassenkampf auf der Seite der Arbeiterklasse nicht selten die Rationalisierung eines voluntaristischen Avantgardeanspruchs gegenüber der Arbeiterklasse..." (NRF 3/71 , S.44)
In der Programmatischen Erklärung wird richtig von der Notwendigkeit des unmittelbar politischen Aufgreifens der an der Universität direkt erfahrenen Widersprüche und ihrer allgemeinpolitischen Vermittlung ausgegangen : "Die Entwicklung der Politik einer kommunistischen Organisation an der Hochschule kann also generell nicht unmittelbar von den Widersprüchen im Hochschulbereich selber ausgehen, sondern hat diese Widersprüche als Folge der Entwicklung des materiellen Produktionsprozesses innerhalb der Bewegung des Kapitals zu interpretieren, um so in der Lage zu sein, in ihnen die antagonistischen Klasseninteressen zu artikulieren." (a.a.O.S.41)
Diese richtige Bestimmung, die sowohl rechts - als auch linksopportunistische Fehler vermeiden helfen kann, scheint uns in Widerspruch zu geraten mit der Konkretisierung der Massenlinie in Bezug auf die Ableitung der Parole "Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes", wie sie sich am Ende der programmatischen Erklärung findet. Nachdem richtigerweise betont wird, daß kein linearer Weg von den materiellen Interessen zum Bündnis mit dem Proletariat führt, heißt es weiter unten: "Ihre demokratischen und antiimperialistischen Impulse richtig aufzunehmen und sie für das Bündnis mit dem Proletariat zu gewinnen, heißt sie für den Kampf um eine wissenschaftliche Tätigkeit zu gewinnen, die nicht im Dienste des Monopolkapitals ausgeführt wird, sondern dem Volke dient, die damit die gesellschaftlichen Ursachen des Privilegs, geistig tätig zu sein, reflektiert und im Zusammenhang des politischen Kampfes auf dessen Abschaffung gerichtet ist." (S. 44) (Wie unten zu zeigen sein wird, könnten aus dem ersten Teil dieser Bestimmung politische Fehler resultieren.)

MANIFEST
Politischer Buchladen
Hamburg 13
Schlüterstrasse 79
Telefon 0411/44 40 03
Sortiment
Zur materialistischen Geschichtsauffassung - Kapital und Staat - Marxismus und Ästhetik - Archive und Klassikergesamtausgaben - Geschichte der Klassenkämpfe - Der gegenwärtige Imperialismus und der internationale Klassenkampf - Die gesellschaftliche Entwicklung der BRD.
Internationale Agitations- und Propagandapublikationen und theoretische Organe.
Informationsmaterial wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.
PROLETARISCHE FRONT
Gruppe Westdeutscher Kommunisten
GRUPPE INTERNATIONALE MARXISTEN
Deutsche Sektion der IV. Internationale

Und weiter unten: "Die Politisierung und Organisation der Studenten erfolgt im Hinblick auf die Berufe, auf die sie sich vorbereiten." (S. 45) Diese Konkretisierung der Bündnisperspektive widerspricht unseres Erachtens dem, was vorher systematisch zum Partikularismus der an der Universität erfahrbaren Widersprüche und der Notwendigkeit der Überwindung des partikularen Kampfes durch die allgemeinpolitische Verbindung entwickelt und historisch in Bezug auf die Genese der Studentenbewegung als politisch bestimmter aufgearbeitet wurde.
Wir haben weiter oben (an Hand der Diskussion von Positionen des Göttinger KSB) versucht, eine Bündnispolitik, die ausgeht vom einheitlichen historischen Eigeninteresse "der Lohnabhängigen" am Sozialismus einer systematischen Kritik zu unterziehen. Nicht deswegen ist eine Bündnispolitik in der neuen Mittelklasse möglich, weil sie in einheitlichem objektiven Antagonismus zum Kapital stände, und ihre materiellen Interessen linear mit denen des Proletariats für den Sozialismus die Interessen aller im Kapitalismus unterdrückten Klassen und Schichten aufgehoben sind.

Die neuen Mittelklassen, gerade durch das Kapitalverhältnis hervorgebracht und bestimmt durch das Interesse des Kapitals an der konkreten Nutzanwendung ihrer Tätigkeit für den Verwertungsprozeß, haben als Klassen keine historische Eigenperspektive für den Sozialismus.

Wenn in der Programmatischen Erklärung die Bündisperspektive festgemacht wird am "Kampf um eine wissenschaftliche Tätigkeit, die dem Volke dient" und als Organisationsperspektive, die nach Berufen angegeben wird, so impliziert dies zumindest die Gefahr einer fehlerhaften Bündislinie, die in Borniertheit und Isolation führt, wenn übersehen wird, daß der Kampf um eine Ausbildung im Dienste des Volkes allgemeiner Bestandteil des proletarischen Emanzipationskampfes ist. Keineswegs aber ist er zu verstehen als berufsspezifisch geführter Kampf nur in den neuen Mittelklassen, mit dem Ziel, isolierte berufsspezifische Perspektiven für eine Ausbildung im Dienste des Volkes zu entwickeln und so doch wieder primär die historische Eigenperspektive abzusichern.

D. Materielle Interessen und Bündnisperspektive

1. Der Kern des Problems des borniert - syndikalistischen Kampfes der Studenten um den Wert der Ware Arbeitskraft ist, daß sie in diesem Kampf, der zunächst ausschließlich ein besonderer, partikularer Kampf gegenüber der Arbeiterklasse ist, schon in Widerspruch geraten zum historischen Gang der kapitalistischen Entwicklung selber und ihrem Motor, dem Verwertungsinteresse des Kapitals, das notwendig die Verschlechterung der Verkaufsbedingungen der Arbeitskraft der neuen Mittelschichten impliziert. Der isolierte gewerkschaftliche Kampf der Studenten gegen ihre mehr und mehr unmittelbare Unterwerfung unter das Verwertungsinteresse des Kapitals, die sie als Deklassierung erfahren, ist historisch perspektivlos.

Das macht gerade, daß diese Kämpfe als partikulare, historisch - anachronistische Kämpfe in ihrer Unmittelbarkeit objektiv widersprüchlich bleiben, insofern sie sich gegen die unbegriffene historische Entwicklung des Kapitalismus wenden, ohne aus sich heraus eine Perspektive zu seiner Überwindung entwickeln zu können. Damit wird nicht der passiven Unterwerfung der Intelligenz unter den Gang der kapitalistischen Entwicklung das Wort geredet. Die Alternative zum partikularen Kampf der Intelligenz um ihre borniert - unmittelbaren Interessen, an dem die Kommunisten die Intelligenz hindern können und müssen, ist nicht der Verzicht auf Kampf überhaupt.

Gerade die historische Perspektivlosigkeit des Kampfes der Intelligenz um ihre besonderen Interessen als Intelligenz schafft die objektive Grundlage für die Entwicklung einer Bündnislinie für die Mehrheit der Intelligenz, mit der die Kommunisten in die spontanen beschränkten Kämpfe an der Hochschule eingreifen müssen, um sie politisch über ihre Schranken hinauszutreiben.

Aber die Verallgemeinerung der Kämpfe der Intelligenz kann nicht bruchlos aus ihren besonderen Kämpfen entwickelt, sondern muß von den Kommunisten als politische Perspektive von außen in diese Kämpfe hinein vermittelt werden. Die besonderen Interessen der Intelligenz sind im Kampf des Proletariats in allgemeiner Form aufgehoben; um sich zum Standpunkt der Gesamtbewegung hinaufzuarbeiten, muß aber die Intelligenz sich von der Besonderheit, Partikularität ihres unmittelbaren ökonomischen Kampfes emanzipieren. Politisch ausgedrückt: Ihren Kampf dem Kampf des Proletariats politisch unterordnen.

2. Der bloße gewerkschaftliche, auf die Verteidigung der besonderen Privilegien der Intelligenz gegenüber der Arbeiterklasse gerichtete Kampf ist in bestimmter Hinsicht reaktionär, ganz analog zum bornierten Kampf des traditionellen Kleinbürgertums, insofern sie "das Rad der Geschichte zurückzudrehen suchen". (+)

(+) In welchen ideologischen Formen die Studenten ihren Kampf führen, welches Bewußtsein sie vom objektiven Inhalt ihres Kampfs haben, muß in der Analyse des Klassencharakters dieser Kämpfe zunächst beiseite gelassen werden. Nicht aber in unserer Politik, die den Widerspruch zwischen ideologischem Bewußtsein der Studenten von ihrer Funktion und ihrem Kampf einerseits und dem objektiven Inhalt davon andererseits aufnehmen und materialistisch aufklären muß. Aus dem besonderen Verhältnis von Sein und Bewußtsein an der Hochschule, das aus der Tatsache resultiert, daß die Studenten bloß mittelbar auf den Reproduktionsprozeß bezogen und von unmittelbarer Praxis freigesetzt sind, resultiert die spezifische ideologische Form, in der sie ihre materiellen, klassenbedingten Interessen artikulieren, die nicht unmittelbar den ökonomischen Inhalt ihres Kampfes preisgibt. Daß die Studenten die besonderen Bedingungen ihrer Befreiung in der Studentenbewegung ideologisch als die allgemeinen Bedingungen der Befreiung der ganzen Gesellschaft ausgedrückt haben, haben sie mit politischen Bewegungen des Kleinbürgertums gemeinsam.

Den objektiv kleinbürgerlichen Charakter der spontanen Bewegung der Studenten aber so erklären zu wollen, daß die Intelligenz überhaupt sich zum Kleinbürgertum analog verhalte, wie die marxschen Literaten zur traditionellen Kleinbourgeoisie, nämlich als bloße Ideologen, die die politischen Interessen der kleinen Warenproduzenten artikulieren, ohne selbst ökonomisch ihnen zugerechnet werden zu können, ist Resultat einer falschen Klassenanalyse (KSB). Der kleinbürgerliche Klassencharakter der spontanen Bewegung der Intelligenz muß aus ihrer objektiv kleinbürgerlichen Klassenlage abgeleitet werden; klein-

→

Daß die neuen Mittelklassen genuines Produkt der Entwicklung des Kapitalverhältnisses sind, kann eben nicht zur Begründung dafür genommen werden, ihnen ein historisch - selbständiges Interesse am Sozialismus zu zuschreiben. Sie sind es eben in dem Maße, in dem die Kapitalistenklasse als Eigentümer der Produktionsmittel Funktionen des Kapitals delegiert an lohnabhängige, unproduktive Funktionäre; indem die Verschärfung der Klassenwidersprüche die Bourgeoisie zum Ausbau eines gigantischen militärischen, ideologischen und politischen Herrschaftsapparates zwingt; und sie sich zusätzlich noch neue Schichten schafft, die ihr die vom Proletariat erpreßten Mehrwertmassen auffressen helfen: Also als Ausdruck der Überlebtheit und Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Umgekehrt folgt gerade aus der Bestimmung, daß die neuen Mittelklassen ten bloß produziert werden wegen der konkret nützlichen Eigenschaften ihrer Tätigkeit für die Reproduktion der kapitalistischen Ausbeuterordnung, der Widerspruch dieser Schichten, besonders der Intelligenz als einer Schicht von Kopfarbeitern, gegenüber dem Proletariat.

Ob diese Schichten notwendige Funktionen über die spezifische kapitalistische Formbestimmtheit des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses hinaus ausüben oder nicht, so bleibt doch bestimmend für den Charakter ihrer Tätigkeit deren kapitalistische Verwertungsbestimmtheit. Diese Funktionen sind, indem sie vom Kapitalverhältnis mit der Entfaltung seiner ökonomischen und politischen Widersprüche produziert und delegiert worden sind, auch - jedenfalls in wesentlichen Momenten - mit der Existenz des Kapitalismus verknüpft. Im Gegensatz zum Proletariat, das vermittels der Abstraktion vom konkreten Gebrauchswert seiner Arbeit im Produktionsprozeß selbst das Kapital als sein sinnliches Gegenteil produziert, dessen Aufhebung notwendige Bedingung seiner Befreiung ist, bleiben die neuen Mittelklassen dem konkreten Inhalt ihrer Funktion auch ideologisch verhaftet; d.h. sie sind nicht imstande, aus den Bedingungen ihrer gesellschaftlichen Praxis die Einsicht in das Wesen des gesellschaftlichen Unterdrückungszusammenhangs zu entwickeln. Ihr Bewußtsein, soweit es Ausdruck ihrer objektiven Klassenlage ist, bleibt dem Markt verhaftet und notwendig partikular.

3. Der Kampf der Intelligenz um ihre unmittelbaren Interessen richtet sich zwar der Form nach gegen den kapitalistischen Staat, ist aber dem Inhalt nach sowohl borniert antikapitalistisch als auch antiproletarisch. In der neuen Mittelklassen und unter den Studenten kann man nicht einen Teil der Interessen vertreten und einen anderen bekämpfen, denn von ihrer Klassenlage her sind alle Interessen sowohl im Widerspruch zum Proletariat als auch zur Kapitalistenklasse stehend. Daher können sie von vornherein bloß politisch aufgegriffen werden.

Die Teile der Intelligenz, die unmittelbar als Agenten der politischen Herrschaft der Bourgeoisie fungieren, werden mit der Bourgeoisie auch untergehen. (Es muß problematisiert werden, inwieweit bei den Schichten, deren konkrete Funktion ausschließlich Bedingung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie und also gebunden ist an die Fortexistenz dieser Herrschaft, die Entwicklung einer kommunistischen Massenlinie ihre materiellen Grundlagen noch hat. Diese Schichten sind politisch der Kapitalistenklasse zuzuschlagen. Das gilt auch für die Schichten, die zwar nicht ausschließlich Agenten der politischen Herrschaft der Bourgeoisie sind, aber aufgrund ihrer relativen Freiheit von den kapitalistischen Verwertungszwängen ständische Privilegien genießen, deren Aufrechterhaltung mit dem Bestand der kapitalistischen "Freiheit" steht und fällt. Überhaupt muß bei der Analyse des Bewußtseins der neuen Mittelklassen noch weiter untersucht werden, inwieweit das Bewußtsein der Widersprüchlichkeit der eigenen Interessen zu denen des Kapitals für die neuen Mittelklassen wesentlich vermittelt ist über den Arbeitsmarkt, wo sich der Lohnarbeiter sinnlich als Ware erfährt, die bloßes Moment im Selbstverwertungsprozeß des Kapitals ist. Für die Funktionäre, die nicht unmittelbar im Produktionsprozeß arbeiten, gilt aber, daß sie dem Arbeitsmarkt bloß mittelbar unterworfen sind und ihre Arbeitskraft in einer wesentlich auch politisch bestimmten Form verkaufen (Beamte).

Diese Bestimmungen, die die Entwicklung einer politischen Massenlinie für Teile der neuen Mittelschichten problematisieren, können wiederum nicht unmittelbar auf die Universität übertragen werden, insofern die Studenten gerade noch nicht fungierende Agenten des Kapitals sind.

Für die Intelligenz generell gilt, daß sie sich im Bündnis mit der Arbeiterklasse von ihren besonderen, unmittelbaren Interessen emanzipieren muß, die nicht getrennt werden können von den konkreten Funktionen, die sie ausübt und die sie in Widerspruch zur Arbeiterklasse versetzen. Im Bündnis mit dem Proletariat müssen sie sich politisch als besondere Schicht mit partiellen Interessen aufheben, gerade weil ihre von der produktiven Arbeit getrennte Existenz Resultat der Entwicklung der kapitalistischen Arbeitsteilung ist, die vom Proletariat materiell aufgehoben werden muß.

4. Vor dem Hintergrund der objektiven Widersprüche zwischen Intelligenz und Proletariat enthält die Behauptung der Parallelität von gewerkschaftlichen Kämpfen des Proletariats und der Studenten alle Elemente des Reformismus in sich und fungiert objektiv als Legitimationsideologie für den Kampf um partikulare Interessen der Intelligenz gegenüber dem Proletariat. Jeder bloß gewerkschaftliche Kampf verschärft so die Widersprüche zwischen Intelligenz und Arbeiterklasse, statt Perspektiven

---

→ (+)

bürgerlich in genau dem Sinn, daß die Intelligenz ökonomisch weder der Arbeiterklasse noch der Bourgeoisie zugeschlagen werden kann, sondern widersprüchliche Interessen gegenüber beiden Klassen entwickelt.

Die falsche Bestimmung der Arbeiterklasse durch das bloße Verhältnis der Lohnarbeit, die nur prima facie und der Form nach unproduktiven und produktiven Arbeitern gemeinsam ist, muß allerdings dazu führen, die lohnabhängige Intelligenz zu großen Teilen dem Proletariat zuzuschlagen, was für den KSB weiter zu der Konsequenz führen muß, die Studentenbewegung habe bloß aufgrund der Genese der Funktionen der neuen Mittelklasse die Interessen einer vom Kapital selbst historisch vernichteten Klasse artikuliert. Es gälte der lohnabhängigen Intelligenz bloß noch zum Bewußtsein ihrer "eigentlichen" Interessen zu verhelfen, die letztlich mit denen des Proletariats direkt zusammenfallen. Die Intelligenz braucht demnach ihren Klassenstandpunkt nicht mehr zu überwinden, um das Bündnis mit der Arbeiterklasse schließen zu können (RK-Snr.2); letztlich wird auch der Begriff "Bündnis" gegenstandslos: Statt Bündnis geht es eigentlich bloß darum, die Einheit der verschiednen Fraktionen der Arbeiterklasse herzustellen.

ihrer politischen Aufhebung zu entwickeln. (Es geht bei der Untersuchung des Klassencharakters des syndikalistischen Kampfes der Studenten und der Intelligenz überhaupt nicht darum, daß die Intelligenz aus dem vom Proletariat erschufteten Mehrwert gefüttert wird. Als Geldfrage ist der ökonomische Kampf der Intelligenz im wesentlichen ein Streit zwischen Bourgeoisie und ihren Funktionären um die Verteilung des bereits angeeigneten Mehrwerts. Das Ausbeutungsverhältnis, das Verhältnis von notwendiger und Mehrarbeit, wird durch diesen Kampf nicht tangiert, sondern bestimmt sich nach der davon ganz unabhängigen Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit; und soweit die Intelligenz über Steuern aus der Revenue des Proletariats bezahlt wird, gehen diese wieder in den Wert der Arbeitskraft ein. Der springende Punkt ist, daß die Intelligenz durch ihren isoliert geführten Kampf weniger einen ökonomischen, als vielmehr einen politischen Widerspruch zum Proletariat konstituiert; und weiter, daß sich aus ihrem gewerkschaftlichem Kampf um ihre unmittelbaren Interessen das Bündnis mit dem Proletariat nicht bruchlos ableiten läßt, sondern bloß Produkt des politischen Kampfes gegen die Herrschaft der Bourgeoisie unter Führung des Proletariats sein kann. S.u.)

Wir müssen anknüpfen an den besonderen Widersprüchen, die die Studenten erfahren, und den kleinbürgerlich beschränkten Bewegungen, die sich aus ihnen entwickeln; auf keinen Fall dürfen wir in Liquidatorentum verfallen und den Studenten zurufen: Hier dürft ihr nicht kämpfen! Aber wir haben von einem Standpunkt aus und mit einer Perspektive zu intervenieren, die diesen Kämpfen unmittelbar äußerlich sind und nicht linear aus ihnen entwickelt werden können.

Die Kommunisten müssen die ökonomischen und politischen Widersprüche zwischen der Masse der Intelligenz und der Bourgeoisie aufgreifen, um sie politisch zu verschärfen; sich an die Spitze der Kämpfe setzen, um sie zu verallgemeinern; gegebene Beschränkungen klarmachen, um den Kampf über seine spontanen Klassenschranken hinauszutreiben und im Kampf selbst die Widersprüche der Intelligenz zum Proletariat politisch aufzuheben. Den Kampf um die unmittelbaren Interessen zu propagieren, hieße aber, die Studenten auf der Partikularität ihres spontanen Kampfes zu fixieren und damit ihre politischen Widersprüche zum Proletariat objektiv zu zementieren, statt ihre Aufhebung voranzutreiben.

5. Die historische Konkretisierung der proletarischen Bündnislinie für die Hochschule - die politische Unterordnung und praktische Orientierung des Kampfs der Studenten am proletarischen Klassenkampf - stößt aktuell an ihr objektiv gesetzte historische Schranken. Zu dem prinzipiell notwendig defensiven Charakter des Hochschulkampfs (vgl. A., Verhältnis von Theorie und Praxis) tritt die historisch bedingte Unentwickeltheit des proletarischen Klassenkampfs, die uns weiter in die Defensive treibt. Ihren Ausdruck findet diese Konstellation, in der sich die kommunistischen Studenten schon immer "auf den Standpunkt des Proletariats zu stellen" haben, das Proletariat sich aber noch nicht als politische Partei gegenüber der Bourgeoisie konstituiert hat, d.h. seinen Kampf nicht als politischen Kampf gegen die Klassenherrschaft des Kapitals auf alle gesellschaftlichen Verhältnisse bezieht, in der relativen Abstraktheit unserer Bündnispropaganda.

(Tatsächlich ist es uns nicht gelungen, die Propagierung der antiimperialistischen Kämpfe der revolutionären Völker, des Klassenkampfs des Proletariats in den Metropolen und ihres Zusammenhangs konkret auf die Kämpfe an der Hochschule zu vermitteln. Die Propaganda des Kampfs für den Sozialismus bleibt für die Hochschule solange notwendig abstrakt, wie dieser Kampf nicht praktisch vom Proletariat geführt wird.)

Dieses von der Hochschule aus nicht aufhebbare Verhältnis birgt die latente Gefahr einer opportunistischen Politik in sich, die sich nicht mehr systematisch und praktisch auf die Klasseninteressen des Proletariats bezieht, sondern sich ("positiv") aus den vorfindlichen Interessen der Studenten ableitet.

6. In diesem Zusammenhang muß die Frage des demokratischen Kampfs diskutiert werden. Als Ausdruck des prinzipiellen Umstands, daß an der Uni kein unmittelbar revolutionärer Kampf möglich ist, der die Aufhebung des Grundwiderspruchs von Lohnarbeit und Kapital zum Inhalt hat, bezeichnet der Begriff des demokratischen Kampfes genau diese objektiv bedingte defensive Form des politischen Kampfs an der Uni, die mit seinem Inhalt nicht identisch ist.

Nicht also Kampf um die Verteidigung der kleinbürgerlich-demokratischen Illusion gegen die reale Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft (- die spontane und ihrer Klassenlage adäquate Form, in der die Student en ihre politischen Widersprüche zur Bourgeoisie artikulieren -) kann Inhalt des Bündnisses von Proletariat und Intelligenz sein (darauf beruht die ganze "antimonopolistische" Scheiße der Revisionisten), sondern der gemeinsame Kampf gegen die Klassenherrschaft der Bourgeoisie und für die Diktatur des Proletariats, der an der Hochschule beschränkte, nicht unmittelbare Formen annimmt. (Es ist klar, daß der bekannte Widerspruch zwischen Ideologie und Realität, der spontan - bornierte Kampf der Studenten für die Einlösung des Ideals gegenüber der Wirklichkeit, zum Ausgangspunkt unserer Politik gemacht werden muß. Aber nicht schon zu ihrem Ende).

Die Reduzierung des demokratischen Kampfs auf einen kleinbürgerlich - bornierten, dem ein bürgerlich - demokratisches Bewußtsein zugrunde liegt, ist gerade Ausdruck einerseits der objektiven Schwäche der Arbeiterbewegung, die den politisch-revolutionären Kampf nicht führt, andererseits des besonderen, unmittelbaren Interesses des Kleinbürgertums gegenüber dem Proletariat.

Das Proletariat kann keine Bündnisse mit kleinbürgerlichem Klasseninhalt eingehen, ohne seine historischen Interessen preiszugeben, auch keine antifaschistischen. Der lapidare Unterschied ist der, den antifaschistischen Kampf vom "Standpunkt" der kleinbürgerlichen Illusion zu führen, d.h. bloß illusionär, oder vom Standpunkt des Proletariats, d.h. als Kampf gegen die gesellschaftlichen Wurzeln des Faschismus.

8. Das Bündnis von Arbeiterklasse und den anderen unterdrückten Schichten kann mit der Vollendung der bürgerlichen Revolution inhaltlich bloß noch bestimmt werden durch den Kampf für den Sozialismus, d.h. durch das Klasseninteresse des Proletariats. Die besonderen, unmittelbaren Interessen der Intelligenz sind aufgehoben in dreifachem Sinn im Kampf des Proletariats für den Sozialismus; um sich aber zum Standpunkt des Proletariats hinaufzuarbeiten, muß die Intelligenz die Partikularität ihrer Interessen abstreifen, was ihr in dem Maße materiell einsichtig gemacht wird, als ihre bornierten Kämpfe um ihre partikularen Interessen sich als zum Scheitern verdammt

erweisen, also durch den Gang der Klassenkämpfe selbst.

Die Intelligenz kann bloß vom Standpunkt ihrer Aufhebung als von der Produktion abgesonderter Schicht durch das revolutionäre Proletariat, also vom Standpunkt des Proletariats selbst als dem allgemeinen Ausdruck der Interessen des ganzen Volkes, sich die Perspektive des Kampfs für den Sozialismus zu eigen machen.

Dies Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem liegt dem Volksbegriff zugrunde. Die proletarische Revolution nimmt nicht deshalb die Form der Volksrevolution an, weil die verschiedenen Schichten, die noch von der Bourgeoisie unterdrückt werden, ein selbständiges, genuines Interesse am Sozialismus entwickeln würden (allein das Proletariat ist fähig, sich als "Klasse für sich" zum Subjekt der Geschichte zu konstituieren), sondern weil das Proletariat in der revolutionären Aktion in allgemeiner Form die Interessen aller unterdrückten Schichten ausdrückt; weil das Proletariat, um sich als Klasse zu emanzipieren, die Menschheit von der Klassenherrschaft emanzipieren muß.

Bündnis usw. heißt für die Intelligenz nichts anderes als die politische Aufhebung ihrer Widersprüche zum Proletariat im Kampf für die Diktatur des Proletariats.

(R.F., U.K., G.R.)

KLASSENKAMPF

ORGAN DER MARXISTISCHEN GRUPPE ERLANGEN-NÜRNBERG

1/2

APRIL 72

Kapitalistische Hochschulreform

Analysen und Dokumente

Kapitalistische Hochschulreform: Am Beispiel des Hochschulrahmengesetzes

Zur Reform einzelner Ausbildungsgänge

Aspekte kapitalistischer Bildungspolitik und Bildungsplanung

Zur Einschätzung der Hochschulreform i.d. Politik linker Gruppen in der BRD

Erhältlich in den linken Buchläden oder per Post durch: POLITLADEN 852 Erlangen, Hindenburgstr. 17

Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes

Internes Diskussionspapier vom Juni 1971

In dem Artikel "Zur Analyse der Studentenbewegung" in Forum 5/69, dem ein Referat auf der Generaldebatte des Heidelberger SDS zugrunde lag, wurde als Ziel einer sozialistischen Arbeit an der Hochschule formuliert: "Mehrheiten neutralisieren, Minderheiten herausbrechen." Dieser Artikel hatte einen wichtigen Einfluß gerade auf die Fraktion des ehemaligen SDS, die sich später in der KG/NRF zusammenschloß, und auf die Organisationen an anderen Hochschulen, die heute versuchen, eine kommunistische Massenarbeit an der Universität aufzunehmen. Nun läßt aber die Linie "Mehrheiten neutralisieren, Minderheiten herausbrechen", die die praktische Konsequenz aus der Analyse dieses Artikels gewesen ist, gar keine kommunistische Massenarbeit an der Hochschule zu. Inzwischen versuchen aber auch wir, unter der Parole "Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes" eine kommunistische Massenarbeit an der Universität aufzunehmen, ohne daß wir die der früheren Linie zugrunde liegende Analyse entweder ausdrücklich revidiert oder gezeigt hätten, daß dieser Analyse die damalige Perspektive nur aufgesetzt und nicht aus ihr abgeleitet war. Das aber heißt: der Formulierung der Parole :"Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes" ist kein gründlicher organisatorischer Prozeß von Kritik und Selbstkritik vorausgegangen. Auch in unserer Programmatischen Erklärung wird dieser Prozeß nicht entfaltet. Das führt dazu, daß Voraussetzungen, Inhalt und Aufgabe dieser Parole selbst nicht genügend geklärt worden sind, und zwar nicht erst auf der Ebene der Konkretisierung dieser Parole für die einzelnen Institute sondern schon auf der allgemeinen Ebene der Klassenanalyse und der Untersuchung der Bündnisbedingungen von wissenschaftlicher Intelligenz, speziell in der Ausbildung, und dem Proletariat. Die fehlende Klärung auf dieser Ebene gerade behindert die viel geforderte Konkretisierung der Parole für einzelne Institute.

Die Formulierung einer Massenlinie kommunistischer Agitation und Propaganda in nicht proletarischen Schichten ist erst möglich, wenn untersucht worden ist, ob und inwiefern die betreffenden Schichten in sich objektiv verschärfende und tendenziell antagonistische Widersprüche zur Bourgeoisie geraten müssen. Aber gerade diese Voraussetzung der Formulierung einer Massenlinie kommunistischer Arbeit an der Universität haben wir nicht genügend geklärt, sondern stillschweigend als gegeben vorausgesetzt. Dies ist umso erstaunlicher, als wir noch vor nicht langer Zeit von einer anderen Voraussetzung ausgingen, die die Formulierung einer Massenlinie kommunistischer Arbeit an der Uni als illusionär erscheinen ließ. Die mangelnde Klärung der allgemeinen klassenanalytischen Fragen ist auch die eigentliche Ursache für die Unsicherheit gegenüber dem Verhältnis von demokratischem und sozialistischem Kampf an der Uni, die sich hinter der uneinheitlichen Anwendung der Parole "Für ..." verbirgt und die sich in der Auseinandersetzung mit revisionistischen und bürgerlichen Linien schädlich bemerkbar macht.

Die Analyse in dem Artikel "Zur Analyse der Studentenbewegung" war richtig, insoweit sie scharf die Widersprüche zwischen wissenschaftlicher Intelligenz (auch in der Ausbildungssituation) und dem Proletariat herausarbeitete. Weil sie sich im Wesentlichen auf diese Seite der Klassenanalyse beschränkte, was damals eine verständliche Beschränkung war, blieb sie einseitig und erlaubte keine Formulierung einer Linie für die Hochschule, die über die Aufgabe sozialistischer Propaganda, einzelne Studenten herauszubrechen, hinausgehen konnte. In seiner Abgrenzung der wissenschaftlichen Intelligenz vom Proletariat und seiner Ablehnung aller Verschleierungsversuche der objektiven Widersprüche zwischen wissenschaftlicher Intelligenz und Proletariat, bleibt die damalige Analyse für unsere Arbeit an der Hochschule bestimmend. Die praktische Notwendigkeit, von der Parole "Mehrheiten ..." zur Formulierung einer Massenlinie überzugehen, zeigt jedoch, daß die dieser Parole zugrunde liegende Analyse unzureichend gewesen ist (vgl. Roter Kurs, Sondernummer 3, 25.6.71, S.1-8), weil sie Widersprüche zwischen wissenschaftlicher Intelligenz und Monopolkapital vernachlässigte.

Klassenanalytische Bemerkungen über die objektiven Voraussetzungen einer Massenlinie an der Universität

Als Massenlinie einer kommunistischen Organisation im Ausbildungsbereich nicht proletarischer Schichten muß diese Parole vermitteln zwischen den Bedürfnissen und Interessen dieser Schichten und der Perspektive der Diktatur des Proletariats, des Sozialismus und des Kommunismus. Massenlinie einer Kommunistischen Partei ist die Linie der Vermittlung der Einsicht in die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats in den Massen. Voraussetzung dafür, daß eine Massenlinie der kommunistischen Agitation und Propaganda in nicht proletarischen Schichten und Klassen entwickelt werden kann, setzt einen tendenziell antagonistischen Widerspruch zwischen diesen Schichten und Klassen und der Diktatur der Bourgeoisie voraus.

Die Ausbildung an sich konstituiert keine Klassen und Schichten. Die bloße Tatsache der Notwendigkeit einer Ausbildung in dieser oder jener Form haben die herrschenden und unterdrückten Klassen und Schichten gemeinsam. Die Möglichkeit einer kommunistischen Massenlinie an der Universität und nicht einfach allgemein im Ausbildungsbereich, von dem in falscher Weise immer wieder ausgegangen wird, setzt voraus, daß die Mehrzahl der Studenten nach ihrer Ausbildung Klassen und Schichten angehören, die objektiv zunehmend in antagonistischen Widerspruch zur Kapitalistenklasse gerät. Die Analyse der Klassenzugehörigkeit der an der Universität Ausgebildeten kann nun nicht einfach mit der Ananlyse der Berufsperspektive der Studenten gleichgesetzt werden, sondern ist Teil der Totalitätsanalyse des Kapitalismus in einer bestimmten Epoche seiner Entwicklung, d.h. heute der weltweiten Herrschaft des Monopolkapitals, d.h. des Imperialismus als höchster Stufe des Kapitalismus.

Der Imperialismus vernichtet einerseits in den Metropolen mit progressiver Beschleunigung die traditionelle Mittelklasse, die warenproduzierende und warenbesitzende Kleinbourgeoisie und führt so zu einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft in Kapitalisten und abhängige Arbeiter. Andererseits bringt er gerade aufgrund der ungeheuren Zentra-

lisierung und Konzentration des Kapitals in den Händen weniger Monopole eine zahlreiche in sich heterogene neue Mittelklasse hervor, deren Angehörige formal Lohnabhängige sind, sich vom Proletariat aber darin unterscheiden, daß sie zur Produktion des materiellen Reichtums und des Mehrwerts nicht unmittelbar beitragen: es sind dies z.B. die zahlreichen Zirkulations- und Verwaltungsagenten im Dienste des Privatkapitals und des kapitalistischen Staates; aber dieser Mittelklasse gehören auch die Lehrer und Juristen im Staatsdienst an, wobei übrigens die Formunterschiede zwischen Lohn und Beamtengehalt nicht übersehen werden dürfen. +)

Die Unterscheidung zwischen produktiven und unproduktiven Arbeitern, aus der der ökonomische Begriff des Proletariats und der neuen Mittelklasse abgeleitet ist, reicht nicht aus, um die Möglichkeiten der Entwicklung von proletarischem Klassenbewußtsein zu bestimmen: Einerseits sind Teile des "produktiven Gesamtarbeiters" durch ihre Arbeitsbedingungen und ihre Lohnhöhe von der breiten Masse der produktiven Arbeiter getrennt, wie Ingenieure, Meister etc., andererseits sind große Teile der nicht produktiven Mittelklasse nach Arbeitsbedingungen und Lohnhöhe dieser breiten Masse der produktiven Arbeiter gleichgestellt. Das bedeutet, daß sich sehr viel leichter Bündnisse zwischen der breiten Masse dieser Klassen herstellen können als daß die Einheit aller Schichten innerhalb der Klasse der produktiven Arbeiter selbst, die ökonomisch das Proletariat ausmachen, hergestellt werden kann.
Die oberen Schichten des produktiven Gesamtarbeiters, obwohl ökonomisch dem Proletariat zugehörig, richten sich ebenso wie die oberen Schichten der unproduktiven Mittelklasse an den Interessen der Bourgeoisie aus, mit der sie durch mannigfache Privilegien (nicht aufs Pflaster geworfen zu werden) verbunden sind. Aber gerade die Angehörigen dieser Schichten des produktiven Gesamtarbeiters und der Neuen Mittelklasse werden neben den Angehörigen der Bourgeoisie auf der Universität ausgebildet. Es ist klar, daß die Kategorien produktive und unproduktive Arbeit nichts unmittelbar hergeben für die Analyse der politischen Einstellung dieser Schichten ökonomisch verschiedener Klassen zur proletarischen Revolution, sondern daß hier vor allem die spätere Teilnahme an Privilegien, die Arbeitsbedingungen, die Funktion in der Reproduktion der Herrschaft des Kapitals den Ausschlag geben. Von daher ist es auch nicht weiter erstaunlich, daß gerade die Studenten, die später Angehörige der unproduktiven Mittelklasse sein werden, und hier wieder speziell die späteren Lehrer, am frühesten einen Widerspruch zur Bourgeoisie artikulieren.
Die Analyse der allgemeinen ökonomischen Bestimmungen der Klassen einer Gesellschaft geben nicht unmittelbar Aufschluß über die politische Entwicklung bestimmter Schichten oder Teile dieser Schichten einer Klasse. Auf dieser Ebene wird die Analyse spezifischer Berufsbedingungen wichtig, aber auch erst auf dieser Ebene. Die Analyse der Berufe darf die Klassenanalyse nicht ersetzen.

Während sich der Widerspruch zwischen Bourgeoisie und traditionellem Mittelstand, der Kleinbourgeoisie, gerade durch den Aufstieg der kapitalistischen Großindustrie verschärft, durch den die Kleinbourgeoisie vernichtet wird, ("Entkapitalisierung der Mittelverbindungen von Kapital und Arbeit," MEW 26.3., S. 309) gerät die neue Mittelklasse durch die Verschärfung der Zusammenbruchstendenzen des Kapitals, mit der allgemeinen Untergrabung der Grundlagen der Wertproduktion durch die Entwicklung des Kapitalverhältnisses selbst in Widerspruch zum Kapital. Während der Imperialismus die unproduktiven Arbeiten und damit die unproduktiven Arbeiter ständig vermehren muß, ist er gleichzeitig aufgrund des tendenziellen Falls der Profitrate gezwungen, die Kosten für die unproduktiven Tätigkeiten möglichst einzuschränken. Dem tendenziellen Fall der Profitrate kann nur entgegengearbeitet werden durch die gewaltige Steigerung der Mehrwertrate, d.h. durch Verschärfung der Ausbeutung der produktiven Arbeiter und die Senkung der faux frais für die unproduktiven Arbeiter. Der Steigerung der Ausbeutung sind vor allem die breiten Massen des Proletariats ausgesetzt, der Senkung der faux frais die breiten Massen der unproduktiven Arbeiter. Das Bedürfnis dieser Schichten unter Führung des Industrieproletariats wird die proletarische Revolution als Weltrevolution herbeiführen. Der Zwang zur Senkung der faux frais bei gleichzeitiger Ausdehnung der unproduktiven Tätigkeiten wirkt sich für die gehobenen Schichten der Mittelklasse am frühesten im Ausbildungsbereich aus, für den bei wachsendem Andrang von Auszubildenden kein Geld da ist. Am ehesten ist noch Geld da für den Bereich der Ausbildung, der die gehobene Schicht des produktiven Gesamtarbeiters ausbildet. Hier springt das Kapital z.T. sogar direkt ein für Stipendien, Laborausrüstungen etc. Daher ist gerade dieser Bereich an der Uni noch am ruhigsten. Hier besteht auch Aussicht auf relativ lukrative Posten. Am ehesten trifft der Zwang zur Senkung der faux frais der kapitalistischen Produktionsweise den Ausbildungsbereich der ideologischen Fächer und generell die Lehrerausbildung. Gleichzeitig sind die Studenten dieser Fächer für die ideologischen Erscheinungen der allgemeinen Krise am ehesten empfänglich. Scharf betroffen sind auch die Mediziner, die aber oft aufgrund ihrer kleinbürgerlichen Herkunft und der Erhaltung kleinbürgerlicher Strukturen in ihrem Berufszweig reaktionären Hoffnungen anhängen.

Die allgemeinen Zusammenbruchstendenzen des Kapitalismus, denen durch Senkung der faux frais entgegengearbeitet werden muß, bringen Widersprüche zwischen Bourgeoisie und selbst gehobenen Schichten der neuen Mittelklasse hervor, die die Formulierung einer Massenlinie für diese Schichten und den Ausbildungsbereich dieser Schichten erlauben, mit der freilich nicht die Hoffnung auf die unmittelbare Gewinnung der Mehrzahl dieser Schichten gerechnet werden darf. Vielmehr hat die Formulierung einer Massenlinie die Funktion, diesen Schichten, wenn sie in Bewegung geraten, eine Perspektive gegen das Kapital und für das Bündnis mit dem Proletariat unter Führung des Proletariats zu vermitteln. Die Massenlinie muß sowohl die partielle Einheit als auch die objektiven Widersprüche zwischen Proletariat und den gehobenen Schichten der Mittelklasse berücksichtigen. Teil einer solchen richtigen Massenlinie der Arbeit von Kommunisten an der Universität ist die

+) In der ursprünglichen Fassung des Referats folgte hier ein längerer Abschnitt über die Kategorien produktive und unproduktive Arbeit in der Klassenanalyse, den wir hier gestrichen haben. Vgl. dazu den Aufsatz "Neue Mittelklassen und Proletariat" in NRF 4/71.

rechtshilfefonds
HEIDELBERGER VOLKSBANK
Kto.: **9980**

Parole "Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes". Sie nimmt die Unzufriedenheit vieler Studenten mit ihrer Ausbildung auf, erklärt den spezifischen Charakter dieser Ausbildung aus ihrer Unterwerfung unter das Kapital und zeigt die Möglichkeit der Lösung des Widerspruchs zwischen Ausbildungsinteressen der Studenten und den Verwertungsinteressen des Kapitals durch die Perspektive einer Ausbildung im Dienste des Volkes, für die erst die Diktatur des Proletariats die Bedingungen schaffen kann. Die Parole hat also nur Sinn, wenn sie im Kontext folgender Parolen steht: "Gegen eine Ausbildung im Dienste des Kapitals", "Für ein Bündnis mit dem Proletariat zur Erkämpfung der Diktatur des Proletariats", wobei in der letzten Parole die Perspektive des allgemein-demokratischen und antiimperialistischen Kampfes und des Hochschulkampfes im engeren Sinn zusammengefaßt sind. Die Massenlinie an der Universität hat gerade die Aufgabe, den studentischen Massen die Notwendigkeit der proletarischen Revolution zu vermitteln. Die Parole "Für eine ..." soll also nicht die individuelle Hinwendung zum Volk im eigenen Beruf propagieren, sondern das kollektive Bündnis der Studenten und der wissenschaftlichen Intelligenz mit dem Proletariat, das allein, weil es durch seine Diktatur die Wissenschaft in den Dienst des Volkes stellt, die Wissenschaft von den Fesseln des Kapitals befreien kann. In diesem Sinne schrieb Marx über die Kommune, die er einerseits als endgültig gefundene Form der Diktatur des Proletariats und andererseits als Vertreterin aller Klassen der Gesellschaft, die nicht von fremder Arbeit leben, bezeichnete:
"Sie (die Mittelklasse) spürt, daß nur die Arbeiterklasse sie von der Pfaffenherrschaft befreien, die Wissenschaft aus einem Werkzeug der Klassenherrschaft in eine Kraft des Volkes verwandeln, die Männer der Wissenschaft selbst aus Kupplern des Klassenvorurteils, stellenjagenden Staatsparasiten und Bundesgenossen des Kapitals in freie Vertreter des Geistes verwandeln kann! Die Wissenschaft kann nur in der Republik der Arbeit ihre wahre Rolle spielen." (MEW 17, S. 554)

Diese Perspektive, daß die Wissenschaft nur in der Republik der Arbeit ihre wahre Rolle spielen kann, soll die Parole "Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes" vermitteln und nicht irgendwelche karitativen Bedürfnisse auf der Grundlage von Reuegefühlen ansprechen. Genau diese Funktion aber hatte und hat die Parole bei der KPD/AO und beim KSV angenommen, wobei auch den Arbeitern das Blaue vom Himmel heruntersprochen wird, welche Wohltaten sie von den Studenten zu erwarten haben, die ihre Berufsperspektive unter diese Parole stellen. So schreibt die AO in der Roten Fahne (Sonderdruck Nov. 70), das "sozialistische Studium" als "Ausbildung im Dienste des Volkes" bilde aus: "Ärzte, die die Arbeiter wirklich gesund machen" - Juristen, die "dem Proletarier vor Gericht helfen" - Ingenieure, Chemiker und Naturwissenschaftler, die "unermüdlich an der Erfindung von arbeitserleichternden Verbesserungen der Maschinen arbeiten, für die Entwicklung von einfachen und haltbaren Produkten eintreten..." - Lehrer, "die auf jedes einzelne Kind und seine Fähigkeiten (und auch Lernschwierigkeiten) eingehen."

Zu Recht kritisiert die MLHG dieses philanthropische Geschwätz: "Hier werden in fahrlässiger Weise Illusionen einerseits über die Möglichkeiten sozialistischer Intellektueller "innerhalb (!) ihres Berufs" und andererseits über die Reformfähigkeit des Kapitalismus gemacht. Die Reformen erscheinen als individuelle Widerstandsleistungen gegen das Kapital (ähnlich der Kapitalverweigerungsstrategie der Studentenbewegung). Wie in der Studentenbewegung agieren hier Intellektuelle als Subjekt von - wenn auch diesmal nur reformistischen Veränderungen, die dann zum revolutionären Kampf emporstilisiert werden: Intellektuelle können aufgrund ihrer (Fach-)Ausbildung im sozialistischen Studium später "innerhalb ihres Berufs" ihren individuellen Beitrag zum Klassenkampf leisten." (MLHG Nr. 4, 5.7.71, S. 6)

Zwar hat die AO in ihren KSV-Leitsätzen einige Illusionen fallenlassen, die Betrachtungsweise blieb jedoch dieselbe, wenn bedauernd festgestellt wird, ein Ingenieur könne in seinem Beruf sehr wenig für das Proletariat tun und er müsse deshalb für die BG und komm. Fraktionen in den Gewerkschaften arbeiten. In diesem philanthropischen Sinn kann unter der Herrschaft des Kapitals in seinem Beruf niemand etwas fürs Volk tun, er sei denn, er ginge vielleicht nach Lambarene in den Urwald. Im übrigen ist nicht einzusehen, wenn man die Sache so sieht, warum ein Ingenieur weniger fürs Volk tun sollte als etwa ein Betriebsschlosser.

In ihrem Drang zum Positiven ist also die AO, kurz bevor sie sich zur KPD ernannte, beim bürgerlichen Philanthropen gelandet. Umso schlechter, daß sich auch in unserer Gruppe solche Tendenzen in die Propagierung der Parole "Für..." eingeschlichen haben. So heißt es z.B. in dem Papier zur Hochschuldebatte des KSB:

"Die Masse der Studenten, d.h. alle diejenigen, die nicht selbst Teil der Arbeiterklasse oder zu direkten Handlangern des Kapitals werden, gilt es für eine Ausbildung zu gewinnen, die sie qualifiziert, ihre späteren Berufe weitestgehend so auszuüben, daß ihre Tätigkeit nicht den Interessen der Bourgeoisie dient, sondern das Interesse des Volkes, d.h. der Arbeiterklasse und der übrigen antimonopolistischen Schichten, nach Emanzipation von der Herrschaft des Kapitals unterstützt."
In dem Wahlkampfflugblatt "Schluß mit der Privilegienherrschaft!! Kampf für eine Ausbildung im Dienste des Volkes!!!" heißt es:
"Erst mit dieser Perspektive kann die Kritik an der Ausbildung und der Kampf um die Veränderung der Ausbildungsinhalte geführt werden im Hinblick auf eine Berufsperspektive, die es ermöglicht, im Interesse des werktätigen Volkes zu arbeiten und das Bündnis aller werktätigen Schichten mit der Arbeiterklasse in den Klassenkämpfen zu unterstützen." Zwar wird beidesmal nicht ausdrücklich die philanthropische Perspektive gewiesen, aber 1.) wird die Illusion genährt, die Berufsarbeit könne innerhalb des Kapitalismus in irgendeiner relevanten Weise unmittelbar der Emanzipation des Proletariats und des werktätigen Volkes von der Herrschaft des Kapitals dienen und 2.) wird die Illusion genährt, die Verwendung im späteren Beruf durch das Kapital und den kapitalistischen Staat könnten von der Ausbildung her verändert werden. (Vgl. auch Wahlprogramm) Die Berufsperspektive ist für die Massen der Studenten nicht subjektiv bestimmbar, sondern objektiv gegeben. Sie kann auch nicht einfach verändert werden. Umgekehrt, die Einsicht in Inhalt und Form dieser Berufsperspektive und die Einsicht in Inhalt und Form der dahin führenden Ausbildung sollen durch die Parole zur Einsicht in die Notwendigkeit des Bündnisses mit der Arbeiterklasse und der Diktatur des Proletariats weiterentwickelt werden. Die Parole bedeutet inhaltlich: Entlarvung der Ausbildung im Dienste des Kapitals vom Standpunkt des Proletariats und Kampf für eine Ausbildung im Dienste des Volkes, die nur durch die Diktatur des Proletariats verwirklicht werden kann, d.h. nicht, daß diese Parole Reformen ausschließt, bestimmt aber den

Charakter der Reformen, die wir erkämpfen: Reformen, die die Kritik der Wissenschaft im Dienste des Kapitals erleichtern, um die Notwendigkeit der Beseitigung des Kapitalismus einsichtig zu machen. Die Reformen, die wir anstreben, sind also demokratische Reformen, und zwar streben wir demokratische Reformen nicht deshalb an, weil durch sie innerhalb des Kapitalismus eine Ausbildung im Dienste des Volkes erleichtert würde, sondern weil durch sie der Kampf gegen die Wissenschaft im Dienste des Kapitals und der Kampf für die Beseitigung des Kapitalismus erleichtert würde. Nur wenn wir mit Hilfe der Parole "Für eine ..." die Studenten für das Bündnis mit dem Proletariat und für die Diktatur des Proletariats zu gewinnen versuchen, ist diese Parole Teil einer richtigen Massenlinie der Arbeit von Kommunisten an der Hochschule. Dann gewinnen wir auch die Spezialisten, die unter der Diktatur des Proletariats mit ihrem Wissen zum Aufbau des Sozialismus beitragen und sich damit mit ihrer Berufsarbeit in den Dienst des Volkes stellen. Vor der proletarischen Revolution können wir die Widersprüche zwischen den Interessen der Mittelklasse und dem Kapital, und die sich daraus ergebenden Widersprüche zu den Interessen des Volkes nicht in der Berufssphäre selber lösen, sondern nur als Motor zur Verschärfung des politischen Kampfes für die Beseitigung dieser Widersprüche benützen.

Konkretisierung dieser Parole heißt also die konkrete Analyse dieser Widersprüche, um sie durch Agitation und Propaganda zu verschärfen, nicht aber die sinnlose Schnüffelei nach Möglichkeiten der Aufhebung dieser Widersprüche in einer Berufspraxis, die unter der Herrschaft des Kapitalismus halt nicht im Dienste des Volkes, sondern nur im Dienste der Reproduktion der Herrschaft des Kapitals stehen kann.

Woher ergäbe sich sonst überhaupt für die wissenschaftliche Intelligenz die Möglichkeit der Einsicht in die Notwendigkeit der Beseitigung des Kapitalismus, wenn die Widersprüche, die sie fühlen und erkennen, im Kapitalismus selbst beseitigt werden könnten. Für die Berufssphäre selbst propagieren wir deshalb politische Reformen, wie die Abschaffung des Beamtenrechts, die die freie Entfaltung dieser Widersprüche erlauben, und wenn wir von der Notwendigkeit eines Gesundheitswesens im Dienste des Volkes sprechen, dann sagen wir offen, daß das die Beseitigung des Kapitalismus voraussetzt.

Die Parole "Für ..." ist nicht einfach nur ein Teil der Massenlinie an der Universität, sondern tendenziell ist sie wichtiges Element des Aktionsprogrammes einer komm. Organisation, die in allen nichtkapitalistischen Schichten und Klassen für die proletarische Revolution arbeitet, d.h. wir propagieren den Kampf für eine Ausbildung im Dienste des Volkes auch im Proletariat und in allen Klassen und Schichten, mit denen das Proletariat ein Bündnis gegen die Herrschaft des Kapitals eingehen kann. Wenn wir die Parole im Proletariat propagieren, dann nicht deshalb, weil durch sie ein Teil der Studenten für die Perspektive der Diktatur des Proletariats gewonnen werden kann, sondern um das Proletariat in seiner wichtigen Aufgabe zu unterstützen, sich die Wissenschaft, die ihm das Kapital als feindliche Macht gegenüberstellt, anzueignen, d.h. die Wissenschaft durch die proletarische Revolution dem Aufbau des Sozialismus und damit den Interessen des Volkes dienstbar zu machen. Wenn wir die Ausbildung im Dienste des Volkes im Proletariat propagieren, dann nicht um dem Proletariat weiszumachen, eine solche Ausbildung sei innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise möglich, um ihm die philanthropische Hilfe von Intellektuellen zu versprechen, die sich in den Dienst des Volkes gestellt haben, sondern um dem Proletariat zu helfen, sich auf die Beherrschung der ganzen gesellschaftlichen Arbeitsorganisation vorzubereiten, ohne die die Diktatur des Proletariats zum Scheitern verurteilt ist. Die chinesische Kulturrevolution hat ein Beispiel dafür geliefert, wie das Proletariat in seiner Diktatur durch seinen direkten Eingriff die Ausbildung im Dienste des Volkes sicherstellt. Wir versuchen auch, dem Proletariat nicht weiszumachen, daß eine Öffnung der kapitalistischen Universität für Jugendliche proletarischer Herkunft irgendetwas an der Ausbildung der Universität verändert, sondern zeigen angesichts der Trennung der Wissenschaft vom Proletariat die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats auf, um mit Hilfe des bündnisbereiten Teils der Studenten und der wissenschaftlichen Intelligenz unter der Diktatur des Proletariats die Wissenschaft in ein gewaltiges Hilfsmittel der Entwicklung der Kräfte des ganzen Volkes zu verwandeln und das Volk zunehmend in ein "Arbeitervolk" zu verwandeln (Marx), das die Wissenschaft beherrscht. Im Kapitalismus dagegen ist das Volk objektiv gespalten, in Wissenschaftler, die durch ihre Beherrschung wissenschaftlicher Techniken im Dienste des Kapitals zur Herrschaft des Kapitals über die breiten Massen des Proletariats beitragen, und das Proletariat, dem sich auf der Basis des von ihm geschaffenen materiellen Reichtums die Wissenschaft als feindliche Macht gegenüberstellt.

Die Parole "Für eine ..." ist also nicht nur Teil der Massenlinie an der Universität, sondern in anderer Weise auch Teil der Massenlinie der Agitation und Propaganda im Proletariat selbst und trägt in jeweils verschiedener Weise im Proletariat und in der wissenschaftlichen Intelligenz zur Vermittlung der Einsicht in die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats bei.

Einige Bemerkungen zum Begriff "Volk" in der Parole: "Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes"

Wenn die Parole in philanthropischer Weise interpretiert und propagiert wird, also grundsätzlich falsch, trägt der Begriff Volk in der Parole nur zu ihrer zusätzlichen Entleerung von ihrem klassenspezifischen Inhalt bei. Wenn die Parole interpretiert und propagiert wird, um die Einsicht in die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats zu verbreiten, dann besorgt sie und der Begriff des "Volks" in ihr nur das: die proletarische Revolution befreit alle nichtkapitalistischen Klassen und Schichten, und die Diktatur des Proletariats wird die Wissenschaft den Bedürfnissen des Volkes, d.h. der nichtkapitalistischen, der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und Schichten dienstbar machen. Das "Volk" umfaßt alle nichtkapitalistischen, unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und Schichten. "Volk" ist ein klassenanalytischer Begriff. Um den Begriff des Volks zu präzisieren, ist also eine Fortführung der Klassenanalyse notwendig, die, da die Klassenanalyse nicht eine Frage der Statistik ist, eine Entfaltung der Klassenkämpfe voraussetzt; wenn derzeit noch unbestimmt ist, wer zum Volk gehört und wer nicht, so liegt das nicht am Begriff des "Volks". Auf jeden Fall steht fest, daß die führende Kraft des Volkes, sofern es sich revolutionär gegen die Herrschaft des Kapitals wendet, das Proletariat ist. Weil die Klassenanalyse noch nicht so weit fortgeschritten ist, um genau klären zu können, welche Klassen und Schichten dem Volk angehören und welche nicht - deshalb den klassenanalytischen Begriff des "Volkes" aufzugeben, wäre unmarxistisch.

(J.S., 23.7.71)

Eröffnung am 20. Mai

Politische Buchhandlung Rupp-Grunow HD, Untere Straße 9

Die Buchhandlung wird in Zusammenarbeit mit dem Verlag NRF aufgebaut

Alleinvertrieb in Heidelberg für alle Publikationen des Verlags NRF, der KG(NRF)Ma-Hd und der KHG(NRF)Ma-Hd

ZUR AUSSENPOLITIK DER VOLKSREPUBLIK CHINA

Vorbemerkung

1. Der Artikel von Mavrakis über die chinesische Politik gegenüber Pakistan stammt aus dem Juli 1971. Die Veröffentlichung ist aber jetzt noch sinnvoll, da er sehr detailliert auf die einzelnen Aspekte dieser Politik eingeht; einen Brief von Tschou En Lai, der von der VR China weder bestätigt noch dementiert ist, unterstellt er hypothetisch und versucht, ihn zu interpretieren. Die von dem Artikel erfasste Phase kann als exemplarisch für die gegenwärtige Politik der VR China verstanden werden; die grundsätzliche Beibehaltung der Position ist zu verfolgen: Peking Rundschau 46/71 - Pakistanische Delegation in China, Peking Rundschau 49/71, Dem gerechten Kampf des pakistanischen Volkes entschiedene Unterstützung!, PR 50/71 - Bewaffnete Aggression Indiens gegen Pakistan, PR 51/71 - Kommentar aus Renmin Ribao, Plenartagung der UNO-Vollversammlung, PR 52/71 - Stellungnahme im UNO-Sicherheitsrat, usw.

Ziel der Publikationen muß es hauptsächlich sein, durch die Richtigstellung von falschen Vorstellungen über die chinesische Politik zur Bekämpfung einer falschen Kritik an dieser Politik beizutragen. Die Richtigstellung setzt an der Stelle an, wo sich diese Kritik in Widersprüche verwickeln muß: so schreibt z.B. die amerikanische SDS in PL, march 72, p.2, daß das Verhalten der VR Chinas ihr erster großer Schritt zur Großmachtpolitik gewesen sei und stellt damit das Verhältnis VR China - Pakistan dem Verhältnis SU - Indien gleich; PL kann aber die Niederlage Pakistans dann nicht mehr erklären und sagt, mit Pakistan sei nun gleich die VR China "knocked down". (+)

2. Der Artikel von Barkar -Sen hat seinen Schwerpunkt in einer richtigen Einschätzung der Awami-Liga.
Zur Zeit betreibt die Awami-Liga selbst in ihrer Politik die eigene Entlarvung. So schreibt die NZZ vom 29.3.72: "Preise wichtiger Lebensmittel steigen; Schwarzhändler und Kriegsgewinnler nutzen das Preisgefälle zwischen Indien und Bangla Desh...'Wir haben die Freiheit gewonnen, aber die soziale Revolution müssen wir noch erkämpfen', ist von manchen Studenten zu hören. Den einfachen Mann ärgert, daß die 'pakistanischen Ausbeuter' zwar verschwunden sind, die unzugänglichen und 'rücksichtslosen Bürokraten' aber immer noch die Amtsstuben beherrschen".

Die Awami Liga selbst ist bisher gerade stark genug gewesen, Ende 1970 die Wahlen zu gewinnen, die im März 71 zum Konflikt mit der pakistanischen Zentralregierung führten.
Danach wäre es möglich gewesen, daß die Awami Liga im Kampf gegen die Zentralregierung die Massen mobilisiert hätte, die sie vorher mit Demagogie an die Wahlurnen gebracht hatte. Eine solche Massenbewegung hätte aber gleichzeitig die Grundlagen ihrer eigenen Macht gefährdet.

So beschleunigte die Krise vom März 71 einen Prozeß, der im Charakter der Awami Liga notwendig angelegt war: sie wurde zuerst zum willigen Agenten, dann zum bloßen Anhängsel des indischen Staates. Dieser sichert heute die Awami-Regierung, mit derselben Hand öffnet er gleichzeitig den indischen Kapitalisten jede Möglichkeit der Ausbeutung. Diesen scheint es nicht auszureichen, einfach mit ökonomischen Mitteln in die bestehende Struktur Ostpakistans einzudringen. Inder demontierten Juteverarbeitungsanlagen und brachten sie nach Westbengalen. (Spiegel, 24.4.72) Für die dortige völlig bankrotte Industriebourgeoisie scheint es notwendig zu sein, die Verhältnisse von vor 1947 exakt zu rekonstruieren: Ostbengalens Juteanbau wird allein den Fabrikherren von Kalkutta zur Ausbeutung vorbehalten.

Während die Revisionisten in aller Welt die Awami-Liga nach jeder massenfeindlichen Maßnahme weiterfeierten, regte sich der Widerstand der Massen in Ostpakistan selbst. Die Awami-Liga überließ die Auseinandersetzung mit den Zentralregierungstruppen den Indern und konzentrierte sich auf die Bekämpfung der konsequentesten Vertreter der Masseninteressen: der Marxisten-Leninisten. Dieser "Schießbefehl" der Awami-Liga ist nach Monaten nun auch in die westliche Presse gedrungen (Le Monde, 5.4.72, Spiegel, 24.4.72).

Wohl im Gegensatz zur Meinung des Autors ist festzustellen, daß die Einschätzung der Awami-Liga nicht unmittelbar die chinesische Außenpolitik erklärt und rechtfertigt. Entscheidend ist, daß die VR China gegen die Übergriffe Indiens Stellung genommen hat. Um das zu legitimieren ist es unnötig, die Awami-Liga einzuschätzen, denn die chinesische Regierung hätte auch während einer Volksbewegung anderen Charakters dieselbe Stellung beziehen müssen. Die indischen Übergriffe tragen ihren Charakter als gegen die Völker Südasiens und Chinas gerichtet insoweit in sich; daß die Awami-Liga mit den Indern kollaboriert, dient wiederum zu ihrer Einschätzung.

Die Stoßrichtung des Artikels geht gegen die Awami-Liga. Das bedeutet, daß er nicht eingeht auf die Verwirrung, welche die innerpakistanische Auseinandersetzung gerade unter den Kommunisten beider Teile Bengalens angerichtet hat.

Die nationale Frage ist in Südasien zunächst wichtig geworden im Kampf gegen die Briten, in dem (mit Ausnahme der Telengana-Bewegung von 1946-51) immer der Kongreß führend gewesen ist. Weiterhin wurde sie wichtig in der Frage der Stoßrichtung des Kampfes nach der Unabhängigkeit gegen die einflußnehmenden Mächte Großbritannien, USA und später der Sowjetunion. Das Verhalten der indischen Kommunisten war dabei meist von Unsicherheit gekennzeichnet.

+ Zu unserer Position in dieser Frage vgl. den Artikel von J. Schmierer in NRF 6/71

"Wenn der Kolonialismus ein Gebiet seiner Herrschaft unterwirft, vereinheitlicht er es in seinem Interesse, um die Ausbeutung zu erleichtern. Wenn er abzieht, hinterläßt er einige Wurzeln von Unruhen, um die Fernsteuerung zu erleichtern". (Tschou En Lai, Sunday Times 5.12.71, Verlag Rote Presse, Hamburg, S.21)
Die durch die Briten geförderten und durch die Teilung Indien - Pakistan mit besonderer Bedeutung versehenen Widersprüche zwischen den Volksgruppen Südasiens, und die so hervorgerufenen Auseinandersetzungen haben unter den bengalischen Kommunisten zu scharfen Konflikten geführt. (vgl. Neues Rotes Forum, 6/71, S.47,58ff)

Als eine der ostbengalischen Gruppen hat die East Pakistan Communist Party-ML (Mohammed Toha) seit ihrer Abspaltung von der National Awami Party 1967 ähnliche Positionen wie die Charu Mazumdar Gruppe der CPI-ML bezogen. In den ersten Wochen der Krise vom Frühjahr 71 bezeichnete sie die Awami -Liga und die pakistanische Junta als die beiden Feinde des bengalischen Volkes und schloß daraus , man müsse entweder demKampf fernbleiben, oder auf beiden Fronten kämpfen. Diese Politik war den Bauernmassen nur schwer zu vermitteln; daraufhin spaltete sich in der Region von Khulna eine Minderheitsgruppe um Abdul Huq-Shikda ab und stellte den Kampf gegen die Pakistanis ganz ein. Diese Gruppe wurde innerhalb kurzer Zeit diskreditiert und aufgerieben.
Die Mehrheit nahm weiterhin am Kampf teil und gewann auf Grund der Schwäche der bürgerlichen Elemente bald an Bedeutung - bei Jessore, Noakhali und Comilla wurde die pakistanische Verwaltung weitgehend beseitigt und wurden politische Massenorganisationen aufgebaut.

Andere Gruppen, wie die seit 1969 bestehende East Bengal Communist Party (Abdul Motin), nahmen von vornherein vorbehaltlos am Kampf gegen die Pakistanis teil. Die EBCP betrachtet die Awami-Liga nur als durch den indischen Expansionismus korrumpiertes Element innerhalb der nationalen Strömung Bengalens, welches durch das Bündnis aller Demokraten zu isolieren sei. Der nationale Feind (Yahya Khan) sei der Hauptfeind in der ersten Etappe der bengalischen Revolution, während der Klassenfeind (Awami-Liga - Mujibur Rahman) in der zweiten Etappe zu besiegen sei. Dabei verwendet die EBCP die Begriffe Haupt- und Nebenwiderspruch und vergleicht ihr Bündnis mit den nationalen Elementen mit dem Bündnis der KPCh mit der Kuomintang gegen die Japaner.

Die Arbeit der EBCP war in den Gebieten von Bogra, Pabna, Comilla und Mymensingh sehr erfolgreich in der Organisation der Bauern und im militärischen Kampf. Dabei ist die ideologische Position gegenüber Elementen des "islamischen Sozialismus" des Maulana Bhasani (NAP) anscheinend nicht sehr gefestigt .
Im Bündnis mit bürgerlich-nationalen Elementen noch weiter geht eine Studentengruppe (Zaffar-Menon), die früher mit der EPCP-ML zusammenarbeitete. Sie kämpft direkt mit Teilen der sehr heterogenen Mukti Bahini zusammen und ist in einem Konsultativkomitee vertreten, in dem auch die Awami-Liga arbeitet.

Die Bedeutung dieser Gruppen war trotz ihrer Zersplitterung so stark, daß sie Indien einen weiteren Grund für den Einmarsch in Pakistan gab.

Der vorläufige Sieg der Awami-Liga und der Inder hat nun insoweit die Fronten geklärt: Die Awami-Liga entlarvt sich vor den Massen und macht mit ihrer Politik bankrott. Die ostbengalischen Revisionisten halten sich zwar bereit, nach dem Abhalftern der Awami-Liga die Massen ein letztes Mal für die Sicherung der Klassenherrschaft und die Erhaltung des indischen und sowjetischen Einflusses zu mobilisieren - aber durch ihre Anlehnung an die Awami-Liga werden sie mit dieser die Fähigkeit, die Massen zu spalten, verlieren.

DIE POLITIK DER VR CHINA GEGENÜBER PAKISTAN

von Konstantin Mavrakis
Übersetzung aus: La nouvelle Chine, Paris 3/71, S.14ff

Das Verhalten Chinas angesichts der Pakistankrise ist mißverstanden werden, was nicht erstaunlich ist. Die Informationen der Presse waren zuweilen ungenau und die Kommentare tendenziös. Die Öffentlichkeit, selbst die aufgeklärteste, ist über die chinesische Strategie und ihre Prinzipien nur ungenügend informiert. In der Meinung, China habe für die pakistanische Regierung gegen das Volk Bengalens Partei ergriffen, fragte man sich natürlicherweise, ob da nicht ein Widerspruch bestehe zu den Ideen, als deren Hauptvertreterdie chinesischen Kommunisten gelten. Bevor wir eine Erklärung der chinesischen Politik zu geben versuchen, ist es sinnvoll, die Tatsachen noch einmal klarzustellen.

Seit Abbruch der Besprechungen zwischen Yahya Khan und Mujibur Rahman, seit der Unabhängigkeitserklärung Bangla Deshs durch Mujibur Rahman und der Intervention der pakistanischen Armee, hat sich die chinesische Regierung nicht aus ihrer äußersten Reserve herausbegeben. Sie achtete gewissenhaft darauf, in ihren öffentlichen Erklärungen keine Stellungnahme zu den internen Problemen Pakistans zu beziehen. Erst am 4. April gaben Rundfunk und Presse Chinas eine Einschätzung der Ereignisse nach dem 26. März in Ostbengalen. Sie verbreiteten an jenem Tag kommentarlos Informationen über die Rede Yahya Khans und drei Noten Islamabads an Indien, die gegen das Eingreifen Indiens in innerpakistanische Angelegenheiten protestierten. Die "Cahier de la Chine Nouvelle" haben in ihrem Bericht vom 8. April den Text der Pekinger Note veröffentlicht, die die indischen Autoritäten beschuldigte, eine provokatorische Kundgebung vor der chinesischen Botschaft in Neu Delhi initiiert zu haben.

Einige Zeitungen sahen darin den Beweis dafür, daß die Volksrepublik China "dem Präsidenten Yahya Khan einen indirekten Rückhalt" gewährte und so für die zentralen Autoritäten klar Stellung bezog im "Konflikt zwischen West- und Ostpakistan".

Das genaue Gegenteil aber legt die besagte Note nahe. Sie wehrt sich gegen die Plakate der Demonstranten, die China beschuldigten, die pakistanische Regierung dabei zu unterstützen, "diejenigen zu bekämpfen, die die Freiheit Ostbengalens herbeisehnten". Sie unterstreicht, daß die chinesische Regierung sich niemals in innere Angelegenheiten anderer Länder eingemischt hat und wirft Indien sein ostentatives Eingreifen in die inneren Angelegenheiten Pakistans vor. Am 11. April bestätigte die Volkszeitung in einem Artikel ihres Kommentators mit dem Titel "Was bezwecken die indischen Expansionisten?" noch einmal die chinesische Position, nämlich "die pakistanische Regierung und das pakistanische Volk ... gegen Aggression und Intervention von außen" zu unterstützen.

Was die Botschaft Tschou En Lais an Yahya Khan angeht, so ist eine solche nicht durch die Agentur Hsinhua veröffentlicht worden und die chinesische Botschaft in Paris erklärt, den Text nicht zu kennen. Sollte das eine Fehlinformation sein, könnte man das Ausbleiben eines klaren Dementis durch Peking mit dem Widerstreben erklären, eine befreundete Regierung zu beleidigen.
Bei der Hypothese, daß es sich um einen authentischen Text handelt, ist es wichtig, ihn richtig zu lesen. Obgleich er in der Sprache der Diplomatie abgefaßt ist, ist sein Sinn sehr eindeutig. Er ist weit entfernt von den Interpretationen, die auf einer ungenauen Übersetzung beruhen.
Tschou En Lai hätte also zu dem Zeitpunkt, an dem Yahya Khan die Verhandlungen abgebrochen hatte, um Waffen einzusetzen, ihm geschrieben: "Wir glauben, daß dank der umsichtigen Konsultationen und dank der Bemühungen Eurer Exzellenz und führender Persönlichkeiten verschiedener politischer Richtungen in Pakistan, sich die Situation normalisieren wird." Hieß das nicht, seinem Gesprächspartner nahezulegen, eine politische Lösung zu suchen, statt sich der bewaffneten Repression zu bedienen? In dem Moment, wo die Weltpresse Zeugnisse der Massaker in Bengalen veröffentlichte, richtete sich Tschou En Lai mit den Worten an Yahya Khan: "Es ist sehr wichtig, zwischen den breiten Volksmassen und einer Handvoll Personen zu unterscheiden, die die Einheit Pakistans zu sabotieren suchen." Dieser Rat war nicht überflüssig, denn die pakistanische Armee hielt die Unterscheidungen Tschou En Lais offensichtlich für zu subtil.

Schließlich sind diejenigen Absätze der Botschaft, die man ihm zuschreibt, die die offiziellen Stellungnahmen Chinas ausdrücken mit den folgenden Worten eingeleitet: "Die chinesische Regierung ist der Meinung, daß ..." Diejenigen aber, die sich auf die internen Probleme Pakistans beziehen, beginnen mit "Wir glauben..." und "Nach unserer Meinung ..." Sie schließen mit folgendem Satz: "Als Freunde Pakistans möchten wir Ihnen diese Ansichten zur Information unterbreiten." Es würde sich also um eine persönliche und private Mitteilung handeln und das würde erklären, warum sich die Chinesen geweigert haben, sie zu veröffentlichen. Tschou En Lai vertrat darin die Ansicht, daß "die Einheit West- und Ostpakistans die grundlegende Garantie dafür sei, daß Pakistan stark und erfolgreich werde." Das ist einleuchtend. Ist es nicht irreführend, daraus zu folgern, wie es gewisse Zeitungen am 14. April taten, daß Tschou En Lai sich nicht nur "für die Einheit Pakistans" ausspreche, sondern ebenso "für die Aktionen zu ihrer Erhaltung"? Nicht ein einziges Wort in dem zitierten Text rechtfertigt eine solche Interpretation. Wie zu erwarten war, haben einige trotzkistische Gruppen die Einzelheiten, die ihnen die Presse lieferte, auf absurdeste Weise ausgeschlachtet. Eine Erklärung der IV. Internationale scheute sich nicht, anläßlich der Botschaft Tschou En Lais "die Gutheißung des Massakers der Bengalen durch Peking" zu denunzieren. Aber da dies nicht genügte, um eine solche Beschuldigung zu stützen, sah sich die IV. Internationale gezwungen, eine spätere "Botschaft Maos an Khan" vollständig zu erfinden, "die die gleichen Gedanken in noch schärferen Worten wieder aufnehmen".

Einmal abgesehen von den Erfindungen der Trotzkisten und den willkürlichen Interpretationen, bleiben zwei Punkte, die sicher zu sein scheinen:

1. Die Unterstützung der pakistanischen Regierung durch China war einzig gegen die Einmischung Indiens gerichtet.
2. In der gegenwärtigen Lage scheint China den Verfall (zum größten Vorteil Indiens) seines einzigen Verbündeten in diesem Gebiet der Welt nicht zu wünschen.

Worin liegt der Grund hierfür? In Pakistan wie in Indien liegt die Macht in Händen des Großkapitals in Verbindung mit den Grundeigentümern. Sie sind gleichermaßen volksfeindliche Regierungen; wie erklärt es sich, daß China eines der beiden Länder dem anderen vorzieht und es unterstützt?
Um diese Wahl verständlich zu machen, werden wir versuchen, die chinesische Analyse der gegenwärtigen Lage wiederzugeben von ihrem Standpunkt im System der internationalen Beziehungen und von ihrer Strategie zu Veränderung dieses Systems zu ihren Gunsten.
Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion bemühen sich, China einzukreisen. Diese beiden Länder zeigen sich mal aggressiv, mal konziliant, aber das sind nur die zwei Seiten einer China von Grund auf feindlich gesinnten Politik, weil China an die Stelle der Sowjetunion, als Basis der Weltrevolution, getreten ist.
Um die Einkreisung zu durchbrechen, rechnet China mittel- und langfristig auf die Siege der revolutionären Völker. Kurz- und Langfristig nützt es die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten aus, besonders indem es die Regierungen unterstützt, die sich weigern, sich den beiden Supermächten, die die Welthegemonie im Auge haben, anzugliedern.

Indien ist eine herrschsüchtige Expansionsmacht. Es hat lange Zeit eine Art Kolonialkrieg geführt, um die Völker Naga und Mizo in Assam zu unterwerfen. Es hat alles getan, um die Himalaya-Staaten Bhutan, Sikkim und Nepal unter sein Protektorat zu bringen. Die beiden ersteren haben sich als die Schwächeren beugen müssen. Nur der dritte konnte standhalten.
Schließlich hat sich Indien Kaschmirs bemächtigt und sich unter Mißachtung seiner Versprechen geweigert, eine Volksabstimmung durchzuführen, die der Bevölkerung eine freie Entscheidung über ihr Los ermöglicht hätte.

Im März 1959 hat die indische Regierung einen Aufstand von tibetanischen Besitzern von Leibeigenen unterstützt, gleichzeitig erhob Nehru Anspruch auf chinesisches Territorium. Indische Truppen haben dann die Grenze über-

schritten und im August und Oktober blutige Zwischenfälle provoziert.

Um eine Wiederholung zu vermeiden und um die Lage zu beruhigen, wurden chinesische Patrouillen eingestellt, was die Inder zum Anlaß nahmen, eine Infiltrations- und Zermürbungstaktik anzuwenden, indem sie ein paar Dutzend Stützpunkte in den rückwärtigen chinesischen Gebieten errichteten.
Im Jahre 1962 hielt Neu Delhi den Augenblick für einen Angriff großen Ausmaßes für günstig.
Er wurde am 2o. Oktober gestartet, aber schon am 12. hatte Nehru seine Soldaten ausgeschickt, um die chinesischen Grenzposten zu "säubern". Wie man weiß, wurden allerdings die indischen Truppen "gesäubert".
Danach beschloß China einen einseitigen Waffenstillstand, befahl seiner Armee, sich auf 2o km hinter die Kontrollinie zurückzuziehen und ergriff Maßnahmen, die ca. 15oo indischen Gefangenen mit ihren Waffen freizulassen.

Der Verschlechterung der chinesisch-indischen Beziehungen war eine Annäherung Indiens an die USA vorausgegangen, die sich in einem Ansteigen der amerikanischen Hilfe abzeichnete, der Dollar-Zustrom, der vor 1956 Hundert Millionen im Jahr betrug, stieg auf 6oo Millionen jährlich zwischen 1956 und 1959 und dann auf 13ooo Millionen jährlich nach den ersten bewaffneten Zusammenstößen.
Am 26. Mai 1961 schrieb die Zeitschrift "US News and World Report", daß Nehru der bevorzugte Freund der Regierung Kennedy würde. Diese hatte den Volkswirtschaftler Galbraith als Botschafter nach Indien gesandt, der der Begründer der These war, daß die drei strategischen Stützpunkte Amerikas in der Welt Brasilien, Nigeria und Indien sein müßten.

Der Krieg von 1962 lieferte der indischen Regierung den nötigen Vorwand, um 1. etwa 800 Kommunisten einzusperren, 2. um alle sozialen Forderungen zurückzuweisen, 3. seinen Militärhaushalt zu verdoppeln und 4. enorme Waffenlieferungen von den Vereinigten Staaten zu bekommen.
Die Kräfteverhältnisse zwischen Pakistan und Indien verschoben sich, was Indien dazu ermunterte, alte Rechnungen mit seinem Nachbarn zu begleichen.
Im Dezember 1954 rief Indien Kaschmir als einen Teil Indiens aus. Im Frühjahr des kommenden Jahres versuchte Indien sich der Gebiete in Rann zu bemächtigen und vom 16. August an, attackierte es pakistanische Stellungen entlang der Waffenstillstandslinie von Kaschmir. Das war der Anfang eines Krieges, der sich bis zum 22. September 1965 hinzog. Im Laufe dieses Konfliktes unterbrachen die USA und England ihre militärischen Hilfsprogramme für Pakistan und Indien, wobei Indien im Vorteil war, daß es auf die Waffenlieferung der Sowjetunion rechnen konnte, wie auch auf seine eigene Militärindustrie. Pakistan hatte dagegen von den Amerikanern lediglich Waffen bekommen, die für einen Monat ausreichten. London und Washington übten sogar auf die Türkei und den Iran Druck aus, um sie davon abzuhalten, militärisches Material nach Pakistan zu liefern.
Es ist bezeichnend, daß die Presse aller westlichen Länder unter diesen Umständen einstimmig Indien begünstigten. Auf Pakistan wurde von allen Seiten Druck ausgeübt, und nur dank der chinesischen Unterstützung konnte es sich eine gewisse Unabhängigkeit bewahren.

Pakistan war ein Verbindungsglied in der Reihe der Militärabkommen der Vereinigten Staaten, denn es war gleichzeitig Mitglied der CENTO und der SEATO. Seit 1962, seit Rawalpindi die Bevorzugung Indiens durch seine westlichen "Verbündeten" konstatierte, stellte es seine Teilnahme an den Aktivitäten, die sich aus seiner Mitgliedschaft in diesen Abkommen ergaben, ein und leitete eine Annäherung an China ein.
Am 2. März 1963 schlossen die beiden Länder ein Grenzabkommen (Indien und die UDSSR sind die einzigen an China angrenzenden Länder, die ein solches Abkommen ablehnten) und am 3. Mai 1964 wurde eine Flugverbindung zwischen Canton und Karatschi eingerichtet, die erste direkte Verbindung Chinas mit der nichtkommunistischen Welt.

Das kostete Pakistan eine amerikanische 4,3 Millionen-Dollaranleihe zur Verbesserung des Flughafens von Dacca.
Im Oktober 1964 gewährte Peking Pakistan eine zinslose Anleihe über 6o Millionen Dollar für den Kauf von schweren Maschinen in China. Schließlich wurde für einen unbestimmten Zeitpunkt ein erstes Lieferungsabkommen für chinesische Waffen abgeschlossen.

Indem China Beziehungen zu Pakistan anknüpft, bekennt es sich zu seiner Parole: "Man muß alles unterstützen, was der Feind bekämpft."
Dieses gleiche Prinzip veranlaßte die Sowjetunion unter Lenin, den Rapallo-Vertrag mit Deutschland abzuschliessen. Der Fall Kambodscha liegt ähnlich. Dieses Land fühlte sich von den Territorial-Ansprüchen Thailands und Südvietnams bedroht, die beide von den USA unterstützt wurden.
Ebenso mußte sich der Sihanouk an China und Nordvietnam annähern.
Diese beiden Länder wußten für ihren Teil, daß die Freundschaft mit Kambodscha den Kampf gegen eine amerikanische Intervention erleichtern würde. Die Hilfe Chinas und anderer sozialistischer Länder erlaubte Sihanouk Ende 1963 mit den USA zu brechen. Die folgenden Ereignisse haben gezeigt, wie falsch es ist, zu meinen, "die Unterstützung" von Regierungen, die die besitzenden Klassen repräsentieren, könne dem Aufschwung der revolutionären Bewegung hinderlich sein. Die guten Beziehungen Pekings zu Sihanouk haben eine Verankerung der Kommunisten in den Massen und ihre militärische Stärkung nicht verhindern können. Sihanouk, der China im Verdacht hatte, sie zu unterstützen, unterließ es nicht, es in seinen Reden zu kritisieren.
Immerhin konnte er dank der Hilfe Chinas dem Druck der USA widerstehen, was diese zwang, ihn durch einen Militärputsch zu stürzen. So brachte die geschickte Politik Pekings Sihanouk in eine Lage, in der er im Dienste des Volkes handelte. Nach dem Staatsstreich haben seine Reden, die in unzähligen Dörfern verbreitet wurden, dazu beigetragen, die bäuerlichen Massen mit der revolutionären Bewegung zu vereinigen. Als Träger der Legitimität repräsentiert er im Ausland die Volksbewegung und verleiht ihr dadurch eine internationale Stellung, die sie sonst nicht hätte.
Es ist bekannt in welch "grausame" Schwierigkeiten er die UDSSR gebracht hat, die darauf besteht, ihre Botschaft in Pnom Penh aufrechtzuerhalten.

Wir haben versucht, den Standpunkt Chinas im Konflikt zwischen Indien und Pakistan darzulegen. Nun wäre das Verhalten der Partei und des chinesischen Volkes angesichts der bengalischen Nationalbewegung aufzuzeigen.
Haben die Chinesen nicht ein marxistisches Prinzip ver-

letzt, wenn sie nicht das Recht der bengalischen Nation unterstützen, über sich selbst zu verfügen?

Nein. Selbst wenn dieses Recht die Regel ist, gibt es Ausnahmen unter ganz konkreten Umständen. Marx und Engels waren für die Unabhängigkeit Polens und Ungarns, aber gegen die nationale Bewegung der Tschechen und Südslawen. Lenin hat in seiner Polemik mit den Anhängern Rosa Luxemburgs erklärt, daß es nötig sei, verschiedene Haltungen einzunehmen je nach den Veränderungen der internationalen Lage: "Zu jener Zeit (von Marx)" sagte er, "war man vor allem gegen den Zarismus (und gegen gewisse Bewegungen kleiner, von ihm in antidemokratischer Weise benützten Nationen) und für die großen revolutionären Nationen der westlichen Völker. Heute, ist man gegen die nunmehr vereinte Front der imperialistischen Mächte und für seine Ausnützung zugunsten der sozialistischen Revolution aller gegen den Imperialismus gerichteten nationalen Bewegungen." (Lenin, Werke, Bd. 22, S.356)

In der historischen Epoche, die vom ersten Weltkrieg und vom Oktober 1917 eingeleitet wurde, sind die demokratischen und die nationalen Befreiungsrevolutionen Teil der sozialistischen Weltrevolution, besonders in dem Maße, wie sie den gleichen Feind treffen, den Imperialismus.
Aus diesem Grund hat Lenin die Parole, die das Kommunistische Manifest abschließt, wie folgt vervollständigt: "Proletarier aller Länder, unterdrückte Nationen und Völker, vereinigt Euch".
Nichtsdestoweniger präzisierte er, daß "die verschiedenen Ansprüche der Demokratie, einschließlich des Rechts der Nationen, über sich selbst zu verfügen, kein Absolutum darstellen, sondern nur ein kleiner Teil der gesamten demokratischen (heute sozialistischen) Weltbewegung sind. Es ist möglich, daß in bestimmten konkreten Fällen, dieser kleine Teil mit dem ganzen in Widerspruch steht. In dem Fall ist sie abzulehnen. Es besteht die Möglichkeit, daß die republikanische Bewegung eines Landes lediglich Instrument klerikaler, finanzieller oder monarchistischer Intrigen ist; In dem Fall haben wir die Pflicht, diese Bewegung nicht zu unterstützen." (Lenin, Werke, Bd. 22, S. 349)

Die Kritik "von links" an China setzt voraus, daß eine autonome Volksbewegung in Ostpakistan existierte. Sicher, die Wahlen waren positiv für die Awami-Liga, die sich anschließend als spalterisch entpuppte, und die Soldaten der Regierung hätten nicht ganze Viertel dem Erdboden gleichgemacht, wenn sie nicht auf einen gewissen Widerstand der Massen gestoßen wären.
Die waren jedoch "geführt" von bürgerlichen Politikern, die auch einen Teil vom Kuchen wollten und die den indischen Interessen verbunden waren. "Eine politische Forderung, die dem Chef der Awami-Liga teuer war, hat sicherlich einen großen Teil zum Scheitern der Verhandlungen von Dacca beigetragen: die Öffnung Westpakistans nach Indien." bemerkt Jean Peyzien (Le Monde Diplomatique, April 71). Der Direktor des indischen Instituts für Verteidigungsforschung hat seinerseits erklärt: "Die Spaltung Pakistans ist in unserem Interesse. Eine seltene Gelegenheit bietet sich uns hier." Die Awami-Liga liefert das Beispiel für eine nationalistische Bewegung, die ganz offenkundig zum Instrument der Intrigen des indischen Expansionismus geworden ist. Ein "unabhängiges" proindisches und proamerikanisches Bengalen würde Indien ungeheuer stärken. Indien könnte nun befreit von jeder Ungewißheit vonseiten Pakistans einerseits mehr Kräfte an der chinesischen Grenze konzentrieren und andererseits zur Unterstützung der Repression der revolutionären Bewegungen im Umkreis des indischen Ozeans eingreifen. Es würde hierzu unbeschränkte Militärhilfe der Vereinigten Staaten genießen, die glücklich wären, Asiaten von Asiaten bekämpfen zu lassen und sich so eines Teils ihrer Aufgaben als "internationale Polizei" zu entledigen.

Der Chef der Awami-Liga, Mujibur Rahman, hatte die Massen nicht auf den Kampf vorbereitet. Seine Ideologie der Gewaltlosigkeit entwaffnete das Volk, nicht jedoch seine Feinde. Er sagte selbst, wieviel Angst er vor der Revolution habe und bot sich an als letzter Schutzwall gegen die "Naxaliten" (indische Maoisten). Aus Furcht vor dem Volk hütete er sich wohl, es zur Wahl eigener Machtorgane aufzurufen, sondern setzte auf bürokratischem Wege Komitees der Awami-Liga ein, die "Gesetz und Ordnung" zu erhalten hatten mithilfe von Einheiten der "East Pakistan Rifles". Nach der Intervention der pakistanischen Armee sprachen sich die nach Kalkutta geflüchteten Führer der Liga bei ihren Beschützern gegen eine Weiterführung des Kampfes aus, weil er sich sonst in einen Volkskrieg verwandeln würde. Sie verbargen nicht ihre Hoffnung, in indischen Militärfahrzeugen nach Dacca zurückkehren zu können. Die Führer der Nationalen Awamipartei hatten die gleichen Vorstellungen. Einer von ihnen erklärte einem Korrespondenten von "Le Monde": "Wenn wir schnell siegen wollen, brauchen wir den vollen Einsatz Indiens an unserer Seite, sonst wird dies ein Guerillakrieg mit allen Konsequenzen für Indien."

Indien hat sich nicht damit begnügt, offiziell für die Spalter Partei zu ergreifen. Es stellte ihnen das indische Territorium zur Verfügung, gewährte ihnen Hilfe mit Lebensmitteln und Waffen und bot ihnen sogar direkte militärische Unterstützung an. Indische Grenzeinheiten sind wiederholt in Ostbengalen eingedrungen, um die pakistanische Armee zu bekämpfen und haben dabei Verluste erlitten (darunter vier Gefangene). Die schwersten dieser Zwischenfälle ereigneten sich am 10., am 16. und am 25. April. Man sprach von "Bürgerkrieg" und "Volksaufstand". In der Tat gab es nichts dergleichen, denn das Volk wollte nicht mit bloßen Händen kämpfen. Lediglich, die "East Pakistan Rifles", durch militärische Überläufer verstärkt, haben einen Widerstand angedeutet. In "Le Monde" vom 22. April kann man folgendes lesen: "Indien verstärkt seine Hilfe für die Befreiungsarmee Ostpakistans, deren verstreute Einheiten sich auf indischem Boden stärken, besonders am Grenzposten von Bitai. Die provisorische Regierung von Bangla-Desh hat sich heimlich in Kalkutta versammelt, um die kritische Lage in Bengalen zu diskutieren, wo sich der Widerstand völlig aufgelöst hat.

"Die 400 Soldaten der 'Befreiungsarmee', die sich in Betai befindet, stellen die Gesamtheit der Streitkräfte Bangla-Deshs aus dem südöstlichen Sektor dar. Diese Zahl ist umso kleiner, als die Plänkeleien von der indischen Presse, die von großen Schlachten sprach, übertrieben wurden. Der Sonderbeauftragte vom "Daily Telegraph" war noch kategorischer. Vom 15. April an glaubte er, daß "die 'bengalische Befreiungsarmee' niemals existiert habe, und, daß es auf jeden Fall in Ostpakistan nie eine organisierte Widerstandsbewegung auf Landesebene gegeben habe." ("Le Monde", 18./19. April) Die Presse hat den Maoisten eine wichtige Rolle in der bengalischen Nationalbewegung zugeschrieben, aber keine einzige präzise Information hierüber wurde gegeben.

Natürlich leiht man nur den Reichen und es ist klar, daß im Unglück die Maoisten auf der Seite des Volkes zu finden waren, aber absolut nichts zeigt an, daß sie in wenigen Wochen den Massen das wahre Gesicht der bürgerlichen Politiker hätten zeigen können und die Führung einer mit Waffengewalt unterdrückten Bewegung hätten übernehmen können.

Einige Journalisten haben es sich zur Gewohnheit gemacht, die nationale Awami-Partei als prochinesisch zu bezeichnen, weil sie dem Bündnis mit China zugeneigt ist. Sie mit Maoisten zu verwechseln, bedurfte es nur noch eines kleinen Schrittes. Man kann nur bedauern, daß "Le Monde" und "Le Nouvel Observateur" (12. April) diesen Schritt so leichtfertig getan haben. In Wirklichkeit bezog sich der Chef der nationalen Awami-Partei, Maulana Bashani, weder auf die Ideen Mao tse-tung noch irgend eines anderen Marxisten. Er war ein kleinbürgerlicher Demokrat, aber er war, anders als Mujibur Rahman, gegen Imperialismus und Feudalismus. Die Anhänger Mujibur Rahmans haben als lokale Machthaber die Massenmorde an den Westpakistani in Ostbengalen angeführt. Seit dem Völkermord der Armenier in der Türkei bis zu den Massakern der Vietnamesen in Kambodscha über die "antigriechischen" Tumulte in Konstantinopel, lehrt uns die Geschichte, daß solche rassistischen Grausamkeiten immer Sache von reaktionären Führern sind, die sie als "unvermeidliche Ausbrüche des Volkszorns" verkleiden.

Die genannten Tatsachen zeigen, daß es in Ostbengalen keine autonome Volksbewegung gab, das heißt, eine Volksbewegung, die eigene Ziele verfolgte, anstatt vor den Karren einer reaktionären Politik gespannt zu sein. Durch das Fehlen einer solchen Bewegung, waren die beiden sich gegenüberstehenden Parteien bei der vergangenen Krise auf der einen Seite Indien (und seine Verbündeten der Awami-Liga) und auf der anderen Seite Pakistan. Das bengalische Volk war nur ein, fast zur Passivität gezwungenes, Opfer. Indien erhielt Unterstützung durch die UdSSR. Diese adressierte am 3. April einen "dringenden Appell" an Yahya Khan, dessen befehlshaberischer Ton den gewünschten Effekt gehabt haben wird. Moskau hatte sogar vor, die Regierung von Bangla-Desh anzuerkennen, wenn man der "Financial Times" vom 23. April glaubt. Der Leitartikel von "Le Monde" vom 6. April bemerkte nicht ohne Ironie, wie sehr "die Verurteilung der Gewaltanwendung in Bengalen von der Unterstützung abweicht, die der Kreml der militärischen Aktion durch die Zentralregierung von Nigeria gegen die biafranischen Separatisten gewährt hatte." Im gleichen Sinne wie die UdSSR handelten die USA und stellten Lebensmittellieferungen nach Ostbengalen ein. Diese Pressionen, obwohl diskret, wogen nicht weniger schwer. Sie verbanden sich übrigens mit Pressionen, die die Mitglieder der Weltbank auf Pakistan ausübten, damit es seine Währung abwerte. Unter diesen Umständen konnte China nicht zwischen der bengalischen und der pakistanischen Regierung wählen, wohl aber zwischen Pakistan und einer Gesamtheit von reaktionären Kräften, deren Anführer Indien war. Und gegen Indien hat Peking schließlich Position bezogen, um es davon abzuhalten, noch massiver für die Lostrennung Bengalens von Pakistan zu intervenieren. Jeder ernsthafte Beobachter müßte das anerkennen. So konnte man in "Le Monde" vom 15. April lesen: "China unterstützt offen Pakistan, hat am Dienstag Madame Ghandi versichert. Die Spezialisten für chinesische Angelegenheiten (in Neu-Delhi) zeigen sich jedoch zurückhaltender. Sie glauben, daß sich Peking mit der Unterstützung der Sache Islamabads nicht von seiner traditionellen Politik der Nichteinmischung entfernt hat, und daß sein Verhalten vor allem anti-indisch ist. Die gleichen Spezialisten meinen, daß China erst später Sympathien für die bengalische Befreiungsbewegung entdecken wird. Die Maoisten und die Bashanisten sind in jedem Fall davon überzeugt, daß sich China zu gegebener Zeit an ihrer Seite stellen wird."

China hat sich nicht wie Indien als Staat in die inneren Angelegenheiten Pakistans eingemischt. Wenn die bengalische Befreiungs-, Volks-, antiimperialistische und antifeudalistische Bewegung autonom wird, wird das chinesische Volk seine Solidarität bekunden. In dem Moment wird übrigens die Alternative nicht mehr die gleiche sein wie heute. Ein revolutionäres Bengalen würde die etablierte Ordnung des ganzen indischen Subkontinents unterminieren.

China muß alle Faktoren berücksichtigen, die die internationalen Beziehungen beeinflussen. Jedoch wenn die Probleme komplex sind, sind die kommunistischen Prinzipien sehr einfach. Mao hat sehr häufig betont, z. B. am 9. August 1962: "Wir sind mit den Marxisten-Leninisten, den revolutionären Völkern, mit allen Völkern verbunden. Wir sind in keiner Weise mit den Imperialisten und den antikommunistischen, volksfeindlichen Reaktionären in irgendeinem Land verbunden. Wenn es möglich ist, knüpfen wir Beziehungen mit diesen Leuten, indem wir uns um friedliche Koexistenz auf der Basis der fünf Prinzipien bemühen. In jedem Fall sind das zwei verschiedene Dinge und die zweite hindert uns nicht, daß wir uns mit den Völkern aller Länder vereinigen."

Proletarische Erwachsenenbildung

Die Bestrebungen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung zur systematischen sozialistischen Bildung und Erziehung erwachsener Werktätiger 1918-1923. Dissertation von Artur Meier, Berlin, Humboldt-Universität, 1964.
Mit Personen-, Sach- und Stichwortregister und Quellen- und Literaturverzeichnis.
290 Seiten. Preis: 11,- DM

N. Bucharin: VOM STURZE DES ZARISMUS BIS ZUM DER BOURGEOSIE. Der Klassenkampf und die Revolution in Rußland. Von der Diktatur des Imperialismus bis zur Diktatur des Proletariats. Dt. Erstausgabe: 1919. Preis: 3,50 DM

Versand nur per Nachnahme oder Vorausrechnung.
Weitere große Auswahl an sozialistischer Literatur:
BUCHLISTE ANFORDERN!

★spartakus

2 Hamburg 13, Postf. 117, Tel. 0411/41 74 84
Diese Texte sind in allen poltischen Buchläden erhältlich, in Hamburg: MANIFEST, 2 Hmbg. 13, Schlüterstr. 79, Tel. 0411/44 40 08.

CHINA UND BANGLA DESH; AUS DER SICHT KALKUTTAS

Biren ROY - SARKAR

Übersetzung aus:

La nouvelle Chine No.6: "La Chine et la Bangla-Desh, point de vue de Calcutta.", S.10 ff

Seit Bestehen der Volksrepublik China gab es selten eine so ausgedehnte "Einheitsfront" der Kritik gegen ihre Politik wie in Bezug auf Bangla-Desh. Von der äußersten Rechten bis zu den Linksliberalen schienen sich alle einig zu sein, das "insgeheime sino-pakistanische Einverständnis" und die "egoistische, kurzsichtige Politik Pekings" zu denunzieren. Nimmt man die professionellen Antichinesen aus, scheint die Verwirrung in den Reihen der Linken des Subkontinents von drei Faktoren bestimmt zu sein. Erstens wurde die barbarische Unterdrückung der bengalischen Bevölkerung durch den Ex-Präsidenten Yahya Khan durch Presse und Rundfunk Indiens dargestellt als ein Vorgehen im Einverständnis mit Mao Tse-tung. Sie hat die Öffentlichkeit zu sehr verwirrt, als daß eine rationale und objektive Analyse noch möglich wäre. Auf dieser emotionalen Ebene ging es dann nur noch darum, zwischen Gut und Böse zu scheiden: Wie Yahya Khan ohne Zweifel im Unrecht war, so mußte die Awami-Liga im Recht sein. Es sickerte durch, daß China sich auf der falschen Seite der Barrikade befand.

Zweitens hat die indische Presse die chinesischen Erklärungen fast vollständig verschwiegen. Die Tageszeitungen informierten ihre Leser in enormen Überschriften, daß der Vorsitzende Mao Tse-tung einen grausamen Diktator unterstütze und Indien "bedrohe", aber sie hüteten sich, den Text der chinesischen Erklärungen zu veröffentlichen. Im übrigen gab es vor der Ausbreitung des Konflikts wenige solcher Erklärungen. Die Stellung Pekings, für das die Ereignisse in Ost-Pakistan "eine interne Sache Pakistans" war, "in die sich kein Land einzumischen hatte", entspricht den sozialistischen Prinzipien der Außenpolitik, die schon seit langem formuliert sind: "Kampf für die friedliche Koexistenz zwischen sozialistischen Ländern auf der Basis der fünf Prinzipien und Kampf gegen die Politik der Aggression und des imperialistischen Krieges." (1)

Weit davon entfernt, die Taten Yahya Khans gutzuheißen, machte Tschou En-lai in einem Brief an Yahya Khan, der in Pakistan am 13.4.71 veröffentlicht wurde, darauf aufmerksam, daß es sehr wichtig sei, "einen Unterschied zu machen zwischen der breiten Volksmasse und einer Handvoll Personen, die die Einheit Pakistans sabotieren wollen". (2)

In Unkenntnis dieser Texte und ihrer Nuancen, glaubten viele Leute (wobei erklärt werden muß, daß in Indien der Besitz chinesischer Schriften ins Gefängnis führen kann) der Propaganda der Presse und des Rundfunks.

Die dritte und wichtigste Ursache der Verwirrung besteht indessen im Fehlen einer Analyse der Rolle der Awami-Liga im Zusammenhang mit der revolutionären Frage in Asien, mit den konterrevolutionären Absichten der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion mit ihren asiatischen Satelliten. Dadurch, daß man den Gesamtzusammenhang aus den Augen verlor und ein Teilproblem (die militärische Unterstützung) für das Ganze stellte, kam man zu dem grob vereinfachten Schluß, daß in Pakistan ein Kampf zwischen Demokratie und Diktatur stattfinde. Es blieb nur noch, China zu verurteilen, das sich auf der Seite der Diktatur befand.

Bevor wir betrachten, was man vom Nationalismus der Awami-Liga zu halten hat, erinnern wir uns, was die Erklärung Moskaus von 1960 verkündete, nämlich, daß "die Kommunisten die Versuche des reaktionären Flügels der Bourgeoisie denunzieren, seine egoistischen Interessen als Interessen des Volkes umzustellen". Bezugnehmend auf diesen Text, schrieben die Chinesen 1963 in ihrer "Generallinie", daß "im revolutionären Kampf die proletarische Partei den fortschrittlichen Nationalismus unterstützt und sich dem reaktionären Nationalismus entgegenstellt. Sie muß in jedem Fall eine klare Trennungslinie zwischen sich und dem bürgerlichen Nationalismus sichern und darf sich niemals von diesem einfangen lassen."

Worauf beruht heute der von Mujibur und seiner Partei gepredigte Nationalismus? Auf einer Gemeinsamkeit der Sprache. Die überwältigende Mehrheit der Ost-Pakistaner spricht Bengali und wird von "URDU" sprechenden und aus der westlichen Provinz stammenden Pendjabis ausgebeutet. Dabei gehörten Mujibur und seine Vorbilder wie Fazlul Huq und Suhrawardy zu denen, die vor der Teilung die Ausbeutung der islamischen Minderheit durch die Hindus Indiens bekämpften. Sie führten die Geburt Pakistans herbei und schwenkten die Fahne des islamischen Nationalismus.

Zu dieser Zeit vergossen sie Tränen über das Elend der ausgebeuteten islamischen Massen. Hinter diesem Schleier verbarg

(1) Polemik über die Generallinie, Peking 1963
(2) vgl. La Nouvelle Chine Nr. 3

sich die Minderheit der "feudalen und islamischen Kompradoren", die "sich eines Teils des Subkontinents bemächtigen" wollte, um dort ohne Störung ihre Ausbeutung betreiben zu können unter dem Deckmantel der Konkurrenz und der Manöver ihrer mächtigeren hinduistischen Rivalen". (3)
Und im Laufe von mehr als einem Jahrzehnt, während die Feudalherren und die entstehende bengalische Bourgeoisie ihren Teil an der Ausbeutung erhielten und an eine bessere Zukunft glaubten, bekämpften sie die Idee einer ost-pakistanischen Unabhängigkeit. 1957, als Maulana Bhashani die Awami-Liga verließ, um die Nationale Awami-Partei zu gründen und die Autonomie Ost-Pakistans verkündete, war Suhrawardy, der politische Mentor von Mujibur, Ministerpräsident von Pakistan. Zu der Zeit stellte sich Mujibur, als Generalsekretär der Liga, fest den Forderungen von Bhashani entgegen. Sein Hauptargument war, daß "die Machtübernahme von Suhrawardy einer 98%-igen Autonomie Ost-Pakistans gleichkomme". Ganz offensichtlich war die Zeit noch nicht gekommen, von einem islamischen zu einem bengalischen Nationalismus überzugehen.

In den folgenden Jahren ging die Ausbeutung des Landes und der gesamte bürokratische Apparat durch die Hände der feudalen und kapitalistischen Elemente West-Pakistans. Der Grund hierfür lag hauptsächlich an der ungleichen Entwicklung des Kapitalismus in den beiden Teilen des Landes. Während der Zeit, in der die Awami-Liga an der Macht war, gab es einen Versuch, die entstehende bengalische Bourgeoisie zu fördern, indem man ihr großzügig Lizenzen und bedeutende Anleihen der Kreditinstitute und Banken zukommen ließ. Aber dieser Bourgeoisie fehlte es sowohl an Unternehmungsgeist als auch an Einnahmequellen, weshalb sie weit hinter ihrem Ebenbild in der westlichen Provinz zurückblieb. Sehr bald äußerte sich ihre Frustration in einem den Pandjabis feindlich gesinnten bengalischen Nationalismus und in der Forderung nach politischer und fiskalischer Autonomie. Ihre engsten Verbündeten fand diese Bourgeoisie in der Mittelklasse, die sich gleichermaßen benachteiligt fühlte. Dieser Embryo einer Bourgeoisie und die bengalische Kleinbourgeoisie waren nicht die einzigen, die unzufrieden waren. Unmäßig von den Feudalherren (zum Großteil Bengalen) und von Bengalen, die als Mittelmänner der reichen Kaufleute West-Pakistans dienten, ausgebeutet, empfanden die Bauern, die 80% der Bevölkerung ausmachen, eine heftige Unzufriedenheit. Ihr individuelles Einkommen nahm ständig ab und die Zahl der besitzlos gewordenen Bauern stieg regelmäßig an. Organisationen wie die Nationale Awami-Partei oder die Ost-Pakistanische KP von Mohammed Toha begnügten sich, die Forderungen der Bauern zu verteidigen und setzten sich das Ziel, die Gesellschaft radikal zu verändern. Genau das fürchtete die nationalistische Bourgeoisie. Wie der ost-pakistanische Ökonom Rehman Sobhan erklärte "fürchtete die bengalische Bourgeoisie, unfähig zu sein, ihren Reichtum gegenüber einem ernsthaften Volksaufstand zu verteidigen". Ebenso unterstützt sie den lokalen Nationalismus, in der Hoffnung, einige Brosamen abzubekommen, die die Zentralregierung der Ostprovinz überläßt, damit sich die Forderungen der Volksmassen nicht radikalisieren. So ist es nicht erstaunlich, daß die berühmten "6 Punkte" der Awami-Liga nur eine störungsfreie Entwicklung des bengalischen Kapitalismus proklamierten, so wenig wie es erstaunlich ist, daß ihr Programm nur sehr vage davon spricht, die Ausweitung der Besitztümer zu beschränken und die Landgüter zum Teil zu verringern. Darüber hinaus zu gehen hätte unüberschaubare Initiativen der Bauern ausgelöst, die fähig waren, die Basis der Macht der Bourgeoisie zu unterhöhlen. Die Furcht, links überholt zu werden, führte Mujibur Rahman dazu, mehr Autonomie zu fordern und sich vor einem Pressekorrespondenten folgendermaßen zu äußern: "Ist sich die west-pakistanische Regierung nicht im klaren darüber, daß ich der einzige bin, der Ost-Pakistan vor dem Kommunismus retten kann? Sollte sie die Entscheidung fällen, zu kämpfen, werde ich die Macht verlieren und die Naxaliten (Kommunisten) werden in meinem Namen intervenieren. Mache ich zu große Konzessionen, verliere ich meine Autorität. Ich befinde mich in einer äußerst schwierigen Lage." (4)
Die Befürchtungen Mujiburs waren nicht unbegründet. Die Lage auf dem ost-pakistanischen Lande wurde zusehens revolutionär. In den Distrikten im Süden und Norden begannen die Bauern, unter der Führung der KP (ML), die Grundeigentümer anzugreifen. Die einzige Methode, diese Entwicklung aufzuhalten, war, sie auf den chauvinistischen, reaktionären Weg zu bringen durch die Errichtung einer rassistischen Front anstelle einer Klassenfront. Die Marxisten-Leninisten waren sich dieses Manövers bewußt (wie zahlreiche, vor der Krise veröffentlichten, Artikel beweisen) und sie bemühten sich, den bewaffneten antifeudalistischen Kampf der Bauern voranzutreiben.
Aus Angst, die bäuerliche maoistische Guerillabewegung, die im Osten Indiens entstand, werde sich mit einer gleichen Kampfbewegung in Ost-Pakistan verbünden, beschleunigten Neu Dehli und Moskau die von der Awami-Liga eingeleitete Entwicklung. (Daß Washington, das der Autonomie-Bewegung sehr nahe stand, letztlich aus dem Spiel geriet, ist eine andere Geschichte.)
Die Zeitschrift der indischen KP (ML) "Befreiung" hat im März 1971 die Verantwortlichkeit Indiens in der Bangla-Desh-Frage analysiert.
"Die indischen Reaktionäre bekamen es mit der Angst zu tun, denn in kurzer Zeit konnte der bewaffnete Kampf der Bauern in Ost-Pakistan enge Verbindungen zu dem Kampf knüpfen, der in Westbengalen wütet. Beide würden zu einer immensen unüberwindlichen Bewegung verschmelzen, die in der Lage wäre, endgültig den Imperialismus, den Sozialimperialismus und die Reaktion in beiden Ländern wegzufegen."

Die Notwendigkeit zwang Neu Dehli die Karten auf den Tisch zu legen und eine offene Aggression zu starten. Dabei nahm Neu Dehli die Unterdrückung durch Yahya Khan und den Zustrom von Flüchtlingen zum Vorwand. Was sein Interesse angeht, Ost-Bengalen von Pakistan zu trennen, so ist das eine alte Geschichte. Die indischen Geschäftsleute, die den sehr lukrativen Güterhandel sowie den bengalischen Großhandel fest in Händen hielten, haben sich niemals mit der Gründung Pakistans abgefunden, durch die sie ihre Profite verloren haben. Das gleiche gilt für die hinduistischen Grundeigentümer dieses Gebietes, deren Güter enteignet wurden. Die indische herrschende Klasse hat genau vorausgesehen, daß die religiösen Bande ein so absurdes geographisches Gebilde wie Pakistan nicht lange würden aufrechterhalten können.

Die Politik Neu Delhis bestand darin, Ost-Pakistan eine zuvorkommende Behandlung zu gewähren mit dem Ziel, die separatistischen Gefühle dadurch zu erhalten. Nach der Teilung von 1947 achtete Nehru sorgfältig darauf, die Gesetze über Vertriebene nur auf sehr lagere Weise

(3) Safikul Hassan in "Frontier", Calcutta, 8. Jan. 71
(4) A.F.P., März 1971

in Ost-Pakistan zu handhaben. Den Bengalen dieses Gebietes wurden Erleichterungen beim Handel und Reisen gewährt. Die ost-pakistanischen Politiker reisten ungehindert nach Indien. 1958 versuchte, wie man sagt, Bhashani, der scharfe Kritiker der Awami-Liga und deren proamerikanischen Orientierung und Bewunderer der Bündnisfreiheits-Politik Nehrus, dessen Hilfe zu erlangen, um ein unabhängiges Ost-Bengalen zu errichten. Aber Nehru wollte sich nicht so weit engagieren. Es ist einigermaßen pikant, festzustellen, daß das Organ der Awami-Liga "Ittefaq" in dieser Zeit die Nationale Awami-Partei Bhashanis als "Partei im Dienste Nehrus" bezeichnete.
In gerader Linie dieser Politik vermied es Indien sorgsam, während des Konfliktes mit Islamabad im Jahre 1965, in Ost-Pakistan eine Front zu schaffen. Diese Zurückhaltung ist umso erstaunlicher, als die pakistanische Luftwaffe von der östlichen Provinz aus operierte und indische Basen angriff. Diese Politik machte sich bezahlt und vergrößerte Indiens Popularität.

Der Beginn der bengalischen Bewegung gegen Ayoub Khan, 1968, weckte Indiens Interesse an Ost-Pakistan. Die Station in Kalkutta, die vom indischen Staatsrundfunk abhängig war, begann ein gesondertes bengalisches Programm auszustrahlen. Seine täglichen Sendungen priesen den Reichtum und die kulturelle Überlegenheit der Bengalen und ihre Tradition, sie rühmten den Kampf der Awami-Liga für die Freiheit Ost-Bengalens. Der Text dieser Sendungen stellt den Beweis dar für die systematischen Versuche Indiens, den lokalen Chauvinismus anzuheizen und ihn auszunützen.
In dem Maße wie die Konfrontation zwischen der Awami-Liga und dem Militärregime klarere Formen gewann, zeigte sich eine wachsende Zufriedenheit in den reaktionären indischen Kreisen. Die führenden Männer der "Neuen Kongreß Partei" Indira Gandhis riefen Parolen aus wie: " Die zwei Bengalen grüßen Indira und Mujibur".
Nichtsdestoweniger deckte Indien seine Karten nicht auf bis zur Intervention der pakistanischen Armee am 25. März, als es sich gezwungen sah, zwischen der Niederlage seines Schützlinges und der offenen Intervention zu wählen. Erst am 31. März erklärte der Direktor des indischen Instituts für strategische Forschungen und Analysen, M.K. Subramanyan, während einer Tagung: " Indien muß begreifen, daß die Zerstörung Pakistans in seinem Interesse ist. Eine solche Chance wird sich nicht wiederholen. Wenn Pakistan zerfällt und wenn wir freundschaftliche Beziehungen zu Bangla-Desh pflegen, so ist das Problem der Sicherheit Indiens gelöst." (5) Am gleichen Tag stimmte das Parlament einem Regierungsantrag zu, das ost-bengalische Volk seiner Sympathie und seiner Unterstützung zu versichern.

Diese Erklärung zeigte an, daß Indien sich entschieden hatte. Aber die Entscheidung war ziemlich vage. Ein Kommentator der offiziösen "Times of India" (7.8.71) erklärte dies folgendermaßen: "Es gab zu dem Zeitpunkt gute Gründe, unverbindlich zu bleiben: Der Kampf in Bangla-Desh war noch nicht auf dem Höhepunkt und man verfügte noch nicht über die politischen Mittel, ihn zu führen. Zwei Wochen später bildete sich die Regierung von Bangla-Desh in einer befreiten Enklave, längs der indischen Grenze ... Das Auftreten dieser Regierung war eine solide Basis für die indische Hilfe."
Dieser Kommentator war unschuldig genug, zuzugeben, daß die Schaffung einer Regierung notwendig war, um die indische Intervention zu decken. Diejenigen, die bei der Maskerade der Gründung dieser "Regierung" anwesend waren in einem kleinen, 500 m ins Landesinnere Pakistans gelegenen Mangobaumwäldchen, das auf den Namen Mujibnagar getauft war, diejenigen wissen, worum es geht. Die "Minister" kamen aus Kalkutta, aber sie täuschten vor, aus dem Landesinneren Pakistans zu kommen. Selbst die Stühle (mit den Buchstaben B.D. gezeichnet: sie gehörten der Kompanie Barnali Decorators aus der indischen Nachbarstadt von Krishnaya) kamen aus Indien in indischen Militärfahrzeugen, deren Nummernschilder mit Schlamm unkenntlich gemacht worden waren. Nach beendigter Operation begaben sich die Minister Bangla-Deshs nach Kalkutta, um sich dort niederzulassen und die indische Armee nahm den "Befreiungskampf" auf sich. Von da an geschah alles ganz offen. Schließlich führte der Scheich Mujibur Rahman, wie der Chef der Kongreß-Partei Westbengalens K.K. Shukla am 4. April gesagt hatte, "Krieg für Indien".

Lange bevor der Druck der Flüchtlinge unerträglich wurde - was Indien dann als Interventionsgrund angab - hatte sich Indien entschlossen, ein unabhängiges Bengalen zu schaffen. Anläßlich einer Tagung bei Kalkutta erklärte der indische Verteidigungsminister, M. Jagjivan Ram, "die Flüchtlinge aus Ost-Bengalen würden nicht nach Pakistan, sondern nach Bangla-Desh zurückgeschickt werden". Er ging sogar soweit, mit überraschender Offenheit hinzuzufügen: "Bangla-Desh muß Wirklichkeit werden, und wird es werden, wenn nicht Indien in Gefahr geraten soll." (6) Die Gefahr, von der er sprach, war nicht die pakistanische Herrschaft in Dacca, es handelte sich vielmehr um die Eliminierung der Awami-Liga und die Übernahme der Bewegung durch die Maoisten. Der indischen Öffentlichkeit ist nicht bekannt, daß indisches Militär seit April in Zivil in Ost-Bengalen operierte, was die Einwohner des Gebiets genau wußten. Die Auslandskorrespondenten haben zahlreiche Fakten gekabelt, die die militärische Intervention Indiens in Bangla-Desh bewiesen, aber sie sind kaum an die Öffentlichkeit gelangt. Selbst wenn einige sich dessen bewußt waren, was die indische Armee vorbereitet, unterstützten sie es wie eine gerechte Intervention für die Demokratie und gegen den Völkermord.
Wie äußerte sich aber die Demokratie Madame Gandhis? Erinnern wir uns, daß die von den Kommunisten 1959 in Kerala geführte Regierungskoalition und die Regierung der vereinigten Linken Westbengalens willkürlich von Madame Gandhi (Der Autor meint die Kongreßregierungen in Neu Dehli, die jeweils von Nehru, Shastri und Indira Gandhi geführt wurden. d. Übers.) gestürzt wurden. Offensichtlich kann es außerhalb des Neuen Kongresses keine Demokratie geben. Die Stellungnahme von Madame Gandhi gegen den Völkermord ruft nur ein bitteres Lächeln bei denen hervor, die wissen, auf welch unerbittliche Weise ihre Armee die Bauern und jungen Maoisten in Westbengalen, in Andhra-Pradesh, in Pendjab massakriert. In Westbengalen findet der systematische Mord von Revolutionären nicht nur auf dem Land und in den Straßen der Städte statt. Die Polizei hat mehr als 150 maoistische Gefangene innerhalb der Gefängnisse getötet. Der Unterschied zwischen Yahya Khan und Indira Gandhi ist nicht so sehr inhaltlich, sondern nur graduell. Und es sind die Erfordernisse der Situation, die die Gradänderung bestimmen. In der Tat gehören die blutige Unterdrückung der Linken, der Madame Gandhi sich in Westbengalen hingibt, und der "Befreiungskampf" in Ost-

(5) "The Hindustan Times", 1. April 71
(6) "Statesman", 12. August 71

bengalen ganz eng zusammen. Die indische Regierung ist schon durch die Auflehnung der Nagas und Mizos im Nordosten des Landes in großen Schwierigkeiten. Der Aufstand der Bauern von Naxalbari im Frühjahr 1967 löste den Sturm aus. Seitdem hat sich die Naxaliten-Bewegung in ganz Indien durchgesetzt. Besonders in Bengalen, in Bihar, Orissa und Andhra-Pradesh ist sie tief verankert. Weder Moskau, vom Schreckgespenst des chinesischen Einflusses in Südost-Asien verfolgt, noch Neu Dehli konnten angesichts der Ausbreitung der Bewegung in Ost-Pakistan gleichgültig bleiben. War das nicht die wichtigste Figur auf dem strategischen Schachbrett des Subkontinents, der bis hier nach Birma vom Aufstand zerfressen ist und der sich abzulösen drohte?
Die Sowjets verloren also keine Zeit, ein Abkommen mit Indien zu unterzeichnen und die konterrevolutionäre Kriegsmaschinerie in Ost-Pakistan in Gang zu setzen, bevor ein neuer Yanan dort erscheinen konnte.
Peking durchschaute das Spiel. Gestützt auf die Überzeugung, daß die Revolution nicht exportiert werden kann, versuchte es den bewaffneten Kampf in Ost-Pakistan vor einem Eingriff von außen zu schützen. Die Maoisten verstärkten ständig ihre Position auf dem Lande und im Falle eines länger andauernden Krieges hätten sie die Führung der Bewegung übernommen.
Der chinesische Minister Chi Pengfei, der sich des Problems des Flüchtlingsstroms und seiner möglichen Ausnutzung nutzung als Kriegsvorwand voll bewußt war, sagte zu M. Butto, der sich in der ersten Novemberwoche in China aufhielt, daß "die Divergenzen zwischen Staaten durch die betreffenden Seiten durch Verhandlungen und ohne Gewaltanwendung geregelt werden müßten".
Aber Neu Dehli war schon entschlossen, eine Totaloffensive zu starten. Peking sah, wie es scheint, die Kniffe, aber unterschätzte den Entschluß Indiens und der Sowjets, den Plan auszuführen. Auch wenn die Errichtung eines Satellitenregimes in Dacca einen zeitweisen Rückschritt bedeutet, hat Peking durch seine prinzipienfeste Haltung die aggressive Natur des sowjetischen und indischen Regimes aufgedeckt. Die der Sowjetunion und Indien erteilte Mißbilligung durch das fast einstimmige Votum der UNO ist ein klarer Ausdruck hierfür.

NIXON UND CHINA

EIN NEUES KRÄFTEVERHÄLTNIS SETZT SICH DURCH

Übersetzung aus: MUNDO OBRERO, Jahr XLII, 14.3.72
(Zeitung der KP Spaniens)

Redaktionelle Vorbemerkung

Die Erfolge der VRCH beim Aufbau des Sozialismus und der immer offener zutagetretende sozialimperialistische Charakter der SU haben zu einer Verschärfung der Widersprüche im revisionistischen Lager geführt. Diese Widersprüche kommen auch und gerade in den Stellungnahmen zur KPCh und zur VRCh zum Ausdruck. Es ist unsere Pflicht als Marxisten-Leninisten, diese Widersprüche sorgfältig zu untersuchen und richtig zu behandeln. Gerade die KPCh kann uns hierbei ein Vorbild sein.
Die im revisionistischen Lager bestehenden Widersprüche treten bei allen möglichen Anlässen offen zutage. Am deutlichsten zeigten sie sich bei den Reaktionen auf den Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die CSSR, den die Machthaber der SU befohlen hatten. Sie zeigten sich auch wieder jüngst in der Einschätzung des Nixon-Besuchs in Peking. Bei allen diesen Anlässen haben sich die DKP-Revisionisten als die treuesten Paladine der Machthaber in der SU erwiesen. Anläßlich des Nixon-Besuchs war ihr kein Argument zu blöde, um die VRCh in den Dreck zu ziehen. Natürlich kam sie dabei, nachdem Nixons Besuchspläne in Moskau bekannt wurden, in Riesenschwierigkeiten. Das hinderte sie aber nicht daran, in der UZ und anderswo weiter ihren Dreck zu schleudern.

Andere Parteien lösen sich, ohne ihr revisionistisches Wesen grundsätzlich zu ändern, von der Führerrolle der KPdSU. Dadurch werden in diesen Parteien Entwicklungen eingeleitet, deren widersprüchliche Erscheinungsformen nicht leicht zu analysieren sind (z.B. in der KP Rumäniens), die aber, sofern sich die Widersprüche im revisionistischen Lager vergrößern, auf jeden Fall positiv einzuschätzen sind. Auch die KP Spaniens löst sich zunehmend aus ihrem Abhängigkeitsverhältnis gegenüber der KPdSU. Nach dem Ausschluß der offenen Agenten der sozialimperialistischen Machthaber der SU aus der KP Spaniens (+) hat in der KP Spaniens auch eine Überprüfung ihrer Haltung zur KPCh und zum Aufbau des Sozialismus in China stattgefunden. Einen ersten Niederschlag fand diese Überprüfung in einer Resolution des ZK der KP Spaniens vom September 1970. Dort heißt es:
"Die KP Spaniens unternimmt alle notwendigen Schritte, um die Beziehungen zur KP Chinas zu normalisieren. Wir sind überzeugt, daß wir mit diesem Vorgehen der Sache der spanischen Revolution, den Interessen der Weltrevolution und der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung dienen und zu ihrer Einheit beitragen." (Nuestra Bandera, Nr. 65, S. 7)
Schon während der sowjetischen Grenzprovokationen am Ussuri hatte sich die KP Spaniens geweigert, für die SU Partei zu nehmen. Hatte die KP Spaniens 1966/67 die Große Proletarische Kulturrevolution noch im allgemeinen revisionistischen Chor scharf verurteilt, so änderte sie nach dem Besuch einer Parteidelegation in der VRCh diese Haltung ganz ausdrücklich. Carillo, der Generalsekretär der Partei, stellte u.a. fest:
"Nach allem, was wir gesehen haben, hat die Kulturrevolution den Sozialismus in China gefestigt. Sie hat

+) Anlaß zu diesem Ausschluß war die Auseinandersetzung wegen der Besetzung der CSSR.

die Jugend und die breiten Massen der Frauen in den revolutionären Prozess einbezogen. Sie hat die Kampfbereitschaft, die Begeisterung und die revolutionäre Vorstellungskraft der Massen gehoben. Sie hat die Produktion angefeuert. Die Kulturrevolution hat die sich herausbildenden bürokratischen Strukturen zerschlagen. Sie hat die Kontrolle der Macht durch die Massen und die Möglichkeit der Massenkritik wiederhergestellt und hat der Masseninitiative neue Kraft gegeben. Der Kampf zweier Linien war eine Tatsache, die während dieser Periode offensichtlich wurde." (Mundo obrero, 10. Dez. 1971). In der Einschätzung der Volkskommunen hat Carillo ebenfalls mit den früheren Auffassungen gebrochen: "Wir sind nach unserer Rückkehr aus China von der Wirksamkeit der Volkskommunen als Kollektivorganisationen des ökonomischen und politischen Lebens überzeugt. Die Kommune hat die Lösung der Probleme der Getreideproduktion und der Landwirtschaft überhaupt ermöglicht. Sie gibt der Industrieproduktion einen Auftrieb. Sie regt die Initiative der Massen an. Sie erzieht sie politisch. Sie entwickelt den Schwung der Erziehung. Sie macht aus Millionen Bauern, Männern und Frauen, qualifizierte Arbeiter. Von all den Kindereien, die der Kommune nachgesagt wurden (und die wir selbst manchmal angesichts des Utopismus-Vorwurfes gegen sie geglaubt haben), haben wir keine bestätigt gefunden." (ebenda). Die veränderte Einstellung der KP Spaniens zur VRCh kommt auch in dem nachstehend abgedruckten Artikel zum Nixon-Besuch in Peking zum Ausdruck. Wir drucken ihn, weil er einerseits eine im großen und ganzen richtige Einschätzung des Nixonbesuchs enthält, und weil er andererseits dokumentiert, welche Auswirkungen die Erfolge der VRCh auf einen Teil der Parteien hat, die sich von der Führung der Sozialimperialisten lösen. Der Artikel kann auch eine wirksame Waffe im ideologischen Kampf um die ehrlichen Mitglieder und Sympathisanten der DKP sein, die von ihrer Führung, diesen Handlangern der Sozialimperialisten in Moskau, zielstrebig und konsequent belogen werden. Obwohl die Veröffentlichung dieses Artikels also nicht bloß dokumentarischen Wert hat, sondern viele richtige Gesichtspunkte enthält, ist er doch seinem Wesen nach zentristisch. Das zeigt sich am deutlichsten in der Gleichsetzung der Besuche Nixons in der VRCh und in der SU und in dem abstrakten Appell an die Einheit des sozialistischen Lagers. Auch wenn Nixon mit seinen beiden Besuchen teilweise ähnliche Absichten verfolgt, so hat er es doch mit ganz anderen Verhandlungsfronten zu tun: in Moskau verhandelt er mit der anderen großen Supermacht über die Aufteilung der Welt in Interessensphären, setzt er sich mit Leuten auseinander, deren Ziele von den seinen keineswegs wesentlich verschieden, wenn auch konträr sind. Ganz anders bei den Verhandlungen in der VRCh. Hier hatte er es mit der Führung einer Partei und eines Staates zu tun, die aus ihren grundsätzlich verschiedenen Zielen nicht einmal im gemeinsamen Kommuniqué ein Hehl machte. Der Artikel "übersieht" diese entscheidende Differenz zwischen den beiden Besuchen. Dennoch ist es richtig, ihn zu publizieren. Wir haben im NRF 5/71 einen Auszug aus dem Buch über China von Maria-Antonietta Macciocchi veröffentlicht. An den Schicksalen dieses Buches eines Mitgliedes und Parlamentsabgeordneten der KPI zeigt sich deutlich, wie sehr die Handlanger des Sozialimperialismus eine offene Diskussion der Politik der KP Chinas im Schoß der revisionistischen Parteien fürchten müssen. Ihr Lügengebäude ist ständig bedroht. Diese Tatsache trieb die Führer der KPF soweit, den Verkauf des Chinabuches von M.-A. Macciocchi auf dem Fête de l'Humanité zu verbieten und die Verfasserin in übelster Weise zu diffamieren. So wurde sie, die jahrelang Auslandskorrespondentin der "Unita" in Frankreich gewesen warund die in dieser Eigenschaft im Gebäude der L'Humanité residiert hatte, wie eine hergelaufene bürgerliche Reisejournalistin behandelt. Während der Vertrieb des Buches an die Mitglieder und Sympathisanten der KPF mit allen Mitteln zu unterbinden gesucht wurde, eröffnete die KPF in der "Nouvelle Critique" einen Rachefeldzug gegen die Autorin, indem sie mit dem ehemaligen gaullistischen Informationsminister Peyrefitte gleichgesetzt wurde. Parteien wie die KPF (und das gilt mindestens in gleicher Weise für die DKP) müssen von den Handlangern der Machthaber in der SU mit allen Mitteln gegen eine korrekte Berichterstattung über die VRCh immunisiert werden. Das ist umso schwieriger, wenn Mitglieder oder gar offizielle Vertreter anderer revisionistischer Parteien Wahrheiten statt Lügen über die VRCh veröffentlichen ++). Genau deshalb haben wir auch den Artikel aus "Mundo obrero" übersetzt und können nur hoffen, daß der eine weite Verbreitung unter den Mitgliedern und Sympathisanten der DKP und der SEW findet. Deshalb sollte der Artikel für die Agitation gegenüber Mitgliedern und Sympathisanten der DKP ausgewertet werden.

++) Zu der Auseinandersetzung um das Buch M.-A. Macciochis vgl. "De la Chine ou des racines des sinophilie occidentale" in: Nouvelle Critique, sowie M.A. Macciochi, Réponse à la 'Nouvelle Critique' in Tel Quel 48/49, S. 71ff. M.-A. M. weist hier nach, daß der Hass der Revisionisten gegen China seine Grundlage in der Anpassung an die Logik des Kapitalismus hat. Vgl.a. Bettelheim, Tel Quel 48/49, S. 102ff. u. Michelle Loi, a.a.O., S. 119ff.

NIXON UND CHINA

Ein neues Kräfteverhältnis setzt sich durch

Aus Mundo Obrero, Jahr XLII, 14.3.72

Mit seinem Besuch in China - und mit der Ankündigung eines weiteren in Moskau - glaubte Nixon, den Einfluß des 7-Punkte-Vorschlags der Provisorischen Revolutionsregierung Nordvietnams auf die amerikanische Öffentlichkeit mindern und seine Wiederwahl sicherstellen zu können. Nixons Opportunismus und seine Doppelzüngigkeit und Heuchelei sind zu genüge bekannt.

Dennoch geht die Bedeutung dieser Reisen - und dabei sollte man seine Besuche in Rumänien und Jugoslawien nicht vergessen - über diese eindeutig subjektiven Ziele hinaus. Man muß sie in ihrem historischen Kontext sehen, der sich im Wesentlichen durch das Fortschreiten der Kräfte des Sozialismus und der Befreiung der Völker und daraus resultierenden tiefgreifenden Änderungen auszeichnet.

Zu allererst ist die Reise nach China und nach Moskau bestimmt durch das Scheitern der Agression gegen Vietnam und andere Völker Indochinas. Aber das Ausmaß des

Scheiterns liegt nicht nur darin, daß es sich um eine lokale Niederlage handelt, sondern um den vollständigen Bankrott einer Politik: die des Polizisten der internationalen Reaktion, die sich die Yankee-Imperialisten anmaßten, um so - auf der Ebene der atomaren Bedrohung - die militaristischen und kolonialistischen Methoden der alten Imperien wieder aufleben zu lassen.

Von größter Bedeutung ist daher die historische Rolle, die das ruhmreiche vietnamesische Volk in diesen Sieg, der der ganzen Menschheit zugute kommt, übernommen hat, und diese kann gar nicht genug hervorgehoben werden.

Gleichzeitig hat die Agression gegen Vietnam, die Unterhaltung strategischer Basen und militärischer Verbände, kurz alles, was durch die Politik des Weltpolizisten bestimmt ist, die Krise in der amerikanischen Gesellschaft verschärft, indem sie bedeutende fortschrittliche und revolutionäre Strömungen freigesetzt hat; gleichzeitig hat sie die interimperialistischen Widersprüche außerordentlich verschärft.

Die Vormachtstellung des amerikanischen Imperialismus im kapitalistischen Weltsystem wurde geschwächt. Hinter der Währungskrise versteckt sich ein erbitterter Kampf zwischen den imperialistischen Mächten um die Neuverteilung der Weltmärkte, ein Kampf, der einen neuen Weltkrieg oder einen Krieg gegen die sozialistischen Länder auslösen könnte, wenn diese heute nicht so außerordentlich stark und die Friedensbewegungen nicht so machtvoll wären.

Der wirtschaftliche Aufschwung des Kapitalismus in der Nachkriegszeit, die sogenannte Politik der Vollbeschäftigung, alles, was den "Neokapitalismus" ausmacht, stößt an seine Grenzen, über die hinaus Stagnation und Krise mit ihren wahrscheinlichen sozialen und revolutionären Konsequenzen drohen.

Unter diesen Bedingungen unternehmen die intelligentesten Kreise des amerikanischen Kapitalismus notgedrungen und wenig begeistert eine Revision ihrer Politik der vergangenen Jahre. Wenn die Politik des Weltpolizisten gescheitert ist, warum nicht versuchen, die Politik der Beherrschung mit ökonomischen Mitteln, die im Kapitalismus heute noch weiter entwickelt sind als im Sozialismus, fortzuführen?
Wenn Entwicklung und Stabilität des Kapitalismus von den Märkten abhängig ist, warum sich dann nicht den potentiell außerordentlich großen Märkten der sozialistischen Länder zuwenden?

Der Imperialismus ist heute noch in der Lage, auf wirtschaftlichem Gebiet eine Bedrohung darzustellen. Ohne die agressiven Tendenzen zu unterschätzen - denn sie sind weiterhin sehr aktuell, so in der Agression gegen Vietnam und in den Interventionen im Nahen Osten - kann in einer nicht allzu fernen Zukunft das bevorzugte Kampfgebiet um die Vorherrschaft in der Welt die Wirtschaft werden.

Dies ist einer der wesentlichen Gründe für die Reise Nixons nach China und Moskau, den man über anderen Aspekten nicht aus den Augen verlieren darf. Dies erklärt auch die Änderung der Politik Japans gegenüber China bei gleichzeitiger Verhandlung mit der Sowjetunion über eine Zusammenarbeit in der Erschließung Sibiriens. (?) Imgrunde steckt auch in der Reihe von europäischen Versuchen das selbe Interesse....

Darüberhinaus aber ist klar, daß die USA unter dem Druck der Lektion, die ihnen das vietnamesiche Volk erteilt hat, nicht länger mehr die Existenz dieser großen Realität der Welt von heute, der Volksrepublik China, ignorieren können, wie es vormals für die feindliche kapitalistische Welt unmöglich war, die Realität der Sowjetunion zu ignorieren.
Und genauso, wie wir uns freuten und für die Anerkennung der UdSSR kämpften, können wir Kommunisten nicht anders, als uns dazu zu beglückwünschen, daß es heute die Volksrepublik China ist. Sie hat eine günstige Gelegenheit beim Schopf ergriffen, um die Blockade zu durchbrechen, der sie unterworfen war, und den Platz einzunehmen, der ihr in der Welt gebührt. Und im Namen welcher revolutionären Prinzipien könnte man ihr Vorgehen rügen?

In der heutigen Zeit bedeutet Koexistenz unter Staaten, kämpfen und mit den imperialistischen Yankee-Banditen verhandeln; ihre Verbrechen bekämpfen und verurteilen und gleichzeitig Verträge mit ihnen abschließen. Ein anderes Vorgehen ist das von reinen Ästheten, aber nicht von Revolutionären. Das Problem liegt darin, ihnen keine Konzessionen in den Prinzipien zu machen.
In dieser Hinsicht ist das chinesisch-amerikanische Kommuniqué unseres Erachtens untadelig und von einer ziemlich ungewöhnlichen Art in den Beziehungen zwischen Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Denn es werden darin nicht nur Punkte der Übereinstimmung ausgeführt, sondern - und das ist neu - die unterschiedliche Auffassung in grundsätzlichen Fragen genau dargestellt. Auf diese Weise hat Nixon seine Unterschrift unter ein Dokument gesetzt, in dem die chinesischen Führer eine revolutionäre Prinzipienerklärung abgeben und ihre Unterstützung der Kämpfe aller unterdrückten Völker und Nationen zum Ausdruck bringen; dies ist eine Form, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß der amerikanische Imperialismus der Feind Nr. 1 ist.

In dem begrenzten Rahmen dieses Artikels wollen wir nur vier Aspekte aus dem Kommuniqué herausgreifen und hervorheben:
1. Mit Hilfe seiner Mittel der wirtschaftlichen, militärischen und politischen Unterdrückung versucht der Imperialismus und wird er immer wieder versuchen, die Differenzen zwischen den Befreiungsbewegungen und zwischen den sozialistischen Ländern zu vertiefen. In diesem Fall war ohne Zweifel die Versuchung groß, über die Differenzen zwischen der VRCh und der SU zu spekulieren. Diesbezüglich ist das Kommuniqué für den, der es objektiv liest, eindeutig: "Keine der beiden Seiten ist bereit, ... Abkommen oder Vereinbarungen mit dem anderen einzugehen, die sich gegen andere Staaten richten." "Beide Seiten sind der Ansicht, daß es gegen die Interessen der Völker der Welt verstoßen würde, wenn irgendein Land sich mit einem anderen gegen andere Länder zusammentun würde..."
Dies entspricht vollkommen der Versicherung, die Genosse Keng Piao der Delegation unserer Partei, die kürzlich China besuchte, gab: "Wir treffen keine Vereinbarung mit den Amerikanern gegen die Sowjetunion. Diese Konzession würden wir niemals machen."

2. Ebenso wurde über einen möglichen Kompromiß hinter dem Rücken des vietnamesichen Volkes spekuliert. Am Vorabend der Ankunft Nixons veröffentlichte das Außenministerium Chinas als eine Art Empfang einen energischen Protest gegen die barbarischen amerikanischen Bombardements auf Indochina. Im Kommuniqué brachte die chinesische Seite "zum Ausdruck, daß sie Vietnam, und die Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha in deren Streben nach Erreichung ihrer Ziel entschieden unterstützt, und daß sie den 7-Punkte-Vorschlag der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams sowie die Erläuterung vom Februar dieses Jahres zu den zwei Kernproblemen in diesem Vorschlag und auch die gemeinsame

Erklärung der Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker entschieden unterstützt."

Im Kommuniqué wird schlicht festgestellt, daß keine der beiden Seiten "bereit ist, zugunsten irgend einer dritten Partei zu verhandeln". "Keine der beiden Seiten sollte in der asiatisch-pazifischen Region nach Hegemonie streben."

Das heißt auch in dieser Hinsicht haben die chinesischen Führer das angewandt, was Kang Piao unserer Delegation bereits sagte:" Wenn Nixon über Vietnam verhandeln will, so muß er nach Hanoi gehen oder dies auf der Pariser Konferenz tun."

3. Die chinesischen Führer haben in der gemeinsamen Erklärung die fünf, auf der Konferenz von Bandung gefaßten Punkte über die friedliche Koexistenz eingeführt:

> In ihrer Gesellschaftsordnung und Außenpolitik weisen China und die Vereinigten Staaten wesentliche Unterschiede auf. Aber die zwei Seiten stimmten darin überein, daß sich Länder, ohne Rücksicht auf ihre Gesellschaftsordnung, in ihren Beziehungen nach den Prinzipien der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität aller Staaten, des Nichtangriffs gegen andere Staaten, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens sowie der friedlichen Koexistenz verhalten sollen. Internationale Streitigkeiten sollten auf dieser Grundlage geregelt werden, ohne sich der Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung zu bedienen. Die Vereinigten Staaten und die Volksrepublik China sind bereit, diese Prinzipien auf ihre gegenseitigen Beziehungen anzuwenden.
>
> In Anbetracht dieser Prinzipien internationaler Beziehungen erklärten die zwei Seiten:
>
> — Fortschritte in Richtung einer Normalisierung der Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten liegen im Interesse aller Länder;
>
> — beide wünschen, die Gefahr internationaler militärischen Konflikts zu vermindern;

aus: Peking Rundschau Nr.9/72, S.5

Der Erklärung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in diesem Dokument kommt insofern besondere Bedeutung zu, als den chinesischen Genossen in der ideologischen Auseinandersetzung häufig vorgeworfen wird, die Politik der Koexistenz aufgegeben zu haben.

4. Unabhängig davon, daß keine bestimmte Frist gesetzt wurde, besteht die größte grundsätzliche Konzession von Seiten der Amerikaner an China in der Anerkennung, daß Formosa Teil der Volksrepublik ist und in der Verpflichtung, die US-Streitkräfte von diesem Gebiet zurückzuziehen.

Die Marionetten Tschiang Kai-Tscheks sowie alle reaktionären und Stroh-Regierungen Asiens haben diesen Schlag einen Verrat genannt. Die amerikanische Rechte ebenfalls. Ungeachtet dessen, was an Vorfällen und Ereignissen noch alles eintreten kann, bevor diese Konzession Wirklichkeit wird, so stellt diese Anerkennung, einen politischen Sieg für die VRCh dar.

...

Die Reise Nixons nach China - und bald in die SU - wird vorteilhaft - oder auch nicht - für seine Wiederwahl sein. Auf jeden Fall aber ist sie eine Konzession des amerikanischen Imperialismus, eine Anerkennung seinerseits eines neuen Kräfteverhältnisses in der Welt, das für die Völker und die Sache des Sozialismus günstiger ist. Auf jeden Fall werden weder Nixon noch irgend ein anderer Präsident sich darum drücken können, die endgültigen Konsequenzen aus ihrer Niederlage in Vietnam zu ziehen. Und je eher sie sie ziehen, umso besser ist es sogar für sie selbst.

In dem Augenblick aber, in dem die Sache des Friedens ohne Zweifel ein günstiges Ergebnis bringt, müssen wir nachdrücklich auf die Notwendigkeit hinweisen, in der Überwindung der Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen sozialistischen Ländern vorwärtszuschreiten und normale Beziehungen untereinander zu schaffen. Es ist unsere Pflicht, unserer Hoffnung Ausdruck zu verleihen, daß alles, was geschieht, letztendlich auf dem Weg zu einer neuen Einheit in der Arbeiter- und kommunistischen Weltbewegung und aller antiimperialistischen Kräfte weiterbringt.

aus: Mundo Obrero vom 14.3.72

Westberliner Buchladen Kollektive

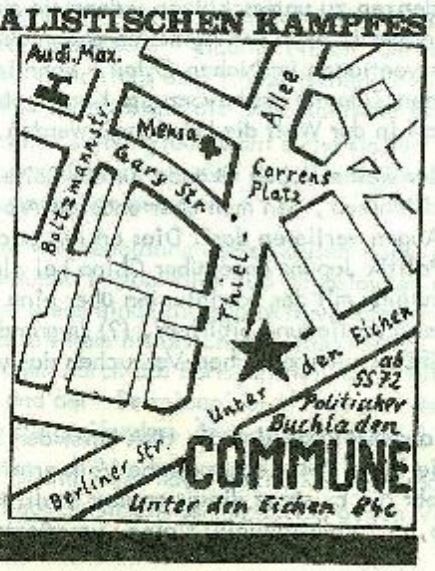
KEINE PRIVATEN PROFITE

UNTERSTÜTZUNG DES ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPFES

Das Politische Buch
1 Berlin 15, Lietzenburgerstr. 99
Tel.: (0311) 883 25 53

Buchladenkollektiv an der TU
1 Berlin 12, Savignyplatz 5
Tel.: (0311) 313 99 83

Das Kollektiv von Jürgens Buchladen eröffnet in der zweiten Aprilhälfte den neuen Laden ⇨



SOLIDARITÄT MIT DER NATIONALEN EINHEITSFRONT DES PALÄSTINENSISCHEN VOLKES! UNTERSTÜTZT DIE FPDLP!

Der im folgenden veröffentlichte Brief des Genossen Nayef Hawatmeh, Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPDLP), wiederholt den Appell zu solidarischer Unterstützung des anti-imperialistischen Befreiungskampfes der unterdrückten Völker des Nahen Ostens. Zugleich kommt in ihm die Überzeugung zum Ausdruck, daß der Aufbau-und Vereinheitlichungsprozeß der kommunistischen Bewegung in den imperialistischen Staaten mit der Entwicklung und Festigung des proletarischen Internationalismus verbunden sein muß.

Der anti-imperialistische Befreiungskampf der Völker des Nahen Ostens und vor allem der palästinensischen Widerstandsbewegung, der Vorhut der nationalen arabischen Befreiungsbewegung, bedroht ein Arrangement, mit der wegen seiner geographischen Lage und seiner Rohstoffquellen für die imperialistischen Staaten lebenswichtige Raum des östlichen Mittelmeers und des Mitt leren Ostens in Einflußsphären der beiden Supermächte aufgeteilt werden soll. Dieses Arrangement stützt sich auf Bündnisse mit den lokalen herrschenden Klassen und ist direkt gegen die Interessen der breiten Volksmassen gerichtet.

Die "friedliche Regelung" des arabisch-israelischen Konflikts, das Kernstück dieses Arrangements, ist bisher vor allem am Widerstand der arabischen Volksmassen gegen jede Kapitulation vor dem nationalen Feind gescheitert. Mit allen Mitteln, mit demagogischem Kriegsgeschrei, mit blutigen Massakern, mit der gewaltsamen Unterdrükkung von demokratischen Massenbewegungen (zuletzt in Ägypten) und mit "Plänen" aller Art zur schrittweisen Kapitulation und zur Zerschlagung des demokratischen Widerstands versuchen die herrschenden Klassen aller arabischen Staaten den Kampfwillen der Völker zu zersplittern und zu brechen.

So ist es z.B. mit dem reaktionären Hussein-Plan zur Schaffung eines "Vereinigten Königreichs Jordanien" einerseits und mit der Kommunalwahlenfarce der Israelis andererseits durchaus gelungen, Teile der palästinensischen Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie, die bis dahin im nationalen Lager standen, zu verunsichern und mit Versprechungen einer relativen palästinensischen Unabhängigkeit unter einer jordanisch-israelischen Schirmherrschaft zu ködern.
Auch die Führungen einiger palästinensischer Widerstandsorganisationen, die eng mit den arabischen Regimen kleinbürgerlichen Ursprungs verbunden sind, sind oft nicht in der Lage, auf die Manöver der Regimes entschlossen zu reagieren und die Massen in einen konsequenten Kampf gegen die Kapitulation und den "Frieden" mit den Imperialisten zu führen. Das erklärt den wachsenden Einfluß der kommunistischen Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPDLP) innerhalb der Widerstandsbewegung und bei den arabischen Massen. In ihrem Kampf für eine einheitliche, starke Kampffront aller antiimperialistischen Kräfte des palästinensischen und der anderen arabischen Völker ist es der FPDLP gelungen, die Verwirrung und Ratlosigkeit zu überwinden, die die spalterischen Pläne des Hussein-Regimes und die versöhnlerische Haltung der anderen arabischen Regimes in den Reihen einiger palästinensischer Widerstandsorganisationen ausgelöst haben, und entscheidend an der Bildung einer Nationalen Einheitsfront des palästinensischen Volkes bei einer außerordentlichen Sitzung der palästinensischen Nationalversammlung im April 1972 mitzuwirken.

Die Bildung der Nationalen Einheitsfront und die Verabschiedung des "ersten geschlossenen politischen und organisatorischen Programms für die Nationale Einheit" stellt einen bedeutenden Schritt in der Entwicklung der arabischen nationalen und revolutionären Bewegung dar. Die jetzt geschaffene Nationale Einheitsfront unterscheidet sich von den früheren Zusammenschlüssen der Widerstandsorganisationen vollständig: Zum ersten Mal erfolgt der Zusammenschluß auf der Grundlage eines nationalen Minimalprogramms bei vollständiger organisatorischer und propagandistischer Unabhängigkeit der einzelnen Organisationen. Der Zusammenschluß hat nicht den Zweck, die nationalen und revolutionären Kräfte in ein enges Bündnis mit den arabischen Bourgeoisien zu binden und sie deren Kontroile zu unterwerfen, sondern es gibt der nationalen und revolutionären Bewegung eine einheitliche Grundlage, von der aus sie ihr Verhältnis zu den arabischen Bourgeoisien bestimmen kann und an dem der angebliche Antiimperialismus dieser Bourgeoisien gemessen werden kann. In einer Erklärung zu den vorbereitenden Beratungen über das Programm der Nationalen Einheit, die auf Initiative der FPDLP nach der Verkündung des Hussein-Plans und angesichts der Kommunalwahlenfarce der Israelis abgehalten wurden, erklärt die Demokratische Volksfront unter anderem:
"Ausgehend von ihrer historischen Verantwortung beteiligte sich die FPDLP wirksam an diesen Sitzungen und legte einen detaillierten und geschlossenen politischen und organisatorischen Entwurf eines Aktionsprogramms vor als Antwort auf die Liquidierungspläne, um das historische Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes zu erkämpfen und die Nationale Einheitsfront zu schaffen.
Dieses politische Programm ist ein Programm der nationaldemokratischen Befreiung unseres Volkes in dieser historischen Epoche. Es geht von folgenden Grundsätzen aus:
1. die Wahrung des Selbstbestimmungsrechts unseres Volkes und die Ablehnung aller liquidatorischen Pläne, allen voran den Plan des "Vereinigten Arabischen Königreiches";
2. der Kampf für die Wiederherstellung der Einheit des palästinensisch-jordanischen Volkes in einem vereinigten demokratischen Staat. Dieser Staat muß sowohl die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes (das Recht auf den bewaffneten Kampf zur Befreiung Palästinas, die Schaffung der Hauptbasis der Revolution in Jordanien, die Wahrneh-

mung aller demokratischen, politischen, gewerkschaftlichen und ideologischen Freiheiten) als auch die nationalen Rechte des jordanischen Volkes (das Recht auf die Errichtung eines antizionistischen, antiimperialistischen Regimes, Wahrnehmung aller demokratischen, politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten, Befreiung und Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft, Befreiung der Mehrheit von der Ausbeutung durch die Klassenminderheit um das Marionettenregime) gewährleisten.
3. Verwirklichung der nationalen Gleichberechtigung des jordanischen und palästinensischen Volkes und Beendigung des reaktionären Chauvinismus unter den jordanischen Massen und der unreflektierten separatistischen Bestrebungen in den Reihen des palästinensischen Volkes, die als Reaktion auf die Massaker von September 1970 und Juni 1971 hervorgerufen worden sind.
4. Vereinheitlichung des Kampfes des palästinensisch-jordanischen Volkes und der anderen arabischen Völker, um die arabische national-demokratische Revolution siegreich zu führen, für die die Befreiung Palästinas eines der strategischen Hauptziele ist.
5. Verbindung des Befreiungskampfes unseres Volkes mit der internationalen antiimperialistischen, antizionistischen revolutionären Front.

Die FPDLP legte ein detailliertes und geschlossenes Organisationsprogramm zum Aufbau der Nationalen Einheitsfront vor, die im Rahmen der PLO arbeitet und als politische Einheit eine weitgehende Unabhängigkeit von ihr genießt.
Die Nationale Einheitsfront hat folgende Aufgaben:
1. Beendigung der Spaltungen innerhalb unseres Volkes und der Widerstandsbewegung und Wiederaufbau aller Einrichtungen dieser Front und der PLO auf dem Prinzip demokratischer Wahlen.
2. Die Einführung des Mandatsprinzips in sämtlichen vereinigten Institutionen der Einheitsfront und der Massenorganisation (Miliz, Gewerkschaften, berufliche Vereine etc.) und proportionale Vertretung der Volksbefreiungsarmee. Dies verhindert die Bevormundung einer Organisation durch die andere und gewährleistet den Aufbau der Beziehungen in der Einheitsfront auf demokratischen Prinzipien als Alternative zum reaktionären "Einverleibungs"-Prinzip, das die bisherigen Vereinheitlichungsversuche gekennzeichnet hat.
3. Die ausdrückliche Anerkennung der ideologischen und organisatorischen Unabhängigkeit jeder Organisation innerhalb der Einheitsfront.
4. Das legitime Recht jeder Organisation, ihre politischen Anschauungen durch die Zeitung der Einheitsfront zu verbreiten, und sie an alle Organisationen und Institutionen der Einheitsfront zu verteilen.
5. Jeder Organisation muß das Recht gewährt werden, sowohl ihre internen Zeitungen und Zeitschriften herauszugeben, als auch die ideologische, politische und organisatorische Unabhängigkeit beizubehalten.
6. Jede Organisation hat innerhalb der Front das Recht, sich politisch und organisatorisch an allen Institutionen (Miliz, Versorgung, zentrale Information etc.) zu beteiligen. Die Zusammensetzung der Gremien erfolgt auf der Basis der demokratischen proportionalen Vertretung.
Die FPDLP begrüßt, daß die Widerstandsorganisationen sich auf das Programm der Nationalen Einheitsfront auf Grundlage dieser Prinzipien geeinigt haben. Sie begrüßt, daß das Exekutivkomitee der PLO diesem Programm zugestimmt hat, und erklärt ihre volle Bereitschaft, den Kampf für seine Verwirklichung unvermindert weiterzuführen. Sie betont aber zugleich, daß das Kriterium für die wirkliche Zustimmung zum Programm der Nationalen Einheit nicht das verbale Bekenntnis, sondern das verbindliche Festhalten an ihm und die praktische Durchführung seiner Bestimmungen ist. Der revolutionäre Gehalt dieses Programms liegt in seiner vollständigen Verwirklichung. Jeder Versuch, dieses Programm zu hintergehen oder es seines demokratischen Gehalts zu entleeren, wie es das Schicksal der bisherigen Beschlüsse der Nationalkongresse gewesen ist, bedeutet die Torpedierung des Programms als ganzes und folglich die Zerstörung aller ehrlichen Versuche, die nationale Einheit zu verwirklichen.
Die FPDLP ruft die Massen unseres Volkes, die Basen und Kader der Revolution auf, den Kampf für den Sieg dieses Programms zu verstärken und über dessen ehrliche und vollständige Verwirklichung durch alle Widerstandsorganisationen zu wachen.
Das Programm der Nationalen Einheitsfront ist eine große nationale Errungenschaft für die Revolution und das Volk. Wir alle müssen diese Errungenschaft schätzen. Es ist das erste geschlossene politische und organisatorische Programm für die nationale Einheit.
Es lebe die Revolution!
Für den Kampf bis zur Verwirklichung des Programms der Nationalen Einheit!
Nieder mit allen liquidatorischen Plänen Israels und der jordanischen Marionetten!"

(Der gesamte Text der Erklärung wird in der Zeitschrift des Sozialistischen Palästinakomitees Heidelberg; AL DJABHA Nr. 14 veröffentlicht, die Mitte Juni erscheint.)

Die Bildung der Nationalen Einheitsfront in der Praxis muß natürlich von den fortgeschrittensten Kräften innerhalb der palästinensischen Widerstandsbewegung erst noch erkämpft und durchgesetzt werden. Mit seinem Aufruf zur Unterstützung der FPDLP fordert Genosse Hawatmeh auf, diejenige der palästinensischen Widerstandsorganisationen zu unterstützen, die auf der Grundlage eines marxistisch-leninistischen Programms in erster Linie in der Lage ist, das Programm der Nationalen Einheit gegen die Spaltungs- und Diversionsmanöver reaktionärer Elemente durchzusetzen und immer tiefer in den arabischen Massen zu verankern. Die FPDLP ist zugleich wegen der Verfolgungen und Diskriminierungen durch die arabischen herrschenden Klassen auf die materielle Unterstützung der fortschrittlichen Kräfte der ganzen Welt angewiesen, um ihre Führungsaufgaben bei der Entwicklung der revolutionären Bewegung im Nahen Osten voll wahrnehmen zu können.

Die Unterstützungskampagne, zu der das Sozialistische Palästina-Komitee Heidelberg zusammen mit der KG (NRF) MA - HD und der KHG (NRF) MA-HD aufgerufen haben, soll in erster Linie der Stärkung und Entwicklung des Propaganda- und Publikationsapparates der Demokratischen Volksfront dienen.
In Heidelberg und Mannheim werden in der Zeit vom 29. Mai bis 9. Juni Veranstaltungen und Sammelaktionen zugunsten der palästinensischen Nationalen Einheitsfront und der FPDLP stattfinden; daneben werden jetzt schon regelmäßig bei Veranstaltungen und anderen Gelegenheiten Sammlungen durchgeführt.

In der zweiten Maihälfte werden solche Veranstaltungen und Sammelaktionen in mehreren Städten der BRD durchgeführt.

Trotz des relativ breiten Echos, das der Appell zur Unterstützung der FPDLP gehabt hat, muß aber festgestellt werden, daß zahlreiche demokratische und kommunistische Organisationen, die direkt angesprochen wurden, kein Interesse an der Unterstützung der Kampagne gezeigt haben, oder erklärten, daß sie wegen anderer "dringender" Aufgaben nicht in der Lage seien, eine oder zwei Veranstaltungen durchzuführen oder den Verkauf von Plakaten und Broschüren zu organisieren. Wir sind der Auffassung, daß sich hier ein schwerer Mangel an internationalistischem Bewußtsein zeigt. Die Vernachlässigung der internationalen Solidarität und der internationalistischen Propaganda ist eine ständige Quelle von opportunistischen Fehlern, in welchen Bereichen die einzelnen Organisationen auch immer arbeiten. Wir fordern nochmals alle fortschrittlichen und kommunistischen Organisationen auf, Initiativen zur Unterstützung des Kampfes der palästinensischen Widerstandsbewegung zu ergreifen, und sich zur Vorbereitung von Veranstaltungen mit uns in Verbindung zu setzen.

BRIEF VON NAYEF HAWATMEH

An das
Sozialistische Palästinakomitee
Kommunistische Gruppe (NRF)
Kommunistische Hochschulgruppe (NRF)

Beirut, den 17.4.72

Genossen und Freunde!

Seit der Entstehung der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPDLP) habt Ihr mit anderen befreundeten Gruppen und Organisationen einen solidarischen Beitrag uns gegenüber geleistet. Durch das NRF 1/72 erfuhren wir von Eurem Aufruf zur Unterstützung des gerechten Kampfes, den wir zusammen mit anderen palästinensischen Widerstandsorganisationen gegen die nationalen und Klassenfeinde führen.

Gerade in dieser Phase, in der unsere Feinde uns eine liquidatorische Lösung aufzuzwingen versuchen, sind wir auf die Unterstützung der kommunistischen Bruderparteien sowie auch der kommunistischen und demokratischen Gruppen und Organisationen angewiesen. Die liquidatorische Lösung, die sich zur Zeit in den "Kommunalwahlen" in den besetzten Gebieten, dem volksfeindlichen Hussein-Plan und den sklavischen Konzessionen mancher arabischer Regierungen an den Imperialismus, Zionismus und die lokale Reaktion machen, ausdrückt, stellt uns vor die Aufgaben, die nationale Einheitsfront auf der Basis des demokratischen Verhältnisses zwischen den Widerstandsorganisationen zu bilden, den Kampf für die historischen und die derzeitigen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes mit dem Kampf für die demokratischen Rechte des jordanischen Volkes zu verschmelzen. Zugleich verstärken wir unsere Bemühungen in Richtung einer breiteren arabischen Einheitsfront, die die nationalen Klassen und Schichten im gemeinsamen Kampf gegen unsere Feinde vereinigt.

Gestützt auf die unterdrückten Volksmassen, die die "Kommunalwahlen" in den besetzten Gebieten, den Hussein-Plan und alle anderen liquidatorischen Pläne ablehnen, werden wir unseren revolutionärenWeg unter dem Banner des Marxismus-Leninismus unbeirrt weiterbeschreiten.

Die Kampagne, die Ihr auf nationaler Ebene zur Unterstützung der Demokratischen Volksfront plant, wird von uns als ein solidarischer Beitrag verstanden, Wir unsererseits rufen all die kommunistischen und revolutionär-demokratischen Organisationen und Gruppen, sich an dieser Kampagne zu beteiligen, die eigenen partikularistischen Interessen und ihre Differenzen zugunsten einer breit angelegten Solidaritätskampagne zurückzustellen.

Mit solidarischen Grüßen

Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volksfront
Nayef Hawatmeh

AL-DJABHA
DIE FRONT

Zeitschrift zur Unterstützung des Kampfes der Völker des Nahen Ostens

Herausgeber: Sozialistisches Palästinakomitee Heidelberg

Nr. 14, Mai 1972
Nayef Hawatmeh: Der antiimperialistische Kampf im Nahen Osten und die Lage der palästinensischen Widerstandsbewegung

Zur Bildung der Nationalen Einheitsfront des palästinensischen Volkes

Nr. 15 Juni 1972
Stand der "Friedens"Verhandlungen im Nahen Osten

Die gesellschaftliche Entwicklung im Libanon, in Syrien und in Jordanien

Erdölimperialismus in Saudi-Arabien u.v.a.

Machtkämpfe in Bonn S.3 Jugendvertreterwahlen S.4 Kulturrevolution in China S.12

ARBEITER-ZEITUNG

Herausgegeben von der Redaktion des
Kommentar
der Kommunistischen Gruppe (NRF) Mannheim-Heidelberg

Nr. 4, Mai 1972

Preis: 30 Pf
Laden 50Pf

1. Mai - Kampftag der Arbeiterklasse

In Mannheim findet eine Demonstration und öffentliche Kundgebung des DGB zum 1. Mai statt. Die Kommunistische Gruppe (NRF) Mannheim/Heidelberg fordert alle Kollegen auf, an dieser Maiveranstaltung teilzunehmen und in der Maiveranstaltung sich gegen alle Klassenverräter unter den Parolen der proletarischen Linie zu sammeln. Der DGB Mannheim hat beschlossen, zwei Demonstrationen zu machen, um die Gewerkschaftsjugend von den älteren Kollegen abzutrennen. Wir fordern alle Kollegen und die Gewerkschaftsjugend auf, dieses Manöver nicht mitzumachen und sich am Messplatz zu sammeln.

Wir haben auch die Kommunistischen Hochschulgruppen aufgefordert, am 1. Mai mitzumarschieren unter der politischen Linie des Bündnisses der Arbeiterklasse und der studierenden Jugend unter Führung der Arbeiterklasse im Kampf für den Sozialismus. Überlassen wir die gewerkschaftliche Maiveranstaltung nicht den Schlichtern und Klassenverrätern. Sammeln wir uns unter den folgenden Hauptparolen:

Gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse

Für kampfstarke, klassenbewußte Gewerkschaften!

Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!
Vorwärts im Kampf für den Sozialismus!

Proletarier und unterdrü Völker der Welt, vereinigt euch
Besiegt den Imperialismus!

ZU DEN MAIVORBEREITUNGEN DES DGB

Unter der Parole "Für eine bessere Welt" wird die DGB-Führung den diesjährigen 1. Mai veranstalten. In den meisten Städten will der DGB wie in den vergangenen Jahren den 1. Mai in festlich geschmückten Sälen, mit Bieskapellen und prominenten SPD-Politikern feiern. Ein beliebtes Argument der DGB-Führer zur Legitimation solcher Maifeiern, die nichts mit einer Demonstration der gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfenden Arbeiterklasse zu tun haben, ist die Behauptung, 1.-Mai-Demonstrationen seien nicht mehr "zeitgemäß" und es "kämen doch keine Leute". Wennd as so ist, daß Kollegen den 1. Mai nicht mehr als Kampftag der internationalen Arbeiterklasse sehen, dann liegt das gerade an der Politik der DGB-Führung. Denn mit so verwaschenen und phrasenhaften Parolen wie "Für eine bessere Welt" oder "Wir sichern den Fortschritt" werden nicht die realen Kämpfe der Arbeiter und Angestellten zum Ausdruck gebracht, sondern wird von der Notwendigkeit des ökonomischen und politischen Kampfes gerade abgelenkt.
In einigen Städten aber kommt die DGB-Führung nicht umhin, Mai-Demonstrationen und öffentliche Kundgebungen zu veranstalten. Das tut sie vor allem in solchen Städten, wie z.B. in Mannheim, wo es eine starke Tradition der Maidemonstration gibt. Aber auch dort, wo sie Demonstrationen veranstaltet, will die DGB-Führung auf jeden

(Fortsetzung S.2)



An der von der Kommunistischen Gruppe (NRF) am 22.4. in Mannheim durchgeführten Solidaritätsdemonstration mit den Völkern Indochinas beteiligten sich rund 2000 Menschen, davon etwa ein Viertel aus Heidelberg. Die Teilnehmer folgten dem Solidaritätsaufruf der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams.

Der Sieg der Völker Indochinas ist gewiß

GROSSE MILITÄRISCHE OFFENSIVE DER VÖLKER INDOCHINAS

Der gemeinsame Kampf der Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha für nationale Unabhängigkeit und Freiheit gegen den US-Imperi[illegible] in ein entscheidendes Stadium getreten. D[illegible]sive, die die Befreiungsstreitkräfte [illegible] keine Zweifel daran, daß alle [illegible]nas zu unterjochen, vergeb[illegible]

[illegible]ungsfront sind an zahlgangen. Die südviet[illegible]en sich auf. Ganze [illegible]olkes über oder flüchtürkische Situation läßt [illegible]r Vormarsch des vietufhalten.
[illegible] die US-Imperialiüber 500 000 amerikaitsam auf die US-Im[illegible]age nicht abwenden könDemokratischen Republik Vietna[illegible] Kambodscha-Einmarsch – keine Wende; L[illegible]ion – die südvietnamesischen Marionettentruppen werden davongejagt.

Auch jetzt noch versuchen die US-Imperialisten durch hemmungslose Bombardierungen in ganz Vietnam und durch wilde Drohungen mit der Atombombe die Niederlage hinauszuzögern. Der Sieg der vietnamesischen Revolution ist aber nicht aufzuhalten.

SOLIDARITÄTSDEMONSTRATION IN MANNHEIM

Einem Aufruf der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams folgend fand am 22. April in Mannheim eine Demonstration statt, zu der die Kommunistische Gruppe (Neues Rotes Forum) aufgerufen hatte und an der rund 2000 Menschen teilnahmen. Am gleichen Tag fanden überall in der Welt und vor allem in den USA Demonstrationen statt, in denen die sofortige Beendigung der US-Aggression in Indochina gefordert wurde. Die Mannheimer Demonstration stand unter folgenden Hauptparolen:

Solidarität mit den Völkern Indochinas in dieser entscheidenden Etappe des Kampfes gegen den US-Imperialismus

Die Völker der Welt werden siegen – der Imperialismus wird unterliegen

Schluß mit der Vietnamisierung des Krieges!

Vietnam den Vietnamesen – es lebe der Sieg im Volkskrieg!

Völker sind stärker als Bomben – Sieg im Volkskrieg!

Schluß mit dem Bombenterror – Amis raus aus Vietnam!

Kampf der Umzingelung der Volksrepublik China – Hände weg von China

Solidarität mit Vietnam – Klassenkampf im eigenen Land

Schluß mit den Devisenausgleichszahlungen und den Rüstungskäufen der westdeutschen Imperialisten zur Unterstützung des Indochinakrieges!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch, besiegt den Imperialismus!

POLIZEIRECHT IN MANNHEIM

Diese Demonstration war seit Jahren die erste große antiimperialistische Demonstration in Mannheim. Einigen Herren im Mannheimer Rathaus sind massenhafte Proteste gegen die Verbrechen des Imperialismus offensichtlich ein Dorn im Auge. Sie versuchten, durch Schikanen die Vorbereitung und Durchführung der Demonstration zu erschweren. So wurden Sammler, die eine angemeldete Solidaritätssammlung für die vietnamesische Befreiungsfront durchführten, widerrechtlich von der Polizei festgenommen und an der Sammlung gehindert. Als einer der Fest-

Fortsetzung ▶

Auf den Seiten 9-12 veröffentlichen wir den Artikel eines Redaktionskollektivs der Kommunistischen Gruppe (NRF). Dieser Artikel soll den Kampf für ein Aktionsprogramm für den gewerkschaftlichen Kampf und dem Kampf um die proletarische Linie in den Gewerkschaften, das einen wichtigen Teil des revolutionären Programms darstellt, einleiten.

INHALT DER ARBEITER-ZEITUNG: (u.a.)

CDU-Brief an Unternehmer	S. 2
Wahlen in Baden-Württemberg	S. 3
Chemietarifabschlüsse	S. 4
DKP und IC Druck gegen Kommunisten	S. 4
Giftmüll in Ludwigshafen	S. 5
Kampf gegen Klinikordnung	S. 6
Lage der Arbeiterin u. Abtreibungsverbot	S. 7
Imperialismus – gemeinsamer Feind	S. 8
Kulturrevolution in China	S. 12
Arbeitskämpfe bei Alfa-Romeo	S. 13
Verschärfte Unterdrückung in Frankreich	S. 15

Bestellungen an H. Walla 69 HD Karlstr. 22